



IWF-Jahresbericht 2017

Inklusives
Wachstum
fördern



Inhalt



Part 1: Übersicht

Über den IWF	2
Botschaft der Geschäftsführenden Direktorin	2
Die politische Grundsatzarbeit des IWF	4
Die zentralen Aufgaben des IWF	5

Schlaglichter – Wachstumsimpulse für die Weltwirtschaft..... 6

Herausforderungen des Welthandels.....	7
Schwankende Produktivität	9
Inklusives Wachstum fördern	11
Genderarbeit	13
Kapazitätsentwicklung im Bereich Schuldenmanagement	15

Regional Highlights

Afrika.....	18
Naher Osten und Nordafrika.....	20
Asien und Pazifikraum	23
Westliche Hemisphäre.....	26
Europa.....	28

Kästen

2.1 Fünfjährige Überprüfung der IWF-Strategie für die Kapazitätsentwicklung im Jahr 2018	60
2.2 Instrumentarium zur Bewertung öffentlicher Haushalte	63
2.3 G20-Vertrag mit Afrika.....	71
3.1 Fortschritte bei der Renovierung von HQ1	78
3.2 Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Portrait.....	80
3.3 Risikosteuerung mit Sicherungsbewertungen	83



Part 2: Die Arbeit des IWF

Volkswirtschaftliche Überwachung	32
Bilaterale Überwachung.....	33
Multilaterale Überwachung.....	34
Politikberatung.....	38
Daten	42

Kreditvergabe..... 46

Nicht konzessionäre Mittelvergabe.....	47
Konzessionäre Mittelvergabe	54
Programmgestaltung	56
Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik.....	56

Kapazitätsentwicklung

Höhepunkte: Kapazitätsaufbau im Bereich Fiskalpolitik.....	61
Höhepunkte: Kapazitätsaufbau im Bereich Geld- und Finanzsektorpolitik.....	64
Höhepunkte: Kapazitätsaufbau im Bereich Statistik.....	65
Höhepunkte: Kapazitätsaufbau im Bereich Recht	66
Höhepunkte: Ausbildung	67
Kapazitätsentwicklung durch den IWF in Zahlen.....	68
Partnerschaften für die Kapazitätsentwicklung.....	70
South Asia Training and Technical Assistance Center.....	74
Allgemeiner Bewertungsrahmen	74

Schaubilder

1.1 Realer Handel und reales BIP, 1960–2016.....	8
1.2 Produktivitätswachstum nach Ländergruppe, 1990–2016	10
1.3 Fortgeschrittene Volkswirtschaften, reales Pro-Kopf-Markteinkommen, 1980–2012	11
1.4 Wachstum und Ungleichheit in einkommensschwachen Entwicklungsländern, 1996–2013.....	12
1.5 Frauenerwerbsquote und BIP	14
1.6 Saudi-Arabien, Haushaltssaldo, 2010–16.....	15
1.7 Uruguay, Verschuldung des öffentlichen Sektors, 2011–16	16
1.8 Uruguay, Zusammensetzung der Verschuldung des öffentlichen Sektors, 2015	16
1.9 Exporte und Importe von Afrika südlich der Sahara, nach Partner, 1995–2015	18
1.10 Afrika südlich der Sahara, BIP-Wachstum, 2010–16	19
1.11 Konfliktbedingte Änderungen des BIP, Naher Osten und Nordafrika, 1970–2014	20
1.12 Energiesubventionen, nach Region, 2015.....	22
1.13 Durchschnittliche Benzinpreise, nach Region, 2004–16	22



Teil 3: Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht

Organigramm des IWF	75
Haushalt und Einkommen	76
Einkommensmodell, Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Nettoertrag	77
Personalpolitik und Organisation	79
Rechenschaftspflicht	82
Independent Evaluation Office	84
Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder ..	86
Quoten und Governance	91
Sonderziehungsrecht	92
Transparenz	93
IWF-Exekutivdirektoren (Bild)	94
Geschäftsführungsteam (Bild)	96
Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter (Liste)	98
Leitende Mitarbeiter	100
Anmerkungen	102
Akronyme und Abkürzungen	109
Begleitschreiben an den Gouverneursrat	110

Das Geschäftsjahr (GJ) des IWF beginnt jeweils am 1. Mai und endet am 30. April.

Die in der vorliegenden Publikation zum Ausdruck gebrachten Analysen und politischen Überlegungen sind die der Exekutivdirektoren des IWF.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR). Die Umrechnungen der Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen lediglich Annäherungswerte dar und sind zur leichteren Verständlichkeit angegeben. Am 30. April 2017 lag der Umrechnungskurs SZR/US\$ bei 1 US\$ = 0,729382 SZR, und der Umrechnungskurs US\$/SZR bei 1 SZR = US\$ 1,37102. Die Umrechnungskurse des Vorjahres (30. April 2016) waren 1 US\$ = 0,705552 SZR und 1 SZR = 1,41733 US\$.

In der englischen Fassung steht „billion“ für eine Milliarde (eintausend Millionen) und der Begriff „trillion“ für eine Billion (eintausend Milliarden). Geringfügige Abweichungen zwischen den zugrundeliegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der im vorliegenden *Jahresbericht* verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Hier wird dieser Begriff auch für Hoheitsgebiete verwendet, die keine Staaten sind, für die aber statistische Daten auf getrennter und unabhängiger Basis gepflegt werden.

1.14 Mexiko, ausländische Direktinvestitionen und Verbindlichkeiten aus Portfolioinvestitionen, 2007 und 2016	26
1.15 Reales BIP-Wachstum, Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland, 2007–21	29
2.1 Anzahl der Länder, die Indikatoren zur Finanzstabilität melden, nach Region, 2009–17	43
2.2 Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen, GJ 2008–17 mit Ende zum 30. April	48
2.3 Ausstehende nicht konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2008–17 ..	49
2.4 Ausstehende konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2008–17	55
2.5 Kostenverteilung der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2017 ..	68
2.6 Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2017	68
2.7 Bereitstellung von Technical Assistance nach Region, GJ 2013–17 ..	68
2.8 Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe, GJ 2013–17	69
2.9 Bereitstellung von Technical Assistance nach Thema, GJ 2013–17 ..	69
2.10 Teilnahme an ICD-Ausbildung nach Einkommensgruppe, GJ 2013–17 ..	69
2.11 Teilnahme an ICD-Ausbildung nach Herkunftsregion, GJ 2013–17 ..	70

Tabellen

1.1 Argentinien, reales BIP, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz und Arbeitslosigkeit, 2016 und Prognose 2017–18	27
1.2 Albanien, wichtigste Wirtschaftsindikatoren, 2013 und 2016	28
2.1 Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen im Jahr 2017 mit Ende zum 30. April	47
2.2 Konditionen für Kredite aus dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF	50
2.3 Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten	52
2.4 Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2017	54
2.5 Die Partner des IWF im Bereich Kapazitätsentwicklung	70
2.6 Regionale IWF-Zentren für den Wissensaustausch	73
3.1 Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2016–19	76
3.2 Im Jahresabschluss ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2017	77
3.3 Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art, Stand 30. April 2017	79
3.4 Währungsbeträge im SZR-Korb	93

Über den IWF

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine aus 189 Mitgliedsländern bestehende globale Organisation, deren Ziel die Förderung der Gesundheit der Weltwirtschaft ist. Die Arbeit des Fonds unterstützt die globale Währungszusammenarbeit, die Sicherung der Finanzstabilität, die Erleichterung des internationalen Handels, die Förderung der Beschäftigung und die Sicherstellung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums sowie die Linderung der weltweiten Armut.

Eines der Hauptziele des IWF, der das internationale Währungssystem überwacht, um dessen effizientes Funktionieren zu gewährleisten, besteht in der Förderung der Wechselkursstabilität und der Erleichterung eines erweiterten und ausgewogenen Wachstums des internationalen Handels. Damit trägt die Arbeit des IWF dazu bei, dass Länder (und deren Einwohner) Güter und Dienstleistungen von einander kaufen können, was von ausschlaggebender Bedeutung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und steigende Lebensstandards ist.

Alle Mitgliedsstaaten des IWF sind in dessen Exekutivdirektorium vertreten, das die nationalen, regionalen und globalen Folgen der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten erörtert und IWF-Kredite bewilligt, um es den jeweiligen Mitgliedsstaaten zu ermöglichen, vorübergehende Zahlungsbilanzprobleme zu bewältigen, und um Anstrengungen zum Ausbau ihrer Kapazitäten zu unterstützen. Der vorliegende *Jahresbericht* befasst sich mit den Aktivitäten des Exekutivdirektoriums sowie der Geschäftsführung und des Mitarbeiterstabs des IWF im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2016 bis zum 30. April 2017. Die Inhalte spiegeln die Ansichten und grundsatzpolitischen Diskussionen des IWF-Exekutivdirektoriums wider, das aktiv an der Erstellung des vorliegenden *Jahresberichts* mitgewirkt hat.

Botschaft der Geschäftsführenden Direktorin

Jedes Jahr bringt den Mitgliedern des IWF frische Hoffnung und stellt sie vor neue Herausforderungen. Der Zeitraum zwischen Mai 2016 und April 2017 – unserem Geschäftsjahr 2017 – war keine Ausnahme.

Nach mehreren Jahren mit enttäuschendem Wachstum nahm die Weltwirtschaft langsam wieder an Fahrt auf. Sowohl entwickelte als auch aufstrebende Volkswirtschaften sowie einige einkommensschwache Entwicklungsländer erhielten durch diesen konjunkturellen Aufschwung Auftrieb.

Diese guten Nachrichten kaschieren jedoch eine tief-sitzende Ungewissheit über die Zukunft der globalen Nachkriegsordnung. Diese Ungewissheit ist auf einige Herausforderungen zurückzuführen, mit denen der IWF und seine Mitglieder künftig konfrontiert sein werden.

Die erste Herausforderung besteht darin, diese Dynamik aufrechtzuerhalten. Die Mitglieder des IWF befürworten weiterhin den im IWF-Jahresbericht 2016 beschriebenen dreigliedrigen Ansatz. Dieser trägt dazu bei, dass sich unsere Mitgliedsländer gegen Anfälligkeiten der Wirtschaft wappnen können.

Dies ist jedoch nur eines der kritischen Themen. Das vergangene Jahr verdeutlichte auch Herausforderungen, die seit der globalen Finanzkrise von 2008 sichtbar geworden sind und verstärkte Aufmerksamkeit fordern: Bedenken über den Verlust von Arbeitsplätzen und andere Beeinträchtigungen in einer Ära, die von rapidem wirtschaftlichem, technologischem und sozialem Wandel gekennzeichnet



net ist. Sie äußern sich am stärksten in der Besorgnis über die steigende Ungleichheit.

Ungleichheit wirkt sich auf alle Länder aus. Es ist daher von ausschlaggebender Bedeutung, dass die internationale Staatengemeinschaft gemeinschaftliche Anstrengungen unternimmt, um das Wachstum stärker, nachhaltiger und inklusiver zu gestalten. Der IWF bekennt sich zu seiner Rolle, eine Weltwirtschaft zu schaffen, die allen Menschen zugutekommt – durch die Bereitstellung von Politikberatung, Wissensaustausch und Finanzhilfe sowie grundlegende Arbeit zum Abbau der Geschlechterungleichheit.

Eines der Kernthemen, das den schwächeren Wachstumstrends zugrunde liegt, ist das messbare Nachlassen der Produktivität in einigen Ländern, u. a. wegen der Alterung vieler Gesellschaften, des schwindenden Nutzens der IT-Revolution und ein langsames Handelswachstum.

Unsere Arbeit im Zusammenhang mit diesen Herausforderungen – rückläufiger Handel, nachlassende Produktivität, Geschlechterungleichheit und die Notwendigkeit von inklusivem Wachstum – ist ein zentraler Schwerpunkt des vorliegenden *Jahresberichts*.

Natürlich gibt es noch andere Herausforderungen. Wenn es um aufstrebende Märkte geht, müssen wir fundierte Beratung zur Finanzierung und Verwaltung von Infrastrukturinvestitionen und zum Aufbau von fiskalischen Rahmenwerken bereitstellen. Bei vielen einkommensschwachen Entwicklungsländern müssen wir sicherstellen, dass sie den Einbruch der Rohstoffpreise bewältigen, damit sie die soliden Fortschritte der vergangenen zwei Jahrzehnte aufrechterhalten können. Wir müssen unser Augenmerk aber auch auf andere wichtige Themen wie Klimawandel und Korruption richten.

Angesichts der Palette an dringlichen Anliegen, mit denen sich die Mitgliedsländer des IWF konfrontiert sehen, sind die Themen, mit denen sich das Exekutivdirektorium des Fonds im vergangenen Jahr befasste – und mit denen sich entsprechend auch der vorliegende *Jahresbericht* beschäftigt – von besonderer Wichtigkeit.

All diese Arbeit findet unter der Ägide einer erneuten Verpflichtung zu internationaler Kooperation und Integration statt. Das Wohlergehen der Weltwirtschaft und der internationalen Staatengemeinschaft hängt von der kontinuierlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit ab, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen, indem wir die Finanzstabilität weiter stärken, globale Diskrepanzen abbauen und das Fundament eines Wirtschaftswachstums sicherstellen, das allen gleichermaßen zugutekommt.



Die politische Grundsatzarbeit des IWF

Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin vom April 2017, die auf die Agenda von 2016 folgte, umriss die wesentliche politische Grundsatzarbeit des IWF im Geschäftsjahr, das am 30. April 2017 endete:

Wesentliche Überprüfungen der Grundsatzpolitik und analytische Arbeiten: Wir

- begannen, die Bewertung des verfügbaren fiskalpolitischen Spielraums in die jährlichen Gesundheitschecks des IWF zu integrieren
- leiteten Maßnahmen ein zur Stärkung analytischer Werkzeuge für die verstärkte Überwachung von strukturellen Themen in den Gesundheitschecks
- analysierten die Ursachen der globalen Produktivitätsverlangsamung
- diskutierten makroökonomische Entwicklungen und Aussichten für einkommensschwache Entwicklungsländer
- gaben ein Papier über Strukturpolitik und Einkommensungleichheit in einkommensschwachen Entwicklungsländern heraus
- stellten in den wirtschaftlichen Gesundheitschecks die Mobilisierung inländischer Einnahmen und internationale Steuerthemen weiterhin in den Fokus
- untersuchten die wirtschaftliche und marktbezogene Argumentation für „state-contingent debt instruments“, bei denen die Zahlungsverpflichtungen des Schuldners an dessen Zahlungsfähigkeit geknüpft sind
- überprüften die Erfahrung mit der Liberalisierung und der Steuerung von Kapitalströmen
- überprüften die Erfahrung mit der Integration finan-

zieller Themen in die jährlichen Gesundheitschecks

- diskutierten Themen der Finanzstabilität in Ländern mit islamisch geprägten Finanzsystemen
- überprüften die jüngsten Trends in den Beziehungen zu Korrespondenzbanken
- überprüften die Rolle des IWF im Zusammenhang mit der Stärkung der Widerstandskraft von Kleinstaaten gegen Naturkatastrophen und Klimawandel und
- erforschten Methoden zur Stärkung des Rahmens für die Überwachung nach Programmablauf

Damit Multilateralismus für alle funktioniert: Wir

- veröffentlichten ein Papier mit dem Thema „Wie man Handel zu einer Wachstumslokomotive macht“
- setzten die Verlängerung bis 2022 der sogenannten „New Arrangements to Borrow decision“ und zusätzliche Zusagen zu bilateralen Darlehensabkommen durch und
- untersuchten die Angemessenheit des globalen Finanzsicherheitsnetzes, um Reformen des IWF- Toolkits in Erwägung zu ziehen

Unterstützung der Global Policy Agenda durch Kapazitätsentwicklung: Wir

- fuhren mit der Expansion der Aktivitäten fort, wobei beinahe die Hälfte der gesamten technischen Hilfe in einkommensschwachen Entwicklungsländern geleistet wurde, und über die Hälfte der Ausbildungsaktivitäten auf aufstrebende Volkswirtschaften und Volkswirtschaften mit mittleren Einkommen entfiel
- setzen damit fort, die Reichweite der IWF-Schulun-



Die zentralen Aufgaben des IWF

gen durch Online-Kurse zu erhöhen, die gegenwärtig ungefähr 30 Prozent aller Trainingsaktivitäten ausmachen, sowie andere Online-Angebote in anderen Sprachen als Englisch bereitzustellen

- erhöhten die Koordination zwischen der volkswirtschaftlichen Überwachung, der Darlehensvergabe und dem Wissensaustausch des IWF, insbesondere mithilfe des vor Kurzem eröffneten Regionalen Zentrums für Ausbildung und technische Hilfe in Südasien (South Asia Regional Training and Technical Assistance Center, SARTTAC) und der Überarbeitung des Ausbildungslehrplans und der Kursangebote
- bauten die Kapazitätsentwicklung bei Themen rund um den Finanzsektor aus, in erster Linie in Afrika
- setzten unsere Arbeit an einem Rahmenwerk für Kapazitätsentwicklung für fragile Staaten fort, um den Institutionenaufbau zu fördern und das Rahmenwerk für die Überwachung und Bewertung von Ergebnissen zu stärken, und die Koordination mit anderen Partnern zu verbessern
- setzten in Zusammenarbeit mit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den Vereinten Nationen (UN) und der Weltbank unsere Unterstützung der Arbeit an internationalen steuerbezogenen Themen fort, unter anderem durch die Plattform für die Zusammenarbeit betreffend Steuern (the Platform for Collaboration on Tax)
- arbeiteten mit Partnern zusammen, um den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erreichung der nachhaltigen UN-Entwicklungsziele bis 2030 zu begegnen, unter anderem durch die Unterstützung der Einnahmehmobilisierung; Wir setzten damit fort, uns mit datenbezogenen und auf den Finanzsektor bezogenen Themen in einkommensschwachen Entwicklungsländern auseinanderzusetzen, unter anderem durch die Lancierung neuer Fonds für Datenlücken und Finanzstabilität; zudem führen wir fort, praktische, im Feld basierte Folgeunterstützung über das IWF-Netzwerk regionaler Zentren für technische Hilfe zu leisten.

Im Mittelpunkt der IWF-Arbeit stehen drei zentrale Aufgaben:

Beratung der Mitglieder zu Politikmaßnahmen, **die ihnen helfen können, makroökonomische Stabilität zu erreichen**, wodurch Wirtschaftswachstum beschleunigt und Armut beseitigt werden können.

Gewährung vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsstaaten, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen, beispielsweise in Situationen, wo Länder unter Devisenmangel leiden, weil ihre Auslandszahlungen ihre Deviseneinnahmen übersteigen.

Auf Antrag eines Landes **Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung**, um den jeweiligen Ländern beim Auf- und Ausbau von Fachkenntnissen und Institutionen, die sie zur Implementierung einer soliden Wirtschaftspolitik benötigen, beizustehen.

Das Hauptquartier des IWF befindet sich in Washington, DC. Um jedoch seine globale Reichweite und nahe Verbindung zu seinen Mitgliedern zu unterstreichen, verfügt der Fonds auch über zusätzliche Büros auf der ganzen Welt.

Weitere Informationen über den IWF und seine Mitgliedsländer finden sich auf der Website des Fonds unter www.imf.org.

Wachstums- impulse für die Welt- wirt- schaft

Im GJ 2017 konzentrierte sich der IWF auf dringliche globale Anliegen:

Handel, seine positiven Auswirkungen auf Wachstum

Produktivität, deren schwaches Wachstum zu stagnierenden Einkommen beigetragen hat

Politik des **inklusiven Wachstums** zur Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit

Gleichstellung der Geschlechter, damit die Weltwirtschaft ihr volles Potenzial erreichen kann

Schuldenmanagement, um Ländern bei der Anpassung an niedrigere Rohstoffeinnahmen zu helfen





Herausforderungen des Welt Handels

Der Handel spielt eine ausschlaggebende Rolle als Zugpferd des globalen Wirtschaftswachstums, indem er dazu beiträgt, noch nie dagewesene Fortschritte bei Produktivität und Lebensstandards zu erzielen, Millionen aus der Armut zu befreien und Preise zu senken. Das Wachstum des Handels und damit der Produktivität und der Einkommen hat sich jedoch verlangsamt. Dieser Trend ist zum Teil auf die Erschlaffung des Wirtschaftswachstums nach der globalen Finanzkrise von 2008 zu-

rückzuführen und hat diesen auch noch verstärkt.

Trotz all seiner Vorteile hat der Handel auch gewisse negative Auswirkungen auf Gruppen von Arbeitern und Gemeinschaften, insbesondere in Europa und den Vereinigten Staaten. Diese Verlagerungen, die auch den Einfluss technologischer Innovation widerspiegeln, wurden durch langsames Wachstum intensiviert, und die daraus resultierende Gegenreaktion hat die Unterstützung der globalen wirtschaftlichen Integration untermindert.

Beim G20-Gipfel in China 2016 wurde unter den anwesenden Staats- und Regierungschefs der Ruf nach einer Binnenpolitik laut, die dafür sorgt, dass die aus dem Handel resultierenden Gewinne gerechter verteilt werden.

Ein vom IWF, der Weltbank und der Welthandelsorganisation für das im März 2017 in Deutschland stattfindende G20-Sherpa-Treffen verfasstes Papier diskutierte politische Maßnahmen, die diesem Anspruch gerecht werden könnten.

In seinem Kommuniqué vom April 2017 bestätigte der Internationale Währungs- und Finanzausschuss des IWF, dass die anhaltende langsame Wachstumsperiode die Besorgnisse der zurückgelassenen Bevölkerungsgruppen in den Vordergrund gerückt habe, und erklärte, dass es wichtig sei, dass alle die Möglichkeit haben, von der globalen Wirtschaftsintegration und vom technologischen Fortschritt zu profitieren. Der IWF-Stab konzentriert sich zunehmend auf die Auswirkungen des Handels auf die Situation an den Arbeitsmärkten.

ZUSAMMENFASSUNG STABSPAPIER

„Making Trade an Engine of Growth for All: The Case for Trade and for Policies to Facilitate Adjustment“

Mithilfe einer verstärkten Handelsintegration konnte das Wirtschaftswachstum in fortgeschrittenen und Entwicklungsländern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angekurbelt werden.

Seit den frühen 2000er-Jahren jedoch haben Handel, Produktivität und Einkommensentwicklung an Dynamik verloren, und insbesondere in fortgeschrittenen Volkswirtschaften gerieten viele Menschen ins Hintertreffen.

Durch geeignete politische Maßnahmen können Länder vom Handel profitieren, die Perspektive dieser Menschen verbessern und ihre wirtschaftliche Flexibilität und Leistungsfähigkeit insgesamt stärken.

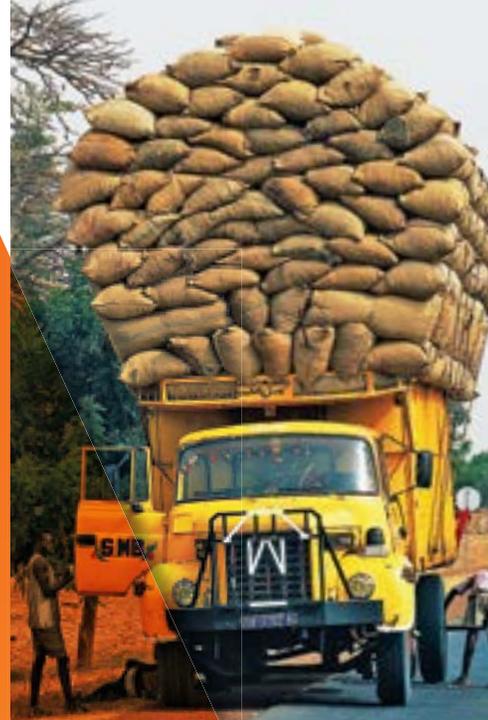
Erstellt vom IWF, der Weltbank und der Welthandelsorganisation



INFO

Handel und Wachstum stehen in engem Zusammenhang . . .

Von 1960 bis 2008 wuchs der Handel mit Gütern und Dienstleistungen pro Jahr um durchschnittlich 6 % – etwa doppelt so viel wie das BIP (*Schaubild 1.1*). Diese Expansion wurde durch geringere Handelskosten einschließlich Zöllen und technologische Neuerungen gefördert und führte zum Entstehen globaler Lieferketten. Weltweit sorgten die verbesserten Lebensstandards, die den Handel begleiteten, dafür, dass der Handel als zentrale Triebkraft für Wachstum angesehen wurde. Jüngst hat sich der Handel jedoch verlangsamt, was größtenteils eine Auswirkung schwächelnder Wirtschaftsaktivitäten und insbesondere abnehmender Investitionen ist – wie in Kapitel 2 des *Weltwirtschaftsausblicks* vom Oktober 2016 erläutert wird.



... doch die Zweifel über die Vorteile des Handels mehren sich ...

Die Besorgnis einiger Akteure über die Auswirkungen des Handels nimmt in vielen entwickelten Volkswirtschaften zu. Dieser Gesinnungswandel spiegelt sich in öffentlichen Meinungsumfragen und in einigen Wahlausgängen wider. Im Allgemeinen ist die Einstellung dem Handel gegenüber in aufstrebenden Märkten und Entwicklungsländern positiver.

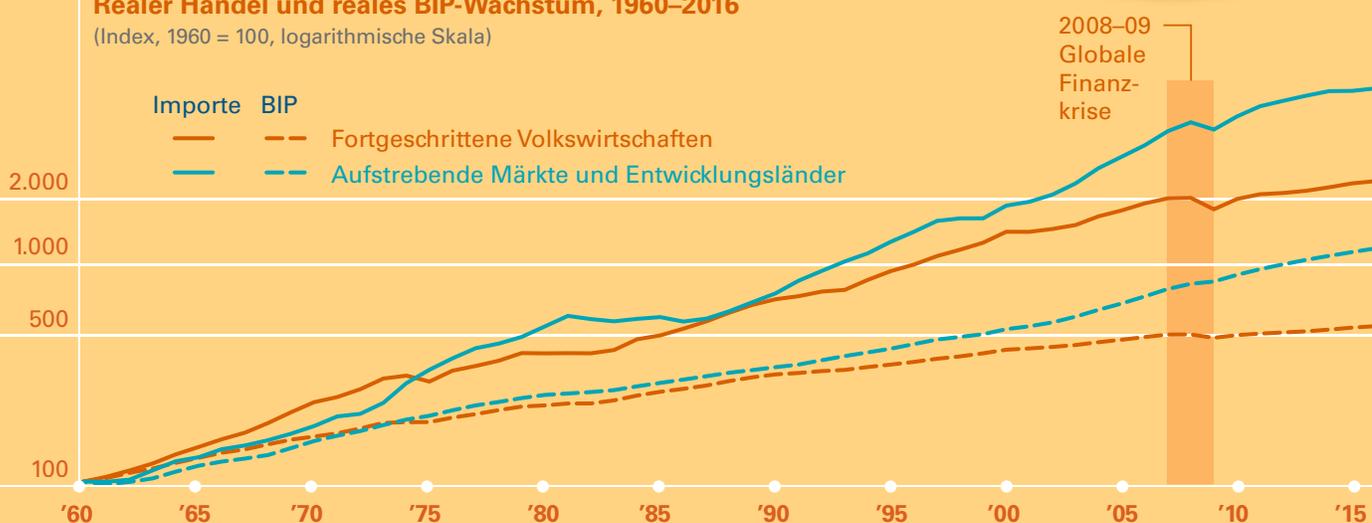
Schwellenländer verzeichnen stärkeres Wachstum

Handel und Wirtschaftswachstum haben sich seit 2008 zwar weltweit verlangsamt, aufstrebende Märkte und Entwicklungsländer allerdings verzeichneten bei BIP und Importen stärkere Zuwächse als fortgeschrittene Volkswirtschaften.

Von 1960 bis zur globalen Finanzkrise 2008 ist der Handel mit Gütern und Dienstleistungen jährlich im Durchschnitt rund doppelt so stark angestiegen wie das BIP.

Schaubild 1.1
Realer Handel und reales BIP-Wachstum, 1960–2016

(Index, 1960 = 100, logarithmische Skala)



Quelle: Schätzungen des IWF-Stabs.

Nachlassende Produktivität

Nach der globalen Finanzkrise (*Schaubild 1.2*) kam es weltweit zu einer spürbaren Verlangsamung des Produktivitätswachstums. Dieser Trend trug in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften zur Lohnstagnation und zu politischen Rückschlägen gegen die Globalisierung bei.

Dieses Muster zeigte sich sowohl in der Arbeitsproduktivität (Output pro Arbeitskraft) als auch in der Totalen Faktorproduktivität, die die allgemeine Effizienz des Einsatzes von Arbeitskräften, Kapital und anderen Elementen misst. Falls sich der Trend fortsetzt, würde er Fortschritte beim Anheben globaler Lebensstandards, der Bewältigung der privaten und öffentlichen Verschuldung und der Sicherung der Tragfähigkeit sozialer Absicherungssysteme gefährden. Abnehmendes Produktivitätswachstum könnte auch die Fähigkeit der politischen Entscheidungsträger beeinträchtigen, künftigen Schocks zu begegnen.

Ein Papier des IWF mit dem Titel „Gone with the Headwinds: Global Productivity“, das sich mit dem Thema Produktivität befasst, wurde im April 2017 herausgegeben. Diese Problematik wurde ebenfalls in einem Artikel in der diesjährigen

März-Ausgabe von *Finance & Development* thematisiert.

Die Verlangsamung hat sowohl strukturelle als auch krisenbezogene Ursachen. Auf der strukturellen Seite spielen der nachlassende Einfluss des Booms der Informations- und Kommunikationstechnologie, schwächere Reformanstrengungen betreffend Arbeits- und Produktmärkte, der Mangel an geeigneten Fachkräften sowie demografische Faktoren eine Rolle. Zudem sind die anhaltenden Auswirkungen der globalen Krise – wie z. B. schwache Unternehmensbilanzen, verschärfte Kreditbedingungen in einigen Ländern, weniger Investitionen, eine schwache Nachfrage sowie politische Unsicherheit – weiterhin spürbar.

Die weltweite Verlangsamung des Handels erwies sich als zusätzliche Belastung der Produktivität: Seit 2012 konnte der Handel nur knapp mit dem globalen BIP Schritt halten. Das könnte auf niedrigere Produktivitätsgewinne in der Zukunft hindeuten – selbst ohne Berücksichtigung eventueller Handelsrestriktionen.

ZUSAMMENFASSUNG STABPAPIER

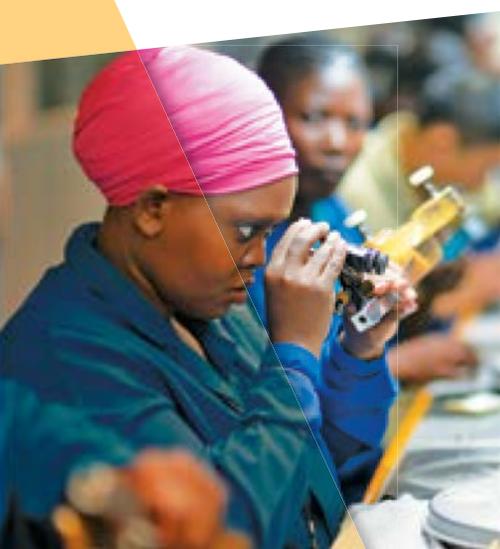
„Gone with the Headwinds: Global Productivity“

Das Produktivitätswachstum – ein entscheidender Faktor für den Lebensstandard – war in fortgeschrittenen Ländern bereits rückläufig, als im Zuge der globalen Finanzkrise eine drastische Abschwächung einsetzte.

Zu den strukturellen Herausforderungen zählen ein Rückgang im zuvor boomenden Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, der teilweise auf eine alternde Erwerbsbevölkerung zurückzuführen ist, sowie eine Verlangsamung des Welthandels und eine relativ geringe Akkumulation von Humankapital.

Zur Belebung des Produktivitätswachstums ist es notwendig, sich kurzfristig mit den Altlasten aus der Krise auseinanderzusetzen und zugleich strukturelle Reformen voranzubringen, um die langfristigen Herausforderungen zu meistern.

Erstellt von Gustavo Adler, Romain Duval, Davide Furceri, Sinem Kiliç Çelik, Ksenia Koloskova und Marcos Poplawski-Ribeiro



INFO

Wie lässt sich Produktivität steigern?

Um die Probleme zu bewältigen, die zum rückläufigen Produktivitätswachstum beitragen, muss die Politik die Stärkung von Innovation und Bildung und die Förderung von Strukturreformen in den Fokus rücken. Gleichzeitig muss eine auf Inklusion ausgerichtete Politik verfolgt werden. Da jedoch ein Großteil dieser Verlangsamung Nachwehen der globalen Finanzkrise sind, müssen sich sämtliche Gegenmaßnahmen spezifisch mit den Folgen der Krise befassen.

Die folgenden grundsatzpolitischen Maßnahmen sollten ergriffen werden:

- Die Nachfrage dort stärken, wo sie immer noch schwach ist, insbesondere bei Investitionen, durch sorgfältig ausgewählte öffentliche Investitionsprojekte und die Beseitigung von Hindernissen für Privatinvestitionen.
- Unternehmensschulden restrukturieren und Bankbilanzen stärken, um den Zugang zu Krediten zu erleichtern und Investitionen in materielle und immaterielle Vermögenswerte anzukurbeln. Die Restrukturierung von Unternehmen und verbesserte Bankenaufsicht kommen ebenfalls der Kapitalverteilung zugute.
- Klare Signale über die künftige Politikausrichtung setzen, insbesondere bei fiskalpolitischen, regulatorischen und handelspolitischen Maßnahmen. Dadurch werden Investitionen unterstützt.

Seit der globalen Finanzkrise von 2008 hat sich das Produktivitätswachstum weltweit deutlich verlangsamt.

Noch bevor die Krise zu starken Wachstumseinbrüchen führte, war das Wachstum in fortgeschrittenen Volkswirtschaften bereits rückläufig. Auch strukturelle Kräfte und demografische Faktoren trugen zu dieser Entwicklung bei.

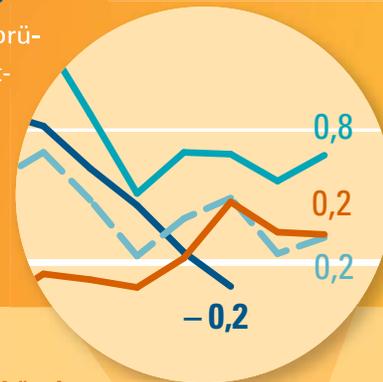


Schaubild 1.2
Produktivitätswachstum nach Ländergruppe, 1990–2016

(5-jährige Durchschnittswachstumsrate, in Prozent)



- Fortgeschrittene Volkswirtschaften
- Aufstrebende Volkswirtschaften
- Aufstrebende Volkswirtschaften (ohne China)
- Einkommenschwache Entwicklungsländer

Quellen: Penn World Table 9.0. *Weltwirtschaftsausblick* des IWF und Berechnungen des IWF-Stabs.

Hinweis: Die Gruppendurchschnittswerte sind auf Basis des BIP nach Kaufkraftparität gewichtet.

Inklusives Wachstum fördern

Die Bedenken über Einkommensungleichheit und den Mangel an inklusivem Wachstum hat sich als ein Thema von globaler Wichtigkeit herauskristallisiert (*Schaubild 1.3*). In vielen Ländern hat die Ungleichheit in den letzten 30 Jahren zugenommen, was größtenteils auf den technologischen Wandel zurückzuführen ist. Regierungen weltweit verwenden derzeit erhebliche Anstrengungen und Ressourcen darauf, Wachstum inklusiver zu machen.

Die Forschungen des IWF auf diesem Gebiet zeigen, dass anwachsende Ungleichheit dauerhaftes Wirtschaftswachstum bedroht, dass die Gestaltung der Regierungspolitik die Einkommensverteilung beeinflusst und Regierungen somit in der Lage sind, zur Verbesserung der Situation beizutragen. Ein im Januar 2017 erschienenes Papier des IWF erweiterte diese Forschungen auf die Auswirkungen makrostruktureller Maßnahmen in einkommensschwachen Entwicklungsländern (*Schaubild 1.4*). Weitere Forschungen untersuchten die Implikationen von Haushaltsdefiziten, Arbeitsmarkliberalisierung und grenzübergreifendem Kapitalverkehr.

Der Fonds verlagert nunmehr seine Anstrengungen auf spezifische Vorgehensweisen, durch die sich dieses tiefergehende Verständnis der Ursachen der Ungleichheit

ZUSAMMENFASSUNG STABSPAPIER

Makroökonomische Strukturpolitik und Ein- kommensungleichheit in einkommensschwachen Entwicklungsländern

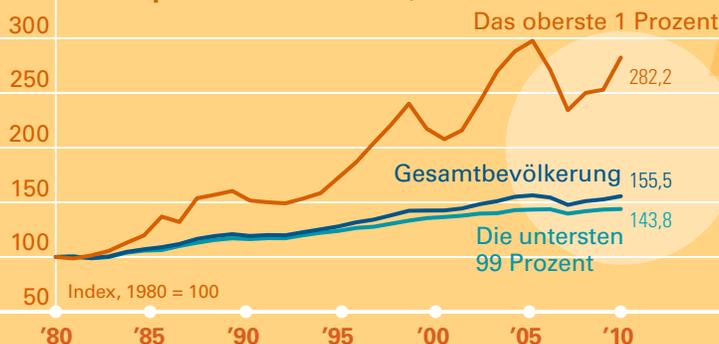
Trotz starken Wachstums in den letzten 20 Jahren ist die Einkommensungleichheit in vielen einkommensschwachen Entwicklungsländern (Low-Income Developing Countries, LIDCs) weiterhin hoch. Dies kann sich negativ auf das zukünftige Tempo und die Nachhaltigkeit von Wachstum und gesamtwirtschaftlicher Stabilität auswirken.

Wachstumspolitische Strategien wie beispielsweise Steuerreformen, Reformen des Finanzsektors sowie Reformen im Bereich der Landwirtschaft können in LIDCs maßgeblich zur Umverteilung beitragen. Durch gezielte politische Interventionen, die zusammen mit wachstumsfördernden Reformen umgesetzt werden, lassen sich nachteilige Auswirkungen solcher Reformmaßnahmen mindern.

Erstellt von Stefania Fabrizio, Davide Furceri, Rodrigo Garcia-Verdu, Bin Grace Li, Sandra V. Lizarazo, Marina Mendes Tavares, Futoshi Narita und Adrian Peralta-Alva

Übersicht

Schaubild 1.3
Fortgeschrittene Volkswirtschaften, reales Pro-Kopf-Markteinkommen, 1980–2012



WACHSTUMSUNTERSCHIED

Die untersten 99 Prozent
143,8

282,2
Das oberste
1 Prozent

Die Reichen werden reicher

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist das Einkommen des obersten 1 Prozents der Bevölkerung dreimal schneller gewachsen als das der restlichen Bevölkerung.

Quellen: World Wealth & Income Database; *Weltwirtschaftsausblick* des IWF und Berechnungen des IWF-Stabs.

Hinweis: Die Stichprobe umfasst Australien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Japan, Kanada, Korea, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz, Singapur, Spanien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Markteinkommen bezieht sich auf das Einkommen von Privatpersonen vor Steuern und Transfers.

Beispiele für Ungleichheit in Pilotländern

Bolivien



In einem Land, das früher durch hohe Ungleichheit geprägt war, haben hohe Rohstoffpreise kombiniert mit entsprechender Regierungspolitik zu wesentlichen Verbesserungen geführt. Als die Rohstoffpreise fielen, bemühte sich Bolivien, an seinen Fortschritten festzuhalten. IWF-Mitarbeiter entwickelten ein Modell, das die Entstehung der Ungleichheit simuliert und politische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der von Bolivien erzielten Fortschritte auf den Prüfstand stellt.

Äthiopien



Der äthiopische Finanzsektor ist relativ unterentwickelt, wobei etwa zwei Drittel aller Bankkredite an Regierungsunternehmen vergeben werden. Die Einlageraten sind real negativ. Die Artikel-IV-Konsultation von 2016 zeigte Maßnahmen für die Behörden zur Verbesserung der finanziellen Inklusion auf. Eine separate Analyse diskutierte Reformen zur Senkung der Kreditvergabe an den öffentlichen Sektor und zur Steigerung der Einlagenzinsen.

Malawi



Malawis Düngemittelsubventionsprogramm für Kleinbauern war ein zentraler Faktor in den Bemühungen des Landes zur Armutsbekämpfung. Das Programm wurde jedoch immer kostspieliger und wies zahlreiche Missstände auf, ohne die Maisproduktion wesentlich zu steigern oder die Armut zu lindern – was zum Teil einer Dürrekatastrophe zuzuschreiben ist. Gemeinsam mit der Weltbank arbeitet der IWF mit der malawischen Regierung daran, Subventionsressourcen auf Bargeldtransfers an die arme ländliche Bevölkerung umzuleiten. Derweil sollen Ausgaben für landwirtschaftliche Forschung und Entwicklung sowie Bewässerung die Produktivität von Kleinfarmen verbessern und sie widerstandsfähiger gegen Wetterschocks machen. Dieser Ansatz in Kombination mit Bargeldtransfers dürfte eine effizientere Maßnahme zur Senkung der Ungleichheit darstellen.



in Maßnahmen umsetzen lässt, die inklusives Wachstum fördern – mit besonderem Nachdruck auf eine ausgewogene Balance zwischen Besteuerung und Ausgaben. Entscheidungen auf diesem Gebiet müssen von den zuständigen Länderbehörden getroffen werden.

In den vergangenen zwei Jahren haben IWF-Mitarbeiter mit einer Reihe von Pilotländern daran gearbeitet, das Thema Ungleichheit in die jährlichen Gesundheitschecks des IWF zu integrieren. Diese Themen sind nun auch in die Berichte eingeflossen, die im Rahmen des sogenannten Artikel-IV-Konsultationsprozesses erarbeitet wurden.

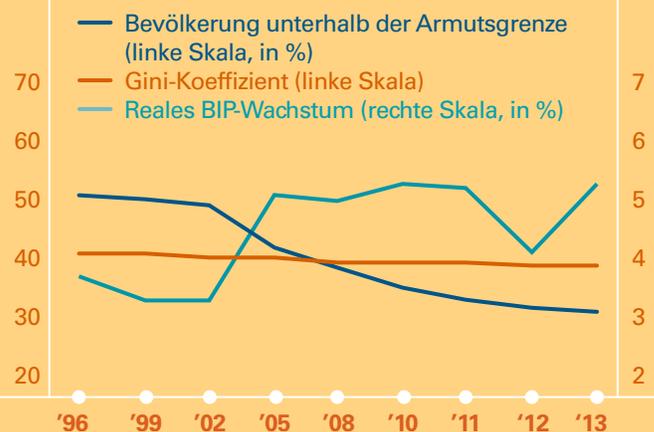
Wachstum hilft nicht allen

Trotz Wirtschaftswachstums und rückläufiger Armut ist die Ungleichheit in einkommensschwachen Volkswirtschaften hartnäckig hoch.

Quellen: *Weltwirtschaftsausblick* des IWF; PovalNet; Socio-Economic Database for Latin America and the Caribbean; World Development Indicators und Berechnungen des IWF-Stabs.

Hinweis: Der Gini-Koeffizient misst die Einkommensverteilung in einem Land. Je höher der Index, umso größer die Ungleichheit. Basis für die Berechnung des Index sind 40 einkommensschwache Länder.

Schaubild 1.4
Wachstum und Ungleichheit in einkommensschwachen Entwicklungsländern, 1996–2013



Gender- arbeit

„Geschlechtergleichheit ist mehr als ein moralisches Thema; es ist ein wirtschaftliches Thema von zentraler Bedeutung. Damit die Weltwirtschaft ihr volles Potenzial ausschöpfen kann, müssen wir ein Umfeld schaffen, in dem alle Frauen ihr Potenzial erreichen können.“

—Maurice Obstfeld, Volkswirtschaftlicher Berater des IWF, 23. März 2017

In den vergangenen Jahren hat der Fonds seine Arbeit zum Thema Geschlechtergleichheit in Form von politischen Analysen und Beratung, Forschung und Wissensaustausch zügig vorangetrieben. Diese Aktivitäten wurden im Laufe des GJ 2017 weiter vertieft. Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde präsentierte ein Rahmenwerk für die Zusagen, die anlässlich des im September 2016 stattgefundenen UN High Level Panel „Women’s Economic Empowerment“ gemacht wurden. Die Zusagen umfassen die folgenden Punkte:

- Politikberatung und Analyse zur Unterstützung der Frauenerwerbsquote
- Schließen von Lücken bei geschlechtsspezifischen Daten mit Schwerpunkt finanzielle Inklusion
- Gender Budgeting
- Forschungen zu diskriminierenden Folgen gesetzlicher Beschränkungen
- Forschungen zu Zusammenhängen zwischen Geschlechterungleichheit und Wachstum und den Auswirkungen der Politik auf Geschlechterungleichheit

Was ist Gender Budgeting?

Ein Ansatz, bei dem fiskalpolitische Maßnahmen und Instrumente für die Verwaltung öffentlicher Finanzen zur Förderung von Geschlechtergleichheit und Entwicklung eingesetzt werden. Einige Länder konzentrieren sich auf Ausgabenzuteilungen oder die Struktur fiskalpolitischer Maßnahmen, während sich andere um administrative Änderungen bei der Planung und Überwachung ihrer Haushalte bemühen. Die erfolgreichsten Initiativen umfassen beide Gebiete. Der IWF betreibt eine Online-Datenbank über globale Anstrengungen zum Gender Budgeting und erstellt zwei Indizes für Geschlechtergleichheit.

Übersicht

Entwicklungen in der Genderarbeit im GJ 2017

Ziele in Bezug auf die Geschlechtergleichheit im politischen Dialog mit den jeweiligen Ländern:

23 Länderstudien und regionale Pilotstudien wurden durchgeführt und 4 weitere Studien sind in Vorbereitung. Diese Arbeit konzentriert sich in erster Linie auf die Erhöhung der weiblichen Erwerbsquote und die Quantifizierung der aus der Geschlechterungleich erwachsenden makroökonomischen Verluste.

IWF-Kreditvergabe: Geschlechterbezogene Überlegungen fließen nunmehr in die verschiedenen Programme ein. Im Fall von Ägypten und Niger umfassen die Programme z. B. das Ziel, die volkswirtschaftliche Beteiligung von Frauen durch die verbesserte Verfügbarkeit von öffentlichen Kleinkinderbetreuungsstätten bzw. die Entwicklung einer Geschlechterstrategie zu stärken.

Gender Budgeting: Zu Beginn des GJ 2018 veröffentlichte der IWF das Papier „Gender Budgeting in G7 Countries“ für die italienische Präsidentschaft der G7, das als Informationsgrundlage für die Gespräche der G7 über Geschlechtergleichheit dienen sollte. Die Arbeit zum



Gender Budgeting wird fortgesetzt, u. a. als Teil der technischen Hilfe bei der Verwaltung öffentlicher Finanzen.

Finanzielle Inklusion: Der IWF führte Pilotstudien über den Zugang von Frauen zu Bank- und anderen finanziellen Dienstleistungen in 28 Ländern durch. Die Resultate wurden verwendet, um festzustellen, wie Datenlücken behoben werden können, und ein entsprechendes Toolkit wurde entwickelt.

Publikationen: Im Februar 2017 gab der IWF ein Buch heraus mit dem Titel *Women, Work, and Economic Growth: Leveling the Playing Field*.

Konferenzen: Der IWF hielt 2 Konferenzen zum Thema Geschlechtergleichheit ab: eine eintägige Veranstaltung über Fiskalpolitik und Geschlechtergleichheit und eine Dreitageskonferenz über Geschlechterfragen und Makroökonomie. Beide Veranstaltungen wurden jeweils von über 200 Teilnehmern besucht.

Kapazitätsaufbau: Die technische Hilfe des IWF bezüglich Gender Budgeting gewinnt an Bedeutung. Beispiele umfassen Kambodscha (Finanzberichterstattung), die Ukraine (mittelfristiges Budgetrahmenwerk) und Österreich (Bewertung der fiskalischen Transparenz).

Geschlechtergleichheit und Wachstum

IWF-Studien belegen, dass dort, wo Frauen in größerem Umfang am Arbeitsmarkt partizipieren und gleiche Chancen bekommen (Rechte, Ausbildung, Gesundheitsbetreuung, Zugang zu Finanzen [*Schaubild 1.5*]), signifikante makroökonomische Gewinne möglich sind. Trotz wesentlicher Fortschritte liegt der weibliche Erwerbsquotenanteil in den meisten fortgeschrittenen, aufstrebenden und sich entwickelnden Volkswirtschaften nach wie vor unter dem entsprechenden männlichen Anteil. Die Einkommensschere klappt weit auseinander, und Frauen sind im informellen Sektor und unter den Armen überrepräsentiert. In 90 Prozent der Länder hindern gesetzliche Beschränkungen Frauen daran, ihr volles wirtschaftliches Potenzial zu entfalten. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist zwar ein wichtiges Entwicklungsziel, aber die wirtschaftliche Partizipation von Frauen spielt auch eine wichtige Rolle für Wachstum, Produktion und Exporte, Diversifizierung und eine gleichmäßigere Einkommensverteilung.

ZUSAMMENFASSUNG STABSPAPIER

Frauen, Arbeit und Wirtschaft:

Frauen machen gut die Hälfte der Weltbevölkerung aus, doch ihr Beitrag zur gemessenen Wirtschaftstätigkeit, zum Wachstum und zum Wohlstand liegt deutlich unter dem Potenzial. Dies hat ernste gesamtwirtschaftliche Folgen.

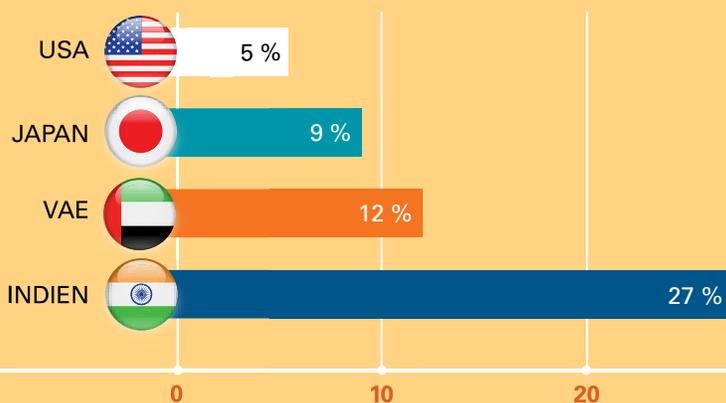
In schnell alternden Volkswirtschaften kann eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen zu Wachstumsschüben führen und die Folgen einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung abfedern. In Entwicklungsländern kann eine stärkere Teilhabe von Frauen zur Entwicklung beitragen, z. B. durch eine höhere Einschulungsquote von Mädchen.

Die Umsetzung politischer Maßnahmen zur Behebung von Arbeitsmarktverzerrungen und gleiche Ausgangsbedingungen für alle sollen es Frauen ermöglichen, ihr Potenzial zu entfalten und sichtbarer am Wirtschaftsleben teilzunehmen.

Erstellt von Katrin Elborgh-Woytek, Monique Newiak, Kalpana Kochhar, Stefania Fabrizio, Kangni Kpodar, Philippe Wingender, Benedict Clements und Gerd Schwartz

Schaubild 1.5
Frauenerwerbsquote und BIP

Um wie viel würde das BIP eines Landes ansteigen, wenn die weibliche Erwerbsquote der männlichen entsprechen würde?



Stärkeres Wirtschaftswachstum durch Geschlechtergleichstellung

Länder aller Einkommensgruppen könnten ihr BIP erheblich steigern, wenn die weibliche Erwerbsquote dem Niveau der männlichen entsprechen würde.

Quelle: Schätzungen des IWF-Stabs.
Hinweis: VAE: Vereinigte Arabische Emirate.



Kapazitätsentwicklung im Bereich Schuldenmanagement

Saudi-Arabien erwirbt Schuldenmanagementkompetenz



Der massive Verfall der globalen Ölpreise veranlasste die Regierung Saudi-Arabiens, einen Plan für eine beherzte Transformation der Wirtschaft ihres Landes zu entwerfen. Die Pläne sehen u. a. eine Diversifizierung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Privatsektor, schrittweise Maßnahmen hin zu einem ausgeglichenen Budget sowie die weitere Stärkung der Investitionsfähigkeit vor. Zur Erreichung dieser Ziele muss die Regierung die Liquidität an den Kapitalmärkten vertiefen und die Rolle des Anleihemarkts stärken.

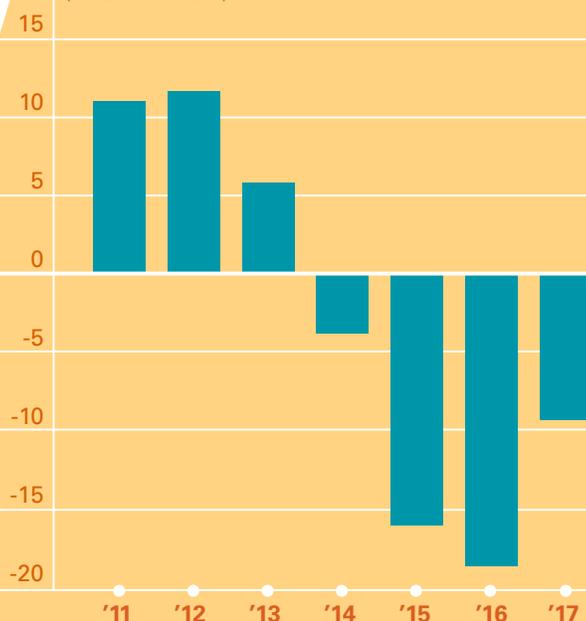
Bis vor Kurzem bestand für den Erdölproduzenten Saudi-Arabien kein Grund, Kapital aufzunehmen, da das Land keine wesentlichen Finanzierungslücken hatte. Die rückläufigen Einnahmen aufgrund des gesunkenen Ölpreises führten jedoch zu Haushaltsdefiziten (*Schaubild 1.6*), obwohl sich die Ölpreise bis zu einem gewissen Grad erholt haben. Vor diesem Hintergrund unternahm die Regierung einen fundamentalen politischen Kurswechsel und entschied sich für einen zweistufigen Ansatz zur Absicherung der makroökonomischen Stabilität: Einerseits wurde auf die umfassenden Fiskalreserven des Landes zurückgegriffen und andererseits wurden zur Mittelbeschaffung Anleihen emittiert.

Der erste Schritt zur Entwicklung von Fremdkapitalmärkten war die Errichtung eines Schuldenmanagementbüros. 2016 bat die Regierung den IWF, sie bei der Errichtung dieser Stelle zu unterstützen. Nach einer Analyse der Finanzsituation und einer Einschätzung, inwieweit die Errichtung

Fallende Ölpreise führten zu sinkenden Einkommen.

Die daraus resultierenden Haushaltsdefizite haben die Regierung zum Umdenken gezwungen.

Schaubild 1.6
Saudi-Arabien, Haushaltssaldo, 2010–16
(Prozent des BIP)



Quellen: Landesbehörden; Berechnungen des IWF-Stabs.

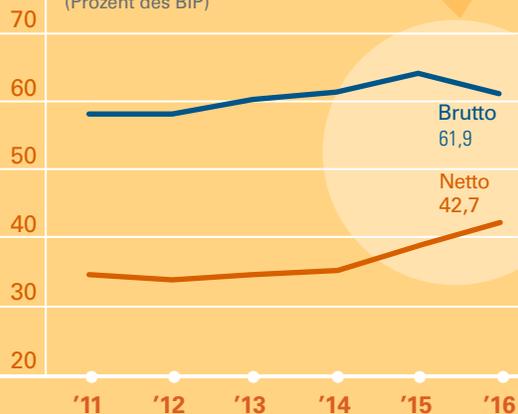


Uruguays Schuldenmanagementbüro stellte erhebliche Diskrepanzen fest.

2015 stieg die Bruttoverschuldung vor allem aufgrund der Abwertung des Pesos, da Verbindlichkeiten in Fremdwährungen einen Großteil der Schulden ausmachen.



Schaubild 1.7
Uruguay, Verschuldung des öffentlichen Sektors, 2011–16
(Prozent des BIP)



Quellen: Banco Central del Uruguay; Haver Analytics; Weltwirtschaftsausblick des IWF und Berechnungen des IWF-Stabs.



Schaubild 1.8

Uruguay, Zusammensetzung der Verschuldung des öffentlichen Sektors, 2015

(in Prozent)

Quellen: Banco Central del Uruguay; Haver Analytics; Berechnungen des IWF-Stabs und Weltwirtschaftsausblick des IWF.

einer derartigen Stelle das makroökonomische Management verbessern könnte, wurden die folgenden Maßnahmen umgesetzt:

- Errichtung des Schuldenmanagementbüros innerhalb des Finanzministeriums, das die rechtlichen sowie Governance- und Schuldenmanagement-Rahmenbedingungen für das Schuldenmanagement entwickelt.
- Entwicklung einer mittelfristigen Schuldenstrategie, um die Vor- und Nachteile alternativer Schuldenstrategien einschätzen zu können.
- Förderung von Strategien, die die Entwicklung eines lokalen Fremdkapitalmarktes ermöglichen.

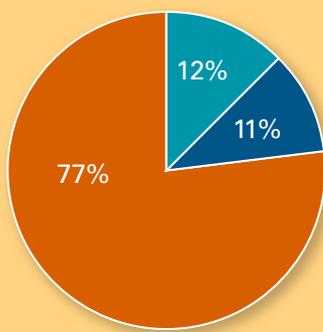
Das saudi-arabische Schuldenmanagementbüro nahm seinen Betrieb im Oktober 2016 auf. Sein Hauptziel besteht in der Absicherung des Finanzierungsbedarfs des Landes mithilfe der bestmöglichen Kombination von Kosten und Risiken sowie in Übereinstimmung mit der Regierungspolitik. Im Rahmen der Schuldenmanagementstrategie werden die staatlichen Schultitel schrittweise registriert, an die Börse gebracht und an der Tadawul, der Börse Saudi-Arabiens, gehandelt.

Die Zusammenarbeit des IWF mit Saudi-Arabien könnte als nützliches Modell für eine Reihe anderer erdöl- bzw. rohstoffexportierender Länder dienen, die einen umfassenden und strategischen Ansatz für ihr Schuldenmanagement benötigen.

Uruguay: Weniger Risiken durch innovatives Asset and Liability Management

Firmen steuern ihre konsolidierten Aktiva und Passiva als ein Kernelement des Risikomanagements in ihren Bilanzen. Viele Regierungen, die über eine Vielfalt von Aktiva und Passiva (expliziter, impliziter oder bedingter Natur) verfügen, erstellen in der Regel keine vollständige Bilanz oder andere finanzielle Positionsaufstellungen, da sich öffentliche Aktiva und Passiva nicht für eine derartige konventionelle Art der Analyse eignen. Dadurch wird eine Einschätzung der Risiken von öffentlichen Bilanzen schwierig.

Uruguay hat sich dieser Herausforderung mit einer innovativen Vorgehensweise gestellt. Die Schuldenmanagementstelle Uru-

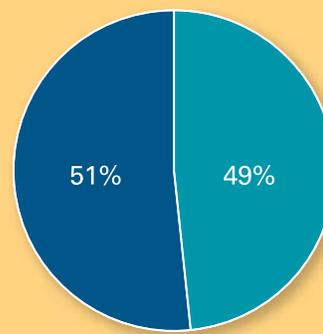
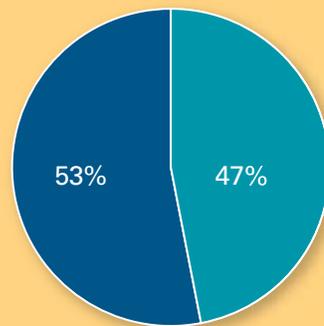


Laufzeit

- 1 Jahr
- 1–5 Jahre
- > 5 Jahre

Währung

- Uruguayische Pesos
- Ausländische Währung



Ansässigkeit

- Gebietsansässig
- Gebietsfremd

guays und der IWF arbeiteten zusammen, um eine umfassendere Einschätzung des Schuldenmanagements der Regierung im Kontext der größeren Bilanz des öffentlichen Sektors vorzunehmen und die Rolle des einheimischen Anleihenmarkts im Zusammenhang mit dem Management potenzieller Risiken des öffentlichen Portfolios zu bewerten. Diese Aufgabe, die unter anderem die Überprüfung aller Bilanzen der Regierung, einschließlich der Zentralregierung, der Notenbank von Uruguay, größerer staatlicher Betriebe sowie der staatlichen Versicherungsbank umfasste (*Schaubild 1.7 und Schaubild 1.8*), half bei der Identifizierung wesentlicher Diskrepanzen und möglicher Strategieänderungen.

So überstiegen z. B. die US-Dollar-Verbindlichkeiten die US-Dollar-Aktiva – ein Hinweis darauf, dass das Land eine Strategie zum Abbau seiner US-Dollar-Schulden durch die weitere Entwicklung des lokalen Anleihenmarkts anstreben sollte. Es zeigte ebenfalls, dass sich Uruguay gegen vorherrschende Wechselkursrisiken an den Terminmärkten absichern sollte. Das würde eine zusätzliche Koordination zwischen dem Schuldenmanagement und der Umsetzung geldpolitischer Maßnahmen erfordern und eine Konsolidierung der verschiedenen Arten von Schuldinstrumenten erforderlich machen. Zusätzlich wäre es notwendig, sich mit der inflationsgebundenen und lohngebundenen Indexierung im Kontext eines alternden Pensionssystems sowie der Verbesserung von globalen Verwahr- und Abrechnungsvereinbarungen auseinanderzusetzen.

Die Behörden Uruguays sind entschlossen, Diskrepanzen zwischen den Währungen zu reduzieren und die Widerstandsfähigkeit ihres Landes gegen Währungsrisiken zu stärken, wodurch auch die Finanzstabilität des Landes gefördert würde. „Unsere Überlegungen zur konsolidierten Bilanz des Landes“, so Michael Papaioannou, Missionschef im Bereich technische Hilfe beim IWF, „liefern den Behörden einen umfassenden Überblick über die Bilanzrisiken des Staates und versetzen sie in die Lage, damit verbundene Risiken auf eine kosteneffizientere Weise abzufedern.“

„Unsere Überlegungen zur konsolidierten Bilanz des Landes liefern den Behörden einen umfassenden Überblick über die Bilanzrisiken des Staates und versetzen sie in die Lage, damit verbundene Risiken auf eine kosteneffizientere Weise abzufedern.“

— Michael Papaioannou, Missionschef im Bereich technische Hilfe beim IWF



AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Wirtschaftliche Veränderungen in China beeinträchtigen Exportländer in Afrika südlich der Sahara

Im Laufe der vergangenen 20 Jahre haben China und Afrika enge wirtschaftliche Beziehungen entwickelt. Das rasche Wachstum Chinas hat dessen Nachfrage nach Rohstoffen, von denen viele aus Afrika kommen, verstärkt. Während des genannten Zeitraums wuchs der Handel zwischen den beiden Regionen mehr als vierzigfach. Der Anteil Chinas an afrikanischen Exporten, der 1995 1,6 % betrug, schnellte 2015 bis auf 16,5 % hinauf, während Chinas Anteil an Importen aus Afrika von 2,5 % auf 23,2 % wuchs (*Schaubild 1.9*).

Roger Nord,
Mitautor von
„A Rebalancing
Act for China
and Africa: The
Effects of China's
Rebalancing on
Sub-Saharan
Africa's Trade
and Growth“

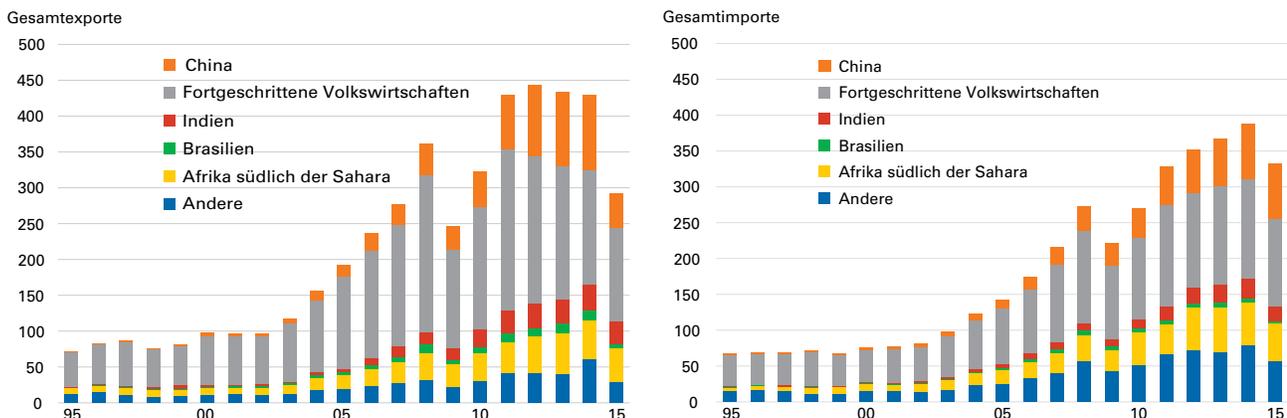
Chinas Wachstum hat sich jedoch verlangsamt; als Wachstumstreiber dienen nicht länger Investitionen und Exporte, sondern der Binnenkonsum. Dieser Prozess wird häufig auch als „Neuausrichtung“ bezeichnet. Eine vor Kurzem vom IWF erstellte Analyse belegt, dass sich diese Neuausrichtung besonders stark auf die rohstoffexportierenden Länder auswirkt, von denen viele in Afrika sind: Der Wert afrikanischer Exporte nach China fiel von 105 Mrd. US\$ 2014 auf 48 Mrd. US\$ 2015, was den Druck auf Wechselkurse und Fremdwährungsreserven verschärfte. Stark gesunkene Regierungseinnahmen zwangen rohstoffreiche Länder zur Reduzierung ihrer öffentlichen Ausgaben, einschließlich dringend notwendiger Ausgaben für Infrastruktur und Sozialleistungen. Das sorgt kurzfristig für schmerzhaftes Einschnitte.

Doch es gibt auch gute Nachrichten. Auf der Suche nach zusätzlichen Gelegenheiten im Ausland haben **chinesische Unternehmen und Finanzinstitute ihre Direktinvestitionen und ihre Kreditvergabe in Afrika intensiviert**, insbesondere in rohstoffarmen Ländern, die sich nach wie vor hohen Wachstums erfreuen. Mittelfristig geben diese Investitionen den Ländern in Afrika südlich der Sahara die Gelegenheit, Teil von globalen Wertschöpfungsketten zu werden, was die dringend benötigte strukturelle Transformation des Kontinents beschleunigt.

„Auf Regen folgt Sonnenschein“, so Roger Nord, Mitautor der IWF-Analyse. „Obwohl die sinkenden Rohstoffpreise Afrika kurzfristig schaden, ist die Neuausrichtung Chinas hin zu mehr Konsum eine Gelegenheit für Afrika, seine dringend benötigte strukturelle Transformation voranzutreiben.“

Schaubild 1.9

Exporte und Importe von Afrika südlich der Sahara, nach Partner, 1995–2015 (Milliarden US-Dollar)



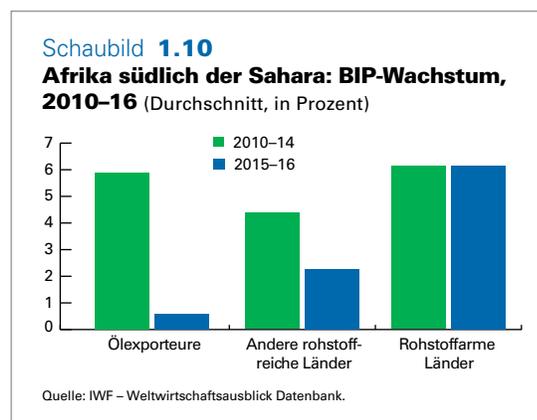
Quelle: IWF – Direction of Trade Statistics.

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Die verspätete Anpassung an den Rohstoffpreisverfall beeinträchtigt das Wachstum in Afrika südlich der Sahara

Der Verfall der Rohstoffpreise, der im Jahr 2011 begann und sich ab Mitte 2014 verschärfte, hat die 23 Länder Afrikas südlich der Sahara, die stark von Rohstoffexporten abhängig sind, enorm unter Druck gesetzt. In diesen Ländern führte der daraus resultierende Rückgang der Export- und Haushaltseinnahmen zu einer rapiden Verschlechterung der Außenhandels- und Steuerbilanzen, wobei Ölexporture besonders stark betroffen waren.

Infolgedessen gerieten die Wechselkurse unter Druck, die internationalen Reserven schwanen, und es kam zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung und zu Zahlungsrückständen. Seit 2014 hat sich das **Wachstum der rohstoffreichen Länder merklich verlangsamt**, vergleicht man es mit der vorangegangenen Phase lebhaften Wachstums. Dieses Bild steht in scharfem Kontrast zu den restlichen Ländern der Region, die sich beflügelt durch niedrigere Energieimportpreise weiterhin stark entwickelten (*Schaubild 1.10*). Im Jahr 2016 betrug die Wachstumsrate für ganz Afrika südlich der Sahara nur 1,4 % – die schlechteste Performance der Region seit über zwei Dekaden.



„Die Behörden der am stärksten betroffenen Länder in Afrika südlich der Sahara haben zwar erste Strategieanpassungen vorgenommen, diese greifen jedoch nur langsam und sind ineffizient, was zu Unsicherheit führt. Dadurch werden Investitionen zurückgehalten, und es steigt die Gefahr, dass weiterreichende Schwierigkeiten in der Zukunft geschaffen werden“, so Céline Allard, Chefin der Abteilung Afrika, unter deren Leitung der im April 2017 herausgegebene *Regional Economic Outlook for Sub-Saharan Africa—Restarting the Growth Engine* erstellt wurde.

Da die Rohstoffpreise niedrig bleiben dürften, müssen die am schwersten betroffenen Länder sich dringend anpassen, wenn sie ihre makroökonomische Stabilität wiederherstellen und ihr Wachstum ankurbeln wollen. **Wo immer möglich, sollten sie Haushaltskonsolidierung mit Wechselkursflexibilität kombinieren.** Eine derartige Neuausrichtung wird jedoch nur dann dauerhaft sein, wenn die betroffenen Länder gleichzeitig die Mobilisierung inländischer Einnahmen stärken, Vielfalt fördern und langjährige Schwachstellen im Wirtschaftsumfeld beseitigen, um Investitionen in neue Sektoren anzuziehen.

Das Team von „Regional Economic Outlook for Sub-Saharan Africa“ (von links nach rechts): Jackie Zhang, Nkunde Mwase, Haris Tsangarides, Jarek Wieczorek, Natasha Minges, Romain Bouis, Mustafa Yenice, Torsten Wezel, Maxwell Opoku-Afari, Monique Newiak, Céline Allard (nicht im Bild): Francisco Arizala, Paolo Cavallino, Jesus Gonzales-Garcia, Cleary Haines, Charlotte Vazquez)



NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von Konflikten und Flüchtlingskrisen

Gaëlle Pierre,
Mitautor von „The Economic Impact of Conflicts and the Refugee Crisis in the Middle East and North Africa“

Die Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika hatten dramatische humanitäre Konsequenzen. Ein im September 2016 veröffentlichtes IWF-Papier über deren wirtschaftliche Auswirkungen beschäftigt sich mit der Rolle, die die Wirtschaftspolitik in diesem Kontext gespielt hat. Die Studie zeigt, dass Wirtschaftspolitik kurzfristig dazu beitragen kann, die unmittelbaren Auswirkungen von Konflikten zu mildern. Langfristig kann sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, eine gesunde und nachhaltige Erholung zu fördern und die Wahrscheinlichkeit des erneuten Abgleitens in Konflikte zu vermeiden.

In Zeiten von Konflikten ist die Politik mit mehrfachen Herausforderungen, konkurrierenden Forderungen und dringenden Bedürfnissen konfrontiert (*Schaubild 1.11*). In derartig extremen Umständen mögen die längerfristigen Ziele der Wirtschaftsentwicklung irrelevant scheinen. **Werden bewährte politische Praktiken nicht gewahrt oder die negativen Folgen von Konflikten nicht ausgeglichen, kann es zu dauerhaften negativen Konsequenzen** für die jeweilige Wirtschaft der Konfliktländer kommen.

Eine sorgfältige Erwägung der Wirtschaftspolitik mag zwar angesichts des Konflikts schwierig sein, kann jedoch zu einer gewissen wirtschaftlichen Stabilität beitragen. Neben unmittelbaren humanitären Bedürfnissen gibt es 3 Prioritäten: den Schutz der leistungsfähigen Wirtschaftsinstitutionen, die Priorisierung von Haushaltsmitteln und den Einsatz von Geld- und Wechselkurspolitik zur Gewährleistung makroökonomischer Stabilität.

Die Erholung von den Auswirkungen von Konflikten braucht Zeit und hängt von mehreren Faktoren ab, wie z. B. Intensität, Dauer und Art des Konflikts sowie dem Ausmaß des den Institutionen zugefügten Schadens. In den Jahren 1970–2014 konnte z. B. eine Reihe von Postkonflikt-Ländern, die nach Beendigung des Konflikts mehr als 10 Jahre Frieden hielten, durchschnittlich eine relativ hohe jährliche Wachstumsrate von 4,5 % erzielen. Dessen ungeachtet würde Syrien mindestens 20 Jahre brauchen, um lediglich sein BIP-Niveau von 2010, also vor dem Konflikt, zu erreichen, falls der syrische Konflikt 2015 beendet worden wäre.

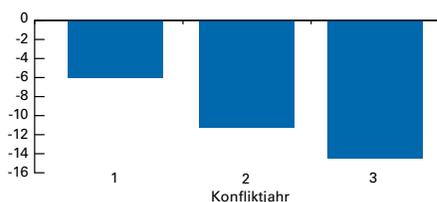
Beim Ausstieg aus der kriegsbedingten Wirtschaftspolitik sind für den **Wiederaufbau gut funktionierende Institutionen und ein robustes, aber auch flexibles makroökonomisches Rahmenwerk nötig**, um Wiederaufbau und Erholung zu begleiten.

In der Region Naher Osten und Nordafrika besteht eine große Herausforderung darin, die vielen Flüchtlinge zu betreuen und politische Maßnahmen zu treffen, die die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatländer unterstützen bzw. in den jeweiligen Gastländern Möglichkeiten schaffen, um sie einer produktiven

Schaubild 1.11

Naher Osten und Nordafrika, konfliktbedingte Änderungen des BIP, 1970–2014

(in Prozent, kumulativ)



Quellen: Center for Systematic Peace und Schätzungen des IWF-Stabs.

Aktivität zuzuführen.

Die Lektionen aus dem Arabischen Frühling und seinen Folgekonflikten zeigen, dass die Länder der gesamten Region ihre **Reformen zur Förderung von inklusivem Wachstum beschleunigen sollten, um die Chancengleichheit zu mindern**. Obwohl bereits einige Fortschritte erzielt wurden, muss noch vieles getan werden.

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen von Konflikten und ihren Folgeerscheinungen abzufedern, stellt der IWF speziell zugeschnittene Politikberatung auf den folgenden Gebieten bereit:

- Aufbau von belastbaren makroökonomischen Rahmenwerken
- Festlegung von Geld- und Wechselkurspolitik
- Priorisierung der Ausgaben, einschließlich des Schutzes wichtiger Sozialausgaben, sowie die Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit und
- Förderung von inklusivem Wachstum.

Zudem gibt der IWF sein Fachwissen weiter, unter anderem durch das Middle East Regional Technical Assistance Center und länderspezifische Treuhandfonds. Diese Unterstützung konzentriert sich in erster Linie auf den Wiederaufbau und die Stärkung von Wirtschaftsinstitutionen, die Verbesserung der Wirtschaftspolitik, die Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements, die Entwicklung gerechter Steuersysteme, die Stärkung der Finanzaufsicht und Intermediation sowie die Aufbereitung von Statistiken.

Der IWF hat Afghanistan, dem Irak und Jordanien finanzielle Unterstützung bereitgestellt, und zwar unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Flüchtlingsströme und Binnenflüchtlinge. Zudem hilft der IWF bei der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen von Gebern und anderen internationalen Finanzinstitutionen (Irak, Jordanien, Libanon). Der Fonds spielt eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung des Dialogs innerhalb der internationalen Gemeinschaft, indem er Einschätzungen von Wirtschaftsentwicklungen liefert und an Geberkonferenzen (Libyen, Somalia, Westjordanland und Gaza), sowie an hochrangigen Konferenzen zur Unterstützung Syriens und der Region 2016 in London und Anfang April 2017 in Brüssel teilnahm.



NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Energiepreisreform in der arabischen Welt

Der gegen Ende 2014 eingetretene Verfall der Ölpreise hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Länder der arabischen Welt: Die Ölexporteure der Region mussten zusehen, wie Milliarden Dollar an Einnahmen zunichtegemacht wurden, während Ölimporteure massive Einbrüche bei Geldsendungen und Investitionen hinnehmen mussten. Obwohl sich die Ölpreise bis Juli 2017 etwas erholt hatten und bei 45–50 US\$ pro Barrel lagen, ging man an den Terminmärkten davon aus, dass der Preis mittelfristig auf einem niedrigen Niveau von etwa \$55 pro Barrel bleiben werde.

Die Länder der gesamten arabischen Welt blicken dieser neuen Realität ins Auge. Viele von ihnen haben wichtige Schritte ergriffen, um **ihre großzügige Energiepreisgestaltungspolitik zu reformieren, um so ihre Haushaltslage zu konsolidieren**. Ein IWF-Papier, das Anfang des GJ 2018 veröffentlicht wurde, deutet jedoch darauf hin, dass noch immer zusätzlicher Handlungsspielraum besteht. 2015 entfielen über ein Viertel der globalen Energiesubventionen vor Steuern auf arabische Länder: 117 Mrd. US\$ bzw. mehr als die Einnahmen von Amazon, Microsoft oder Google im Jahr 2015 (*Schaubild 1.12*). Dieser Betrag umfasst die impliziten Kosten bzw. Opportunitätskosten niedriger Energiepreise – entgangene Einnahmen durch den Verkauf unter Weltpreisniveau.

Niedrige Energiepreise begünstigen zumeist die Reichen, die große Energiemengen konsumieren, und generieren dabei einen relativ geringen Nutzen für die Wirtschaft. **Die für Subventionen verwendeten Geldmittel ließen sich besser in Sektoren mit höheren Renditen investieren**. Subventionen führen ebenfalls zu industriellen Verzerrungen und einem verschwenderischen Energiekonsum, der sich ungünstig auf die Umwelt auswirkt.

Reformen von Energiepreisen sehen sich einer Reihe politischer und sozialer Herausforderungen gegenüber. Das Beispiel zahlreicher Länder zeigt jedoch, dass derartige Reformen möglich sind. Um erfolgreich zu sein, sollten die Reformanstrengungen breit gefächert und umfassend sein, schrittweise durchgeführt und frei von jeglicher Politisierung sein. **Zudem sollten arme und gefährdete Bevölkerungsgruppen, für welche höhere Energiepreise eine Bürde bedeuten, kompensiert werden**.

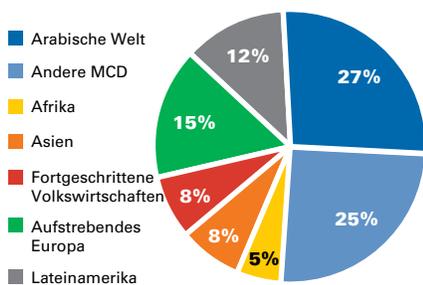
Da die niedrigeren Ölpreise einen geringeren Abstand zwischen den inländischen Energiepreisen in den arabischen Ländern und den internationalen Benchmarks bedeuten (*Schaubild 1.13*), ist jetzt der ideale Zeitpunkt für eine Reform der Energiepreisgestaltung. Arabische Länder gaben 2016 durchschnittlich 3 % ihres BIP für Energiesubventionen aus. Würden sie diese Mittel für produktivere Subventionen in Sach-

und Humankapital aufwenden, könnten sie innerhalb von 6 Jahren weitere 6 Prozentpunkte an Wachstum erreichen und im selben Zeitraum die öffentliche Verschuldung um bis zu 20 Prozentpunkte des BIP senken.

Um die Auswirkungen der Reformen abzufedern, könnten die Länder eine Mischung aus Investitionen und Schuldenabbau einsetzen und Ersparnisse

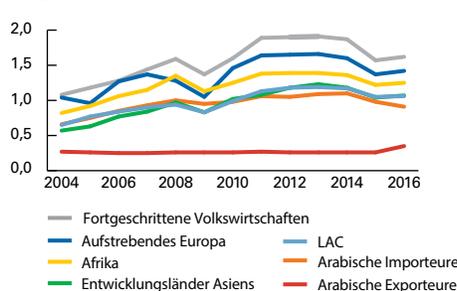
Olivier Basdevant,
Mitautor von „If Not Now, When? Energy Price Reform in Arab Countries“

Schaubild 1.12
Energiesubventionen nach Region, 2015



Quellen: Internationale Energiebehörde und Berechnungen des IWF-Stabs.
Hinweis: MCD: Naher Osten und Zentralasien.

Schaubild 1.13
Durchschnittliche Benzinpreise nach Region, 2004–16 (US\$-Dollar pro Liter)



Quellen: Internationale Energiebehörde und Berechnungen des IWF-Stabs.
Hinweis: LAC: Lateinamerika und die Karibik.

für Kompensationsmaßnahmen verwenden. **Ange- sichts der Bemühungen der arabischen Welt, inklusives Wachstum und bessere Lebensstandards zu fördern, sind Energiepreisreformen mit einem hohen potenziellen Nutzen verbunden.** „Jetzt ist ein wirklich guter Zeitpunkt, Reformen voranzutreiben“, so Olivier Basdevant, Mitautor des IWF-Papiers, „entweder aus der Not heraus oder weil es jetzt einfacher ist, so- lange die Differenz zwischen inländischen Preisen und Weltmarktpreisen gering ist“.

ASIEN UND PAZIFIKRAUM

Brunei Darussalam: Technologie für individuelle IWF-Unterstützung

Der IWF berät sich mit seinen 189 Mitgliedsländern in erster Linie durch die jährlich durchgeführten wirtschaftlichen Gesundheitschecks. Während dieser Artikel-IV-Konsultationen erbitten die jeweiligen Landesbehörden oftmals die Unterstützung des Fonds für den Aufbau von Institutionen mithilfe von technischer Hilfe und Ausbildung. Dies war der Fall, als IWF-Delegationen nach Brunei Darussalam reisten: Die Behörden dieses kleinen, auf der Insel Borneo in Südostasien gelegenen Ölproduzenten baten den IWF um entsprechende Unterstützung, um ihr Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Das IWF-Team sah sich jedoch mit einigen Hindernissen konfrontiert: **Informationen über Möglichkeiten der technischen Hilfe waren** über verschiedene Abteilungen des IWF **verteilt**. Außerdem sorgten die große Distanz zwischen Brunei Darussalam und Washington sowie begrenzte Platz- und Personalkapazitäten dafür, dass häufige Reisen für die Vertreter Bruneis und des Fonds nicht möglich waren. „Die Lösung bestand darin, ein umfassendes Informationspaket über unser Angebote an technischer Hilfe zusammenzustellen und die vom IWF entwickelten Technologietools einzusetzen, wie z. B. das kostenlose Online-Training und das Data Portal“, erläuterte Missionschef Seng Guan Toh.

Das Team entwickelte auf der Grundlage von Angeboten für andere ölproduzierende Länder eine individuelle Liste mit Optionen technischer Hilfe. Im Steuerbereich ging es um die Stärkung des öffentlichen Finanzmanagements und im Finanzbereich um die Entwicklung des Finanzsektors. **Das Team machte Kurse für die jeweiligen Regierungsbehörden aus, mit denen es sich treffen würde**, und stellte für jede einzelne eine individuelle Auswahl an Optionen technischer Hilfe zusammen. Für seine Treffen mit den Vertretern des Finanzministeriums wählte das Team z. B. den IWF-Kurs „Makroökonomisches Management in rohstoffreichen Ländern“ aus, weil Brunei ein Erdölexporteur ist.

Während ihrer Mission nach Brunei im Februar 2017 **stellten Teammitglieder am Ende ihrer Gespräche Kurse mit Bezug zu Wirtschaftsthemen des Landes vor**, zeigten ein Video, das die Nutzung des Online-Portals erläutert, und erklärten den Teilnehmern die online verfügbaren Daten. Neben den Besprechungen mit Vertretern des Finanzministeriums traf sich das Team mit Mitarbeitern des Ministerpräsidenten, der Währungsbehörde, des Ministeriums für Auslandsangelegenheiten und internationalen Handel, des Arbeitsministeriums, einer führenden Denkfabrik sowie des Zentrums für Strategie- und Politikstudien.

„Der ‚3T-Ansatz‘ – Technologie, technische Hilfe und Training – ermöglicht es den bruneiischen Regierungsbehörden, die Hilfsangebote des IWF zu nutzen, um wirtschaftsbezogene Fragestellungen anzugehen“, so Toh. Er und sein Team erwarten, dass das Land diese Angebote eifrig nutzen wird, und hoffen, dass sich diese Vorgehensweise auch auf andere Länder übertragen lässt. Der Fonds könnte so sein Mandat, Unterstützung für seine Mitglieder zu leisten, besser gerecht werden.

„Der ‚3T-Ansatz‘
— **Technologie, technische Hilfe
und Training** — ermöglicht es den
bruneiischen Regierungsbehörden, die Hilfsangebote des IWF zu nutzen, um wirtschaftsbezogene Fragestellungen anzugehen.“

— Seng Guan Toh, IWF-Missionschef



ASIEN UND PAZIFIKRAUM

IWF geht Partnerschaft mit Indien ein und eröffnet neues Lernzentrum



Weniger als ein Jahr nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung durch die Regierung Indiens und den IWF im März 2016 wurde das Regionale Zentrum für Ausbildung und technische Hilfe in Südasien (South Asia Regional Training and Technical Assistance Center, SARTTAC) am 13. Februar 2017 in Neu-Delhi eingeweiht. Die Auswahl eines geeigneten Standorts, die Entwicklung eines funktionalen Designs und die Bauausführung bedingten eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den indischen Behörden, dem IWF-Stab und den örtlichen Anbietern. Das Ergebnis ist eine Schulungseinrichtung von Weltklasse.

Dieses Zentrum ist das neueste im globalen IWF-Netzwerk von 14 Regionalen Zentren für Ausbildung und technische Hilfe. Es wurde als Modell für die künftige Kapazitätsentwicklung des IWF entworfen, nicht zuletzt, weil sich Ausbildung und technische Hilfe unter einem Dach befinden. Die Mitgliedsländer der Region stellten den Großteil der Finanzierung für das Zentrum selbst bereit; finanzielle Unterstützung erhielten sie von Australien, der Europäischen Union, Korea und dem Vereinigten Königreich.

SARTTAC ist die Antwort auf die starke Nachfrage seiner Mitgliedsländer (Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal und Sri Lanka) nach Kapazitätsentwicklung des Fonds.

Südasien ist eine schnell wachsende Region und beheimatet ein Fünftel der Weltbevölkerung. Die Volkswirtschaften der Region kämpfen damit, die Effizienz ihrer Staatsausgaben zu verbessern, ihre Steuerverwaltung zu stärken, die Regulierung und Aufsicht ihrer Finanzsysteme zu stärken, ihre Geldpolitik und Geschäfte zu optimieren sowie ihre makroökonomischen Wirtschaftsstatistiken zu verbessern

Mithilfe von Schulungen und Vor-Ort-Experten für technische Hilfe ermöglicht es SARTTAC dem Fonds, der hohen Nachfrage besser gerecht zu werden. Sein regionaler Standort macht es dem Fonds möglich, flexibel auf die Bedürfnisse der jeweiligen Länder einzugehen und seine Unterstützung den länderspezifischen Umständen anzupassen.

Das Interesse an SARTTAC war von Anfang an sehr hoch. Dem nachfragebasierten Ansatz entsprechend wurde viel Zeit aufgewendet, um sich über die Bedürfnisse der verschiedenen Mitgliedsländer zu informieren. Das führte zu einem **anfänglichen Programm von ungefähr 30 Kursen, die im Lauf des Kalenderjahres 2017 abgehalten werden und sich mit fiskal- und geldpolitischen sowie Finanz- und Statistik-Themen befassen.** Auf den ersten Kurs über makroökonomische Diagnosemethoden für Beamte des Indian Economic Service folgten regionale Schulungen über Fiskalanalyse und Geldpolitik. Einige Schulungen werden auch in anderen Mitgliedsländern abgehalten sowie auf subnationaler Ebene in Indien, wo die Nachfrage auf Ebene der Bundesstaaten sehr hoch ist.

Zusätzlich zu seinen individuellen Schulungsaktivitäten und praktischen technischen Hilfsprojekten wird SARTTAC im kommenden Jahr Länder für Gruppenlernaktivitäten zusammenführen, Beamte in verschiedene Länder versetzen und partnerschaftlich mit örtlichen Institutionen in ganz Südasien zusammenarbeiten.

Shaktikanta Das, Staatssekretär am indischen Finanzministerium und Carla Grasso, Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des IWF, eröffnen das South Asia Regional Training and Technical Assistance Center.

ASIEN UND PAZIFIKRAUM

Die Parlamentarier Myanmars stärken sowohl Management als auch Überwachung

Nach den im November 2015 stattgefundenen Wahlen von historischer Bedeutung trat in Myanmar (dem früheren Burma) im April 2016 eine neue demokratische Regierung ihr Amt an. Nach Jahrzehnten der Isolation erklärte die Regierung die dringend benötigte Reform des Finanzsektors, die Verbesserung der Infrastruktur sowie das Ende der internen bewaffneten Konflikte zur Priorität, mit dem Ziel, Myanmar schrittweise wieder in die Weltwirtschaft einzugliedern.

Die Kapazitätsentwicklung in Myanmar stellt angesichts der wirtschaftlichen Transformation des Landes eine enorme Aufgabe dar. Der Bedarf war umso dringlicher für das frisch gewählte Parlament, als der Großteil der Abgeordneten keine Erfahrung in Regierungsgeschäften hatte. Zur Lösung dieses Problems konzipierten IWF-Mitarbeiter aus mehreren Abteilungen in Zusammenarbeit mit parlamentarischen Führern ein hochrangiges Seminar zum Thema Kapazitätsentwicklung für das Unionsparlament Myanmars.

Das im Dezember 2016 abgehaltene Seminar legte sein Hauptaugenmerk auf die Bemühungen Myanmars, das makroökonomische Management und die Finanzstabilität zu stärken. **Über 60 Abgeordnete aus drei der wichtigsten parlamentarischen Wirtschaftsausschüsse nahmen an den interaktiven Sitzungen teil**, die mit dem jährlichen Gesundheitscheck des IWF abgestimmt wurden. Das IWF-Team umfasste Mitarbeiter aus der Abteilung Asien und Pazifikraum (einschließlich des Büros des Vor-Ort-Vertreters, des Büros für technische Hilfe für die Demokratische Volksrepublik Laos und die Republik der Union von Myanmar sowie des Regionalbüros in Japan) und der Abteilungen Kommunikation, Fiskalpolitik, Geld- und Kapitalmärkte und Statistik sowie das regionale Ausbildungszentrum in Singapur, mit finanzieller Unterstützung der japanischen Regierung.

Die Interaktionen zwischen den Abgeordneten und dem IWF-Team gaben den Parlamentariern eine einzigartige Gelegenheit, politische und technische Themen miteinander zu besprechen. Die Abgeordneten waren besonders angetan von der Vorgehensweise, Kapazitätsentwicklung in die volkswirtschaftliche Überwachung zu integrieren. **Das half ihnen dabei, besprochene fachliche Aspekte bei Grundsatzangelegenheiten anzuwenden**, mit denen sie sich regelmäßig im Rahmen ihrer Überwachungspflichten konfrontiert sehen. Ein Nachfolgeseminar zum Thema Management öffentlicher Finanzen für das „Parliamentary Joint Public Accounts Committee“ wurde für Mitte 2017 angesetzt.

Yongzheng Yang, Leiter der Vor-Ort-Vertretung des Fonds in Myanmar, fasste die Strategie des Fonds für das Land folgendermaßen zusammen: „Die Weitergabe von Wissen trägt wesentlich dazu bei, den Behörden zu helfen, politische Schritte durchzusetzen, um ihr Ziel von nachhaltigem und inklusivem Wachstum zu erreichen. Wir werden unsere Kapazitätsentwicklungsbemühungen in Myanmar, die bereits zu den umfassendsten innerhalb der Mitgliedschaft des IWF gehören, fortsetzen. Die Integration dieser Aktivitäten in unsere wirtschaftlichen Gesundheitschecks ist von ausschlaggebender Bedeutung für unser effizientes Engagement in diesem Land.“

„Wir werden unsere Kapazitätsentwicklungsbemühungen in Myanmar, die bereits zu den umfassendsten innerhalb der Mitgliedschaft des IWF gehören, fortsetzen.“

Yongzheng Yang,
IWF-Missionschef
für Myanmar

„... fest steht, dass die FCL, von der Mexiko nun seit einigen Jahren profitiert, Ausdruck der guten makroökonomischen Politik ist, für die die Führung des Landes auf Ebene der Notenbank und des Finanzministeriums verantwortlich ist.“

Christine Lagarde, Geschäftsführende Direktorin des IWF, Pressekonferenz des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses, 22. April 2017

WESTLICHE HEMISPHERE

Mexiko: Flexible Credit Line dient als Schutz in einer volatilen Welt

Im Laufe der vergangenen 10 Jahre hat Mexiko seine Integration in die Weltwirtschaft sowohl über Handels- als auch Finanzkanäle vertieft. Das hat dazu beigetragen, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, die Finanzierungskosten zu senken und die Investorenbasis zu diversifizieren. 2016 erreichten die gesamten ausländischen Portfolioinvestitionsströme in Mexiko 26,7 Mrd. US\$ (2,6 % des BIP), und Gebietsfremde hielten 35 % aller Staatsanleihen in Landeswährung (*Schaubild 1.14*). Die starke Präsenz ausländischer Investoren in Mexiko ist ein Zeichen ihres Vertrauens in das wirtschaftspolitische Rahmenwerk und die Tiefe und Liquidität der Devisen- und Anleihemärkte des Landes.

Mit einem täglichen globalen Handelsvolumen von 97 Mrd. US\$ ist **der mexikanische Peso die weltweit am zweitmeisten aktiv gehandelte Währung einer aufstrebenden Volkswirtschaft**. Mexikos sehr starke makroökonomische Politik und wirtschaftspolitisches Rahmenwerk haben dem Land geholfen, in einem komplexen externen Umfeld zu bestehen, das von der Volatilität der Finanzmärkte geprägt ist. Seine Währungspolitik wird von einem inflationsorientierten Rahmenwerk gesteuert, und zwar im Kontext eines flexiblen Wechselkurses. Die fiskalpolitische Verantwortung ist gesetzlich verankert und die Behörden verpflichten sich, mittelfristig das Verhältnis zwischen öffentlicher Verschuldung und BIP zu senken. Das finanzielle Regulations- und Aufsichtsrahmenwerk ist stark.

Zur Unterstützung der allgemeinen makroökonomischen Strategie der mexikanischen Behörden und zur Bereitstellung einer Risikoabsicherung bewilligte das IWF-Exekutivdirektorium im Mai 2016 eine zweijährige Vereinbarung für Mexiko im Rahmen der Flexible Credit Line (FCL) im Umfang von etwa 85 Mrd. US\$.

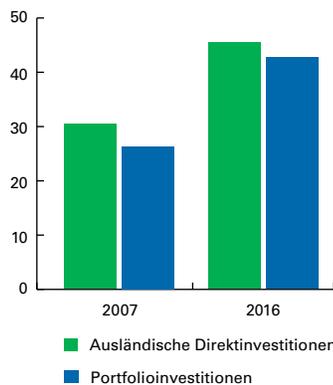
Die FCL erwies sich im GJ 2017 als wirksam, als der Peso zeitweilig unter Druck geriet. Dies ist die sechste derartige Vereinbarung mit Mexiko, und die Behörden wollen sie erneut als vorläufige Schutzmaßnahme behandeln. Frühere derartige Vereinbarungen erwiesen sich als wertvolle Absicherungsmechanismen gegen Extremrisiken unmittelbar nach der globalen Finanzkrise von 2008, während der Krise im Euroraum und während der Turbulenzen im Vorfeld der Normalisierung der US-Geldpolitik.

Die FCL wurde konzipiert, um der Nachfrage nach Krediten zur Krisenprävention und Krisenabschwächung gerecht zu werden und war für Länder mit sehr starken politischen Rahmenwerken und guten vergangenen Wirtschaftsleistungen bestimmt, die sich in einem Liquiditätsengpass befinden. Zwei weitere Länder, Kolumbien und Polen, griffen ebenfalls auf FLCs zurück. Während keines dieser drei Länder bisher die Kreditlinie in Anspruch genommen hat, **ist diese jedoch ein wertvoller Schutz und trägt in Zeiten, die von erhöhtem Risiko geprägt sind, zur Stärkung des Marktvertrauens bei.**

Schaubild 1.14

Mexiko, ausländische Direktinvestitionen und Verbindlichkeiten aus Portfolioinvestitionen, 2007 und 2016

(Prozent des BIP)



Quellen: Nationale Behörden Schätzungen des IWF-Stabs.

WESTLICHE HEMISPHERE

Argentiniens mutige Schritte zur Krisenabwendung

Als die neue Regierung Argentiniens im Dezember 2015 ihr Amt antrat, fand sie sich mit verbreiteten makroökonomischen Diskrepanzen, mikroökonomischen Verwerfungen und einem geschwächten institutionellen Rahmenwerk konfrontiert. Das Konsumniveau war unhaltbar hoch, Investitionen hatten einen historischen Tiefpunkt erreicht, und die hohen staatlichen Defizite wurden durch Geldschöpfung und Inflation finanziert. Die Verwerfungen auf Mikroebene bestanden unter anderem in einem ausgedehnten Netzwerk administrativer Kontrollen – wie Handelsbarrieren, Devisenrestriktionen und Preiskontrollen – und einem Geschäftsumfeld, das die Wettbewerbsfähigkeit behinderte und mittelfristiges Wachstum unterminierte. **Eine ernsthafte Finanzkrise stand unmittelbar bevor.**

„Die Regierung blickt jetzt den Problemen ins Auge und beschäftigt sich auf entschlossene Weise mit ihnen“, so Roberto Cardarelli, Leiter der Vor-Ort-Vertretung, im November 2016 anlässlich der Herausgabe der ersten IWF-Überprüfung der Wirtschaft des Landes (bekannt als Artikel-IV-Konsultation) seit 2006. **Die Behörden ergriffen beherzte Maßnahmen um die Diskrepanzen zu bewältigen und eine Krise abzuwenden**, so Cardarelli, indem sie die Devisenkontrollen beseitigten und ein Floaten der Kurse gestatteten, die Devisenrestriktionen abschafften und Exportsteuern eliminierten (mit Ausnahme der Exportsteuern auf Sojabohnen, die gesenkt wurden), sowie Rechtsstreitigkeiten mit Gläubigern bereinigten, die einer Schuldenumstrukturierung Argentiniens im Weg standen, wodurch der Zugang zu den Kreditmärkten wiederhergestellt wurde.

Die Behörden definierten fiskalische und inflationsbezogene Zielwerte und begannen mit dem schrittweisen Abbau ineffizienter Energiesubventionen. Das nationale Statistikamt wurde restrukturiert und begann Mitte 2016 mit der Veröffentlichung neuer offizieller Statistiken, die den internationalen Standards entsprechen.

Auch wenn diese Maßnahmen zur Beseitigung der massiven Diskrepanzen und Verzerrungen notwendig waren, wirkten sie sich negativ auf die argentinische Wirtschaft aus. Bei den Treffen der IWF-Delegierten mit führenden Vertretern des Landes ging es deshalb vornehmlich um die Frage, **wie man die wirtschaftliche Erholung fortführen und die Armen vor den Kosten der Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität bewahren könne.**

Angesichts der Tatsache, dass ungefähr ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, ist die Armutsbekämpfung eine absolute Priorität der Regierung.

Die Behörden wissen, dass eine **blühende Wirtschaft der beste Weg ist, um Arbeitsplätze zu schaffen und Menschen aus der Armut zu befreien.** Nach einem Rückgang im Jahr 2016 wird die argentinische Wirtschaft 2017 voraussichtlich um 2,2 % zulegen, und zwar aufgrund von stärkerem Konsum und höheren öffentlichen Investitionen. 2018 dürfte der Anstieg 2,3 % betragen, bedingt durch ein Anziehen der Privatinvestitionen und Exporte (Tabelle 1.1)

Tabelle 1.1
Argentinien, reales BIP-Wachstum, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz und Arbeitslosigkeit, 2016 und Prognose 2017–18

	2016	2017 (prognostiziert)	2018 (prognostiziert)
Reales BIP	-2,3	2,2	2,3
Verbraucherpreise (ggü. Vorjahr)	–	21,6	17,2
Leistungsbilanz	-2,6	-2,9	-3,4
Arbeitslosigkeit	8,5	7,4	7,3

Quelle: *Weltwirtschaftsausblick* des IWF, April 2017.

Roberto Cardarelli,
IWF-Missionschef
für Argentinien

EUROPA

Albaniens Reformen zeitigen Resultate

Anita Tuladhar,
IWF-Teamleiterin
für Albanien



2013 kam Albanien Wirtschaftswachstum fast zum Stillstand, als die Wirtschaftskrise 2008 die Nachfrage von Griechenland und Italien, den Haupthandelspartnern des Landes, einbrechen ließ. Gleichzeitig schnellte die öffentliche Verschuldung in die Höhe, und die Zahlungsrückstände stiegen aufgrund hoher Wahlkampf Ausgaben, eines nicht tragfähigen Rentensystems und eines unrentablen Stromsektors. Das Bankensystem, auf das sich die Regierung für die Kreditaufnahme stützte, war durch den hohen Anteil überfälliger Darlehen geschwächt, wodurch sich der Finanzierungsdruck weiter verstärkte.

Zur Bewältigung dieser fiskalischen und finanziellen Herausforderungen sowie zur Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums beantragte das Land einen IWF-Kredit, den das Exekutivdirektorium im Februar 2014 bewilligte. Die 36-monatige Vereinbarung im Rahmen der sog. Extended Financing Facility sollte dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen und die rasant steigende öffentliche Verschuldung einzudämmen, die die wirtschaftliche Stabilität bedrohte.

Das Programm wurde im Februar 2017 erfolgreich beendet, und Albanien trat in ein Post-Program Monitoring ein. Nach Abschluss der letzten Mission bestätigte der albanische Finanzminister Arben Ahmetaj, **dass sich das Wirtschaftswachstum erholt hätte und 2017 voraussichtlich 3,7–3,8 % betragen würde, nachdem es im Vorjahr bei 3,4 % lag** (Tabelle 1.2). Er schrieb die starken Wirtschaftsergebnisse den makroökonomischen und fiskalischen Reformen zu, die seiner Aussage zufolge „auch in engem Zusammenhang mit all den anderen Reformen stehen, die von der Regierung in den letzten drei Jahren durchgeführt wurden, wie die Rentenreform, die Reform des Energiesektors, die Reform des öffentlichen Finanzmanagements, die Reform der Steuerverwaltung“ usw.

Die besagten Reformen führten laut Ahmetaj ebenfalls zu höheren Löhnen und Pensionen, steigender Beschäftigung, einer größeren Zahl an Unternehmen und steigenden ausländischen Direktinvestitionen. IWF-Teamleiterin Anita Tuladhar war ebenfalls der Ansicht, dass Albanien dank des Programms auf Erholungskurs mit gesunden öffentlichen Finanzen sei. „Dank des Engagements der albanischen Behörden konnten wir wachstumsfördernde Reformen unterstützen. Das Programm stärkte das institutionelle Rahmenwerk, beseitigte Schwachstellen in der Wirtschaft und trug dazu bei, die wirtschaftliche Stabilität zu erhalten, ungeachtet der schwierigen externen Umstände“, erklärte sie.

Albanien setzt seine Bemühungen fort, das Wachstum zu fördern und den Finanzsektor zu stärken, und hält an der Konsolidierung des öffentlichen Haushalts fest, um die Verschuldung unter 60 % des BIP zu senken. Mit Unterstützung der Europäischen Union (EU) wurde eine Initiative zur Justizreform lanciert, die sich mit den Themen Regierungsführung und einem ineffizienten Justizsystem befasst.

Abhängig vom Erreichen greifbarer Erfolge dieser Justizreformen hat die Europäische Kommission die Eröffnung von Verhandlungen über den Beitritt Albanien zur EU angeregt.

Tabelle 1.2
Albanien, wichtigste Wirtschaftsindikatoren,
2013 und 2016

	2013	2016
BIP-Wachstum (in %)	1,0	3,4
Primärbilanz (% des BIP)	-2,0	0,2
Gesamtbilanz (% des BIP)	-5,2	-2,2
Steuereinnahmen (% des BIP)	22,0	24,9
Notleidende Kredite (in %)	23,5	18,3

Quellen: Nationale Behörden Albanien und Berechnungen des IWF-Stabs.

EUROPA

Spanien: eine beeindruckende Erholung fortsetzen

Obwohl Spanien eines der von der globalen Finanzkrise am stärksten betroffenen Länder der Eurozone war, hat sich das Land erstaunlich gut erholt. Sowohl 2015 als auch 2016 wuchs die spanische Wirtschaft um jeweils mehr als 3 % und dürfte 2017 ein BIP-Wachstum auf Vorkrisenniveau erreichen (*Schaubild 1.15*). Seit dem Höhepunkt der Krise haben über 1,5 Millionen ehemals Arbeitslose wieder Beschäftigung gefunden. **Entschlossene Reformen in den Jahren 2011–13, wie Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, haben die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft verbessert** und die Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert, während Reformen des Bankensektors diesen widerstandsfähiger gemacht haben. Niedrige Ölpreise und Zinssätze, gepaart mit fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen 2015–16, haben das Wachstum weiter angekurbelt.

Dank eines Exportbooms verzeichnete Spanien 4 Jahre in Folge Leistungsbilanzüberschüsse. Viele Firmen haben bei der Bereinigung ihrer Bilanzen gute Fortschritte gemacht, während sich die Haushaltsverschuldung auf den Mittelwert der Eurozone eingependelt hat, auch wenn sie absolut gesehen noch immer hoch ist. Spanische Banken haben ihre Kapitalquote erhöht und den Anteil an notleidenden Krediten trotz Kreditverknappung reduziert.

Dessen ungeachtet ist die Arbeitslosenrate mit etwa 18 % noch immer hoch, und die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 42 % sogar noch höher und fast doppelt so hoch wie der Durchschnittswert im Euroraum.

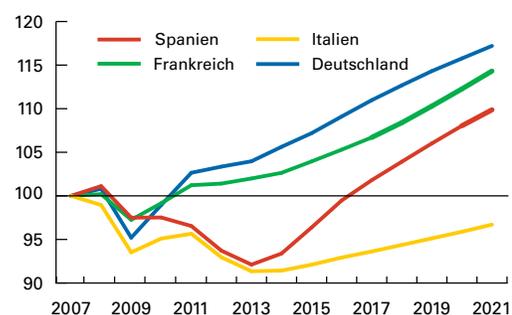
Die öffentliche Verschuldung hat sich seit dem Beginn der Krise mehr als verdoppelt und beträgt jetzt 100 % des BIP, wodurch der Handlungsspielraum der Regierung begrenzt ist. Die Verschuldung und der noch immer hohe negative Nettoauslandsvermögensstatus machen das Land anfällig für Schocks.

Das von Andrea Schaechter geleitete IWF-Länderteam empfahl, dass Spanien weiter auf seinen reformbedingten Fortschritten durch die folgenden Maßnahmen aufbauen sollte:

- Die fortgesetzte Konsolidierung der Staatsfinanzen, um das Defizit und die öffentliche Verschuldung zu reduzieren
- Die weitere Stärkung der Arbeitsmarktpolitik durch gezielte Maßnahmen zur Unterstützung der Jungen und Langzeitarbeitslosen und eine Reduzierung des Zweistufensystems, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und Fairness zu fördern
- Die Unterstützung von Forschung und Entwicklung sowie des Wettbewerbs in den Produkt- und Dienstleistungsmärkten, um Produktivität und Einkommen zu stärken
- Die Stärkung der Bankbilanzen und Verbesserung der Überwachung und Steuerung systemischer Risiken

Die 2017 vom IWF durchgeführte Bewertung des spanischen Finanzsektors zeigt politische Optionen für die Erhaltung der Finanzstabilität Spaniens auf.

Schaubild 1.15
Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland, reales BIP-Wachstum, 2007–21
 (Index, 2007 = 100)



Quellen: *Weltwirtschaftsausblick* des IWF und Schätzungen des IWF-Stabs.



Jahresbericht 2016

Update

Neuigkeiten zu Themen aus dem letzten Jahresbericht

SIEHE SEITE

Der neue **SZR-Währungskorb** ist wirksam geworden.

92

Das Direktorium verabschiedete einen Arbeitsplan für die **Fünfte Allgemeine Quotenüberprüfung**.

92

Im Rahmen der **volkswirtschaftlichen Überwachung** wurde eine neue Methodik entwickelt, die Regierungen dabei hilft, ihren fiskalischen Spielraum zu beurteilen, d. h. ob sie Ausgaben erhöhen oder Steuern senken können.

36

Zur **finanziellen Unterstützung** der ärmsten Mitgliedsländer wurde eine neue Runde zur Beschaffung von Mitteln für den Poverty Reduction and Growth Trust eingeleitet.

54

Beim **Wissensaustausch** mit Regierungen lag der Schwerpunkt auf der Frage, wie sich Einnahmen erhöhen und Ausgaben effizient verwalten lassen, um so die Finanzierung öffentlicher Dienste zu sichern.

61

Der IWF hat drei zentrale Tätigkeitsbereiche

Volkswirtschaftliche Überwachung



135 Länder im Gesundheitscheck

Der IWF beaufsichtigt das internationale Währungssystem und überwacht die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189 Mitgliedsländer. Im Rahmen dieses Überwachungsprozesses, der sowohl auf globaler Ebene als auch auf Ebene der einzelnen Länder stattfindet, identifiziert der IWF mögliche Risiken für die Stabilität und berät unterstützend zu notwendigen politischen Anpassungen.

Kreditvergabe



134,7 Mrd. US\$ an 15 Länder, plus 1,5 Mrd. US\$ an zinsverbilligten oder zinsfreien Krediten an 15 einkommensschwache Entwicklungsländer unter seinen Mitgliedern

Der IWF stellt Mitgliedsländern mit aktuellen oder potenziellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Kredite bereit, um ihnen bei der Wiederauffüllung ihrer internationalen Reserven, der Stabilisierung ihrer Währungen, der fortlaufenden Bezahlung von Importen sowie bei der Wiederherstellung der Wachstumsvoraussetzungen für eine starke Wirtschaft zu helfen. Gleichzeitig wird eine Lösung der zugrunde liegenden Probleme angestrebt.

Kapazitätsentwicklung



267 Mio. US\$ für Wissensaustausch, sachverständige Beratung und Ausbildung

Der IWF arbeitet mit Regierungen auf der ganzen Welt zusammen, um die Wirtschaftspolitik und Institutionen der Länder zu modernisieren und Regierungsmitarbeiter zu schulen. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Wirtschaft zu stärken, das Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Volkswirtschaftliche Überwachung

Überwachung ist der zusammenfassende Oberbegriff für den Prozess, mit dem der IWF das internationale Währungssystem und die Entwicklungen in der Weltwirtschaft beaufsichtigt und die Wirtschafts- und Finanzpolitik seiner 189 Mitgliedsländer überwacht. Im Rahmen dieses jährlichen Gesundheitschecks stellt der IWF mögliche Stabilitätsrisiken fest und berät zu notwendigen Politikanpassungen. Auf diese Weise trägt er dazu bei, dass das internationale Währungssystem seinen grundlegenden Zweck erfüllen kann, nämlich den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Ländern zu fördern und auf diese Weise solides Wirtschaftswachstum sicherzustellen.



Die Überwachungsarbeit des IWF hat zwei Hauptaspekte: die *bilaterale Überwachung*, d. h. die Bewertung der und Beratung zu den politischen Maßnahmen eines jeden Mitgliedslands, sowie die *multilaterale Überwachung*, d. h. die Aufsicht über die Weltwirtschaft. Durch den Verbund von bilateraler und multilateraler Überwachung kann der IWF eine umfassendere, stimmigere Analyse sogenannter Spillovers – Übertragungseffekte von der Politik eines Landes auf andere Länder – gewährleisten.

Kernstück der bilateralen Überwachung ist die sog. Artikel-IV-Konsultation, benannt nach dem Artikel des IWF-Übereinkommens, der die Prüfung der wirtschaftlichen Entwicklungen und Politiken in jedem einzelnen der 189 Mitgliedsländer des IWF vorschreibt. Die Artikel-IV-Konsultationen decken eine Reihe von Themen ab, denen makrokritische Bedeutung zugemessen wird (Haushalt, Finanzen, Wechselkurse, Geld- und Strukturpolitik), und konzentrieren sich dabei auf Risiken und Schwachstellen und die politischen Reaktionen. An den Artikel-IV-Konsultationen sind Hunderte von Ökonomen und andere Stabsmitarbeiter des IWF beteiligt.

Die Konsultationen sind ein wechselseitiger politischer Dialog mit den Länderbehörden und nicht nur die Bewertung eines Landes durch den IWF. Das IWF-Team trifft sich gewöhnlich mit Beamten der Regierung und Zentralbank sowie anderen beteiligten Gruppen – u. a. Parlamentariern, Vertretern aus der Geschäftswelt und der Zivilgesellschaft sowie Gewerkschaften –, um die Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Richtung eines Landes zu bewerten. Der Stab legt dem Exekutivdirektorium des IWF in der Regel einen Bericht zur Erörterung vor; danach gilt die Konsultation als abgeschlossen, und es wird eine Zusammenfassung der Sitzung an die Behörden des Landes übermittelt. In den meisten Fällen wird die Bewertung durch das Direktorium als Pressemitteilung zusammen mit den entsprechenden Stabsberichten veröffentlicht, wenn das Mitgliedsland dieser Veröffentlichung zustimmt. Im Lauf des GJ 2017 führte der IWF 135 Artikel-IV-Konsultationen durch (siehe Webtabelle 2.1).

Im Gefolge der weltweiten Finanzkrise setzte der IWF im Rahmen seines Programms zur Bewertung des Finanzsektors seine Beurteilungen der Finanzstabilität fort. Die Bewertungen des Finanzsektors gehören zur Überwachung in Ländern, deren Finanzsektor als systemrelevant gilt.

Die multilaterale Überwachung richtet sich auf globale und regionale Wirtschaftstrends und analysiert Spillovers von der Politik der Mitglieder auf die Weltwirtschaft. Im Rahmen seiner World Economic and Financial Surveys veröffentlicht der IWF zweimal jährlich wichtige Berichte zur multilateralen Überwachung: *Weltwirtschaftsausblick* (World Economic Outlook, WEO), *Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems* (Global Financial Stability Report, GFSR) und *Fiscal Monitor* (FM). Der WEO enthält eine ausführliche Analyse zum Zustand der Weltwirtschaft und beschäftigt sich mit drängenden Fragen wie den anhaltenden Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten und der laufenden wirtschaftlichen Erholung von der weltweiten Finanzkrise. Der GFSR liefert eine aktuelle Bewertung der globalen Finanzmärkte und ihrer Aussichten und stellt Ungleichgewichte und Anfälligkeiten heraus, die eine Gefahr für die Finanzstabilität bedeuten könnten. Der FM aktualisiert mittelfristige Haushaltsprognosen und bewertet Entwicklungen der öffentlichen Haushalte. Im Rahmen seiner World Economic and Financial Surveys veröffentlicht der IWF auch Berichte zum *Regionalen Wirtschaftsausblick* (Regional Economic Outlook, REO).

BILATERALE ÜBERWACHUNG

Ablauf einer Artikel-IV-Konsultation: Die jährliche Bewertung der Wirtschaftspolitik

Die Artikel-IV-Konsultation für ein bestimmtes Mitgliedsland erstreckt sich über mehrere Monate und beginnt mit einer internen Prüfung der wichtigsten Politikfragen und Überwachungsprioritäten; die abteilungsübergreifende Prüfung, an der auch die Geschäftsführung beteiligt ist, mündet in ein Briefingpapier, die sogenannte Policy Note.

Die Policy Note vertieft wichtige wirtschaftspolitische Richtungen und Empfehlungen, die mit der Regierung des Mitgliedslands zu erörtern sind. Die gemeinsame Prüfung der Policy Note mit allen IWF-Abteilungen dient dazu, im Vorfeld der Konsultation Konsens über ein Land zu bilden, und endet mit einem Policy Consultation Meeting; die Policy Note wird dann der Geschäftsführung des IWF zur Genehmigung vorgelegt. Sobald die Policy Note genehmigt ist, reist das Artikel-IV-Team in das Land, um vor Ort mit Regierungsbeamten und Stakeholdern zusammenzukommen. Zurück am Hauptsitz, wird ein Stabsbericht ausgearbeitet, der seinerseits einer Prüfung durch die Abteilungen und die Geschäftsführung unterliegt, bevor er dem Exekutivdirektorium des IWF vorgelegt wird.

Makrofinanzielle Fragestellungen in der Artikel-IV-Überwachung

Dem Stabspapier „Approaches to Macro-Financial Surveillance in Article IV Reports“ (Ansätze der makrofinanziellen Überwachung in Artikel-IV-Berichten) zufolge wurde durch die weltweite Finanzkrise deutlich, wie wichtig die Überwachung des Finanzsektors und ein tiefgreifendes Verständnis makrofinanzieller Verflechtungen sind. Obwohl das globale Finanzsystem stärker und belastbarer ist, sind makrofinanzielle Verflechtungen weiterhin ein kritischer Faktor für alle IWF-Mitglieder.

Im Hinblick auf mehr Zugkraft und Nützlichkeit der IWF-Überwachung empfahl die Dreijahresprüfung der Überwachung von 2014, die makrofinanzielle Analyse zu einem integralen Bestandteil der Artikel-IV-Konsultationen zu machen und die Ausrichtung des IWF auf makroprudenzielle Politikmaßnahmen zu intensivieren. Der Aktionsplan der Geschäftsführenden Direktorin zur Stärkung der Überwachung umriss die Schritte auf dem Weg zu diesen Zielen. Die Bestrebungen zur Stärkung der makrofinanziellen Überwachung umfassen neue Analyseinstrumente sowie Schulungen für den Stab. Mehr als 60 Artikel-IV-Konsultationen haben sich mit der Stärkung dieses Themenbereichs befasst.

Ausgehend von den im Papier dargelegten Erkenntnissen erörterte das Exekutivdirektorium im März 2017 Fortschritte bei der Einbindung von makrofinanzieller Analyse und Politikberatung in die Artikel-IV-Überwachung. Das Direktorium lobte die erzielten Fortschritte und befand einhellig, dass es angemessen sei, diese Arbeit auf sämtliche Mitglieder auszudehnen. Nach Worten der Exekutivdirektoren sollte die Überwachung eine zweispurige Bewertung von makrofinanziellen Risiken und makroökonomischer Stabilität enthalten. Sie wiesen auch darauf hin, dass die Empfehlungen für den Finanzsektor angemessen in die Beratung des IWF zu Fiskal-, Geld- und Strukturpolitik zu integrieren seien.

Nach Ansicht der Exekutivdirektoren trug die Arbeit dazu bei, die Zugkraft der IWF-Überwachung zu stärken, weil sie einen wirksameren Dialog mit den Länderbehörden fördert. Sie wiesen zudem auf bestehende Lücken hin, berücksichtigten aber auch die rechtlichen Einschränkungen bei der Bereitstellung vertraulicher Überwachungsdaten.

MULTILATERALE ÜBERWACHUNG

Die Frühwarnübung

Die Frühwarnübung (Early Warning Exercise, EWE) ist ein wichtiges Element in der Arbeit des IWF zur Bewertung volkswirtschaftlicher, finanzieller, fiskalischer und externer Risiken. Die Übung ist Teil der Überwachungsarbeit der Institution und wird zweimal jährlich in Koordination mit den wichtigsten Publikationen – *World Economic Outlook*, *Global Financial Stability Report* und *Fiscal Monitor* – durchgeführt.

Die Ergebnisse werden dem Exekutivdirektorium und leitenden Beamten während der Frühjahrs- und Jahrestagung des IWF vorgelegt. Die Folgearbeit zur EWE findet im Zusammenhang mit der Länder- und globalen Überwachungstätigkeit statt. Der IWF und der Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB) arbeiten bei der Frühwarnübung eng zusammen, um eine integrierte Perspektive zu Risiken und Anfälligkeiten zu liefern. Der IWF widmet sich überwiegend volkswirtschaftlichen und makrofinanziellen Fragestellungen und Länderrisiken, während sich der FSB auf regulatorische und aufsichtsrechtliche Aspekte des Finanzsystems konzentriert.

Bericht über den Außenwirtschaftssektor 2016

Eine Kernfunktion der IWF-Überwachung ist die Bereitstellung multilateral stimmiger Bewertungen des Außenwirtschaftssektors der Mitgliedsländer, einschließlich ihrer Leistungsbilanz, ihrer Wechselkurse, Reserven, Kapitalflüsse und externen Bilanzen. Dies geschieht umfassend in Artikel-IV-Konsultationen und im Bericht über den Außenwirtschaftssektor. Dieser Bericht, der seit 2012 jährlich erstellt wird, behandelt 28 der weltgrößten Volkswirtschaften sowie den Euroraum und deckt damit über 85 % des weltweiten BIP ab. Der Bericht ist Teil laufender Bestrebungen, eine konsequente und aufrichtige Bewertung übermäßiger globaler Ungleichgewichte und ihrer Ursachen zu liefern; außerdem soll damit sichergestellt werden, dass der IWF gut positioniert ist, die möglichen Auswirkungen der Politik einzelner Mitglieder auf die außenwirtschaftliche Stabilität weltweit anzugehen.

Das Exekutivdirektorium erörterte den Bericht von 2016, der begleitend zu einzelnen Volkswirtschaftsbewertungen im Rahmen einer informellen Sitzung im Juli 2016 herausgegeben wurde. Auf der Sitzung wurden keine Entscheidungen getroffen. Der kommende Bericht 2017 wird in einer formellen Sitzung erörtert.

Makroökonomische Entwicklungen und Aussichten in einkommensschwachen Entwicklungsländern

Das dritte jährliche Stabspapier, „Macroeconomic Developments and Prospects in Low-Income Developing Countries—2016“ (Makroökonomische Entwicklungen und Aussichten in einkommensschwachen Entwicklungsländern – 2016), unterstrich die kontinuierliche wirtschaftliche Anpassung an niedrige Rohstoffpreise, insbesondere für die Rohstoffexporteure unter den einkommensschwachen Entwicklungsländern (Low-Income Developing Countries, LIDCs). Das Papier, das vom Exekutivdirektorium im Dezember 2016 erörtert wurde, befasste sich mit den politischen Herausforderungen hoher fiskalischer Defizite, geschrumpfter ausländischer Reserven und erhöhtem Wirtschafts- und Finanzstress. Das Papier untersuchte auch Fragen der Infrastrukturentwicklung.

In ihrer Bewertung begrüßten die Exekutivdirektoren die „umfassende Beurteilung makroökonomischer Entwicklungen“ in LIDCs, „schätzten die Aufmerksamkeit, die das Papier den vielfältigen Ausgangslagen und Erfahrungen in den einzelnen Ländern widmete, und betrachteten die tiefergreifende Erörterung von Finanzsektorfragen und Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur als zeitnah und angemessen“. Das Direktorium unterstützte eine jährliche, förmliche Direktoriumsaussprache über LIDC-Entwicklungen, um einen besseren Einblick in die „besonderen politischen Problemstellungen“ dieser Länder zu gewinnen.

Die Direktoren unterstrichen die Notwendigkeit für Wachsamkeit und entschlossene politische Reaktionen aufseiten der Länderbehörden und verwiesen auf die Bedeutung einer genauen Überwachung und maßgeschneiderten Politikberatung durch den IWF. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass Rohstoffexporteure weitere politische Anpassungen vornehmen müssen, darunter Haushaltskonsolidierung und Anpassung des Wechselkurses, wo dies machbar ist. Das Exekutivdirektorium verließ auch seiner Sorge Ausdruck, dass die Belastungen für den Finanzsektor in einer signifikanten Anzahl an LIDCs zunehmen, und verlangte nach proaktiver Aufsicht.

Im Zusammenhang mit Infrastrukturentwicklung betonten die Exekutivdirektoren, dass die Finanzierung ausreichender öffentlicher Investitionen bei gleichzeitiger Wahrung der Schuldentragfähigkeit mehrere Maßnahmen erfordern würde:

- Anhebung der öffentlichen Einsparungen durch verstärkte Mobilisierung interner Einkünfte und Eindämmung weniger wichtiger Ausgaben

- Bessere Verwaltung öffentlicher Investitionen
- Entwicklung der lokalen Kapitalmärkte
- Beanspruchung verfügbarer Quellen konzessionärer Mittelvergabe

Die Direktoren stimmten auch darin überein, dass die Stärkung der Rolle des Privatsektors bei der Bereitstellung von Infrastruktur dort, wo dies machbar ist, eine Priorität für viele LIDCs sei.

Stärkung des finanziellen Sicherheitsnetzes für einkommensschwache Entwicklungsländer

Zugang zu den Ressourcen des IWF vonseiten der Entwicklungsländer war Thema eines Papiers, das vom Exekutivdirektorium im November 2016 erörtert wurde: „Financing for Development: Enhancing the Financial Safety Net for Developing Countries—Further Considerations“ (Entwicklungsfinanzierung: Ausbau des finanziellen Sicherheitsnetzes für einkommensschwache Entwicklungsländer – weitere Überlegungen). Das Papier nannte Bereiche, in denen die Richtlinien des IWF zur konzessionären Kreditvergabe unter dem Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) einer Klärung bedürfen.

Das Papier lieferte Klärung zu Fragen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Fondsmitteln für PRGT-berechtigte Mitglieder, unter anderem:

- Zugang dieser Mitglieder zu Fondsinstrumenten aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA)
- Die Rolle der Zugangsnormen bei der Bereitstellung einer vorläufigen Leitlinie darüber, was ein angemessenes Zugangsniveau darstellen könnte
- Die Angemessenheit des Zugangs PRGT-berechtigter Mitglieder zu vorsorglicher Finanzhilfe
- Die Angemessenheit von Sicherheitsvorkehrungen zur Vermeidung einer wiederholten Beanspruchung der Rapid Credit Facility als Ersatz für Vereinbarungen mit einer Ex-post-Konditionalität

Das Direktorium bekräftigte in seiner Bewertung, dass PRGT-berechtigte Mitglieder ein Recht auf nicht konzessionäre Finanzhilfe haben, merkte aber an, dass angesichts der finanziellen Vorteile aus der konzessionären Kreditnahme der Stab die-

sen Mitgliedern weiterhin raten solle, konzessionäre Hilfe bis zu den jeweiligen Obergrenzen zu beantragen.

Die Exekutivdirektoren betonten, wie wichtig es sei, die Angemessenheit und Flexibilität des PRGT-Instrumentariums stets im Auge zu behalten, etwa durch die Prüfung von Zugangsnormen und -grenzen, „Blending Policy“, Zinsstruktur und Mechanismen zur Aufrechterhaltung der Tragfähigkeit des PRGT. Das Direktorium wird sich 2018 mit einer umfassenden Prüfung von PRGT-Mitteln und -Fazilitäten befassen.

Bewertung von fiskalischem Spielraum

Mit der Veröffentlichung eines analytischen Regelwerks zur Bewertung des fiskalischen Spielraums machte der IWF im Rahmen seiner laufenden Arbeit zur fiskalischen Tragfähigkeit und zum fiskalischen Spielraum einen Schritt nach vorn. Das Exekutivdirektorium wurde bei einer informellen Sitzung im Juni 2016 über das Papier „Assessing Fiscal Space: An Initial Consistent Set of Considerations“ (Bewertung von fiskalischem Spielraum: ein erster einheitlicher Satz von Überlegungen) unterrichtet.

Das vorgeschlagene Regelwerk soll der künftigen Überwachungs- und politischen Beratungsarbeit des IWF dienen. Es soll auf ein breites Spektrum künftiger Situationen anwendbar sein, etwa auf den Spielraum eines Landes, mithilfe der Fiskalpolitik aktuelle globale wirtschaftspolitische Herausforderungen anzugehen, Lücken in der öffentlichen Infrastruktur zu schließen, das Tempo der Haushaltsanpassung zu kalibrieren oder Puffer anzulegen.

Fiskalischer Spielraum kann definiert werden als die Fähigkeit einer Regierung, Ausgaben zu erhöhen oder Steuern zu senken, ohne dadurch Marktzugang oder Schuldentragfähigkeit zu gefährden. Das Papier stellt einen umfassenden Ansatz vor, der in allen Ländern im Großen und Ganzen vergleichbar ist und dem IWF-Stab sowie der politischen Führung eine einheitliche Methodik an die Hand gibt.

Entscheidungen zu fiskalischem Spielraum benötigen einen umfassenden Ansatz, der Wirtschafts- und Strukturbedingungen, Marktzugang, das Niveau und den Entwicklungsverlauf der Staatsverschuldung, den aktuellen und künftigen Finanzierungsbedarf sowie eine Analyse der Liquidität und Solvenz der Haushaltsposition unter alternativen politischen Szenarien berücksichtigt.

Das Regelwerk bringt verschiedene Instrumente für die Trag-

fähigkeit des Staatshaushalts zusammen, die im Lauf der Jahre vom IWF-Stab entwickelt wurden, so auch die Schuldentragfähigkeitsanalyse. Darüber hinaus verwendet der IWF-Stab neben den von der Abteilung Fiskalpolitik entwickelten Indikatoren auch Methoden auf Basis von fiskalischen Stresstests, Szenarioanalysen und allgemeinen Gleichgewichtsmodellen.

Das neue Regelwerk verbessert die Analyse, weil der IWF-Stab damit den fiskalischen Spielraum in allen Mitgliedsländern einheitlich bewerten kann, insbesondere in fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften. Es soll zunächst in den Artikel-IV-Konsultationen von etwa 40 wichtigen Volkswirtschaften angewendet und im Lauf der Zeit auf der Grundlage von Erfahrungen, Forschung und Feedback überarbeitet werden.

IWF, FSB, Bank für internationalen Zahlungsausgleich berichten der G20 über makroprudenzielle Politik

Im Gefolge der weltweiten Finanzkrise führten Länder politische Regelwerke und Instrumente ein, um die Risiken für das gesamte Finanzsystem bzw. den gesamten Markt einzudämmen, die wirtschaftlichen Schaden anrichten könnten.

In Reaktion auf eine Anfrage der Gruppe der 20 wichtigsten Industrieländer, die internationalen Erfahrungen mit makroprudenzieller Politik seit der Finanzkrise von 2008 zu bewerten, erstellten IWF, FSB und die Bank für internationalen Zahlungsausgleich einen Bericht mit dem Titel „Elements of Effective Macroprudential Policies“ (Elemente wirksamer makroprudenzieller Politik).

Der Bericht wurde für den G20-Gipfel herausgegeben, der im September 2016 in Hangzhou, China, stattfand, und folgte einem im Jahr 2011 veröffentlichten Fortschrittsbericht der drei Institutionen zu Instrumenten und Regelwerken der makroprudenziellen Politik. Der Bericht stellte fest, dass es keinen universal gültigen politischen Ansatz gibt, unterstrich aber mehrere nützliche Elemente. Strukturreformen waren Thema eines Kapitels in der Frühjahrsausgabe 2016 des *World Economic Outlook*.

Dazu gehörten die Notwendigkeit eines Mandats für Entscheidungsverantwortung, adäquate institutionelle Grundlagen für politische Regelwerke, genau definierte Ziele und Befugnisse, Transparenz und Rechenschaftsmechanismen, Zusammenarbeit und Informationsaustausch unter den Behörden eines Landes, ein umfassendes Regelwerk zur Analyse und Überwachung systemrelevanter Risiken, politische Instrumente, um systemrelevante Risiken über längere Zeit anzugehen, sowie

die Fähigkeit, die politischen Antworten auf die Risiken abzustimmen.

Die Auswirkung von Migration und Flüchtlingsströmen

Migration hat sich zu einem makroökonomischen Problem entwickelt, das fortgeschrittene und aufstrebende Volkswirtschaften sowie Entwicklungsländer betrifft. Das rasche Anschwellen von Migranten- und Flüchtlingsströmen hat auch politische Dimensionen erreicht, insbesondere nach den Konflikten im Nahen Osten.

Migrations- und Flüchtlingsthemen finden auch in verschiedenen Tätigkeiten des IWF ihren Niederschlag, etwa in der bilateralen Überwachung. Zum Beispiel enthielt der Artikel-IV-Bericht über den Libanon, der im Januar 2017 veröffentlicht wurde, eine Analyse des Libanons und der syrischen Flüchtlingskrise.

Im Bereich der Analysearbeit behandelte ein Papier, „Emigration and Its Economic Impact on Eastern Europe“ (Auswanderung und ihre wirtschaftlichen Folgen für Osteuropa), die Auswirkungen der Abwanderung von Migranten. Ein Papier vom September 2016 untersuchte die Auswirkung von Konflikten und der Flüchtlingskrise im Nahen Osten und Nordafrika (siehe „Höhepunkte aus den Regionen“ in Teil 1).

Zwei Spillover-Notizen, die während des Geschäftsjahres veröffentlicht wurden, befassten sich mit Aspekten des Migrationsproblems. Eine Notiz mit dem Titel „The Impact of Migration on Income Levels in Advanced Economies“ (Einfluss der Migration auf das Einkommen in fortgeschrittenen Volkswirtschaften) kam zu dem Schluss, dass Immigration das Pro-Kopf-BIP der Gastländer erhöht, und zwar hauptsächlich durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die andere Notiz, „Sub-Saharan African Migration: Patterns and Spillovers“ (Migration im Afrika südlich der Sahara: Muster und Übertragungseffekte), erörterte Migration innerhalb der Region und in andere Länder der Welt. Diese Arbeit basierte auf dem Papier „The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges“ (Die Flüchtlingswelle in Europa:

wirtschaftliche Herausforderungen) vom Januar 2016.

In einer Rede in Brüssel stellte der Erste Stellvertretende Geschäftsführende Direktor David Lipton im Januar 2017 eine Verbindung zwischen der Migrationsdebatte und der laufenden Debatte über Globalisierung her. „Die wirtschaftlichen Vorteile der Migration sind längst erwiesen“, sagte er, „aber wie in der allgemeineren Globalisierungsdebatte müssen wir anerkennen, dass mehr zum Thema getan werden muss, insbesondere brauchen wir ein genaueres Bild darüber, wer durch die Migration Schaden erleiden könnte – und wie wir die Folgen mildern können.“

Handelsintegration in Lateinamerika und der Karibik

Seit der Dreijahresprüfung der Überwachung von 2011 veröffentlichte der IWF-Stab eine Gruppe von „Cluster Reports“ über Themen, die für Mitgliedsländer in bestimmten Regionen von Belang sind. Diese Bewertungen sollen die Lücken zwischen den einzelnen Länderbewertungen (Artikel-IV-Konsultationen) und der multilateralen Überwachung globaler Trends schließen.

Im März 2017 veröffentlichte der IWF-Stab den Cluster Report „Trade Integration in Latin America and the Caribbean“ (Handelsintegration in Lateinamerika und der Karibik). Das Exekutivdirektorium erörterte den Bericht im Rahmen einer informellen Sitzung. Der Bericht lotete Chancen für eine stärkere Handelsintegration in der Region aus und zog dazu 12 analytische Studien heran, die als Begleitpapiere herausgegeben wurden. Er befand, dass Lateinamerika und die Karibik vom Handel als Wachstumsmotor profitieren könnten.

Dem Papier zufolge könnte die Handelsintegration mit einem regionalen Handelsabkommen, der Angleichung von Handelsvorschriften und regulatorischen Standards sowie mit Maßnahmen zur Förderung des Handels begünstigt werden. Das Papier verwies zudem mit Nachdruck auf Bemühungen zur Stärkung von Infrastruktur und Humankapital sowie auf die Notwendigkeit, die Beteiligung an globalen Wertschöpfungsketten zu erhöhen, die Chancen für Technologietransfer eröffnen können.



Der IWF und 10 internationale Entwicklungsbanken einigten sich auf eine Aufstockung der Entwicklungsfinanzierung.



POLITIKBERATUNG

Zusagen von IWF und Entwicklungsbanken zur Agenda 2030

Nach der Verabschiedung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) im Oktober 2015 verfassten die Geschäftsführende Direktorin des IWF Christine Lagarde und die Chefs von 10 multilateralen Entwicklungsbanken eine Erklärung zur Umsetzung der SDGs.

Die Institutionen sagten verstärkte Koordination und Zusammenarbeit zu den wichtigsten Themen der Agenda 2030 zu, wie Vertreibung, Infrastruktur, Urbanisierung, Klimafinanzierung und Privatinvestitionen. Sie vereinbarten intensivere Bemühungen zum Ausbau der Entwicklungsfinanzierung durch „Inanspruchnahme, Mobilisierung und Katalysation von Ressourcen auf allen Ebenen“. Zudem sollen politische Beratung und technische Hilfe zur Unterstützung der Bemühungen in den Ländern ausgeweitet werden, die der Mobilisierung von mehr inländischen Ressourcen dienen.

Abbau der Ölabhängigkeit in den Golfstaaten

Das IMF Middle East Center for Economics and Finance und der Arab Fund for Economic and Social Development veranstalteten im Mai 2016 gemeinsam ein Symposium über den „Weg zur wirtschaftlichen Diversifizierung in Kuwait und anderen Ländern im Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten“. Die Veranstaltung fand am Hauptsitz des Arabischen Fonds statt.

Das Symposium war das vierte in einer Reihe, die gemeinsam von den beiden Institutionen organisiert wird und den Diskurs über Wirtschaftspolitik im Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten anregen soll; Ziel ist dabei, eine dauerhafte Entwicklung auf der Grundlage einer langfristigen Strategie zum Abbau von der Ölabhängigkeit sicherzustellen.

Widerstandskraft kleiner Staaten gegenüber Naturkatastrophen und Klimawandel

Das Exekutivdirektorium untersuchte die Herausforderungen, die sich für Kleinstaaten aus Naturkatastrophen und Klimawandel ergeben. Dazu wurde ein Papier erörtert, das untersuchte, wie politische Beratung, Kapazitätsaufbau und Kreditvergabe des IWF die wechselnden Bedürfnisse dieser Länder erfüllen können. Das Papier, „Small States’ Resilience to Natural Disasters and Climate Change—Role for the IMF“ (Wider-

standskraft kleiner Staaten gegenüber Naturkatastrophen und Klimawandel – die Rolle des IWF) baut auf einem Papier von 2015 auf, das die Folgen von Naturkatastrophen in einer länderübergreifenden Studie quantifiziert.

Das Papier, das vom Direktorium im Dezember 2016 erörtert wurde, umriss die wichtigsten Elemente – und die Rolle der makroökonomischen Politikmaßnahmen – in einem Risiko-Steuerungsrahmen, um die wirtschaftlichen und humanitären Kosten von Katastrophen zu senken. Das Papier unterstrich die Bedeutung, die der Planung vorbeugender Finanzierung bereits im Vorfeld einer Katastrophe zukommt, und die Notwendigkeit der Klimawandelfinanzierung zur Risikoabfederung und Anpassung.

Es herrschte Einvernehmen unter den Exekutivdirektoren, dass stärkere inländische Politikmaßnahmen entscheidend für die Senkung der Kosten seien, die mit Naturkatastrophen und Klimawandel einhergehen. Sie betonten die Notwendigkeit, Risiken und Anfälligkeiten im Voraus zu identifizieren, in Programme und Projekte zu investieren, die Risiken senken können, und Notfallpläne zu erstellen.

Die Direktoren waren der einhelligen Meinung, dass Kleinstaaten mehr Finanzierungsvereinbarungen zur Verwendung nach Naturkatastrophen ausarbeiten sollten, und forderten zu einem breiteren Einsatz von Eventualfinanzierungsvereinbarungen, regionalen Versicherungspools und Katastrophenanleihen auf. Die Direktoren begrüßten den fortlaufenden Einsatz der vom IWF bereitgestellten Rapid Credit Facility und des Rapid Financing Instrument durch Länder, die von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, und unterstützten den Vorschlag des Stabs, die jährliche Zugangsgrenze für Länder, die durch Katastrophen schwer getroffen werden, auf 60 % der Quote anzuheben.

Das Exekutivdirektorium stellte zudem die Rolle der Kapazitätsentwicklung des IWF heraus, die kleinen Staaten hilft, ihre Widerstandskraft gegenüber Klimaereignissen zu erhöhen.

IWF bietet Unterstützung für die Zentralafrikanische Republik

Die Geschäftsführende Direktorin bekräftigte die Unterstützung des IWF für fragile Staaten anlässlich eines Besuchs in der Zentralafrikanischen Republik im Januar 2017. Bei ihrem Besuch kündigte sie entschlossene Unterstützung von Bestrebungen an, um robustes und inklusives Wachstum und nationale Versöh-

nung in dem Land zu erzielen, das von internen Konflikten zerstört wurde.

Die Geschäftsführende Direktorin nutzte die Gelegenheit bei einer Rede vor der Nationalversammlung, das Versprechen des IWF zur Stärkung der Zusammenarbeit mit fragilen Staaten zu unterstreichen, das auch in den SDGs der Vereinten Nationen eingebettet ist.

„Fest steht, dass die Reaktion auf Fragilität nicht nur eine Frage weiteren Geldes ist“, sagte die Geschäftsführende Direktorin. „Die Schaffung von Frieden, die Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts und die Bildung einer funktionierenden Regierung müssen klar im Fokus stehen. Enge Koordination unter den Gebern ist ebenfalls wichtig. Ein umfassender Ansatz dieser Art ist notwendig, um das Fundament für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum zu legen. Der IWF hat der Zentralafrikanischen Republik und anderen Ländern im Rahmen einer koordinierten Anstrengung viel zu bieten.“

Sicherung der Finanzstabilität in Ländern mit islamischem Bankwesen

Islamisches Finanzwesen bezieht sich auf die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen nach den islamischen Gesetzen, Prinzipien und Regeln der Scharia. Die Scharia gestattet weder Entgegennahme oder Zahlung von riba (Zinsen) noch gharar (übermäßige Ungewissheit), maysir (Glücksspiel), Leerverkäufe oder Finanzierungen, die sie als schädlich für die Gesellschaft einstuft. Stattdessen müssen die Parteien die Risiken und Gewinne einer geschäftlichen Transaktion teilen, und die Transaktion muss einen echten wirtschaftlichen Zweck ohne unangemessene Spekulation haben und darf nicht zur Ausbeutung einer der Parteien führen.

Der IWF arbeitet seit 20 Jahren mit seinen Mitgliedsländern an Fragestellungen des islamischen Bankwesens und berät sich mit internationalen Gremien, wenn es um Bankenstandards geht. In den letzten Jahren erforderten Probleme, die sich aus dem islamischen Bankwesen im Rahmen regulärer Beziehungen zu den Mitgliedsländern ergaben, eine formellere Beteiligung des IWF.

Im Februar 2017 hatte das Exekutivdirektorium seine erste förmliche Aussprache über das islamische Bankwesen und verabschiedete Vorschläge zur Rolle des IWF auf diesem Gebiet. Die Vorschläge waren in einem Stabspapier mit dem Titel „Ensuring Financial Stability in Countries with Islamic Banking“

(Die Finanzstabilität in Ländern mit islamischem Bankwesen sicherstellen) enthalten.

Die Exekutivdirektoren waren der einhelligen Meinung, dass das islamische Bankwesen vielen Mitgliedsländern die Gelegenheit bietet, die Finanzvermittlung und Inklusion zu stärken und Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung zu mobilisieren. Sie verwiesen darauf, dass das Wachstum des islamischen Bankwesens Herausforderungen und Risiken für die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden mit sich bringt. Die Direktoren forderten stärkere Bemühungen zur Errichtung eines politischen Regelwerks, das die Finanzstabilität und solide Entwicklung des islamischen Bankwesens fördert, insbesondere in Ländern, in denen es systemrelevant ist.

Der vom Stab vorgeschlagene Ansatz zur Ausarbeitung und Unterbreitung politischer Beratung in der volkswirtschaftlichen Überwachung, Programmgestaltung und Kapazitätsentwicklung des IWF wurde von den Direktoren gutgeheißen. Auch forderten die Direktoren den Stab auf, die Arbeit internationaler standardsetzender Organisationen und anderer internationaler Gremien zu unterstützen, die dem Schließen von Lücken im regulatorischen Regelwerk für das islamische Bankwesen gilt.

Die Direktoren befürworteten die Erörterung eines Vorschlags, die Kernprinzipien für islamische Finanzregulierung im Bankwesen, die vom Islamic Financial Services Board ausgearbeitet wurden, als Standard unter der Initiative von Weltbank und IWF zu Standards und Kodizes formell anzuerkennen. Ein formeller Vorschlag zur Befürwortung durch das Direktorium wird Gegenstand eines Papiers sein, das im GJ 2018 vorgelegt werden soll.

Ein globaler Ansatz zu Kapitalflüssen

Kapitalflüsse sind ein wichtiger Aspekt des internationalen Währungssystems. Sie bieten beträchtliche Vorteile direkter wie indirekter Art. Gleichzeitig bergen sie auch Risiken, und eine wichtige Aufgabe der Länder besteht darin, die Vorteile auszuschöpfen und gleichzeitig die Risiken zu steuern. 2012 verabschiedete der IWF eine institutionelle Sichtweise zu Liberalisierung und Steuerung von Kapitalflüssen, um eindeutige und einheitliche Politikberatung für seine Mitglieder sicherzustellen.

Im Dezember 2016 erörterte das Exekutivdirektorium ein Papier mit dem Titel „Capital Flows—Review of Experience with the Institutional View“ (Kapitalflüsse – Untersuchung der

Erfahrungen mit der institutionellen Sichtweise). Kernthema des Papiers war die Frage, wie die Länder mit makroökonomischen Herausforderungen und Problemen der Finanzstabilität im Zusammenhang mit Kapitalflüssen umgingen und welche Fortschritte bei der Liberalisierung von Kapitalflüssen erzielt wurden; das Papier interpretierte diese politischen Reaktionen dann aus der institutionellen Sichtweise.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die Untersuchung der Erfahrungen aus der institutionellen Sichtweise seit deren Einführung; sie befanden, dass sie nach wie vor relevant sei und gegenwärtig kein Bedarf für eine massive Anpassung bestehe.

Die Direktoren verwiesen darauf, dass die politische Herausforderung für Empfängerländer sich allgemein verlagert habe: von der Handhabung sprunghaft gestiegener Kapitalzuflüsse auf den Umgang mit Umkehrungen der Kapitalflüsse bei gleichzeitiger Steuerung der Volatilität. Sie bemerkten, dass die politischen Reaktionen generell der institutionellen Sichtweise entsprachen. Positiv fiel den Direktoren die fortgesetzte, schrittweise Tendenz zu mehr Liberalisierung des Kapitalverkehrs auf.

Sie unterstützten die Folgearbeit zur Wechselbeziehung zwischen makroprudenziellen Politikmaßnahmen und Kapitalflusspolitik, insbesondere zur Rolle makroprudenzieller Politikregelwerke, die sich den systemrelevanten Finanzrisiken aus Kapitalflüssen widmen. Die Direktoren sprachen sich dafür aus, dass der IWF einen global einheitlicheren Ansatz zum Umgang mit Kapitalflüssen fördern solle, u. a. in bilateralen und multilateralen Vereinbarungen. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, länderspezifische makroökonomische Faktoren und Finanzstabilitätsüberlegungen bei der Festlegung der geeigneten politischen Reaktion zu berücksichtigen, was auch in der institutionellen Sichtweise betont wird.

Steuerung von Gehältern im öffentlichen Dienst und Beschäftigung

Die Politik zu Gehältern im öffentlichen Dienst und zur Beschäftigung ist entscheidend für die effiziente Erbringung öffentlicher Dienste und das Funktionieren der Wirtschaft. Sie hat auch wichtige Folgen für die Fiskalpolitik und die Tragfähigkeit des Staatshaushalts. Fragestellungen im Zusammenhang mit Gesetzen über Gehälter im öffentlichen Dienst wurden im Politikpapier „Managing Government Compensation and Employment—Institutions, Policies, and Reform Challenges“ (Steuerung von Gehältern im öffentlichen Dienst und Beschäftigung – Insti-

tutionen, Politik und Reformschwierigkeiten) erörtert, das dem Exekutivdirektorium bei einer informellen Sitzung im Mai 2016 vorgelegt wurde.

Das Papier wurde ergänzt durch einen Anhang über Fallstudien und umriss, wie der Druck auf Lohnkosten in den kommenden Jahrzehnten in fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften und einkommensschwachen Entwicklungsländern zunehmen wird. Es ist eine wirksame Steuerung der Lohnkosten notwendig, wenn sichergestellt werden soll, dass öffentliche Dienste kostengünstig und fiskalisch tragbar erbracht werden. Dem Papier zufolge braucht man hierzu stärkere Institutionen, adäquate Haushaltsplanung, wettbewerbsfähige Vergütung und die Flexibilität, um auf demografische und technische Entwicklungen zu reagieren.

Prioritäten für Strukturreformen in G20-Ländern

Vor dem Gipfeltreffen der G20 im September 2016 in China verfasste der IWF-Stab das Hintergrundpapier „Priorities for Structural Reforms in G20 Countries“ (Prioritäten für Strukturreformen in G20-Ländern). Das Papier enthielt Empfehlungen für jedes G20-Mitglied zu Änderungen der Regierungspolitik, von Regulierungen und Institutionen, die zu einer verbesserten Funktionsweise der Wirtschaft beitragen können. Damit sollen die Märkte effizienter gestaltet und das Wachstum in einer Phase angekurbelt werden, in der fast alle Volkswirtschaften ihr Produktionspotenzial nicht ausschöpfen.

Strukturreformen, so das Papier, können das Wachstum anheben, wenn sie gut an die jeweiligen Umstände eines Landes angepasst sind, so etwa an den Entwicklungsgrad der Volkswirtschaft, die Position im Konjunkturzyklus und die Fähigkeit, Reformen zu tragen. Je größer die Produktionslücke eines Landes, umso mehr sollte das Land Strukturreformen priorisieren, wie die Deregulierung des Gütermarkts und Investitionen in Infrastruktur.

Stärkere Klauseln in Staatsanleihen

Das Exekutivdirektorium befürwortete 2014 die Aufnahme stärkerer Klauseln zu Gleichbesicherung und Sammelklagen in neuen international aufgelegten Staatsanleihen. Die stärkeren Klauseln ergänzen Reformen des Kreditvergabe-Regelwerks des IWF und sollen dazu beitragen, die übergeordneten Ziele zeitnaher und geordneter Umstrukturierung von Staatsschulden zu erreichen und die Gesamtkosten für das System zu senken.

Im Dezember 2016 sandte der IWF-Stab seinen zweiten Fortschrittsbericht zur Aufnahme dieser stärkeren Klauseln in Staatsanleiheverträge an das Direktorium. Der Bericht umriss den stetigen und beträchtlichen Fortschritt, der bei der Aufnahme stärkerer Klauseln zu Sammelklagen und der abgewandelten Gleichbesicherungsklausel erreicht wurde. Der ausstehende Bestand an Schuldtiteln ohne die gestärkten Klauseln war mit 846 Mrd. US\$ per 31. Oktober 2016 immer noch beträchtlich, nimmt aber langsam ab.

Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen

Eine Korrespondenzbank ist ein Finanzinstitut, das im Auftrag eines anderen Finanzinstituts Dienstleistungen erbringt. Sie kann Geldüberweisungen und geschäftliche Transaktionen vornehmen, Einlagen entgegennehmen und Unterlagen im Auftrag eines anderen Finanzinstituts zusammentragen. Korrespondenzbanken agieren als ausländische Vertretung einer inländischen Bank und werden in der Regel von dieser beauftragt, Transaktionen durchzuführen, die entweder im Ausland beginnen oder dort enden.

Beziehungen mit Korrespondenzbanken, die weltweiten Handel und Wirtschaftstätigkeit ermöglichen, sind in verschiedenen Ländern unter Druck geraten; Entwicklungsländer sind überproportional stark davon betroffen. In diesen Volkswirtschaften ist die Fragilität des Finanzsystems gestiegen, weil ihre grenzüberschreitenden Kapitalflüsse auf weniger Korrespondenzbanken konzentriert sind oder mittels anderer Vereinbarungen aufrecht erhalten werden, was zu vermehrten Kosten führen kann. Diese Fragilität kann die langfristigen Aussichten dieser Länder auf Wachstum und Finanzinklusion untergraben, weil Finanzdienstleistungen teurer werden und sich dies negativ auf die Ratings ihrer Banken auswirkt.

Die Tendenz der rückläufigen Korrespondenzbankbeziehungen rückte im GJ 2017 in den Mittelpunkt der Fondsarbeit. Im April 2017 erörterte das Exekutivdirektorium den Stabsbericht

„Recent Trends in Correspondent Banking Relationships—Further Considerations“ (Jüngste Trends bei Korrespondenzbankbeziehungen – weitergehende Überlegungen). Der Bericht folgte auf ein Papier, das im Juni 2016 herausgegeben wurde: „The Withdrawal of Correspondent Banking Relationships: A Case for Policy Action“ (Der Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen: Ein Fall für politisches Handeln). Ein gemeinsames Papier von IWF und Weltbank über den Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen im Nahen Osten wurde im September 2016 veröffentlicht, und im April 2017 folgte das Papier mit dem Titel „Challenges in Correspondent Banking in the Small States of the Pacific“ (Herausforderungen im Korrespondenzbankwesen in den Kleinstaaten des Pazifiks). Der Stellvertretende Geschäftsführende Direktor Tao Zhang widmete sich dem Thema in einer Ansprache vor dem hochkarätigen Karibikforum, das im November 2016 in Port of Spain, Trinidad und Tobago, stattfand. Das gemeinsam von IWF und der Regierung von Trinidad und Tobago veranstaltete Forum zählte mehr als 100 Teilnehmer, darunter vier Premierminister, vier Finanzminister und neun Zentralbankgouverneure aus der Region.

Der Stabsbericht untersuchte die Triebkräfte, die für den Rückgang der Korrespondenzbankbeziehungen verantwortlich sind, und konzentrierte sich dabei auf Rentabilität und Risikomanagement. Er bewertete zudem die Machbarkeit und Folgen politischer Reaktionen und Initiativen der Branche. Er schlug einen Ansatz vor, bei dem der IWF mithilfe der volkswirtschaftlichen Überwachung, des Programms zur Bewertung des Finanzsektors und mit Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen die Risiken überwachen und seine Mitglieder beraten kann. Zur Verwirklichung dieser Ziele wird der IWF seine Zusammenarbeit mit FSB, Weltbank, G20, Financial Action Task Force, Committee on Payments and Market Infrastructures und anderen Partnern fortsetzen.



In ihrer Erörterung des Stabsberichts betonten die Direktoren die Bedeutung der Korrespondenzbankbeziehungen bei der Erleichterung des Welthandels, bei Überweisungen und der Unterstützung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung. Sie begrüßten die verschiedenen Initiativen, mit denen der Druck auf die Korrespondenzbankbeziehungen reduziert werden soll, und warnten, dass die Reaktionen aufgrund der vielfältigen Triebkräfte im Einklang mit den landesspezifischen und regionalen Umständen maßgeschneidert, priorisiert und zeitlich gestaffelt erfolgen müssten. Sie unterstrichen die Bedeutung gestärkter, koordinierter und gemeinsamer Anstrengungen aufseiten öffentlicher wie privater Stakeholder und betonten die entscheidende Rolle, die dem IWF bei der Behandlung dieser Frage zukommt.

Ein umfassender, einheitlicher und koordinierter Ansatz zur Wirtschaftspolitik

Die Sorge um die Wirksamkeit der Bemühungen zur Ankurbelung des schleppenden weltweiten Wachstums standen im GJ 2017 im Mittelpunkt internationaler Gespräche über die Gestaltung der Wirtschaftspolitik. Im September 2016 veröffentlichte der IWF das Papier „Macroeconomic Management When Policy Space Is Constrained: A Comprehensive, Consistent, and Coordinated Approach to Economic Policy“ (Wenn der politische Spielraum begrenzt ist: Ein umfassender, einheitlicher und koordinierter Ansatz zur Wirtschaftspolitik) und argumentierte: „Es gibt Spielraum für wirksame Politikmaßnahmen, der auch genutzt werden sollte, wenn dies angebracht ist.“

Dem Papier zufolge besteht der vielversprechendste Ansatz in einem „umfassenden, einheitlichen und koordinierten“ Einsatz von Politikmaßnahmen.

Umfassende Politikmaßnahmen eines einzelnen Landes verwerten politische Synergien und machen das Ganze größer als die Summe seiner Teile. Das erfordert den gegenseitig unterstützenden Einsatz von Geld-, Fiskal- und Strukturpolitik.

Einheitliche politische Regelwerke verankern langfristige politische Erwartungen und gestatten im Bedarfsfall die kurz- bis mittelfristige Anpassung.

Koordinierte Politikmaßnahmen über wichtige Volkswirtschaften hinweg intensivieren die positiven Auswirkungen der von den einzelnen Ländern getroffenen Politikmaßnahmen. Bei sehr niedrigen Zinsen und breiten Produktionslücken kann die internationale Koordination von fiskalischen und monetären Unterstützungsprogrammen das globale BIP ankurbeln.

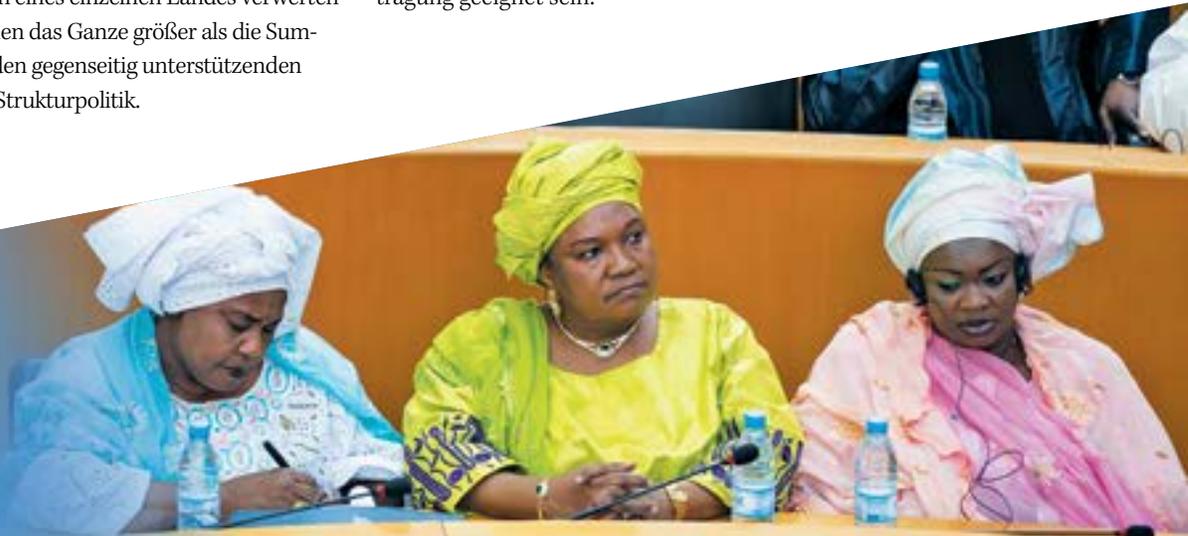
DATEN

SDDS Plus

Die höchste Stufe der Datenweitergabeinitiative des IWF, der Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus), ist primär für Volkswirtschaften gedacht, die an den internationalen Kapitalmärkten eine führende Rolle spielen und deren Finanzinstitute global verknüpft sind. Im GJ 2017 arbeiteten 4 Volkswirtschaften nach dem SDDS Plus: Bulgarien, Dänemark, Kanada und Österreich.

Erweitertes allgemeines Datenweitergabesystem

Nach dem erweiterten allgemeinen Datenweitergabesystem (Enhanced General Data Dissemination System, e-GDDS), das vom Exekutivdirektorium des IWF im Mai 2015 verabschiedet wurde, verpflichten sich die Länderbehörden zur Veröffentlichung von Daten, die ihren laufenden politischen Dialog mit dem IWF-Stab unterstützen. Die Veröffentlichung muss nach einem im Voraus vereinbarten Terminplan erfolgen, und die Daten müssen leicht zugänglich und für die maschinelle Übertragung geeignet sein.



Durch diese Anstrengungen wird die internationale Zusammenarbeit gefördert, wobei die Afrikanische Entwicklungsbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank maßgebliche Unterstützung für die Installation der IT-Infrastruktur (Open Data Platform) gewähren, über die die National Summary Data Pages in ausgewählten Ländern in Afrika und der westlichen Hemisphäre betrieben werden.

Im Jahresverlauf wurde der e-GDDS in 17 Ländern implementiert. 13 dieser Länder – Benin, Honduras, Jamaika, Malawi, Namibia, Paraguay, Sambia, Samoa, Senegal, Sierra Leone, Swasiland, Tansania und Uganda – veröffentlichten eine National Summary Data Page.

Datenlückeninitiative

Im September 2016 begrüßten die Staats- und Regierungschefs der G20 den ersten Fortschrittsbericht zur zweiten Phase der Datenlückeninitiative (Data Gap Initiative, DGI-2) und befürworteten die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Umsetzung von 20 Empfehlungen. Für die Zukunft der Initiative gab es im Arbeitsprogramm zur DGI-2 2017 4 themenbasierte Workshops – Datenaustausch, Datenlücken zu systemrelevanten Risiken im Versicherungssektor, institutionelle Sektorkonten und Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors.

Veröffentlichung neuer Daten zur Devisenzusammensetzung

Im März 2017 veröffentlichte der IWF Quartalsdaten zur Zusammensetzung der offiziellen Devisenreserven (Composition of Official Foreign Exchange Reserves, COFER) und wies die Bestände in der chinesischen Währung Renminbi erstmals gesondert aus. Am 26. Februar 2016 hatte das Exekutivdirektorium des IWF beschlossen, die COFER-Erhebung abzuwandeln, um per 1. Oktober 2016 eine gesonderte Ausweisung des Renminbi zu ermöglichen – im Einklang mit der Entscheidung, den Renminbi in den SZR-Währungskorb aufzunehmen.

Argentinien übernimmt internationale Standards

Um die Überwachung des Direktoriums, die Bemühungen Argentiniens zur Verbesserung seiner makroökonomischen Statistiken zu unterstützen, stellte der IWF dem argentinischen Statistikamt INDEC 2016 bei 3 Besuchen technische Hilfe zur Verfügung. 2 Missionen prüften und unterstützten die Entwicklung eines neuen nationalen Verbraucherpreisindex, der weithin den internationalen Standards und bewährten Praktiken entspricht, einschließlich Indizes für die sechs Regionen

des Landes. Die dritte Mission half beim Angleich der Konten des Außenwirtschaftssektors Argentiniens an die neuesten Statistikstandards.

Geld- und Finanzstatistiken für die globale Finanzstabilität

Im Rahmen ihrer Arbeit zur Kapazitätsentwicklung fördert die Abteilung Statistik des IWF die Ausdehnung monetärer Statistiken auf Finanzinstitute, die keine Banken sind. Dies wird die Anwendung des Bilanzansatzes auf die makrofinanzielle Überwachung erleichtern. Mit Stand vom April 2017 stehen Daten zu Finanzinstituten, die keine Banken sind, für 47 Länder zur Verfügung.

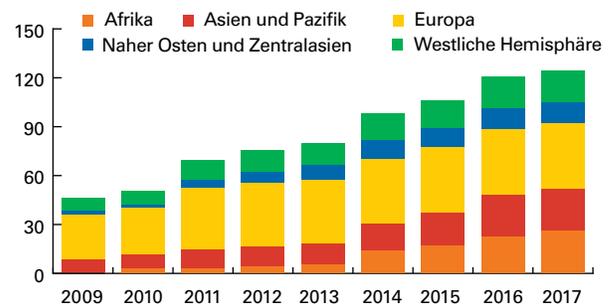
Workshop über die Indikatoren zur Finanzstabilität

Die Indikatoren zur Finanzstabilität des IWF (Financial Soundness Indicators, FSIs) helfen bei der Bewertung der Stärken und Schwachstellen von Finanzsystemen und liefern dadurch wichtige Erkenntnisse für die Analyse der Finanzstabilität und die Formulierung makroprudenzieller Politikmaßnahmen. Die Stabsmitarbeiter des IWF sind verpflichtet, im Rahmen ihrer turnusmäßigen Überprüfungen des wirtschaftlichen Zustands eines Landes über FSIs zu berichten.

Im April 2017 veranstaltete der IWF einen Workshop zu FSIs, zu dem mehr als 80 Teilnehmer aus 36 Ländern und von 7 internationalen Organisationen kamen. Ziel des Workshops war es, Informationen für die Auswahl einer Prioritätenliste von FSIs zu geben und den FSI *Compilation Guide* (die Zusammenstellung) zu überarbeiten. Die Teilnehmer befürworteten die

Schaubild 2.1

Zahl der Länder, die FSIs melden, nach Region, 2009–17 (30. April 2017)



Quelle: Berechnungen des IWF-Stabs.

IWF-Arbeit zur Bereitstellung eines stimmigen Regelwerks für der FSIs nachdrücklich, da sie Letztere als hilfreich für die makroprudenzielle Politik und Analysen der Finanzstabilität beurteilten. Sie sprachen sich für die Ausdehnung der FSIs auf Untersektoren der anderen Finanzunternehmen aus.

Im Jahresverlauf veranstaltete die Abteilung Statistik des IWF Sitzungen zum Wissensaustausch, um Länder bei der Zusammenstellung und Weitergabe von FSIs zu unterstützen; finanziert wurden die Aktionen vom Japan Administered Account for Selected IMF Activities und dem Entwicklungshilfeministerium des Vereinigten Königreichs. Dank dieser Bemühungen stieg die Zahl der Länder, die FSIs melden, von 46 Ende 2009 auf 124 im April 2017 (*Schaubild 2.1*). Im April 2017 meldeten 26 Länder Afrikas FSIs, während es Ende 2013 nur 5 waren.

Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln

Schätzungen der Weltbank zufolge haben 2 Milliarden Erwachsene im erwerbsfähigen Alter – mehr als die Hälfte der erwachsenen Weltbevölkerung – kein Konto bei einem formellen Finanzinstitut. Mit Bestrebungen zur Finanzinklusion soll sichergestellt werden, dass alle Haushalte und Firmen unabhängig von ihrem Einkommensniveau Zugang zu geeigneten Finanzdienstleistungen haben und diese wirksam zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen nutzen können.

Der IWF führt jährlich eine Financial Access Survey (Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln) durch, die Daten über Finanzinklusion liefert. Die siebte Erhebung basiert auf Daten von traditionellen wie digitalen Finanzdienstleistern und wurde im Oktober 2016 veröffentlicht. Die Datenbank enthält mehr als 150 Datenreihen für bis zu 189 Volkswirtschaften im Zeitraum von 2004 bis 2015.

Die Rolle digitaler Finanzdienstleistungen bei der Ausweitung der Finanzinklusion wurde 2016 von der G20 anerkannt und führte zur Überarbeitung der Indikatoren für Finanzinklusion der G20. Die Erhebung zum Zugang zu Finanzmitteln ist seit 2012 eine offizielle Quelle für diese Indikatoren.

Wachsendes Interesse an geschlechterbezogenen Statistiken zur Finanzinklusion führte zu einer Piloterhebung einiger Regierungen, um ihre Kapazität zur Zusammenstellung und Verbreitung derartiger Statistiken zu bewerten. Die Ergebnisse der Pilotstudie sowie die jüngste Erhebung finden sich auf der Website der Financial Access Survey.

Initiative zu Standards und Kodizes

„Standards und Kodizes“ bezieht sich auf Aspekte der institutionellen Umgebung – die Spielregeln für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Länder mit gut regulierten und transparenten Institutionen erfreuen sich tendenziell besserer wirtschaftlicher Gesundheit und größerer Finanzstabilität, sodass es im eigenen Interesse der Länder liegt, international anerkannte Standards und Kodizes zu übernehmen und umzusetzen.

Die weltweite Finanzkrise verdeutlichte, dass die Einhaltung internationaler Standards nur ein Element der Krisenprävention ist: Lücken und Schwachstellen bestehen nach wie vor, und rigorose Nachbearbeitung ist unerlässlich. Im Zuge der Weiterentwicklung bewährter Praktiken wurden Standards und Kodizes in verschiedenen Bereichen aktualisiert, andere Bereiche könnten folgen.

IWF und Weltbank gliedern internationale Standards in 3 weit gefasste Gruppen:

- **Transparenz politischer Maßnahmen:** Die Standards hierzu wurden vom IWF ausgearbeitet. Auf dem Gebiet der Transparenz der Fiskalpolitik wurden 3 von 4 Säulen des Fiscal Transparency Code des IWF veröffentlicht. Die vierte Säule über die Verwaltung von Einnahmen aus natürlichen Ressourcen ist derzeit in Arbeit und hat bereits 2 öffentliche Konsultationsrunden und mehrere Pilotanwendungen im Feld durchlaufen.
- **Regulierung und Aufsicht über den Finanzsektor:** Die Standards auf diesen Gebieten und die entsprechenden Bewertungsmethoden wurden von spezialisierten standardsetzenden Gremien ausgearbeitet. Der neue Standard zur Krisenbeilegung wird im Rahmen der Überprüfung der Initiative 2017 dem IWF-Direktorium zur Bestätigung vorgelegt.
- **Infrastruktur der Institutionen und Märkte:** Die Standards auf diesem Gebiet und die entsprechenden Bewertungsmethoden wurden von spezialisierten standardsetzenden Gremien unter reger Beteiligung des IWF und der Weltbank ausgearbeitet.

Darüber hinaus soll ein Standard im Bereich Krisenbeilegung und Einlagenversicherung im Rahmen der Überprüfung der Initiative 2017 dem IWF-Direktorium zur Bestätigung vorgelegt werden.

Eine Bewertung der Einhaltung von Standards und Kodizes kann auf Anfrage eines Mitglieds von IWF und/oder Weltbank

vorgenommen werden. Die Einhaltung der Datenweitergabe von Mitgliedern im Speziellen Datenweitergabestandard des IWF wird ebenfalls monatlich überwacht. Evaluierungen der fiskalischen Transparenz bewerten Länder gegenüber dem Fiscal Transparency Code.

Seit der letzten Prüfung der Initiative zu Standards und Kodizes 2011 wurden verschiedene Anpassungen an Daten und Statistiken vorgenommen. Dazu gehört die Stärkung des SDDS 2012, die Einrichtung des SDDS Plus im selben Jahr und die Stärkung des GDDS 2015. Das Data Quality Assessment Framework (Regelwerk zur Beurteilung der Datenqualität), das der umfassenden Beurteilung der Datenqualität der Länder dient, wurde 2012 in der Folge der weltweiten Finanzkrise von 2008 überarbeitet, um zusätzlichen Erfahrungen mit der Bewertung, Aktualisierungen der statistischen Methodiken (2008 System of National Accounts und 2009 sechste Auflage des *Balance of Payments and International Investment Position Manual*) und der Ausdehnung der Währungsstatistiken auf andere Finanzinstitute Rechnung zu tragen.

Fiskalische Transparenz für öffentliche Finanzen

Fiskalische Transparenz – die Vollständigkeit, Klarheit, Zuverlässigkeit, Aktualität und Relevanz der öffentlichen Ausweise zum Zustand der öffentlichen Finanzen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – ist entscheidend für wirksames fiskalisches Management und Rechenschaftspflicht. Sie sorgt dafür, dass Regierungen ein genaues Bild ihrer Finanzen haben, wenn sie wirtschaftliche Entscheidungen treffen – einschließlich der Kosten und Nutzen politischer Kurskorrekturen und potenzieller Gefahren für die Haushaltsaussichten. Sie liefert auch Parlamentariern, Märkten und Bürgern die Informationen, die sie brauchen, um die Regierung zur Rechenschaft zu

ziehen. Darüber hinaus erleichtert fiskalische Transparenz die internationale Überwachung fiskalischer Entwicklungen und hilft, die Übertragungsrisiken fiskalischer Spillovers zwischen Ländern abzufedern.

Der Fiscal Transparency Code des IWF und seine Evaluierung sind die Schlüsselemente in den laufenden Bestrebungen der Institution, die fiskalische Überwachung, Politikgestaltung und Rechenschaftspflicht unter ihren Mitgliedsländern zu stärken. Der Fiscal Transparency Code ist der internationale Standard für die Offenlegung von Daten zu öffentlichen Finanzen. Die dort festgehaltenen Normen bestehen aus einer Reihe von Grundsätzen, die sich um vier „Säulen“ gruppieren: 1) fiskalisches Berichtswesen, 2) fiskalische Prognosen und Haushaltsplanung, 3) Analyse und Steuerung fiskalischer Risiken sowie 4) Verwaltung von Einnahmen aus natürlichen Ressourcen. Bei jedem Transparenzprinzip differenziert der Code zwischen „grundlegenden“, „guten“ und „fortgeschrittenen“ Praktiken, um den Ländern Anhaltspunkte zur vollständigen Einhaltung der Normen zu bieten und deren Anwendbarkeit auf alle Mitgliedsländer des IWF sicherzustellen.

Im GJ 2017 veröffentlichte der IWF Bewertungen zur fiskalischen Transparenz in Guatemala, Kenia, Tunesien und im Vereinigten Königreich.

Guatemala arbeitet an umfangreichen Reformen zur Verbesserung der Transparenz und Bestechungskämpfung. Die Fülle an verfügbaren Daten und die bestehenden Systeme zum Haushaltsvollzug des öffentlichen Sektors gewähren der Bevölkerung leichten Zugang zu einer beeindruckenden Menge fiskalischer Daten. Die wichtigsten Bereiche mit Verbesserungsbedarf sind die Konsolidierung der Konten des öffentlichen Sektors und die Steuerung fiskalischer Risiken.



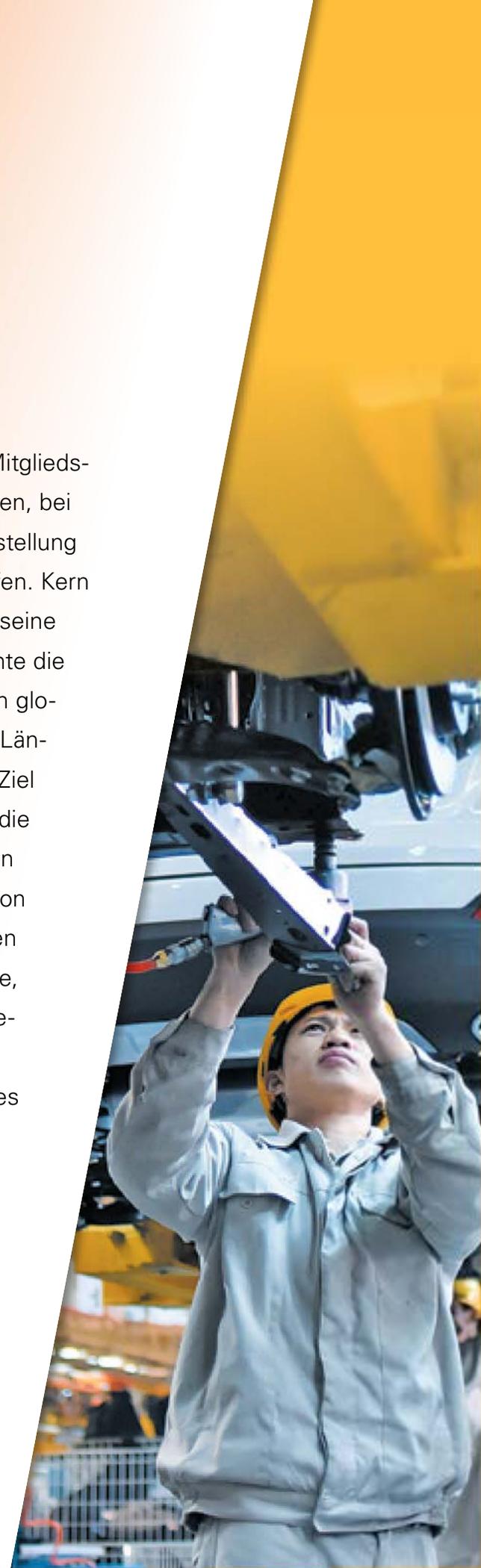
Beträchtliche Dezentralisierungsreformen in Kenia unter dem zunehmenden Druck auf öffentliche Dienste und Infrastruktur machen die fiskalische Transparenz entscheidend, zumal Kenia 2024 mit seinen Partnern in Ostafrika voraussichtlich eine Währungsunion bilden wird. Kenia erzielte bei verschiedenen Code-Standards gute Werte. 13 Grundsätze aus 3 Säulen wurden als „gut“ oder „fortgeschritten“ und 16 als „grundlegend“ eingestuft. Haushaltsprognosen und Haushaltsaufstellung entsprechen überwiegend guter oder fortgeschrittener Praxis, aber die Glaubwürdigkeit künftiger Ausgabenschätzungen, Steuerung und Aufsicht von Investitionsprojekten, Veröffentlichung überarbeiteter Haushalte und Ausrichtung von Ausgabenprogrammen auf die mittelfristigen Sektorprioritäten könnten noch besser werden. Schwächen im fiskalischen Berichtswesen und Risikomanagement wurden ebenfalls aufgedeckt, und die Bewertung bildet jetzt eine gute Basis, auf der die Regierung Fortschritte erzielen kann.

Nach der Revolution von 2011 erlebte Tunesien einen tiefgreifenden Wandel seiner politischen Institutionen, so auch Reformen, die die Verwaltung der öffentlichen Finanzen modernisieren und ihre Transparenz stärken sollen. Obwohl das Land in einigen Bereichen des Codes gut abschnitt, sind noch viele Verbesserungen notwendig, um die Praktiken des Landes an internationale Standards anzugleichen. Unter den bewerteten Grundsätzen wurden 10 als „gut“ oder „fortgeschritten“ und 11 als „grundlegend“ eingestuft, und 14 Standards wurden nicht erfüllt. Die Konsolidierung und Veröffentlichung von Daten, die derzeit noch fragmentiert sind, könnten die fiskalische Transparenz kurzfristig erhöhen.

Das Vereinigte Königreich schnitt über alle Säulen des Codes hinweg sehr gut ab. Unter den bewerteten Grundsätzen wurden 23 als „fortgeschritten“, 10 als „gut“ und 9 als „grundlegend“ eingestuft. Transparenzpraktiken sind im fiskalischen Berichtswesen und in der Verwaltung von Einnahmen aus natürlichen Ressourcen am stärksten. Bei 4 bewerteten Grundsätzen entsprachen die Transparenzpraktiken nicht der Grundpraxis.

Kreditvergabe

Die Kredite des IWF sind darauf ausgelegt, den Mitgliedsländern beim Umgang mit Zahlungsbilanzproblemen, bei der Stabilisierung ihrer Wirtschaft und Wiederherstellung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu helfen. Kern der Kreditvergabetätigkeit des IWF ist denn auch seine Rolle bei der Beilegung von Krisen. Zugleich machte die weltweite Finanzkrise den Bedarf nach wirksamen globalen Finanzsicherheitsnetzen deutlich, damit die Länder Krisen bewältigen können. Ein maßgebliches Ziel der jüngsten Kreditreformen besteht daher darin, die traditionelle Aufgabe des IWF in der Beilegung von Krisen um weitere Instrumente zur Krisenprävention zu ergänzen. Im Gegensatz zu Entwicklungsbanken vergibt der IWF keine Kredite für spezielle Projekte, sondern an Länder mit unzureichenden Devisenbeständen, damit sie ausreichend Zeit zur Korrektur ihrer Wirtschaftspolitik und Wiederherstellung ihres Wachstums haben. Damit wird verhindert, dass die Länder Maßnahmen ergreifen müssen, die ihrer eigenen Volkswirtschaft oder der anderen Mitgliedsländer schaden. Im Allgemeinen bietet der IWF zwei Arten von Krediten: nicht konzessionäre Kredite und Kredite für ärmere Länder, die zinsverbilligt oder in manchen Fällen zinsfrei bereitgestellt werden.



NICHT KONZESSIONÄRE MITTELVERGABE

Im GJ 2017 billigte das Exekutivdirektorium 15 Vereinbarungen unter den nicht konzessionären Fazilitäten des IWF in Höhe von insgesamt 98,2 Mrd. SZR (134,7 Mrd. US\$, umgerechnet zum Wechselkurs von SZR/US\$ am 28. April 2017 von 0,729382). Eine vorsorgliche Kreditvereinbarung unter der Flexible Credit Line (FCL) für Mexiko (62,4 Mrd. SZR), Kolumbien (8,2 Mrd. SZR) und Polen (6,5 Mrd. SZR) machte 78 Prozent dieser Zusagen aus. Bei allen drei Vereinbarungen unter der Flexible Credit Line handelte es sich um Neuaufgaben früherer Vereinbarungen, die das Ende ihrer Laufzeit erreicht hatten.

Von den verbleibenden Vereinbarungen entfielen 14 Prozent auf Vereinbarungen im Rahmen der Extended Fund Facility mit Ägypten (8,6 Mrd. SZR), Tunesien (2,1 Mrd. SZR), Sri Lanka (1,1 Mrd. SZR), Jordanien (0,5 Mrd. SZR), Bosnien und Herzegowina (0,4 Mrd. SZR), Côte d'Ivoire (0,3 Mrd. SZR), Georgien (0,2 Mrd. SZR) und Moldawien (0,1 Mrd. SZR). Stand-By Arrangements mit dem Irak (3,8 Mrd. SZR), Jamaika (1,2 Mrd. SZR) und Suriname (0,3 Mrd. SZR) machten 5 Prozent der neuen Vereinbarungen aus.

Eine nachfolgende Vereinbarung im Rahmen der Precautionary and Liquidity Line mit Marokko für insgesamt 2,5 Mrd. SZR bildete die verbleibenden 3 Prozent. Tabelle 2.1 zeigt die Vereinbarungen, die während des Geschäftsjahres genehmigt wurden. Schaubild 2.2 zeigt alle Vereinbarungen, die im Verlauf der letzten zehn Geschäftsjahre genehmigt wurden.

Tabelle 2.1

Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen gebilligte Vereinbarungen im Jahr 2017 mit Ende zum 30. April

(Millionen SZR)

Mitglied	Art der Vereinbarung	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE VEREINBARUNGEN			
Ägypten	36-monatige Extended Fund Facility	11.11.2016	8.596,6
Bosnien und Herzegowina	36-monatige Extended Fund Facility	07.09.2016	443,0
Côte d'Ivoire	36-monatige Extended Fund Facility	12.12.2016	325,2
Georgien	36-monatige Extended Fund Facility	12.04.2017	210,4
Irak	36-monatige Stand-By Arrangement	07.07.2016	3.831,0
Jamaika	36-monatige Stand-By Arrangement	11.11.2016	1.195,3
Jordanien	36-monatige Extended Fund Facility	24.08.2016	514,7
Kolumbien	24-monatige Flexible Credit Line	13.06.2016	8.180,0
Marokko	24-monatige Precautionary and Liquidity Line	22.07.2016	2.504,0
Mexiko	24-monatige Flexible Credit Line	27.05.2016	62.388,9
Moldawien	36-monatige Extended Fund Facility	07.11.2016	86,3
Polen	24-monatige Flexible Credit Line	13.01.2017	6.500,0
Sri Lanka	36-monatige Extended Fund Facility	03.06.2016	1.070,8
Suriname	24-monatige Stand-By Arrangement	27.05.2016	342,0
Tunesien	48-monatige Extended Fund Facility	20.05.2016	2.045,6
Gesamt			98.233,8

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

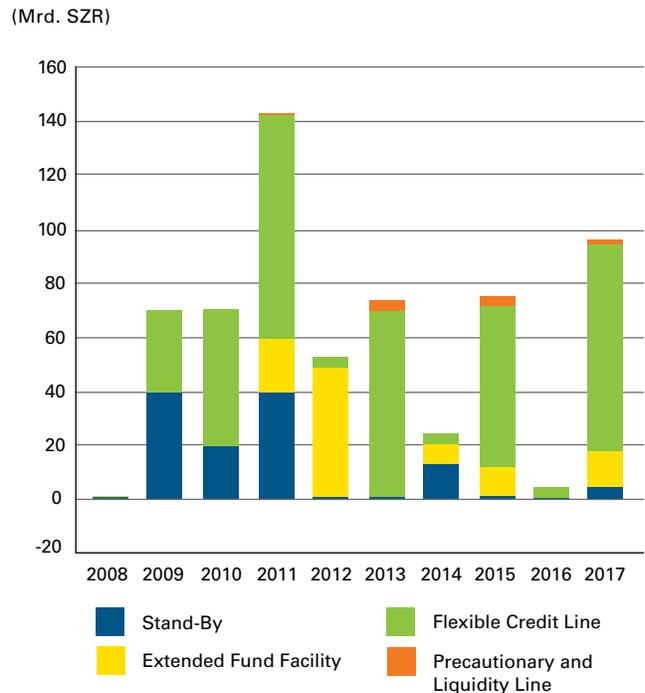
Im GJ 2017 im Rahmen von Kreditvereinbarungen aus dem GRA getätigte Auszahlungen, sogenannte „Käufe“, beliefen sich auf insgesamt 5,8 Mrd. SZR (8 Mrd. US\$). 90 Prozent dieser Einkäufe entfielen auf Ägypten, den Irak, Pakistan, Sri Lanka, Tunesien und die Ukraine. Darüber hinaus billigte das Exekutivdirektorium im Juli 2016 einen Kauf von 261,6 Mio. SZR (ca. 358,7 Mio. US\$) für Ecuador im Rahmen des Rapid Financing Instrument.

Rückzahlungen, „Rückkäufe“ genannt, beliefen sich für das Geschäftsjahr auf insgesamt 5,55 Mrd. SZR (7,6 Mrd. US\$) einschließlich vorzeitiger Rückkäufe von Portugal von 3,31 Mrd. SZR (4,6 Mrd. US\$). Infolge der leicht größeren Käufe im Vergleich zu den Rückkäufen stieg der Bestand an ausstehenden Krediten unter dem GRA auf 48,3 Mrd. SZR (66,2 Mrd. US\$) an, im Vergleich zum Vorjahr mit 47,8 Mrd. SZR (65,4 Mrd. US\$). Schaubild 2.3 gibt Auskunft über ausstehende, nicht konzessionäre Kredite der letzten zehn Geschäftsjahre.

GRA-Kreditaufnahmen

Der IWF ist eine quotenbasierte Institution, dessen Quotenmittel durch die Implementierung der Quotenerhöhung im Rahmen der Vierzehnten Allgemeinen Überprüfung der Quoten verdoppelt wurden. Verliehene Mittel spielen jedoch auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Nachkontierung der Quotenmittel. Die New Arrangements to Borrow (NAB), die sich aus einer Reihe von Kreditvereinbarungen mit 38 Teilnehmern und einem Gesamtwert von 180 Mrd. SZR zusammensetzen, dienen als zweite Verteidigungslinie nach den Quoten. Zudem bietet die bilaterale Kreditaufnahme eine dritte Verteidigungslinie nach den Quoten und den NAB.

Schaubild 2.2
Unter dem Konto für allgemeine Ressourcen
gebilligte Vereinbarungen, GJ 2008–17
mit Ende zum 30. April



Quelle: Abteilung Finanzen des IWF.

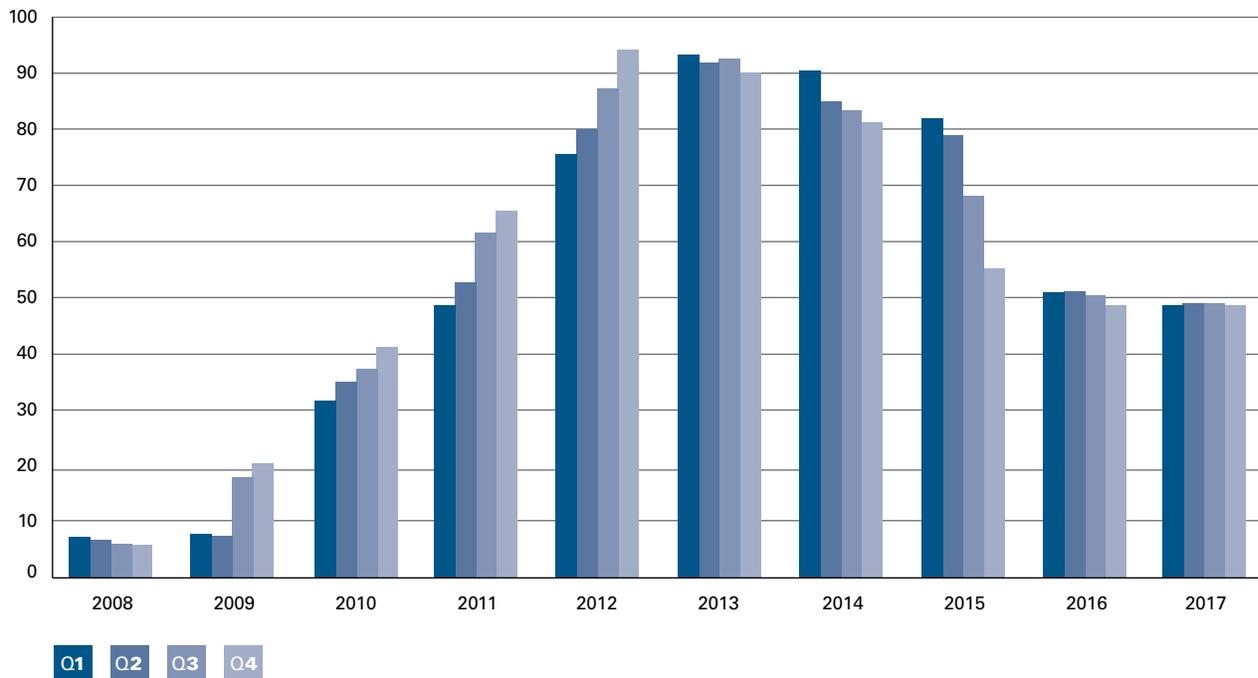
Mexiko beabsichtigt, die Flexible Credit Line des IWF in Höhe von 88 Mrd. US\$ als vorsorgliche Rücklage zu verwenden, kann zum Zweck der Krisenprävention jedoch jederzeit darauf zugreifen.



Schaubild 2.3

Ausstehende nicht konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2008–17

(Milliarden SZR)



Quelle: Abteilung Finanzen des IWF.

Im Licht der aktuellen Unsicherheit und strukturellen Verschiebungen in der globalen Wirtschaft genehmigte das Exekutivdirektorium des IWF im August 2016 ein neues Rahmenwerk für die bilaterale Kreditvergabe. Es erlaubt dem IWF, vorläufig den Zugang zur bilateralen Kreditvergabe aus der Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten und so einen massiven Rückgang des Kreditpotenzials zu vermeiden. Die dem neuen Rahmenwerk zugehörigen Kreditaufnahmevereinbarungen haben eine allgemeine maximale Laufzeit bis zum 31. Dezem-

ber 2020 mit einer Erstlaufzeit bis zum 31. Dezember 2019, die mit Zustimmung der Kreditoren um ein weiteres Jahr verlängert werden kann. Per 30. April 2017 hatten 35 Mitgliedsstaaten eine Gesamtsumme von ca. 300 Mrd. SZR oder 400 Mrd. US\$ in bilateralen Kreditaufnahmen zugesagt. Im November 2016 genehmigte das Exekutivdirektorium des IWF die Erneuerung der NAB für weitere fünf Jahre vom November 2017 bis zum Jahr 2022.

Tabelle 2.2

Konditionen für Kredite aus dem Konto für allgemeine Ressourcen des IWF

Diese Tabelle zeigt die wichtigsten nicht konzessionären Kreditfazilitäten. Stand-By Arrangements sind seit Langem das wichtigste Kreditvergabeinstrument Förderung von Instrumenten zur Krisenprävention, was mit der Einrichtung der der Institution. Im Nachgang zur weltweiten Finanzkrise von 2007–09 stärkte der IWF sein Instrumentarium zur Kreditvergabe. Kernziel war dabei die Förderung von Instrumenten zur Krisenprävention, was mit der Einrichtung

Kreditfazilität (Jahr der Verabschiedung) ¹	Ziel	Bedingungen	Abrufstaffelung und Überwachung
Stand-By Arrangements (SBA) (1952)	Kurz- bis mittelfristige Hilfe für Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen	Die Annahme von Politikmaßnahmen, die erwarten lassen, dass die Zahlungsbilanzprobleme des Mitglieds innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können	In der Regel vierteljährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und weiteren Auflagen
Extended Fund Facility (EFF) (1974) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder, um langfristigen Zahlungsbilanzproblemen zu begegnen	Verabschiedung eines maximal 4-jährigen Programms mit Strukturagenda und jährlicher ausführlicher Erklärung zu den Politikmaßnahmen für die kommenden 12 Monate	Viertel- oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen), abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen
Flexible Credit Line (FCL) (2009) (Flexible Kreditlinie)	Flexibles Instrument in den Kredittranchen zur Deckung des gesamten potenziellen oder tatsächlichen Zahlungsbilanzbedarfs.	Ex ante sehr starke makro-ökonomische Eckdaten, wirtschaftspolitisches Regelwerk und politischer Leistungsnachweis	Von vornherein gebilligter Zugang während des gesamten Vereinbarungszeitraums, vorbehaltlich der Halbjahrüberprüfung nach 1 Jahr für zweijährige FCL-Vereinbarungen
Precautionary and Liquidity Line (PLL) (2011) (Vorsorge- und Liquiditätslinie)	Instrument für Länder mit soliden volkswirtschaftlichen Eckdaten und Politiken	Starke politische Regelwerke, starke Auslandsposition und Marktzugang, einschließlich Solidität des Finanzsektors	Hoher Zugang zu Beginn der Laufzeit, vorbehaltlich halbjährlicher Prüfungen (bei 1- bis 2-jährigen PLL)
Rapid Financing Instrument (RFI) (2011)	Schnelle Finanzhilfe für alle Mitgliedsländer mit dringendem Zahlungsbilanzbedarf	Bestrebungen zur Lösung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten (kann vorangegangene Maßnahmen einschließen)	Direkte Käufe ohne voll ausgearbeitetes Programm oder Überprüfungen

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen

¹ Die Kreditvergabe des IWF aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (General Resources Account, GRA) wird hauptsächlich über das von den Mitgliedsländern gezeichnete Kapital finanziert. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine finanzielle Verpflichtung darstellt. Ein Mitglied zahlt einen Teil seiner Quote in vom IWF akzeptierten Fremdwährungen ein – oder in Sonderziehungsrechten (SZR) – und den Rest in seiner Landeswährung. Ein IWF-Darlehen wird ausbezahlt oder vom Darlehensnehmer gezogen, indem er mit seiner eigenen Währung vom IWF Aktiva in ausländischen Währungen kauft. Die Rückzahlung des Darlehens wird erreicht, indem der Kreditnehmer seine Inlandswährung vom IWF mit ausländischer Währung oder SZR zurückkauft.

² Der Gebührensatz für Mittel, die vom GRA ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt (derzeit 100 Basispunkte). Der

der Flexible Credit Line (FCL) und der Precautionary and Liquidity Line (PLL) verwirklicht wurde. Darüber hinaus wurde das Rapid Financing Instrument (RFI) eingerichtet, das in einer Vielzahl von Fällen eingesetzt werden kann und die Richtlinie des IWF zur Notfallhilfe ersetzt.

Zugangsgrenzen ¹	Gebühren ²	Laufzeiten (Jahre)	Ratenzahlungen
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; weitere 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 145 % der Quote; kumulativ: 435 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 51 Monate über 187,5 % der Quote liegt). ³	4½–10	Halbjährlich
Keine im Voraus festgelegte Grenze	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt). ³	3¼–5	Vierteljährlich
125 % der Quote für 6 Monate; 250 % der Quote verfügbar bei Billigung von 1- bis 2-jährigen Vereinbarungen; insgesamt 500 % der Quote nach 12 Monaten zufriedenstellenden Fortschritts	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; weitere 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt) ³	3¼–5	Vierteljährlich
Jährlich: 37,5 % der Quote; kumulativ: 75 % der Quote	Gebührensatz plus Aufschlag (200 Basispunkte bei Beträgen über 187,5 % der Quote; zusätzliche 100 Basispunkte, wenn der ausstehende Kredit mehr als 36 Monate über 187,5 % der Quote liegt). ³	3¼–5	Vierteljährlich

Gebührensatz wird in jedem Finanzquartal des IWF auf den täglichen Saldo aller ausstehenden GRA-Ziehungen erhoben. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln aus dem GRA, mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche, eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine im Voraus fällige Bereitstellungsgebühr (15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge von bis zu 115 Prozent der Quote, 30 Basispunkte für Beträge über 115 und bis zu 575 Prozent der Quote sowie 60 Basispunkte für Beträge über 575 Prozent der Quote) wird auf den Betrag angewandt, der in jeder (jährlichen) Periode unter einer SBA, FCL, PLL oder EFF gezogen werden kann; diese Gebühr wird proportional rückerstattet, wenn weitere Ziehungen unter der Vereinbarung erfolgen.

³ Aufschläge wurden im November 2000 eingeführt. Am 1. August 2009 trat ein neues Aufschlagsystem in Kraft, und am 17. Februar 2016 wurden Anpassungen vorgenommen, bei denen gewisse Konditionen bereits bestehender Vereinbarungen berücksichtigt wurden.

Tabelle 2.3

Konzessionäre Kreditvergabefazilitäten

Es gibt drei konzessionäre Kreditvergabefazilitäten für einkommensschwache Entwicklungsländer.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Ziel	Niedrigeinkommensländern dabei helfen, eine stabile und tragfähige makroökonomische Position zu erreichen und aufrechtzuerhalten, die intensive und dauerhafte Armutsbekämpfung und ebensolches Wachstum ermöglicht		
Zweck	Bekämpfung anhaltender Zahlungsbilanzprobleme	Erfüllung von kurzfristigem Zahlungsbilanzbedarf	Finanzierung mit niedriger Zugangsgrenze zur Erfüllung von dringendem Zahlungsbilanzbedarf
Berechtigung	Länder, die unter dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) Anspruch auf Unterstützung haben		
Qualifikation	Langfristiges Zahlungsbilanzproblem; tatsächlicher Finanzierungsbedarf über die Laufzeit der Vereinbarung, aber nicht unbedingt bei Billigung oder Auszahlung des Kredits	Potenzieller (vorsorgliche Inanspruchnahme) oder tatsächlicher Zahlungsbilanzbedarf über einen kurzen Zeithorizont zum Zeitpunkt der Billigung; für jede Auszahlung ist tatsächlicher Bedarf Voraussetzung	Dringender Zahlungsbilanzbedarf, wenn das Programm der oberen Kredittranche (Upper Credit Tranche, UTC) entweder nicht durchführbar oder nicht notwendig ist ¹
Poverty Reduction and Growth Strategy	IWF-gestütztes Programm sollte an den Zielen des Landes zu Armutsbekämpfung und Wachstum ausgerichtet sein und die Politiken unterstützen, die soziale und andere wichtige Ausgaben schützen		
	Vorlage des Strategiedokuments zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy, PRS)	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich; wenn der Finanzierungsbedarf weiter besteht, beantragt der SCF-Nutzer eine ECF mit den entsprechenden PRS-Dokumentationserfordernissen	Vorlage des PRS-Dokuments nicht erforderlich
Konditionalität	UCT; Flexibilität bei Anpassungsweg und zeitlicher Abfolge	UCT; zielt auf die Erfüllung eines kurzfristigen Zahlungsbilanzbedarfs ab	Keine UCT und keine Konditionalität auf Grundlage einer Prüfung ex post; Leistungsnachweis dient zur Qualifikation für wiederholte Inanspruchnahme (ausgenommen unter der Schock-Komponente)
Zugangsgrenzen	Jährliches Limit 75 % der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 225 % der Quote. Limits basieren auf dem insgesamt ausstehenden PRGT-Kredit. Außergewöhnlicher Zugang: Jährliches Limit 100 % der Quote; kumulatives Limit (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen) 300 % der Quote.		
	Normen und Teillimits ²		
	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro 3-jähriger ECF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten unter allen Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote und beträgt 56,25 % der Quote pro 3-jähriger Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote.	Die Zugangsnorm beträgt 90 % der Quote pro 18-monatiger SCF-Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären IWF-Krediten unter allen Fazilitäten von insgesamt weniger als 75 % der Quote und beträgt 56,25 % der Quote pro 18-monatiger Vereinbarung für Länder mit ausstehenden konzessionären Krediten zwischen 75 % und 150 % der Quote.	Für den Zugang zur RCF besteht keine Norm. Teillimits (bei fehlender UCT-Konditionalität): Der ausstehende RCF-Kredit darf insgesamt zu keiner Zeit mehr als 75 % der Quote betragen (nach Abzug vereinbarter Rückzahlungen). Die Zugangsgrenze unter der RCF über einen beliebigen 12-Monats-Zeitraum ist auf 18,75 % der Quote und unter dem Schockfenster auf 37,5 % der Quote festgelegt. Käufe, die nach dem 1. Juli 2015 unter der RFI getätigt wurden, werden in die geltenden jährlichen und kumulativen Limits einbezogen.

	Extended Credit Facility (ECF)	Standby Credit Facility (SCF)	Rapid Credit Facility (RCF)
Konditionen³	Zinssatz: null Rückzahlung: 5½–10 Jahre	Zinssatz: null Rückzahlung: 4–8 Jahre Bereitstellungsgebühr: 0,15 % auf bereitgestellte, aber nicht gezogene Beträge unter der vorsorglichen Vereinbarung	Zinssatz: null Rückzahlung: 5½–10 Jahre
Blending	Auf der Grundlage des Pro-Kopf-Einkommens und Marktzugangs; mit Schuldenanfälligkeit verknüpft		
Vorsorgliche Verwendung	Nein	Ja, mit jährlicher Zugangsgrenze bei Bewilligung von 56,25 % der Quote und einer durchschnittlichen jährlichen Zugangsgrenze bei Bewilligung von 37,5 % der Quote.	Nein
Laufzeit und wiederholte Inanspruchnahme	3–4 Jahre (auf 5 verlängerbar); kann wiederholt in Anspruch genommen werden	12–24 Monate; Einsatz begrenzt auf 2½ von beliebigen 5 Jahren ⁴	Direkte Auszahlungen; wiederholte Inanspruch- nahme möglich vorbehaltlich Zugangsgrenzen und anderer Auflagen
Gleichzeitige Inanspruchnahme	GRA (Extended Fund Facility/ Stand-By Arrangement)	GRA (Extended Fund Facility/ Stand-By Arrangement) und Policy Support Instrument)	GRA (Rapid Financing Instrument und Policy Support Instrument); Kredit unter der RFI wird in die RCF-Limits eingerechnet

Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.

¹ Die UTC-Standardkonditionalität ist der Satz an programmbezogenen Konditionen, die sicherstellen sollen, dass die Mittel des IWF die Programmziele unterstützen, und eine adäquate Sicherung der IWF-Ressourcen gewährleisten.

² Zugangsnormen gelten nicht, wenn der ausstehende konzessionäre Kredit mehr als 150 % der Quote beträgt. In diesen Fällen wird der Zugang von der Überlegung zur Zugangsgrenze von 225 % der Quote (oder außergewöhnliche Zugangsgrenze von 300 % der Quote), vom erwarteten künftigen Bedarf an Unterstützung durch den IWF und vom Rückzahlungsplan geleitet.

³ Der IWF prüft die Zinssätze für alle konzessionären Fazilitäten unter dem PRGT alle 2 Jahre; die letzte Prüfung fand im Oktober 2016 statt. Dabei billigte das Exekutivdirektorium einen modifizierten Zinssatzfestlegungsmechanismus, der die Zinsfreiheit für ECF und SCF bis Ende Dezember 2018 verlängert, solange der SZR-Zinssatz unter 0,75 liegt. Im Juli 2015 setzte das Exekutivdirektorium den Zinssatz auf die RCF dauerhaft auf null.

⁴ Als vorsorglich behandelte SCFs zählen nicht für die zeitlichen Beschränkungen.

KONZESSIONÄRE MITTELVERGABE

Im GJ 2017 sagte der Fonds im Rahmen seines Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandsfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum, PRGT) Darlehen in Höhe von insgesamt 1,1 Mrd. SZR (1,5 Mrd. US\$) für die einkommensschwachen Entwicklungsländer unter seinen Mitgliedern zu. Die ausstehenden konzessionären Kredite von 52 Mitgliedern beliefen sich Ende April 2017 auf insgesamt 6,3 Mrd. SZR. Tabelle 2.4 zeigt ausführliche Daten zu neuen Vereinbarungen und Zugangserhöhungen unter den konzessionären Fazilitäten des IWF. Aus Schaubild 2.4 gehen die ausstehenden Beträge von konzessionären Krediten im letzten Jahrzehnt hervor.

Das Rahmenwerk des IWF für die konzessionäre Mittelvergabe wird regelmäßig geprüft, um den sich wandelnden Anforderungen Rechnung zu tragen. 2015 wurde das Finanzsicherheitsnetz für einkommensschwache Entwicklungsländer als Teil der größeren Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft verbessert, um die Erreichung der von den Vereinten Nationen festgelegten nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) nach 2015 zu unterstützen. Die wichtigsten Änderungen umfassten das Folgende: 1) eine Erhöhung der PRGT-Zugangsnormen und -limits um 50 Prozent; 2) Umverteilung des Finanzierungsmix aus konzessionären und nicht konzessionären Mitteln, die an Länder bereitgestellt wurden, die vom IWF in Form einer Mischung aus PRGT- und GRA-Mitteln unterstützt werden, von einem Verhältnis von 1:1 auf 1:2; und 3) permanente Nullstellung des Zinssatzes für Mittel im Rahmen der Rapid Credit Facility zwecks Unterstützung von Ländern, die sich in einer prekären Situation befinden, von Konflikten zerrüttet oder von Naturkatastrophen beeinträchtigt sind.

Eine nachfolgende Direktoriumsbesprechung im November 2016 erläuterte verschiedene Aspekte der Anwendung dieses Finanzsicherheitsnetzes einschließlich des Zugangs der PRGT-berechtigten Mitglieder zum Konto für allgemeine Ressourcen (GRA), der Strategien für den kombinierten Einsatz verschiedener Finanzmittel und der Rolle von Normen bei der Zugangsbestimmung. Zusätzlich:

Tabelle 2.4

Im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust gebilligte und aufgestockte Vereinbarungen im GJ 2017

(Millions of SDRs)

Mitglied	Datum des Inkrafttretens	Gebilligter Betrag
NEUE 3-JÄHRIGE VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY		
Afghanistan	20.07.2016	32.4
Benin	07.04.2017	111.4
Zentralafrikanische Republik	20.07.2016	83.6
Côte d'Ivoire	12.12.2016	162.6
Madagaskar	27.07.2016	220.0
Moldawien	07.11.2016	43.1
Niger	23.01.2017	98.7
Zwischensumme		751.8
AUFSTOCKUNGEN VON VEREINBARUNGEN UNTER DER EXTENDED CREDIT FACILITY¹		
Burkina Faso	16.12.2016	4.5
Tschad	11.11.2016	33.6
Liberia	16.12.2016	27.7
Malawi	20.06.2016	34.7
Mali	08.06.2016	68.0
Zwischensumme		168.5
NEUE VEREINBARUNGEN UNTER DER STAND-BY CREDIT FACILITY		
Ruanda	08.08.2016	144.2
Zwischensumme		144.2
AUSZAHLUNGEN UNTER DER RAPID CREDIT FACILITY		
Haiti	18.11.2016	30.7
Zwischensumme		30.7
Total		1,095.1

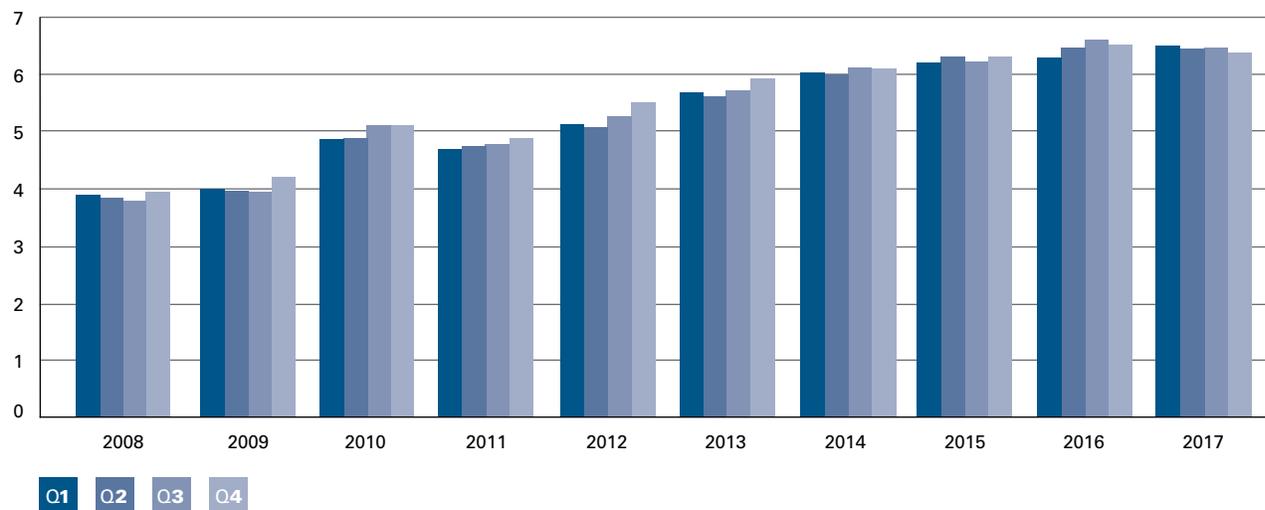
Quelle: Abteilung Finanzen des IWF.

¹ Nur der Aufstockungsbetrag ist angegeben

Schaubild 2.4

Ausstehende konzessionäre Mittelvergabe, GJ 2008–17

(Milliarden SZR)



Quelle: Abteilung Finanzen des IWF.

- Im Oktober 2016 wurde der Entschluss gefasst, alle Zinssätze für konzessionäre Kredite bis zum 31. Dezember 2018 auf null zu setzen. Zudem wurde der Zinssatzfestlegungsmechanismus modifiziert, sodass die Zinssätze bei null bleiben, solange die weltweiten Zinssätze niedrig sind.
- Im Mai 2017 untersuchte der IWF zudem Optionen zur besseren Unterstützung von Ländern einschließlich der PRGT-berechtigten Mitglieder, die mit plötzlichen Zahlungsbilanzproblemen aufgrund großer Naturkatastrophen konfrontiert sind.

Derzeit läuft eine neue Runde zur Beschaffung neuer Mittel im Umfang von bis zu 11 Mrd. SZR in Form neuer PRGT-Kreditmittel einbringen soll. Diese werden für die Förderung der fortlaufenden konzessionären Kreditvergabe durch den IWF für dessen ärmste und schwächste Mitgliedsstaaten benötigt. Von den angesprochenen 28 potenziellen neuen Kreditgebern – einschließlich 14 neuer Kreditgeber aus Schwellenmärkten und fortschrittlichen Wirtschaftsmärkten – hatten 16 ihre Absicht bestätigt, ab dem 30. April 2017 teilzunehmen. Innerhalb dieser Gruppe wurden zehn neue Kreditbeiträge finalisiert, die sich insgesamt auf 7,7 Mrd. SZR belaufen. Dies beinhaltet einen neuen Kreditgeber: Schweden.

Hinsichtlich des Schuldenerlasses wurde die Initiative für hoch verschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPC) größtenteils abgeschlossen. Insgesamt 36 der 39 berechtigten oder potenziell berechtigten Länder zogen einen positiven Nutzen aus der Befreiung im Rahmen der HIPC-Initiative, einschließlich des Tschad, dem jüngsten Begünstigten, der im April 2015 eine Schuldenerleichterung von 17 Millionen SZR erhielt. Allerdings kann der IWF die Schuldenerleichterung für infrage kommende Länder auch durch den im Februar 2015 eingerichteten Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung (Catastrophe Containment and Relief Trust, CCRT) gewähren. Der CCRT bietet außergewöhnliche Unterstützung für Länder, die mit massiven Naturkatastrophen, darunter lebensbedrohliche, rasch ausbreitende Epidemien mit dem Potenzial, auch andere Länder zu erfassen, und anderen Katastrophen wie verheerenden Erdbeben konfrontiert sind. Bis heute genießen drei Länder (Guinea, Liberia, Sierra Leone) solche Vorteile im Rahmen des CCRT. Zusätzlich hierzu erhielt Haiti 2010 einen Schuldenstanderlass von 178 Mio. SZR unter dem früheren Post-Catastrophe Debt Relief Trust.

PROGRAMMGESTALTUNG

Stärkung des Rahmenwerks für die Überwachung nach Programmabschluss

Seit der globalen Finanzkrise hat sich die Kreditvergabe des IWF massiv erhöht. Für Mitgliedsstaaten, die sich nicht länger in einem Programmverhältnis mit dem IWF befinden, diesem jedoch noch erhebliche Kreditsummen schulden, bietet die Überwachung nach Programmabschluss (Post-Program Monitoring, PPM) ein Rahmenwerk, in dem der IWF zeitnah aktiv werden kann. Ein wichtiges Element der IWF-Sicherheitsarchitektur besteht darin, die Rückzahlungsfähigkeit der Mitglieder im Auge zu behalten und ein Frühwarnsystem für politische Maßnahmen bereit zu stellen, die eine Gefahr für die IWF-Mittel darstellen könnten.

Im Juli 2016 besprach das Exekutivdirektorium einen Stabsbericht mit dem Titel „Stärkung des Rahmenwerks für die Überwachung nach Programmabschluss“. Der Bericht behandelte die Notwendigkeit einer Stärkung der Gestaltung und Implementierung der aktuellen Politik und hob gleichzeitig Alternativen zwecks Anpassung der Inhalte von PPM-Berichten hervor, die der Verbesserung der Risikobewertung dienen. Zudem wurde eine Anpassung der PPM-Schwellenwerte erörtert, um den Risiken für die Bilanz des Fonds und des PRGT angesichts der erheblichen Ausweitung von Fondskrediten in den letzten Jahren Rechnung zu tragen.

Der IWF-Stab schlug den Wechsel zu einem stärker risikobasierten und konzentrierten PPM-Rahmenwerk vor, das eine detaillierte Analyse hinsichtlich der Risiken für Rückzahlungskapazitäten ermöglichen würde. Das Papier präsentierte einen zusammengesetzten PPM-Schwellenwert auf Grundlage zweier

Indikatoren: einem, der die Gesamtgröße des ausstehenden Kreditvolumens misst, und einem zweiten, quotenbasierten Indikator, der das Ausmaß des Länderrisikos prüft.

Die Exekutivdirektoren entschieden sich für einen Wechsel zu einem stärker risikobasierten und konzentrierten PPM-Rahmenwerk und begrüßten die innovativen Techniken und Indikatoren bei der Analyse sowie der Risikoüberwachung. Die Direktoren erkannten den Wert der Festlegung von Schwellenwerten, die der Sicherstellung einer adäquaten Überwachung großer Risiken für die Mittel des IWF dienen. Zudem fanden sie es angemessen, diese Grenzwerte im Einklang mit den Verlustkapazitäten des Fonds zu kalibrieren.

Die Direktoren kamen zu dem Entschluss, dass ein quotenbasierter Schwellenwert als Schutz beibehalten werden sollte. Die Erhöhung des Schwellenwerts auf 200 Prozent der Quote wurde befürwortet. Diese Erhöhung reicht also bis kurz vor den Wert, ab dem die stufenbasierten Risikogebühren im Rahmen des Kontos für allgemeine Ressourcen zur Anwendung kommen.

VEREINBARUNGEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Vereinbarungen zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik oder Policy Support Instruments (PSI) bieten Niedrigeinkommensländern, die keine Finanzhilfe des IWF wünschen oder benötigen, ein flexibles Instrument, um auch ohne eine Kreditvereinbarung Beratung und Unterstützung durch den Fonds zu bekommen. Diese nicht finanziellen Instrumente sind eine wertvolle Ergänzung der Kreditfazilitäten des IWF im Rahmen des PRGT. PSI helfen Ländern bei der Ausgestaltung wirkungsvoller Wirtschaftsprogramme, die Gebern, multilateralen Entwicklungsbanken und den Märkten deutliche Hinweise vom IWF zur Stärke der Politiken eines Mitglieds geben.

Im Oktober 2016 setzte der IWF den Zinssatz für Kredite an einkommensschwache Entwicklungsländer für die Zeit bis zum 18. Dezember 2018 auf null.

PSI sollen einen engen Dialog über Richtlinienregelungen zwischen dem IWF und einem Mitgliedsstaat fördern, was im Normalfall anhand halbjährlicher Prüfungen der wirtschaftlichen und finanziellen Politik des Mitgliedsstaates seitens des IWF erfolgt. Sie sind für PRGT-berechtigte Länder verfügbar, die über eine Strategie zur Bekämpfung von Armut und ein Richtlinienrahmenwerk verfügen, das auf die Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität und Schuldwirklichkeit ausgerichtet ist. Zudem müssen sie strukturelle Reformen in wichtigen Bereichen verstärken, in denen Wachstum und Armutsbekämpfung behindert werden. Solche Reformen müssen eine starke und nachhaltige Armutsbekämpfung und das Wachstum der Länder unterstützen, deren Einrichtungen geeignet sind, durchgängig gute Leistungen zu gewährleisten.

Generell zielen die Richtlinien der PSI auf die Konsolidierung der makroökonomischen Stabilität ab und dienen der Förderung struktureller Maßnahmen für die Wachstumssteigerung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese umfassen Maßnahmen zur Verbesserung der Verwaltung des öffentlichen Sektors, Stärkung des Finanzsektors oder zum Aufbau sozialer Auffangnetze. Programmüberprüfungen durch das Exekutivdirektorium des IWF spielen eine maßgebliche Rolle bei der Bewertung des Programms und erlauben dessen Anpassung an wirtschaftliche Entwicklungen.

Im Juni 2016 genehmigte das Direktorium eine einjährige Verlängerung der PSI für Uganda. Bis heute hat das Exekutivdirektorium 18 PSI für sieben Mitgliedsstaaten genehmigt: Cabo Verde, Mosambik, Nigeria, Ruanda, Senegal, Tansania und Uganda.

Stabsüberwachtes Programm für Somalia

Somalia erholt sich nach und nach von fast 25 Jahren Bürgerkrieg. Schwache institutionelle Einrichtungen, komplexe Clanpolitiken und schwierige Sicherheitsumstände haben den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes deutlich verkompliziert. Infolgedessen sind die sozialen und wirtschaftlichen Umstände des Landes noch immer extrem schlecht. Mit der fortlaufenden Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und wichtigen Gebern hat die somalische Regierung wichtige Reformen eingeleitet, die den Grundstein für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes legen.

Somalia hat eine hohe Auslandsverschuldung und ist in praktisch allen Bereichen im Zahlungsrückstand. Dies schränkt den Zugang zu ausländischen Finanzmitteln ein und verhindert

zudem den erneuten Zugang zu weiteren IWF-Mitteln, weil das Land fortlaufend im Zahlungsrückstand gegenüber dem IWF ist. Das Land muss einen starken Nachweis für makroökonomische Leistungen, die Umsetzung von Reformen und eine umfassende Strategie für die Aufhebung der Zahlungsrückstände sowie eine Schuldenerleichterung mithilfe der Entwicklungspartner von Somalia erbringen, um den massiven Schuldenüberhang anzugehen.

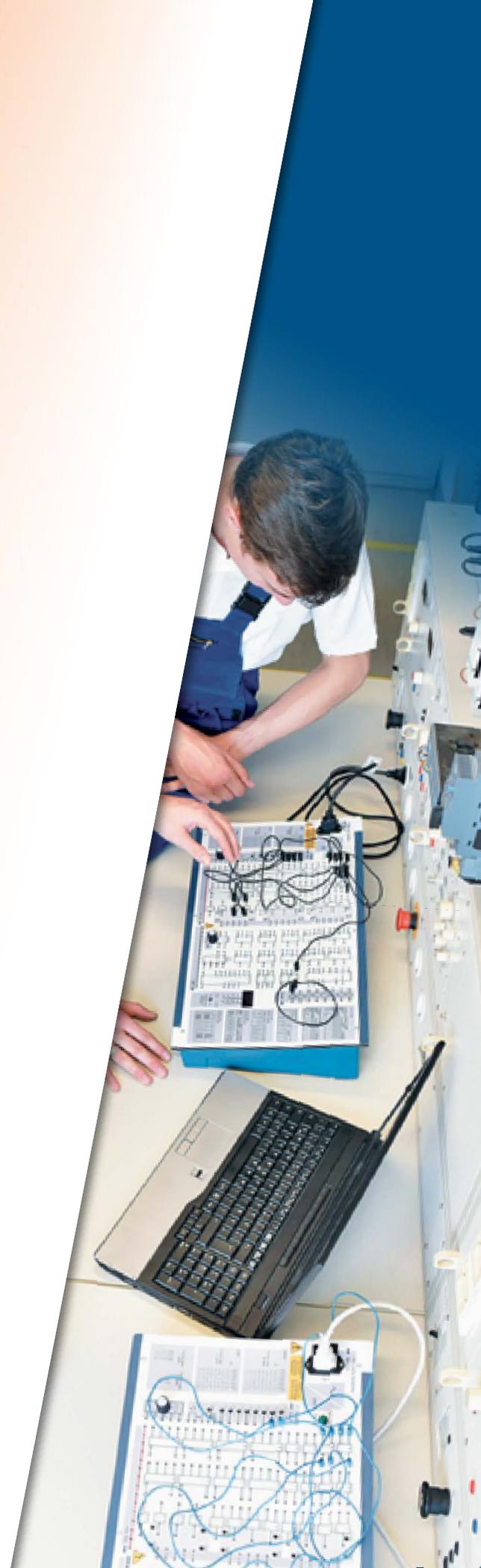
Der IWF arbeitet seit der Wiederaufnahme der Beziehungen 2013 eng mit Somalia zusammen. Das Exekutivdirektorium schloss seit mehr als 26 Jahren eine erste wirtschaftliche Gesundheitsprüfung (Artikel-IV-Konsultation) für Somalia im Juli 2015 ab. Eine weitere folgte im Februar 2017. Zusätzlich hierzu leistete der IWF seit 2013 76 Einsätze mit technischer Hilfe und Schulungen.

Um die wirtschaftlichen Aufbaubemühungen Somalias zu unterstützen und einen Nachweis für die Umsetzung von Richtlinien und Reformen zu erbringen, haben die Regierungsstellen ein vom IWF-Stab überwachtes Programm (Staff-monitored Program, SMP) angefordert. Ein SMP ist eine informelle Vereinbarung zwischen der Landesregierung und dem IWF-Stab zwecks Überwachung der Umsetzung des Wirtschaftsprogramms der Regierung. SMPs sind mit keiner finanziellen Hilfe oder Unterstützung des Exekutivdirektoriums des IWF verbunden. Im Mai 2016 genehmigte die Geschäftsführende Direktorin das SMP für Somalia, das den Zeitraum Mai 2016 bis April 2017 abdeckte. Die Leistungen im Rahmen des SMP waren generell zufriedenstellend. Da das SMP im April 2017 auslief, haben die Regierungsbehörden eine 12-monatige Folgevereinbarung angefragt, die vom IWF-Stab und den Behörden im Mai 2017 beschlossen wurde.

Das Programm dient der Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität, dem Aufbau von Kapazitäten zwecks Stärkung der makroökonomischen Verwaltung, dem Wiederaufbau von Regierungseinrichtungen und der Verbesserung der Regierungsführung und der wirtschaftlichen Statistiken. Es umfasst die Festlegung und Reform der Fiskal-, Geld- und Finanzpolitik. Aufgrund der schwachen administrativen Einrichtungen Somalias ist die technische Unterstützung ein wichtiger Teil des SMP, was verstärkte Schulungen in dieser Hinsicht zu einem nächsten logischen Schritt macht. Der erfolgreiche Abschluss dieses Programms und der darauffolgenden SMPs könnten den Weg ebnen für zukünftige finanzielle Hilfen des IWF.

Kapazitätsentwicklung

Wenn Regierungen gute Arbeit leisten, geht es den Menschen gut. Die Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen des IWF ermöglichen es den Regierungen, die Qualität von Dienstleistungen wie Schulen, Straßen und Krankenhäusern zu verbessern. Sie fördern ein stabiles wirtschaftliches Umfeld, stärken das Wachstum und tragen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.



Der IWF versteht sich als internationaler Wissensvermittler zu wirtschafts- und finanzbezogenen Fragestellungen. In den vergangenen 50 Jahren hat der Fonds Spitzenkompetenz erworben und einen kollektiven Erfahrungspool aufgebaut und gelernt, welche Strategien funktionieren, warum sie das Wachstum ankurbeln und wie sie am besten umzusetzen sind. Der IWF teilt dieses Wissen über praxisbezogene Expertenberatung, Workshops und strategierorientierte Schulungen mit Regierungseinrichtungen wie beispielsweise Finanzministerien und Zentralbanken. Die fachliche Beratung wird den Ländern direkt vor Ort zur Verfügung gestellt oder am IWF-Hauptsitz, in den regionalen Zentren für Kapazitätsentwicklung und in Präsenzveranstaltungen oder Online-Schulungen angeboten.

Die Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF ist eine wichtige Ergänzung zu seinen Überwachungs- und Kreditvergabeaufgaben. Die Zusammenarbeit mit Regierungen an der Verbesserung ihrer Strategien und Prozesse trägt dazu bei, die Nützlichkeit der Strategieberatung des IWF zu erhöhen, die Regierungseinrichtungen über Innovationen auf dem neuesten Stand zu halten und krisenbezogene Herausforderungen zu bewältigen. Die Überwachungs- und Kreditvergabetätigkeiten des IWF können gleichzeitig zur Ermittlung von Bereichen beitragen, in denen Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen das größte Wirkungspotenzial für ein bestimmtes Land haben.

Die Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen des IWF haben die folgenden Schwerpunkte:

- **Fiskalpolitik:** Die Beratung von Regierungen in Bezug auf die Erzielung von Einnahmen und die effektive Verwaltung von Ausgaben, einschließlich Steuer- und Zollpolitik, Budgeterstellung, Verwaltung öffentlicher Finanzen, In- und Auslandsver-
- schulung sowie sozialer Auffangnetze. Dies ermöglicht es den Regierungen, *die Qualität von öffentlichen Dienstleistungen wie Schulen, Straßen und Krankenhäusern zu verbessern.*
- **Geld- und Finanzsektorpolitik:** Zusammenarbeit mit Zentralbanken zwecks Modernisierung ihrer geld- und wechsellkurspolitischen Rahmenwerke und mit Aufsichts- und Regulierungsbehörden zwecks Verbesserung der Aufsicht über Finanzinstitutionen. Dadurch wird *die Finanzstabilität des jeweiligen Landes verbessert, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts angekurbelt und der Handel gefördert.*
- **Rechtssysteme:** Unterstützung der Länder bei der Angleichung ihrer Rechts- und Regierungssysteme an internationale Standards, *damit sie fundierte Fiskal- und Finanzreformen entwickeln, Korruption bekämpfen* und gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorgehen können.
- **Statistik:** Unterstützung der Länder bei der Zusammenstellung, Verwaltung und Meldung ihrer makroökonomischen und Finanzstatistiken. Dies ermöglicht ein *genaueres Verständnis ihrer Wirtschaft* und hilft ihnen bei der Formulierung soliderer Strategien.

Der Fonds bereitet sich derzeit auf die fünfjährige Überprüfung seiner Strategie für die Kapazitätsentwicklung im Jahr 2018 vor. Im Februar 2017 hat das Direktorium Feedback zum Konzeptpapier für die Überprüfung bereitgestellt (*siehe Kasten 2.1*).

Kasten 2.1 Fünfjährige Überprüfung der IWF-Strategie für die Kapazitätsentwicklung im Jahr 2018

Die Strategie für die Kapazitätsentwicklung wurde vom IWF-Exekutivdirektorium zuletzt im Juni 2013 erörtert. Aus der Diskussion ging die erste integrierte Strategie für die Kapazitätsentwicklung hervor und sie mündete in einer Reihe von Empfehlungen zur Aktualisierung der Governancestruktur im Bereich der Kapazitätsentwicklung, zur Verbesserung der Priorisierung, zur Konkretisierung des Finanzierungsmodells und zur Stärkung der Überwachungs- und Evaluationssysteme. Im Anschluss verabschiedete das Direktorium eine Erklärung zu den Geschäftsgrundsätzen und Praktiken des IWF auf dem Gebiet der Kapazitätsentwicklung (2014).

Seit 2013 wurden bereits erhebliche Fortschritte erzielt, insbesondere im Hinblick auf die Stärkung der Governance im Bereich der Kapazitätsentwicklung und bei der Priorisierung. Entsprechend bietet die 2018 anstehende fünfjährige Prüfung der Kapazitätsentwicklung des IWF einen idealen Zeitpunkt, um bisherige Fortschritte systematisch zu prüfen, bestehende Herausforderungen zu definieren und Reformprioritäten für die kommende Periode aufzuzeigen. Zu diesem Zweck, und wie bereits im dem vom Direktorium erstellten und in einer informellen Sitzung am 24. Februar 2017 besprochenen Konzeptpapier dargelegt, wird die Prüfung sowohl vergangenheitsbezogene als auch zukunftsorientierte Komponenten umfassen:

- Die vergangenheitsbezogene Komponente befasst sich mit der Priorisierung, Finanzierung, Überwachung und Evaluierung sowie der Bereitstellung von Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen gemäß der Erklärung aus dem Jahr 2014.
- Die zukunftsorientierte Komponente ermöglicht eine Darstellung von Reformen, die zur Stärkung der Kapazitätsentwicklung notwendig sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bemühungen, die Kapazitätsentwicklung wirksamer und effizienter zu gestalten und dabei auf den vorhandenen Stärken aufzubauen, unter anderem durch 1) eine weitere Stärkung des Rahmenwerks, um zu gewährleisten, dass es auf die wichtigsten Bedürfnisse der Länder gemäß Definition der nationalen Behörden und des IWF ausgerichtet ist, 2) die Suche nach innovativen Umsetzungsmethoden, 3) die Weitergabe von IWF-Wissen auf diesem Gebiet an die Mitglieder, 4) die weitere Integration der Kapazitätsentwicklung in die Überwachung und Strategieberatung des IWF und 5) die Einbindung einer ergebnisorientierten Vorgehensweise.
- Das Direktorium wird die Prüfung der Strategie für die Kapazitätsentwicklung voraussichtlich im Mai 2018 besprechen. Die Schlussfolgerungen aus der Prüfung von 2018 werden in einer überarbeiteten Version der IWF-Politik und IWF-Praktiken zur Kapazitätsentwicklung zum Ausdruck kommen.

Der IWF verfügt über gebündelte Spitzenkompetenz und hat einen kollektiven Erfahrungspool aufgebaut und gelernt, welche Strategien funktionieren, warum sie das Wachstum ankurbeln und wie sie am besten umzusetzen sind.



HÖHEPUNKTE: KAPAZITÄTSAUFBAU IM BEREICH FISKALPOLITIK

Mobilisierung von Einnahmen

Die Stärkung des nationalen Wirtschaftswachstums ist eines der Kernziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs). Solide Steuersysteme sind eine wesentliche Grundlage zur Steigerung von Einnahmen und zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele. Der IWF unterstützt seine Mitgliedsländer schon seit Langem bei der Einrichtung und Modernisierung ihrer Steuerbehörden und Steuerpolitik. Im vergangenen Jahrzehnt hat der Fonds weitreichende technische Hilfe auf dem Gebiet der Steuerpolitik und der Steuerverwaltung geleistet. Viele einkommensschwache Entwicklungsländer haben bei der Mobilisierung inländischer Einnahmen beträchtliche Fortschritte erzielt: So ist das Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in einkommensschwachen Entwicklungsländern im Durchschnitt um rund 5 Prozentpunkte gestiegen. Diese Erfolge sind jedoch nicht in allen Ländern zu verzeichnen und es stellen sich auch weiterhin große Herausforderungen.

Gemäß seinen Verpflichtungen aus der Addis Abeba Action Agenda von 2015 hat der IWF seine Arbeit auf diesem Gebiet erheblich ausgeweitet und externe Finanzierungsvereinbarungen mit Partnern weiter ausgebaut. Im August 2016 rief der IWF den Revenue Mobilization Trust Fund (RMTF) als Nachfolger des erfolgreichen Tax Policy and Administration Topical Trust Fund ins Leben und verdoppelte somit die verfügbaren Mittel für die Unterstützung einkommensschwacher Länder bei der Entwicklung ihrer Steuerkapazitäten. Der RMTF hilft bei der Einbindung neuer Instrumente zur Bewertung öffentlicher Haushalte (*siehe Kasten 2.2*), berät zu globalen Schwerpunktthemen, wie beispielsweise internationale Besteuerung und Kohlenstoffsteuer, und unterstützt die Entwicklung von Schulungsaktivitäten, die zur Erzielung nachhaltiger Fortschritte erforderlich sind. Im Laufe des Jahres wurde zudem eine weitere fünfjährige Phase des Managing Natural Resource Wealth Trust Fund eingeleitet. Dieser Fonds unterstützt die Kapazitätsentwicklung in Ländern mit Bergbau- und Erdölaktivitäten und hilft ihnen dabei, diese Ressourcen bestmöglich zu nutzen. Dies betrifft beispielsweise die Gestaltung des Steuersystems, die Erhebung von Steuern sowie makroökonomische Steuerungsmechanismen.

Gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten arbeitet der IWF daran, die Einnahmen der Länder zu steigern, indem diese Priorität noch stärker in seine Überwachungstätigkeit integriert wird. Der IWF hat in rund zwei Dutzend Ländern, in denen die Mobilisierung von Einnahmen als makrokritisch gilt, zusätzliche Politikberatung im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen für dieses Themengebiet bereitgestellt. Zudem hat der IWF seine Überwachungsaktivitäten im Bereich der internationalen Steuerpolitik ausgeweitet und führt Analysen und Beratung durch, um unterschiedliche Mitgliedergruppen im Umgang mit Steuerumgehungsstrategien (d. h. Aushöhlung der Besteuerungsgrundlage und Gewinnumverteilung) zu unterstützen.

In Zusammenarbeit mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Weltbank und den Vereinten Nationen bereitet der IWF außerdem eine neue Initiative für mittelfristige Einnahmestrategien vor. Im Rahmen der Initiative sollen Länder dabei unterstützt werden, umfassende Reformmaßnahmen in den Bereichen Steuerpolitik, Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung zu entwickeln und umzusetzen.

Auf dem Gebiet der Mobilisierung von Einnahmen hat der IWF unter anderem die folgenden Anstrengungen unternommen:

- ANach einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg stellte sich **Liberia** 2011 der Herausforderung, sein Steuerrecht zu reformieren und eine moderne Steuerverwaltung aufzubauen, um die Finanzierung stark benötigter öffentlicher Dienste zu ermöglichen. In Abstimmung mit dem IWF erarbeiteten die liberianischen Regierungsbehörden ein umfassendes Reformprogramm, bei dem die Verbesserung des steuerlichen Regelwerks, die Entwicklung einer robusten Organisationsstruktur, die Stärkung von Kernfunktionen wie z. B. Prüfungsleistungen und Dienstleistungen für Steuerzahler sowie die Kapazitätsentwicklung mithilfe von Schulungen und Coachings im Mittelpunkt standen.

Diese Bemühungen haben die Grundlage für die erfolgreiche Gründung der Liberia Revenue Authority und die Einführung von Systemen geschaffen, die eine effektivere und risikoorientierte Verwaltung der Steuerzahler erlauben. 2015 erreichte Liberia eine Steuerquote im Verhältnis zum BIP von 19¼ Prozent – ein hervorragendes Ergebnis im Vergleich zu ähnlich gestellten Ländern. Die Finanzbehörde spielt nun eine wichtige Rolle bei den Bemühungen der Regierung, Liberia bis zum Jahr 2030 zu einem Land mit mittlerem Einkommen zu machen.

In den vergangenen zehn Jahren hat der IWF seine Leistungen zur Unterstützung von Ländern bei der Mobilisierung inländischer Einnahmen erheblich ausgebaut.



■ In der **Mongolei** arbeitet der IWF bereits seit 2010 mit den Regierungsbehörden an der Stärkung der Dienststelle für große Steuerzahler, die insgesamt rund 400 Unternehmen betreut, die für ca. 50 bis 60 Prozent der gesamten Inlandseinnahmen verantwortlich sind. Der IWF führte eine diagnostische Bewertung durch, um Verbesserungsbereiche in der Struktur, der personellen Ausstattung, dem Rechtssystem, den wichtigsten Steuerungsverwaltungsprozessen und Computersystemen der Dienststelle zu prüfen.

Mithilfe des IWF realisierte die mongolische Regierung die Umstrukturierung der Dienststelle für Steuerzahler und teilte diese in Einheiten gemäß den einzelnen Steuerverwaltungsfunktionen auf (unter Verdreifachung des Personalbestands und der Schaffung einer speziellen Audit-Einheit für den Bergbau). Zudem unterstützte der IWF die praktische Anwendung von Steuergesetzen in beratender Funktion, wirkte gestaltend an branchenspezifischen Revisionsmethoden mit und unterstützte die Anschaffung eines neuen Computersystems. Der Erfolg dieser Reformen spiegelte sich in einer hohen Quote an fristgerecht eingereichten elektronischen Steuererklärungen und einem starken Rückgang von Steuerrückständen wider.

Verwaltung öffentlicher Finanzen

Der IWF arbeitet mit seinen Mitgliedsstaaten an der Stärkung der öffentlichen Finanz- und öffentlichen Investmentverwaltung, um zu gewährleisten, dass die Länder ihre steuerlichen Ressourcen effektiv und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einsetzen. In **Senegal** unterstützte der IWF beispielsweise die laufende Modernisierung des Ministeriums für Wirtschaft, Finanzen und Planung und half bei der Umsetzung der Reformagenda für die öffentliche Finanzwirtschaft, um den Übergang möglichst reibungslos zu gestalten und für tragfähige Veränderungen innerhalb der Generaldirektion für Haushalt zu sorgen.

In **Nigeria** half der IWF der Regierung bei der Implementierung eines einheitlichen Kontoführungssystem (Single Treasury Account), das nun fast alle Ministerien, Behörden und Regierungsstellen abdeckt und rund 98 Prozent der Haushaltsausgaben erfasst. Dabei wurden beträchtliche Beträge (in Höhe von rund 2 Prozent des BIP im Zeitraum von August 2015 bis Januar 2016) ungenutzten Kapitals aus den Bankkonten der Ministerien, Behörden und Regierungsstellen auf das einheitliche Konto überführt. Nigeria verfügt nun über eines der umfassendsten einheitlichen Kontoführungssysteme der Welt.

Die Einführung des Public Investment Management Assessment-Programms (PIMA) hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der IWF den Ländern bei der Ermittlung von Stärken und Schwächen innerhalb ihrer öffentlichen Investmentverwaltung helfen konnte. Evaluationen im Rahmen des PIMA werden nun dazu genutzt, Reformprioritäten zu bestimmen, Folgemaßnahmen im Bereich der Kapazitätsentwicklung durch den IWF und andere Anbieter zu entwickeln und Geberbeiträge zu erwirken. In **Togo** beispielsweise hat die Weltbank auf Grundlage dieser Prüfergebnisse und Empfehlungen ein von der Europäischen Union gefördertes Projekt in Höhe von 15 Mio. US\$ abgeschlossen, das dazu dient, die Beurteilung, die Auswahl und den Einkauf im Zusammenhang von Projekten zu stärken.

Bei der Unterstützung und Initiierung von Reformen der öffentlichen Finanzverwaltung würdigt der IWF in zunehmendem Maße auch die Wichtigkeit des wechselseitigen Lernens. So unterstützte der IWF beispielsweise die Latin American Treasuries (FOTEGAL) als ein nützliches Forum für den Erfahrungsaustausch innerhalb der Region und als Plattform für die Bereitstellung von Schulungen und Workshops. Diese Bemühungen halfen den Ländern der Region dabei, die Struktur und den Betrieb einheitlicher Kontoführungssysteme erheblich zu verbessern, ein aktiveres Cash-Management zu implementieren, Geschäftsfortführungspläne zu entwickeln und die Nutzung von elektronischen Zahlungsmitteln auszuweiten.

Unterstützung fragiler Staaten

Ein wichtiger Schwerpunkt der Kapazitätsentwicklung im Bereich Fiskalpolitik durch den IWF ist nach wie vor die Unterstützung von Mitgliedsstaaten, deren institutionelle und politische Gestaltungsmacht durch Konflikte oder andere negative Schocks beeinträchtigt wurde. In **Haiti** half der IWF z. B. bei der Realisierung substanzieller Verbesserungen im Bereich der institutionellen Kapazitäten, einschließlich der Gründung einer makroökonomischen Abteilung im Finanzministerium und der Einführung einer Buchhaltungsfunktion in der gesamten Regierungsstruktur. 2017 wurde das einheitliche Kontoführungssystem, das für die Haushaltspolitik der Zentralregierung zuständig ist, weiter operationalisiert.

Seit dem Friedensabkommen von 2015 konzentriert sich die Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF in **Mali** auf wesentliche

Kasten 2.2 Instrumentarium zur Bewertung öffentlicher Haushalte

Der IWF setzt sein Instrumentarium zur Bewertung öffentlicher Haushalte wirksam ein, um die analytische Grundlage zur Gestaltung effizienter und ergebnisorientierter Kapazitätsentwicklungsprogramme in den Mitgliedsstaaten zu stärken.

- Das **Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (TADAT)** wurde während des GJ 2017 in 19 Ländern zur Ermittlung von Reformprioritäten für die Steuerverwaltung eingesetzt.
- **Die Revenue Administration Fiscal Information Tool-Initiative (RA-FIT)** hat mit der Durchführung der International Survey on Revenue Administration (ISORA) im Mai 2016 an Dynamik gewonnen. Diese bietet eine praktische Plattform für die Erfassung von Leistungsindikatoren für Zoll- und Steuerverwaltungen; mehr als 140 Steuerverwaltungsbehörden haben an der Umfrage teilgenommen.
- Das **Revenue Administration Gap Analysis Program (RA-GAP)** bietet eine analytische Grundlage für die Schätzung der Diskrepanz zwischen aktuellen und potenziellen Einnahmen. Der Umfang dieses Programms wurde im vergangenen Jahr erweitert, sodass nun auch eine Schätzung der Diskrepanz im Bereich der Körperschaftsteuer möglich ist.
- Das **Tool Fiscal Assessment of Resource Industries (FARI)** ist ein modellbasiertes Rahmenwerk, das ursprünglich für die Unterstützung von Reformen der Fiskalsysteme für Erdöl und Bergbau konzipiert wurde. In jüngster Zeit haben einige Steuerverwaltungen mit der Anwendung dieses Tools auch in den Bereichen Tax-Compliance und Risikobewertung begonnen.
- Mithilfe von **Fiscal Transparency Evaluations (FTEs)** wird beurteilt, inwiefern ein Land den Fiscal Transparency Code des IWF einhält. Im GJ 2017 führte der IWF fünf FTEs durch und schaffte damit einen wichtigen Bezugsrahmen für Reformen in den teilnehmenden Ländern. In **Brasilien** beeinflussten die Empfehlungen der **FTEs** vom Dezember 2016 beispielsweise die Beratungen bezüglich der Gründung einer unabhängigen öffentlichen Steuerstelle unter dem Dach des Senats, zu deren weitreichenden Aufgaben die Prüfung der haushaltspolitischen Regierungsziele und deren steuerlichen Auswirkungen zählt. In ähnlicher Weise wurde die im November 2016 veröffentlichte **FTE im Vereinigten Königreich** vom Schatzkanzler seiner Herbstansprache 2016 als Ursache genannt, zu einem einzigen Haushaltsplan im Herbst zu wechseln, der die bisherige duale Budgetplanung im Frühling und Herbst ersetzen soll. Der Schatzkanzler verwies darauf, dass der Wechsel zu einem einzigen Haushaltsplan, der deutlich vor Beginn des Haushaltsjahres erstellt wird, eine genauere parlamentarische Prüfung der Haushaltsmaßnahmen erlauben würde.
- Der **Fiscal Stress Test** wurde im Rahmen des Direktoriumspapiers mit dem Titel „Analyzing and Managing Fiscal Risks—Best Practices“ erarbeitet und veröffentlicht; dabei wurden Stresstests im Bereich der öffentlichen Haushalte auf Island und Peru angewendet. Einige fortgeschrittene Länder nutzen den Stresstest bereits intern zur Bewertung ihrer Risiken.
- Das **Public Investment Management Assessment (PIMA)** ist ein umfassendes Diagnosetool, das Ländern dabei hilft, ihre Managementpraktiken bei öffentlichen Investitionen aus makroökonomischer Perspektive zu evaluieren. Das Tool wurde in der zweiten Jahreshälfte 2015 eingeführt und ist bereits in 21 Ländern mit verschiedenen Einkommens- und Entwicklungsstufen im Einsatz. Während des GJ 2017 kam das PIMA in sechs Schwellenländern und sechs einkommensschwachen Ländern zum Einsatz.
- Das vom IWF und der Weltbank entwickelte **Public-Private-Partnerships Fiscal Risk Assessment Model (PFRAM)** ist ein Analysetool zur Beurteilung der potenziellen fiskalischen Kosten und Risiken, die aufgrund öffentlich-privater Partnerschaftsprojekte entstehen. Das PFRAM wurde im April 2016 eingeführt und im GJ 2017 im Rahmen von technischen Hilfsprojekten des IWF und der Weltbank in Schwellenländern und einkommensschwachen Entwicklungsländern verwendet..

Ausgabenprozesse, Cash-Management und fiskalische Dezentralisierung. Bei Letzterer handelt es sich um eine wesentliche Vereinbarung aus dem Friedensabkommen. Mithilfe des IWF haben die malischen Behörden von 2016 bis 2017 deutliche Fortschritte beim Ausbau und der Implementierung des EDV-gestützten fiskalischen Rechnungssystems erzielt, das die gesamten Ressourcen der Regierung in einem einheitlichen Kontoführungssystem vereint und zugleich wichtige Einrichtungen für die Verwaltung öffentlicher Investitionen modernisiert.

**HÖHEPUNKTE: KAPAZITÄTSAUFBAU
IM BEREICH GELD- UND FINANZ-
SEKTORPOLITIK**

In Zeiten erheblicher wirtschaftlicher Risiken und Schwachstellen weltweit sollen die Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen des IWF in diesem Bereich dazu beitragen, die akuten Bedürfnisse der Mitgliedsländer zu erfüllen. Dazu zählen die Stärkung der Währungs- und Finanzstabilität sowie Krisenprävention und Krisenmanagement. Dies beinhaltet die Unterstützung von Mitgliedern in den Kernbereichen der Finanzregulierung und -aufsicht, der Geldpolitik und bei Zentralbankgeschäften, dem Schuldenmanagement sowie bei weiteren Aspekten der Finanzstabilität.

Der IWF reagiert auf die sich wandelnden Anforderungen seiner Mitglieder, indem er sich unter anderem mit den Auswirkungen niedriger Rohstoffpreise auf die Wechselkurspolitik befasst, bei der Entwicklung von Schuldenmanagementkapazitäten in ölexportierenden Ländern hilft, seine Mitglieder bei der Umstellung von einer Compliance-basierten auf eine risikobasierte Finanzaufsicht und bei der Implementierung von Basel II/III unterstützt und makropru-

denzielle Maßnahmen an die Anforderungen von Schwellenländern anpasst.

Über seinen Natural Resources Trust Fund hat der IWF seine Kapazitätsentwicklung auf **Länder ausgeweitet, die vom Export natürlicher Rohstoffe abhängig** sind. Diese Länder verzeichneten in jüngster Zeit große Schwankungen in ihren Terms of Trade. Dieser Umstand belastet nicht nur ihren geldpolitischen Handlungsrahmen, der oftmals Wechselkursvereinbarungen oder gar Richtwechsellkurse vorsieht, sondern auch die Stabilität ihres Finanzsystems. Für ressourcenreiche Länder stellt der IWF zurzeit weitere Mittel in den Bereichen Währungspolitik und makroprudenzielle Politik bereit.

Im November 2016 unterzeichneten der IWF und die **China Securities Regulatory Commission (CSRC)** eine Vereinbarung zur Verbesserung der technischen Zusammenarbeit zwecks Förderung der Finanzsektorreformen der CSRC. Die Zusammenarbeit wird sich hauptsächlich auf die Regulierung und Aufsicht der Wertpapiermärkte, die Überwachung und Prävention von Systemrisiken und auf Stakeholder-Kommunikation konzentrieren.

Im Folgenden sind einige Beispiele für Kapazitätsentwicklungsprojekte des IWF im Bereich Geld- und Finanzsektorpolitik aufgeführt:

- **Modernisierung der Geldpolitik in Zentralafrika:** Der IWF verstärkt derzeit seine Kapazitätsentwicklungsarbeit in der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) und unterstützt die Behörden im Umgang mit den aktuell schwierigen externen Bedingungen. So steht ein IWF-Berater aus dem Central African Regional Technical Assistance Center des IWF vor Ort in regelmäßigem Kontakt mit regionalen Führungskräften und bietet Schulungen und Workshops an. Am Hauptsitz gaben IWF-Mitarbeiter Seminare für Angestellte der Zentralafrikanische Zentralbank (Banque des Etats d'Afrique Centrale, BEAC) und schulten die Teilnehmer



intensiv und praxisnah in der Umsetzung geldpolitischer Maßnahmen und in der Notfall-Liquiditätsunterstützung. Die BEAC hat bei der Modernisierung ihres geldpolitischen Rahmenwerks bereits starkes Engagement gezeigt, sodass die mehrjährige Arbeit im Bereich der Kapazitätsentwicklung jetzt Früchte trägt. Der IWF plant zudem die Entsendung eines Langzeitberaters, der die BEAC während der Implementierung der Reformen unterstützen soll.

■ **Aufbau von Rahmenwerken für die Finanzstabilität in Asien:** Die asiatischen Finanzsektoren sind in den letzten 20 Jahren beständig gewachsen und mittlerweile eng miteinander verflochten, was die Konsolidierung der Aufsicht und Leitung dieser finanziellen Konglomerate zu einem wichtigen Faktor bei der Erkennung von Risiken für die Finanzstabilität macht. In den letzten Jahren haben Länder wie **Indonesien**, **die Philippinen** und **Thailand** gemeinsam mit dem IWF an der Einführung einer systematischen Vorgehensweise für die Überwachung der Finanzstabilität, die Stärkung des allgemeinen Aufsichtsrahmens sowie der Risikoanalyse gearbeitet. Die Bank of Thailand gründete 2016 eine eigene Abteilung für Finanzstabilität, und auch die Zentralbank der Philippinen hat eine spezifische Funktion eingerichtet, die sich mit Fragen der Finanzstabilität befasst. Die Bank of Indonesia entwickelt derzeit eigene Kapazitäten für die Beurteilung systemischer Risiken, die Aufsicht auf Makroebene und die Durchführung von Stresstests.

■ **Bankenreform in der Ostkaribischen Währungsunion:** Infolge der weltweiten Finanzkrise von 2008 sah sich die Ostkaribische Währungsunion (Eastern Caribbean Currency Union, ECCU) mit einer hohen Staatsverschuldung und einer angespannten Haushaltslage konfrontiert. Dies führte dazu, dass die Eastern Caribbean Central Bank (ECCB) drei inländische Banken unter Zwangsverwaltung stellen musste. In dem Bemühen, das Finanzsystem mithilfe einer verbesserten Regulierung und Überwachung zu stärken, überarbeitete die ECCB gemeinsam mit dem IWF die legislativen Rahmenwerke des Bankensektors und erweiterte zugleich die Möglichkeiten der Zentralbank, die Fortschritte der unter Zwangsverwaltung gestellten Banken zu überwachen. Seit Beginn dieser Bemühungen konnte die ECCU in der gesamten Region die Implementierung der neuen Vorgaben für das Bankwesen beobachten. Dadurch konnte die Aufsicht und Überarbeitung des mittelfristigen finanzpolitischen Regelwerks innerhalb der Region optimiert werden. Bis April 2016 wurden alle drei Banken aus der Zwangsverwaltung

entlassen. Die Bemühungen führten zudem zur Einführung eines neuen Bankengesetzes und des Eastern Caribbean Asset Management Company Act; beide Gesetze wurden von sämtlichen Gerichtsbarkeiten der ECCU übernommen.

■ **Modernisierung der Bankenaufsicht in der Kirgisischen Republik:** Bei der IWF-Finanzsektorbewertung im Jahr 2013 wurden bei der Bankenaufsicht der Kirgisischen Republik Schwachstellen im Hinblick auf deren rechtlichen Rahmen festgestellt. Der IWF unternahm erste Schritte, um gemeinsam mit der Kirgisischen Nationalbank einen risikobasierten Aufsichtsprozess zu entwickeln und führte Schulungen für ihr Aufsichtspersonal durch. Das überarbeitete aufsichtsrechtliche Rahmenwerk folgt den internationalen Normen, die eine risikobasierte und konsolidierte Beaufsichtigung unterstützen. Darüber hinaus werden auch die Aufsichtsrichtlinien und der operative Rahmen gestärkt. Dieses Projekt läuft derzeit und soll auf breiter Basis implementiert werden, einschließlich einer Überarbeitung der Beschlüsse, Richtlinien und Vorschriften der Bank.

■ **Banken- und Versicherungsaufsicht in Montenegro:** Das im März 2017 gestartete Projekt befasst sich mit der Analyse und Bewertung konzernweiter Risiken, der Verbesserung des aufsichtlichen Rahmenwerks und der Bewertung der Aktivaqualität. Außerdem soll die Wirksamkeit des Kreditrisikomanagement einschließlich der Fähigkeit der Bank zur Überwachung solcher Risiken gestärkt werden. Das Projekt unterstützt die Insurance Supervisory Agency dabei, in Vorbereitung auf die Implementierung der Solvency-II-Richtlinie ein risikobasiertes Aufsichtsregelwerk einzuführen. Außerdem unterstützt das Projekt die Insurance Supervisory Agency bei der Einführung von Richtlinien zur Unternehmensführung und im Hinblick auf die Anforderungen an das Risikomanagement und interne Kontrollen.

HÖHEPUNKTE: KAPAZITÄTSAUFBAU IM BEREICH STATISTIK

Qualitativ hochwertige und aktuelle makroökonomische Daten dienen als Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungen aller Art. Der IWF unterstützt Länder bei der Erstellung, Führung und Meldung von makroökonomischen und finanziellen Statistiken. Dies ermöglicht ein genaueres Verständnis der landeseigenen Wirtschaft einschließlich der ökonomischen Schwachstellen und Risiken und hilft Regierungsbeamten bei der sachkundigen Gestaltung politischer Maßnahmen. Verlässliche Wirtschaftsdaten unterstreichen zudem das Bestreben nach Transparenz und för-



In Albanien hat der IWF gemeinsam mit der Regierung im Bereich der Finanzstatistik zusammengearbeitet, um das Land bei der Einhaltung der europäischen Berichtspflichten zu unterstützen.

dem das Vertrauen in die Regierungspolitik, was wiederum das Interesse von Investoren weckt, die solche Daten zur Beurteilung der makroökonomischen Stabilität eines Landes nutzen.

In den letzten fünf Jahren ist die Kapazitätsentwicklung des IWF im Bereich Statistik um mehr als 20 Prozent gewachsen. Ein Großteil dieser Bemühungen richtet sich auf Länder mit schwachem oder mittlerem Einkommen sowie auf fragile Volkswirtschaften und wird von bilateralen und multilateralen Partnern finanziell unterstützt. Ein erheblicher Anteil der IWF-Projekte wird dabei von den 14 regionalen IWF-Zentren für Kapazitätsentwicklung koordiniert, von denen sechs in Afrika angesiedelt sind. Die IWF-Kapazitätsentwicklung im Bereich Statistik wird von Langzeitberatern vor Ort bereitgestellt und durch Kurzezeitexperten und Missionen des IWF-Hauptsitzes ergänzt.

Die Unterstützung durch den IWF konzentriert sich hauptsächlich auf Statistiken der Realwirtschaft und der öffentlichen Finanzen; in geringerem Maße befasst sich der IWF auch mit außenwirtschaftlichen Statistiken. Der IWF hat z. B. mithilfe seines Africa Regional Technical Assistance Centers (AFRITAC) für die Südregion, das Angola, Botswana, die Komoren, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, die Seychellen, Simbabwe, Südafrika und Swasiland abdeckt, verschiedene Länder dabei unterstützt, ihre volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf eine neue Basis zu stellen. Er hat so dazu beigetragen, dass Wirtschaftsstrukturdaten aktualisiert und Preisindizes, insbesondere der Verbraucherpreisindex, weiterentwickelt wurden. Dies ermöglicht es den Ländern, genauere Daten zu Inflation und Preistrends bereitzustellen.

Der IWF befindet sich zudem in der zweiten Phase der Enhanced Data Dissemination Initiative, einem umfassenden Projekt zur Verbesserung makroökonomischer Statistiken in **45 Ländern Afrikas, des Nahen Osten und Regionen Zentralasiens**. Das vom britischen Department of International Development geförderte Projekt hilft bei der Ermittlung und Entwicklung neuer Datenquellen, die insbesondere in die Statistik zur volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einfließen sollen; so beispielsweise steuerbezogenen Daten der Verwaltung. Dank einer intensiven Nutzung des enhanced General Data Dissemination System (e-GDDS) stellen einige der Länder ihre Daten nun über eine Open Data Platform zur Verfügung.

Die Mitglieder der **Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC)**, zu der Burundi, Kenia, Ruanda, der Südsudan, Tansania und

Uganda gehören, bereiten sich derzeit auf eine Währungsunion vor. Daher war es notwendig, die Daten der betreffenden Länder zu harmonisieren und zu gewährleisten, dass die staatlichen Finanzstatistiken einheitlich und vergleichbar sind. Seit 2013 haben die Länder mithilfe der IWF-Kapazitätsentwicklung im Bereich Statistik und mit finanzieller Unterstützung der japanischen Regierung ihre Währungs- und Finanzstatistikerfassung ausgeweitet, weitere Schritte zur Harmonisierung der zugrundeliegenden Ausgangsdaten unternommen, EAC-übergreifende Klassifikationen verbessert und erhebliche Fortschritte bei der Datensammlung für Intra-EAC-Positionen erzielt – einem wesentlichen Bestandteil bei der Erstellung EAC-übergreifender monetärer Statistiken.

Zusätzlich werden alle EAC-Partnerstaaten ihre Indikatoren zur Finanzstabilität (Financial Soundness Indicators, FSI) zusammenstellen und veröffentlichen, sobald der Südsudan damit begonnen hat, die erfassten Daten bereitzustellen (für 2017 geplant). Das Vereinigte Königreich und Japan haben gemeinsam weltweite Maßnahmen finanziert, die dazu geführt haben, dass seit 2013 insgesamt 30 neue Akteure ihre Daten an die FSI-Datenbank übermitteln.

Mit finanzieller Unterstützung der Schweiz arbeitete der IWF zudem mit fünf Ländern Südosteuropas – **Albanien, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Serbien** – an deren staatlichen Finanzstatistiken. Ziel war es, die Ausformulierung der Steuerpolitik und die statistische Analyse zu optimieren und so zur Einhaltung der EU-Berichtspflichten beizutragen. In der zweiten Phase dieses Projekts, das im Juni 2016 angestoßen wurde, begannen die Länder mit der Analyse ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und fundamentaler Haushaltspositionen, um auf dieser Basis makroökonomische Richtlinien zu formulieren und umzusetzen, fiskalische Risiken zu erfassen und zu bewerten, finanzpolitische Transparenz zu fördern und eine stärkere Compliance mit den EU-Verfahren zur Korrektur übermäßiger Defizite oder Schuldenstände zu erreichen.

Darüber hinaus werden auf dem Gebiet der Real- und Außenfinanzierung, öffentliche Finanzen sowie Währungs- und Finanzstatistiken und Datenverbreitung zusätzliche Maßnahmen in Osteuropa, Zentralasien, Südostasien und Südamerika durchgeführt, die von Japan, der Schweiz und den Niederlanden finanziert werden. Diese Arbeit wird durch zwei neue thematische Treuhandfonds für die weltweite Kapazitätsentwicklung ergänzt: den Financial Sector Stability Fund für Finanzsektorstatistiken

und den Data for Decisions Fund für politisch relevante Statistiken. Diese beiden Treuhandfonds sollen dafür sorgen, dass politische Entscheidungsträger mehr und bessere Daten erhalten. Außerdem sollen die Fonds bei der Entwicklung nationaler statistischer Systeme helfen und so zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele beitragen.

HÖHEPUNKTE: KAPAZITÄTSAUFBAU IM BEREICH RECHT

Die Nachfrage nach rechtlicher Unterstützung hielt im GJ 2017 in allen Ländergruppen an und erstreckte sich auf die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT), Finanz- und Haushaltsgesetzgebung sowie Insolvenzen und die Durchsetzung von Forderungen.

Der IWF setzte seine Arbeit zu AML/CFT mit seiner Financial Action Task Force (FATF), der Weltbank, der Egmont Group of Financial Intelligence Units und regionalen Organisationen im Stil der FATF fort. Der Fonds war federführend bei der Bewertung Mexikos nach dem überarbeiteten internationalen Standard. Weiterhin setzte der IWF das erfolgreiche weltweite technische Hilfsprogramm unter dem Themenfonds zur AML/CFT fort, an dem mehrere Partner beteiligt sind. So leistete er in Myanmar (finanziert von Japan) und Panama technische Hilfe im Bereich AML/CFT, und in der Ukraine (finanziert von Kanada) sowie in Katar, Kuwait und Saudi-Arabien (jeweils eigenfinanziert) leistete er technische Hilfe im Bereich der Korruptionsbekämpfung. Im Nahen Osten und in Nordafrika führte der IWF ein regionales Projekt zur rechtlichen Gestaltung durch; außerdem setzte er die Koordination seiner Arbeit intern und mit einer großen Anzahl internationaler Helfer fort.

Auf dem Gebiet der Finanz- und Haushaltsgesetze wurde die Sachverständigenhilfe in den Bereichen Zentralbankwesen, Regelwerke zu Regulierung und Aufsicht der Banken sowie Bankenabwicklung und Krisenmanagement auf dem gleichen Niveau fortgeführt. Dagegen war die technische Hilfe im Bereich Markt-Infrastrukturen (Zahlungssysteme) minimal, gewann aber in Bezug auf rechtliche Regelwerke für die Verwaltung öffentlicher Finanzen an Bedeutung, wie bereits in den Jahren zuvor.

Sachverständigenhilfe zum Steuerrecht verzeichnete auch weiterhin eine starke Nachfrage in den Hauptbereichen Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer und Steuerverfahren; dabei wurde besonderes Augenmerk auf internationale Aspekte gerichtet, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass internationale Steu-

erfragen global immer mehr Beachtung finden. Gleichmaßen standen Fragen der Ausgestaltung internationaler Steuergesetze im Mittelpunkt eines Seminars am Hauptsitz des IWF und eines Lehrgangs in Kuwait, der gezielt regionale Fragestellungen behandelte.

Der IWF bot seinen Mitgliedern auch weiterhin technische Hilfe zu Firmen- und Privatinsolvenzen und zur Durchsetzung von Forderungen, um eine frühzeitige und schnelle Rehabilitation tragfähiger Unternehmen und Liquidierung nicht tragfähiger Unternehmen sicherzustellen, überschuldeten Haushalten einen Neubeginn zu ermöglichen und den Prozess der Durchsetzung von Forderungen zu verbessern. Der Fonds veranstaltete zudem am Joint Vienna Institute einen Workshop für hochrangige Beamte, der sich mit der Insolvenz von Unternehmen und Haushalten befasste.

HÖHEPUNKTE: AUSBILDUNG

Die Ausbildungsmaßnahmen des IWF sind ein integraler Bestandteil des IWF-Mandats zur Kapazitätsentwicklung. Der IWF hilft bei der Schulung von Regierungsbeamten, damit diese ihre Kenntnisse in der Analyse wirtschaftlicher Tendenzen vertiefen und adäquate Diagnose-, Prognose- und Modellierungswerkzeuge erarbeiten können. Die Schulungen unterstützen politische Entscheidungsträger zudem bei der Konzeption und Umsetzung sinnvoller makroökonomischer und finanzieller Maßnahmen. Im GJ 2017 bot der IWF insgesamt 355 Präsenzveranstaltungen in Form von Vorlesungen, Schulungen zu Analyseinstrumenten und praktischen Workshops an sowie 19 Online-Kurse.

Überprüfung des Kursangebots: Nach einer zweijährigen Prüfung und Bewertung schloss der IWF im Jahr 2017 eine umfassende Umgestaltung seiner externen Lehrpläne ab, die sich am wirtschaftspolitischen Ansatz des IWF orientieren. Das überarbeitete Kursangebot beinhaltet Themen, die den veränderten Anforderungen der Mitglieder und des ständig wachsenden IWF-Mandats Rechnung tragen. Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 19 neue Lehrgänge entwickelt, erarbeitet und eingeführt. Diese konzentrieren sich auf fünf Themengebiete: allgemeine Volkswirtschaftslehre, steuerrechtliche Themen, geldpolitische Themen, Außenwirtschaft sowie Finanzen. Daneben werden auch spezifische Themen wie beispielsweise inklusives Wachstum abgedeckt. Bei allen Lehrgängen wird Wert auf eine praxisorientierte Wissensvermittlung, länderspe-

zifische Fallstudien, länderübergreifende Erfahrungswerte sowie politische Implikationen gelegt.

Online-Kurse: Mehr und mehr IWF-Lehrgänge werden inzwischen online zur Verfügung gestellt. Diese Kurse werden den Regierungsbeamten und der Öffentlichkeit auf der edX-Plattform als sogenannte Massive Open Online Courses (MOOCs) angeboten. Sie dienen als Ergänzung zu den klassischen Präsenzveranstaltungen des IWF. Bei den Online-Angeboten geht es primär um Einführungskurse, mit denen die Reichweite von IWF-Lehrgängen erhöht und Teilnehmer auf Präsenzveranstaltungen vorbereitet werden sollen.

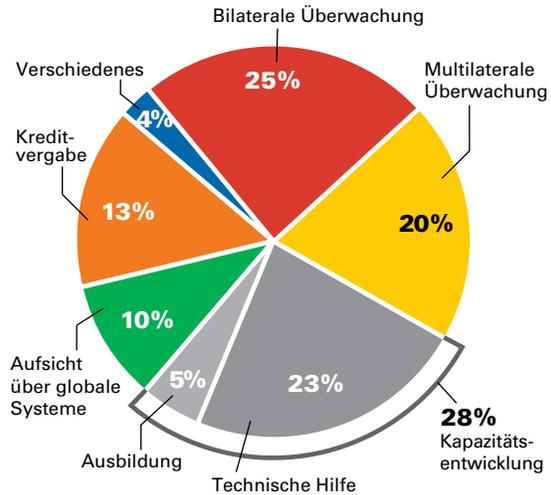
Maßgeschneiderte Schulungen: Die steigende Nachfrage nach Schulungsmaterialien, die auf die individuellen Bedürfnisse des jeweiligen Landes abgestimmt sind, hat den IWF dazu veranlasst, flexibler auf diese veränderten Anforderungen zu reagieren und modulare Kurse anzubieten, die sich individuell anpassen lassen. In einigen Fällen arbeitet der IWF mit spezifischen Institutionen in den jeweiligen Mitgliedsländern an eben solchen Anpassungen. So arbeitet der IWF zum Beispiel mit den Zentralbanken in Ghana, Mosambik, der Ostafrikanischen Gemeinschaft und Sri Lanka an einem Prognose- und Politikanalyse-System zur Stärkung des geldpolitischen Handlungsrahmens. Weitere maßgeschneiderte Schulungen umfassten einen Statistik-Lehrgang über grenzüberschreitende Positionen für chinesische Regierungsbeamte am Hauptsitz des IWF, Projekte zu dynamisch-stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen für die Politikanalyse in China und Bolivien sowie Schulungen im Bereich Financial Programming and Policies in der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft.

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG DURCH DEN IWF IN ZAHLEN

Die von den Mitgliedsländern angefragte Unterstützung des IWF für den Kapazitätsaufbau, die sowohl den institutionellen als auch politischen Aufbau (technische Hilfe) sowie die Personalentwicklung (Schulungen) umfasst, erreicht alle 189 Mitglieder. Im GJ 2017 entfiel mehr als ein Viertel der Verwaltungsausgaben des IWF auf die Kapazitätsentwicklung. Mit einem Anteil von 23 Prozent betrafen die meisten Ausgaben die technische Hilfe, während Ausbildungsmaßnahmen mit 5 Prozent zu Buche schlugen (siehe Schaubild 2.5).

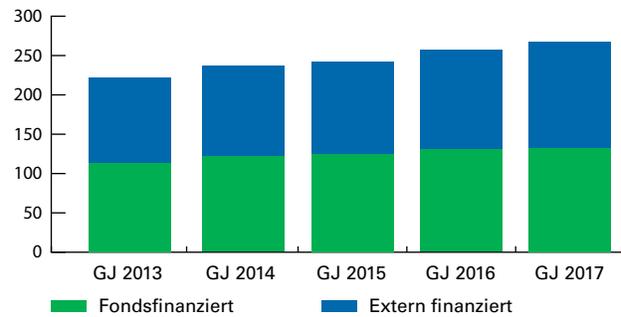
Die Arbeit des IWF auf dem Gebiet der Kapazitätsentwicklung nahm im GJ 2017 weiter zu, was hauptsächlich auf vermehrte

Schaubild 2.5
Kostenverteilung der wichtigsten Arbeitsbereiche des IWF, GJ 2017



Quelle: Büro für Haushalt und Planung des IWF, Analytic Costing and Estimation System.

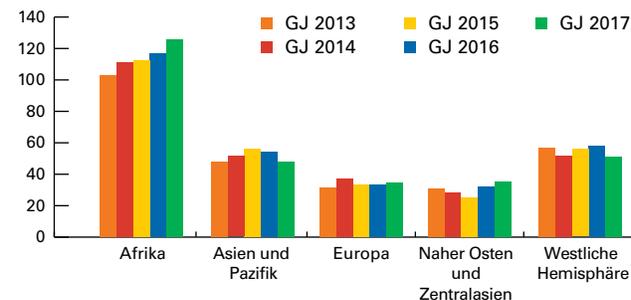
Schaubild 2.6
Ausgaben für Kapazitätsentwicklung, GJ 2017
(Millionen US-Dollar)



Quelle: Büro für Haushalt und Planung des IWF, Analytic Costing and Estimation System.

Schaubild 2.7
Bereitstellung von Technical Assistance nach Region, GJ 2013-17

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)

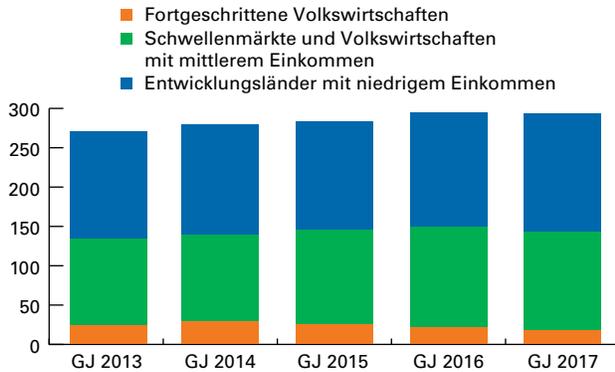


Quelle: Travel Information Management System des IWF.

Schaubild 2.8

Bereitstellung von Technical Assistance nach Einkommensgruppe, GJ 2013–17

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)

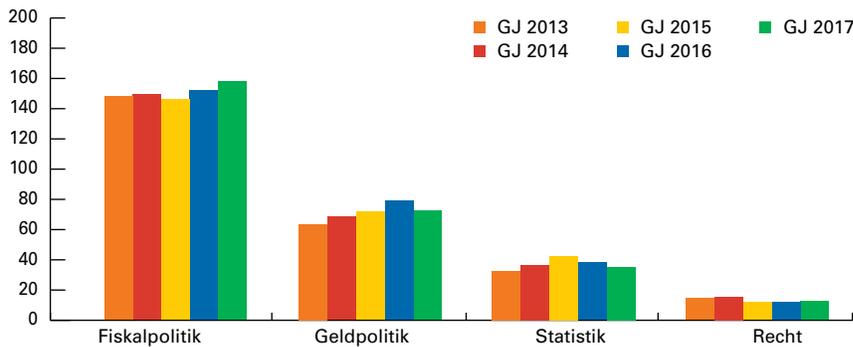


Quelle: IWF, Travel Information Management System (TIMS).

Schaubild 2.9

Bereitstellung von Technical Assistance nach Thema, GJ 2013–17

(in Personenjahren der Bereitstellung vor Ort)

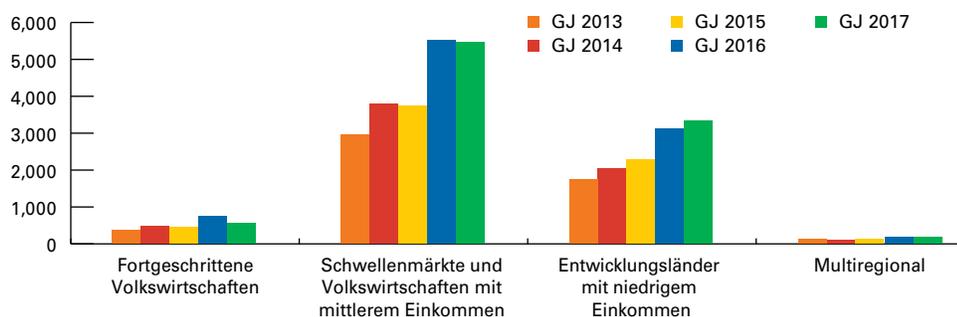


Quelle: IWF, Travel Information Management System (TIMS).

Schaubild 2.10

Teilnahme an ICD-Ausbildung nach Einkommensgruppe, 2013–17

(Anzahl der Teilnehmer)



Quelle: Participant and Applicant Tracking System (PATs) des IWF.
Note: ICD: IMF Institute for Capacity Development.

Aktivitäten in Afrika südlich der Sahara, dem Nahen Osten und Zentralasien sowie Europa zurückzuführen ist. Es wurde mehr technische Hilfe zu fiskalpolitischen und rechtlichen Themen bereitgestellt. Die direkten Gesamtausgaben für die Kapazitätsentwicklungsarbeit (von Gebern und vom IWF finanziert) beliefen sich im GJ 2017 auf 267 Mio. US\$, was verglichen mit den 256 Mio. US\$ im GJ 2016 einen Anstieg um 4 Prozent bedeutet (Schaubild 2.6). Der geberfinanzierte Anteil betrug 134 Mio. US\$ bzw. 50 Prozent der Gesamtsumme und nahm im GJ 2017 um fast 6 Prozent zu.

Technische Hilfe

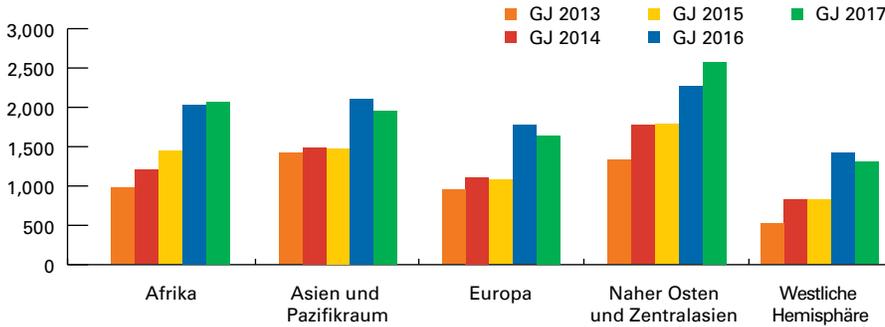
Die bereitgestellte technische Hilfe nahm im GJ 2017 leicht ab. Die verstärkte Bereitstellung technischer Hilfe in den Regionen Afrika südlich der Sahara, dem Nahen Osten und Zentralasien sowie Europa wurde durch eine geringere Bereitstellung in der westlichen Hemisphäre und in der Region Asien und Pazifik aufgewogen (Schaubild 2.7). Knapp die Hälfte der gesamten technischen Hilfe des IWF ging an einkommensschwache Entwicklungsländer (Schaubild 2.8).

Die Länder Afrikas südlich der Sahara erhielten im GJ 2017 den Löwenanteil der technischen Hilfe, was auf die hohe Anzahl an einkommensschwachen Entwicklungsländern in dieser Region zurückzuführen ist. Aufgrund einer erhöhten Nachfrage der Mitgliedsländer wurde mehr technische Hilfe im Bereich Fiskalpolitik be-

Schaubild 2.11

Teilnahme an ICD-Ausbildung nach Herkunftsregion, GJ 2013–17

(Anzahl der Teilnehmer)



Quelle: Participant and Applicant Tracking System (PATS) des IWF.
 Note: ICD: IMF Institute for Capacity Development.

reitgestellt (Schaubild 2.9). Auf fiskalpolitische Themen entfiel weiterhin rund die Hälfte der vom IWF geleisteten technischen Hilfe.

Ausbildung

Im GJ 2017 veranstaltete der IWF im Rahmen des Schulungsprogramms des Institute for Capacity Development (ICD) insgesamt 225 Ausbildungskurse, an denen 9.517 Beamte aus 183 Mitgliedsländern teilnahmen. Die meisten Veranstaltungen fanden in den regionalen Zentren für technische Hilfe im Rahmen des dortigen Angebots und in Form von Online-Kursen statt. Die übrigen Lehrgänge wurden am Hauptsitz des IWF oder an anderen Standorten im Ausland abgehalten. Das breite Themenangebot deckt die unterschiedlichsten Bedürfnisse ab – von makroökonomischen Fragestellungen, Prognosemodellen und makroökonomischer Modellierung über Finanzplanung, Finanzgestaltung und Themen des Finanzsektors bis hin zu spezialisierten Lehrgängen zu öffentlichen Haushalten, makroökonomischer Statistik, Sicherheitsbewertungen und rechtlichen Fragen. Der Löwenanteil der IWF-Lehrgänge entfiel mit rund 57 Prozent des gesamten ICD-Ausbildungsangebots im Berichtsjahr an die Schwellenmärkte und Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen (Schaubild 2.10). Auf regionaler Ebene entfiel mit 27 Prozent der größte Anteil auf den Nahen Osten und Zentralasien, gefolgt von der Region Afrika südlich der Sahara sowie der Region Asien und Pazifik (Schaubild 2.11).

Die kostenlosen Massive Open Online Courses des IWF wuchsen auch weiterhin und wurden durch einen „Macroeconomic Diagnostics“-Kurs und eine arabischen Version des Kurses „Financial Programming and Policies, Part 1“ ergänzt. Mit 17 durchgeführten Online-Kursen in fünf verschiedenen Sprachen blieb die Teilnahme an Online-Lehrgängen auch im GJ 2017 stark. Mit einem Anteil von 28 Prozent stammte der Großteil der Nutzer aus Afrika südlich der Sahara. Seit Einführung des Online-Angebots im Jahr 2013 haben sich mehr als 34.000 aktive Teilnehmer für Online-Kurse des IWF angemeldet. Von diesen haben etwa 9.400 Regierungsbeamte und 9.800 Mitglieder der Zivilbevöl-

Tabelle 2.5

Die Partner des IWF im Bereich Kapazitätsentwicklung

Kapazitätsentwicklungsfonds	Partner
Revenue Mobilization (RM)	Australien, Belgien, Deutschland, Korea, Kuwait, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweiz, Europäische Union
Anti-Money-Laundering/ Combating the Financing of Terrorism (AML/CFT)	Frankreich, Japan, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Katar, Saudi-Arabien, Schweiz, Vereinigtes Königreich
Managing Natural Resource Wealth (MNRW) Fund	Australien, Kuwait, Niederlande, Norwegen, Oman, Schweiz, Europäische Union
Debt Management Facility II (DMF II)	Deutschland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Russland, Schweiz (zusammen mit der Weltbank)
Financial Sector Reform Strengthening Initiative (FIRST)	Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich (zusammen mit der Weltbank)
Tax Administration Diagnostic Assessment Tool (TADAT)	Deutschland, Japan, Niederlande, Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Union, Weltbank
Data for Decisions (D4D)	wird in Kürze gestartet
Financial Sector Stability Fund (FSSF)	im April 2017 gestartet

Quelle: IWF

kerung aus 186 Ländern einen Online-Kurs erfolgreich abgeschlossen.

PARTNERSCHAFTEN FÜR DIE KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

Die Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF stützt sich auf starke weltweite Partnerschaften. Finanzielle Beiträge von Partnern, die die eigenen Mittel des IWF ergänzen, ermöglichen die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Angebote im Bereich der Kapazitätsentwicklung, die auf die Bedürfnisse der Mitgliedsstaaten abgestimmt sind und den Prioritäten des IWF sowie weltweiten Prioritäten Rechnung tragen (siehe Tabelle 2.5).

Im GJ 2017 erhielt der IWF für seine kapazitätsbildende Arbeit neue Beiträge in Höhe von 126 Mio. US\$. Die von Partnern finanzierten Maßnahmen beliefen sich auf insgesamt 150 Mio.

US\$, was ungefähr die Hälfte der kapazitätsbildenden Arbeit darstellt. In den letzten fünf Jahren waren die fünf wichtigsten Beitragspartner für die Kapazitätsentwicklung Japan, die Europäische Union, das Vereinigte Königreich, die Schweiz und Kanada. Im GJ 2017 vertiefte der IWF seine bestehenden Partnerschaften mit der Europäischen Union, Japan, dem Vereinigten Königreich, Deutschland, der Schweiz, den Niederlanden, Australien, Belgien und Luxemburg.

Nachfolgend werden einige Höhepunkte der Arbeit mit wichtigen Partnern aufgeführt:

- Als größter Partner leistete **Japan** im GJ 2017 neue Beiträge von insgesamt 29 Mio. US\$ für die Finanzierung von Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen und unterzeichnete im April 2017 eine neue Vereinbarung zur Erweiterung des Online-Kursangebots des IWF.

Kasten 2.3 G20-Vertrag mit Afrika

Als Folge der gesunkenen Rohstoffpreise hat sich das Wachstum in Afrika seit 2014 abgeschwächt. Die mittelfristigen Aussichten sind jedoch weiterhin gut. Das Potenzial Afrikas kann allerdings nur durch nachhaltige Bemühungen bei der Nutzbarmachung der demografischen Dividende, der Erhöhung privater Kapitalzuflüsse und der Mobilisierung des dortigen Finanzwesens realisiert werden. Zudem gilt es, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich aufgrund der Globalisierung bieten, um einen wirtschaftlichen Wandel zu bewirken und produktive Arbeitsplätze zu schaffen.

Zur Beschleunigung des Wachstums müssen die Investitionsquoten und die Effizienz gesteigert werden. Investitionen in die Infrastruktur sollten priorisiert werden, da diese nicht nur entscheidend für die Gewinnung privater Investitionen sind, sondern auch die regionalen Märkte Afrikas miteinander verbinden und deren Integration in die weltweiten Wertschöpfungsketten erleichtern. Schätzungen zufolge verringert das regionale Defizit an physischer Infrastruktur das Wachstum um ganze 2 Prozentpunkte pro Jahr. Von den ca. 100 Milliarden US\$, die Afrika jährlich für die Beseitigung seiner Infrastrukturdefizite benötigt, sind bisher nur gut die Hälfte finanziert worden.

Der G20-Vertrag mit Afrika enthält eine große Anzahl potenzieller gegenseitiger Zusagen zwischen interessierten afrikanischen, G20- und Partnerstaaten – mit Unterstützung durch internationale Organisationen – für die Aufbringung privater

Investitionen und die Erhöhung effizienter öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur. Die Zusagen sind in einem von den G20-Finanzvertretern in Auftrag gegebenen Bericht aufgeführt, der für das Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20 im März 2017 in Baden-Baden, Deutschland, erstellt und vom IWF, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank gemeinsam vorbereitet wurde.

Die Beteiligung an diesem Vertrag mit Afrika wird ein starkes Signal an private Investoren hinsichtlich des Interesses der afrikanischen Länder an der Gewinnung von Investitionen senden und unterstreicht zudem die Bereitschaft der Akteure, wichtige Reformen umzusetzen. Die G20-Staaten werden für eine starke politische Präsenz sorgen und sich dafür einsetzen, das Interesse und die Zuversicht aufseiten der Investoren zu stärken. Die Länder profitieren von einem umfassenden modularen Ansatz und dem konzertierten Engagement des IWF, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank bei der Unterstützung der nationalen Bemühungen, Reformprogramme zu entwickeln und umzusetzen und somit Investitionen im privaten Sektor zu stärken.

Die G20-Mitglieder und andere Partnerländer werden ihre inländischen Investoren dazu ermutigen, das vorhandene Investitionspotenzial der teilnehmenden afrikanischen Länder stärker zu nutzen. Zudem wird der Wissensaustausch zwischen den Partnern ihr Engagement in den teilnehmenden Ländern steigern. Die afrikanischen Länder werden sich be-

hen, ein für private Investitionen tauglicheres Umfeld zu schaffen und für eine stärkere Mobilisierung inländischer Erträge und Finanzen zu sorgen. Außerdem werden sie sich bemühen, Raum für die Aufstockung dringend benötigter öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur zu schaffen und gleichzeitig die Schulden-tragfähigkeit sicherzustellen.

Der IWF wird seine Fachkompetenz in den Bereichen Schuldenmanagement, finanzpolitische Transparenz, Steuerverwaltung und -reform, Ressourcenmanagement, Verwaltung öffentlicher Investitionen und Datenstandards mithilfe seines Netzwerks von regionalen Technical Assistance Centers in Afrika zur Verfügung stellen.

- Die Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung der **Europäischen Kommission** unterzeichnete im Dezember 2016 eine neue Rahmenvereinbarung zur strategischen Partnerschaft mit dem IWF. Der Schwerpunkt dieser Vereinbarung liegt auf der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen durch Entwicklungsländer.
- Eine weitere Rahmenvereinbarung zur strategische Partnerschaft mit dem **Entwicklungsministerium des Vereinigten Königreichs** soll die Kommunikation und Kohärenz stärken und zudem Finanzierungsentscheidungen erleichtern.
- **Deutschland** verstärkte seine Unterstützung für die Kapazitätsentwicklung des IWF im April 2017 im Rahmen des G20-Vertrags mit Afrika mit einem Beitrag von 15 Mio. EUR für alle regionalen Kapazitätsentwicklungszentren auf dem Kontinent (siehe *Kasten 2.3*).
- Der IWF unternahm wesentliche Schritte zum Ausbau seines Partnernetzwerks. Dazu zählte unter anderem die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit **Indien**, wonach etwa 33 Mio. US\$ in Aktivitäten im Zusammenhang mit dem neuen South Asia Regional Training and Technical Assistance Center bereitgestellt werden sollen (siehe Regionale Höhepunkte für Asien).
- Auch weiterhin wurde eng mit verschiedenen privaten Stiftungen wie der Bill & Melinda Gates Foundation und der Hewlett Foundation zusammengearbeitet.

IDurch IWF-Partnerschaften zu **globalen thematischen Fonds**, die sich unmittelbar auf die Financing for Development Agenda beziehen, wird sichergestellt, dass weniger entwickelte Volkswirtschaften die notwendigen Werkzeuge besitzen, die zur Erreichung der von den Vereinten Nationen festgelegten SDGs nach 2015 erforderlich sind.

Zu den Höhepunkten in jüngster Zeit zählen unter anderem:

- Im Juli 2016 wurden neue Phasen des **Revenue Mobilization Fund (RM)**, der von Australien, Belgien, der Europäischen Union, Deutschland, Japan, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz unterstützt wird, und dem **Managing Natural Resource Wealth Fund (MNRW)**, der von Australien, der Europäischen Union, den Niederlanden, Norwegen und der Schweiz unterstützt wird, gestartet. Mithilfe dieser Fonds sollen Länder nachhaltig unterstützt werden, indem ihre Steuerkapazitäten gestärkt und ihre natürlichen Ressourcen wirksam mobilisiert werden.
- Der **Data for Decisions Fund (D4D)** wurde von der Geschäftsleitung des IWF im März 2017 genehmigt und soll zur Verbesserung der Qualität, Abdeckung, Aktualität und Verbreitung von makroökonomischen Statistiken der begünstigten Behörden beitragen. Der D4D-Fonds wird zudem die Financial Access Survey unterstützen, die in Teilen zur Messung der SDG-Indikatoren der Vereinten Nationen verwendet wird.
- Der **Financial Sector Stability Fund (FSSF)** wurde im April 2017 offiziell gestartet und soll dafür sorgen, dass Finanzinklusion und Entwicklung einhergehen mit Finanzstabilität; erste Zusagen gingen aus Italien und Luxemburg ein.

Die **Regional Capacity Development Centers** bilden auch weiterhin das Rückgrat der IWF-Infrastruktur für die Kapazitätsentwicklung und stellen rund die Hälfte aller diesbezüglichen IWF-Bemühungen dar. Die Zentren ermöglichen es dem IWF, auf die entstehenden Anforderungen eines Landes zügig zu reagieren und erleichtern eine enge Kooperation mit weiteren Entwicklungspartnern, die in der entsprechenden Region aktiv sind.

Diese regionalen Zentren vor Ort verankern das Engagement des IWF im Hinblick auf den Wissensaustausch und werden sowohl vom IWF als auch von externen Entwicklungspartnern und Mitgliedsländern finanziert. Die Hauptzentren sind in *Tabelle 2.6* aufgeführt.

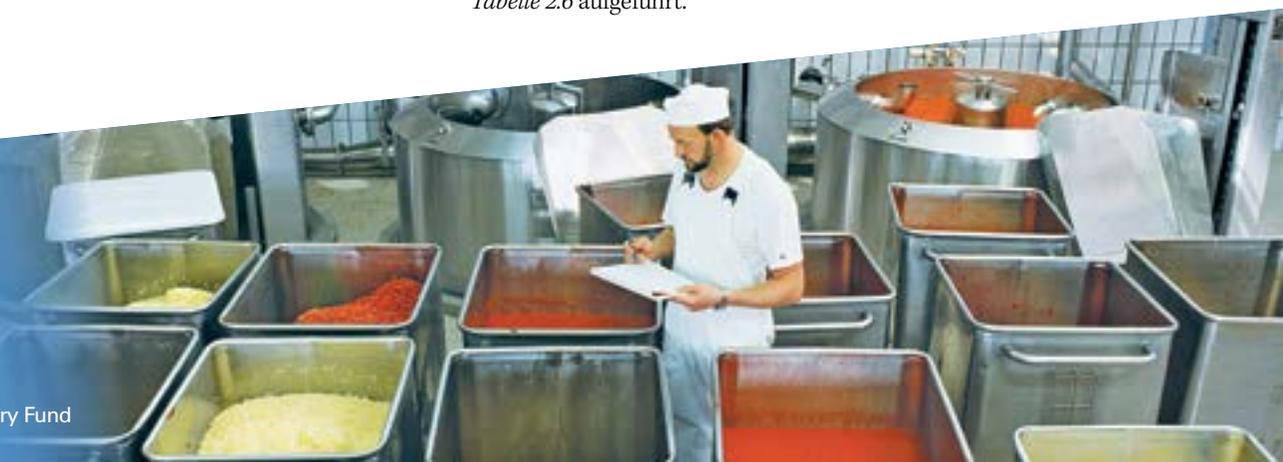


Tabelle 2.6

Regionale IWF-Zentren für den Wissensaustausch

Einrichtung	Partner	Mitgliedsländer
Africa Training Institute (ATI)	Australien, China, Korea, Mauritius, Russland, Seychellen, Togo	46 Länder in Afrika südlich der Sahara
AFRITAC Central (AFC)	Australien, , China, Deutschland, Frankreich, Kanada, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank, Europäische Union	Länder der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft plus Burundi und Demokratische Republik Kongo
AFRITAC East (AFE)	Niederlande, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Union	Äthiopien, Eritrea, Kenia, Malawi, Ruanda, Tansania, Uganda
AFRITAC South (AFS)	Australien, Brasilien, Deutschland, Kanada, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank, Europäische Union	Angola, Botswana, Komoren, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland
AFRITAC West (AFW)	Australien, Deutschland, Frankreich, Kanada, Italien, Kuwait, Luxemburg, Niederlande, Schweiz, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank, Europäische Union	Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion plus Guinea und Mauretanien
AFRITAC West 2 (AFW2)	Australien, China, Kanada, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Afrikanische Entwicklungsbank, Europäische Investitionsbank, Europäische Union	Cabo Verde, Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone
Caribbean RTAC (CARTAC)	Australien, Kanada, Vereinigtes Königreich, Karibische Entwicklungsbank, Europäische Union	Mitglieder und assoziierte Mitglieder der Karibischen Gemeinschaft
Central America, Panama, & Dominican Republic RTAC (CAPTAC-DR)	Kanada, Luxemburg, Mexiko, Europäische Union, Interamerikanische Entwicklungsbank	Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama
Joint Vienna Institute (JVI)	Österreich (Vollmitglied) sowie internationaler Partner/Geber	30 Länder im Mittel- und Südosteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien
Middle East Center for Economics and Finance (CEF)	Kuwait	Mitgliedsländer der Arabischen Liga
Middle East RTAC (METAC)	Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweiz, Vereinigte Staaten, Europäische Union	Afghanistan, Ägypten, Algerien, Dschibuti, Irak, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Sudan, Syrien, Tunesien, Westjordanland sowie Gaza, Jemen
Pacific Financial RTAC (PFTAC)	Australien, Korea, Neuseeland, Asiatische Entwicklungsbank, Europäische Union	Pacific Islands Forum (ohne Australien und Neuseeland) plus Timor-Leste und Tokelau
Singapore Training Institute (STI)	Australien, Japan, Singapur	37 Länder in der Region Asien-Pazifik
South Asia Regional Training & Technical Assistance Center (SARTTAC)	Australien, Korea, Vereinigtes Königreich, Europäische Union	Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Sri Lanka

Quelle: IWF.

Highlights in FY2017 include the following:

- Die **Europäische Union** blieb auch weiterhin der größte Partner des IWF für dessen regionale Zentren; allein im GJ 2017 unterzeichnete die EU Vereinbarungen zur Unterstützung des South Asia Training and Technical Assistance Center, des Caribbean Regional Technical Assistance Center sowie des Central African Regional Technical Assistance Center.
- Das Middle East Regional Technical Assistance Center hieß zu Beginn seiner neuen Programmphase im Mai 2016 vier neue Mitglieder willkommen: **Algerien, Djibouti, Marokko** und **Tunesien**. Für das kommende Jahr plant das Zentrum eine Ausweitung seiner Aktivitäten.
- Das älteste Zentrum des IWF, das Pacific Financial Technical Assistance Center, startete seine neueste Programmphase im November 2016. Alle 16 Mitgliedsländer und -regionen trugen gemeinsam etwa 10 Prozent des Zentrumsbudgets bei; zusätzliche von **Neuseeland, Australien, der Europäischen Union, der Asiatischen Entwicklungsbank** und **Korea** bereitgestellte Mittel verhalfen dieser neuen Phase zu einem starken Auftakt.
- Die neue Programmphase des Caribbean Regional Technical Assistance Center begann im Januar 2017 mit einem Beitrag von 11 Mio. US\$ (15 Mio. CAD) aus **Kanada** und einem neuen Mitglied: **Curaçao**. Zwei weitere Länder, **Aruba** und **Sint Maarten**, erwägen ihre Mitgliedschaft.
- Dank zusätzlicher Beiträge aus **Luxemburg** für das Regional Technical Assistance Center for Central America, Panama and the Dominican Republic verfügt das Zentrum über ein ausreichendes Budget für den restlichen Zeitraum seiner aktuellen Programmphase bis Ende April 2019.
- Das weltweite Netzwerk regionaler IWF-Zentren zur Kapazitätsentwicklung wurde im Februar 2017 mit der offiziellen Einweihung des South Asia Regional Training and Technical Assistance Center weiter verstärkt. Die Mitgliedsländer, insbesondere **Indien**, finanzierten zwei Drittel des Gesamtbudgets.

SOUTH ASIA REGIONAL TRAINING AND TECHNICAL ASSISTANCE CENTER

Das South Asia Regional Training and Technical Assistance Center ist der neueste Zugang im weltweiten Netzwerk des IWF, das nun 14 regionale Zentren umfasst. Das Zentrum nahm seine Tätigkeit im Januar 2017 auf und vereint als erstes Zentrum Ausbildung und technische Beratung unter einem Dach. Für die künftige Kapazitätsentwicklungsarbeit des IWF gilt dieses Zentrum als wegweisend – siehe Regionale Höhepunkte in Asien in Teil 1.

ALLGEMEINER BEWERTUNGSRAHMEN

Im GJ 2017 wurde ein neuer allgemeiner Bewertungsrahmen eingeführt. Die wesentlichen Elemente des neuen Regelwerks lassen sich gemäß den folgenden Zielsetzungen einteilen:

- Erstellung von kürzeren, gezielteren und einfacher zu vergleichenden Bewertungen
- Verbesserung der Daten, auf denen Bewertungen basieren
- Gleichbleibende Ressourcenausgaben für die Bewertung bei gleichzeitig effizienterer Zuweisung dieser knappen Ressourcen
- Nutzung der Bewertungsdaten zur Anpassung von Methoden oder zur Schwerpunktverlagerung bei der Ressourcenzuweisung für die Kapazitätsentwicklung

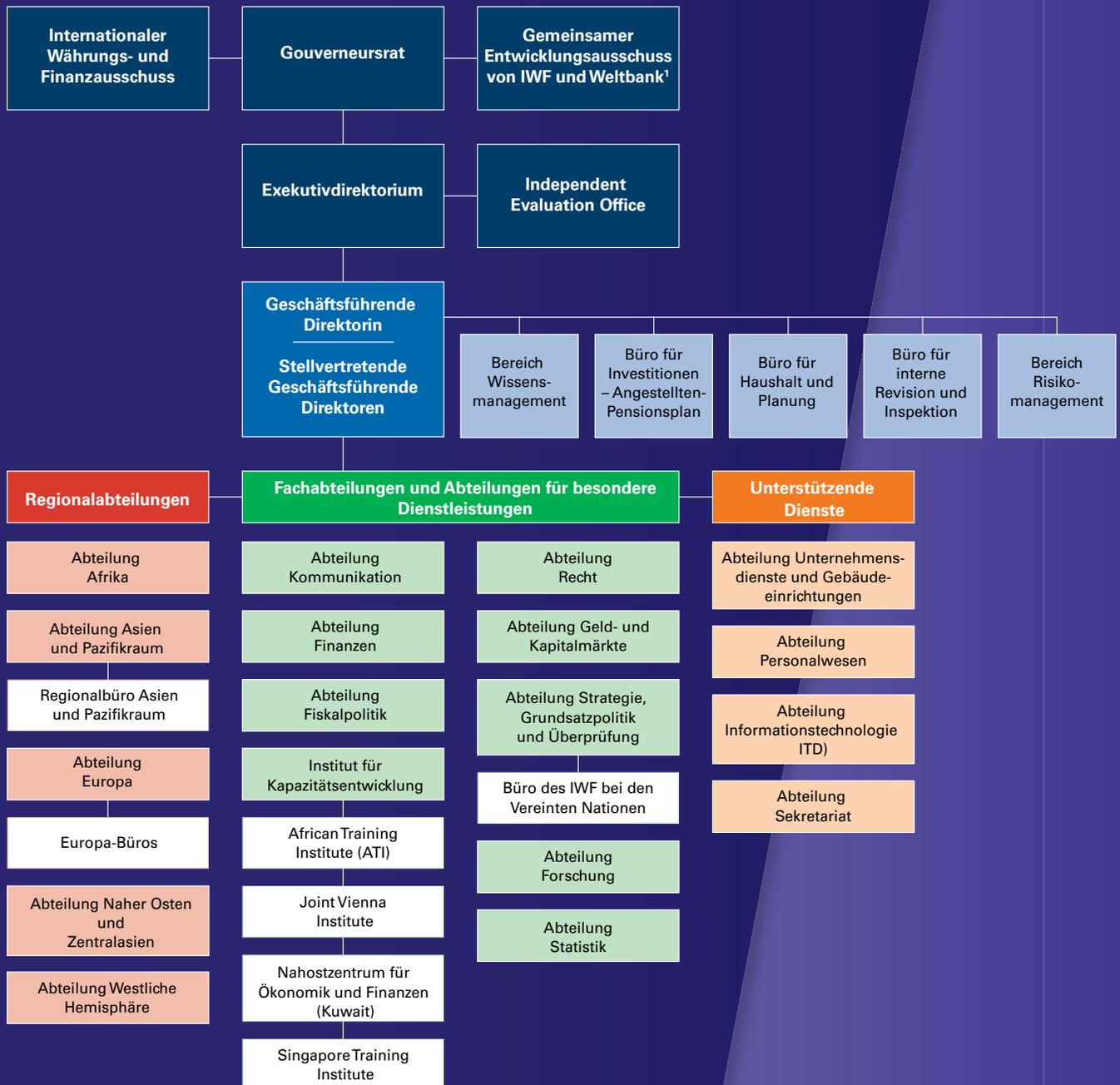
Der allgemeine Bewertungsrahmen soll die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Aktivitäten und IWF-Projekte verbessern, eine Aggregation ermöglichen und zu einer umfassenden Leistungsbeurteilung beitragen. Basierend auf diesem allgemeinen Ansatz erlaubt der Rahmen eine flexible Anpassung von Bewertungen, um der enormen Bandbreite an Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen des IWF Rechnung zu tragen.

Teil 3: Finanzen, Organisation und Rechenschaftspflicht



Organigramm des IWF

Stand vom 30. April 2017



¹ Frühere Bezeichnung: Joint Ministerial Committee of the Boards of Governors of the Bank and the Fund on the Transfer of Real Resources to Developing Countries.

Finanzen und Organisation

HAUSHALT UND EINKOMMEN

Im April 2016 bewilligte das Exekutivdirektorium Nettoverwaltungs Ausgaben von 1.072 Mio. US\$ für das GJ 2017, und von vorläufige Haushalte für die Geschäftsjahre 2018 und 2019 (Tabelle 3.1). Das war das fünfte Jahr in Folge, in dem die Nettoverwaltungs Ausgaben des IWF real unverändert waren, ungeachtet einer robusten mittelfristigen Ertragslage. Das Direktorium bewilligte ebenfalls eine Grenze für Bruttoausgaben von 1.315 Mio. US\$, worin ein Vortrag von bis zu 43 Mio. US\$ unangetasteter Mittel aus dem GJ 2016 für eventuelle Ausgaben im GJ 2017 enthalten ist. Die bewilligten Kapitalausgaben betragen 61 Mio. US\$ für Gebäudeeinrichtungen und Investitionen in Informationstechnologie.

Mit seinem Arbeitsprogramm für das GJ 2017 setzte der IWF seine Unterstützung intensiver Bemühungen in mehreren kritischen Gebieten fort. Zusätzliche Ressourcen wurden bereitgestellt, um das Engagement mit Ländern mit neuen Programmen oder Ländern, die kurz vor der Einführung eines Programms stehen, zu fördern. Weitere Ziele waren eine stärkere Überwachung mit einer verbesserten Integration von Finanzanalyse und zusätzlichen Bewertungen im Rahmen des Programms zur Bewertung des Finanzsektors, die vertiefte Arbeit an einer Reihe von Themen, wie internationale Besteuerung und langfristige Herausforderungen, mit verstärktem Fokus auf Kapazitätsentwicklung, Ersparnisse aus unterschiedlichen Quellen, inklusive der Schließung einiger Büros in Ländern, deren Programme auslaufen, Rationalisierungsmaßnahmen auf verschiedenen Gebieten und anderen Effizienzgewinnen, machten es möglich, dass das

Tabelle 3.1

Haushalt nach Hauptausgabenkategorien, GJ 2016–19

(Millionen US-Dollar)

	GJ2016		GJ2017		GJ2018	GJ2019
	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Ergebnis	Haushalt	Haushalt
VERWALTUNGS AUSGABEN						
Personal	908	896	934	922	969	...
Reisekosten ¹	130	120	123	115	126	...
Gebäude und sonstige	199	199	205	218	209	...
Rücklagen für Eventualfälle	10	...	11	...	11	...
Bruttoausgaben insgesamt	1.247	1.215	1.273	1.255	1.315	1.376
Einnahmen ²	-196	-176	-200	-189	-211	-235
Budgetergebnis insgesamt	1.052	1.038	1.072	1.066	1.104	1.141
Vortrag ³	42	...	43
Budgetergebnis insgesamt, einschließlich Vortrag	1.094	1.038	1.116	1.066	1.104	1.141
Kapital						
Gebäudeeinrichtungen und IT	42	131	61	122	66	74
<i>Memorandum item</i>						
Gesamtes Nettobudget (real)	1.071		1.072		1.072	1.077

Quelle: IWF, Büro für Haushalt und Planung

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

¹ Im GJ 2016 und im GJ 2017 sind Reisespesen im Zusammenhang mit Jahrestagungen im Ausland enthalten.² Einschließlich geberfinanzierter Aktivitäten, Kostenbeteiligungsvereinbarungen mit der Weltbank, Verkauf von Publikationen, Parkgebühren und sonstiger Einnahmen.³ Vortrag von Mitteln aus dem Vorjahr gemäß bestehender Regeln.

Budget größtenteils flach blieb, mit Ausnahme einer steigenden Zuweisung von 6 Mio. US\$ zur Deckung höherer Kosten im Zusammenhang mit der physischen und IT-Sicherheit.

Die effektiven Verwaltungsausgaben beliefen sich im GJ 2017 insgesamt auf 1.066 Mio. US\$ und lagen somit 6 Mio. US\$ unter dem bewilligten Nettobudget. Der Rückgang bei den Ausgaben fiel geringer aus als im Vorjahr. Die durchschnittliche Anzahl unbesetzter Stellen sank etwas und gilt jetzt als friktionell, da die meisten Abteilungen voll besetzt sind. Sowohl die Ausgereiftheit als auch der Umfang der weltweiten Cyberattacken stiegen, so wie auch die gegen den IWF gerichteten Drohungen. Die Kosten für Cybersicherheitspersonal und Leistungen von Drittanbietern schnellten in die Höhe, da die Nachfrage das Angebot übersteigt, und dieser Trend sich voraussichtlich fortsetzen wird.

Die Kapitalausgaben erfolgten im GJ 2017 im Allgemeinen plangemäß und in einem mit dem Vorjahr vergleichbaren Tempo. Die größten Ausgaben im Umfang von 76,3 Mio. US\$ fielen im Zusammenhang mit der Sanierung von HQ1 an (siehe *Kasten 3.1*) an. Investitionen in Informationstechnologie im Gesamtumfang von 27,9 Mio. US\$ zahlten sich weiterhin aus, insbesondere im Zusammenhang mit dem Schutz vor Cybersicherheitsbedrohungen, einem verbesserten Datenmanagement und der Erneuerung von Infrastruktur, die das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht hatte.

Für Rechnungslegungszwecke werden die Verwaltungsausgaben und das Kapital des IWF gemäß den internationalen Standards für die Rechnungslegung (IFRS) ausgewiesen. Diese Standards verlangen die periodengerechte Buchführung, die Bewertung und Abschreibung von Investitionen und die Bilanzierung von Lohnnebenleistungen auf Basis versicherungsmathematischer Annahmen. *Tabelle 3.2* enthält eine detaillierte Überleitung zwischen den Nettoverwaltungsausgaben für das GJ 2017 von 1.066 Mio. US\$ und den IFRS-basierten Verwaltungsausgaben von 1.385 Mio. US\$ (1.001 Mio. SZR), die im geprüften Jahresabschluss des IWF ausgewiesen wurden.

EINKOMMENSMODELL, GEBÜHREN, VERGÜTUNG, LASTENTEILUNG UND NETTOERTRAG

Einkommensmodell

Seit seiner Gründung erzielt der IWF den Hauptanteil seines Einkommens aus seiner Kreditvergabetätigkeit. Zur Erzeugung von

Tabelle 3.2

Im Jahresabschluss ausgewiesene Verwaltungsausgaben, GJ 2017

(in Millionen US-Dollar, wenn nicht anders angegeben)

ERGEBNIS DES VERWALTUNGSHAUSHALTS, NETTO, GJ 2017	1.066
ZEITLICHE VERSCHIEBUNGEN	
Kosten für Pensionen und Sozialleistungen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses	355
Investitionen – Abschreibung der Investitionen des laufenden Jahres und vorangegangener Jahre	39
NICHT IM VERWALTUNGSHAUSHALT ENTHALTENE BETRÄGE	
Investitionen – unmittelbar gemäß IFRS verbuchte Posten	30
Rückerstattung an die Allgemeine Abteilung (aus dem Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum, dem Post-Catastrophe Debt Relief Trust und der Abteilung Sonderziehungsrechte)	(105)
IM GEPRÜFTEN JAHRESABSCHLUSS AUSGEWIESENE VERWALTUNGSAUSGABEN INSGESAMT	1.385
MERKPOSTEN	
Im geprüften Jahresabschluss ausgewiesene Verwaltungsausgaben, insgesamt (Millionen SZR)	1.001

Quellen: IWF, Abteilung Finanzen und Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück. Die Umrechnungen basieren auf dem effektiven gewichteten durchschnittlichen Wechselkurs von der US\$/SZR im GJ 2017 von rund 1,38.

weiteren Einkünften richtete der IWF 2006 das Investment Account ein und legte seine Reserven an. 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium ein neues Einkommensmodell mit einer Dotation, die mit den Gewinnen aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des IWF finanziert wird. Im Zuge des neuen Einkommensmodells trat im Februar 2011 die Fünfte Änderung des IWF-Übereinkommens in Kraft; dadurch wurde das Investitionsmandat des IWF erweitert, damit der IWF höhere Renditen auf seine Investitionen erzielen und seine Finanzlage über die Jahre hinweg weiter stärken kann. Im Januar 2013 verabschiedete das Exekutivdirektorium Regeln und Vorschriften für das Investment Account und setzte das erweiterte Investitionsmandat des IWF nach Maßgabe der Fünften Änderung um. Das Direktorium prüfte die Anlagestrategie für die Reserven des Fonds im Juli 2016 und verabschiedete neue Regeln.

Kasten 3.1 Fortschritte bei der Renovierung von HQ1

Die Renovierungsarbeiten im älteren der beiden Gebäude am IWF-Hauptquartier (HQ1) in Washington DC wurden auch im GJ 2017 fortgesetzt. Die Jahresversammlung 2016 konnte wieder in beiden Gebäuden abgehalten werden, und die Frühjahrsversammlung 2017 fand zum ersten Mal seit 2014 auf einem gemeinsamen Campus statt.

Die Renovierungsarbeiten schreiten voran, wobei jeweils drei Büroetagen gleichzeitig von den Baumaßnahmen betroffen sind, und es zu zeitweiligen Verlegungen von Mitarbeitern in das zweite Gebäude des IWF (HQ2) und in nahegelegene angemietete Räumlichkeiten kommt.

Der Hauptzweck dieser umfassenden Renovierung ist die notwendige Erneuerung veralteter und störungsanfälliger gebäudetechnischer Systeme. Das Projekt strebt die Zertifizierung



Öffentliche Bereiche des HQ1-Gebäudes wurden im Laufe des Jahres wiedereröffnet.

nach LEED (Leadership in Energy and Environmental Design) an und wendet umweltfreundliche Design- und Baupraktiken an, die weniger umweltbelastend sind. Nach Abschluss des Bauvorhabens 2020 werden die Energiekosten für das renovierte Gebäude voraussichtlich deutlich niedriger ausfallen und dazu beitragen, dass der IWF die höchsten Nachhaltigkeitsstandards erreichen kann.

Gebühren

Angesichts der starken Kreditvergabetätigkeit und der gegenwärtig niedrigen Investitionsrenditen sind die Gebühren, die auf ausstehende Kredite erhoben werden, weiterhin die Haupteinkommensquelle des IWF. Der Grundgebührensatz (der Zinssatz) auf IWF-Finanzierung umfasst den SZR-Zinssatz sowie einen unveränderlichen, in Basispunkten ausgedrückten Aufschlag. Nach der vom Exekutivdirektorium im Dezember 2011 verabschiedeten Regel wird der Aufschlag alle zwei Jahre überprüft und so festgelegt, dass er die Vermittlungskosten des IWF im Zusammenhang mit der Kreditvergabe deckt und den Aufbau seiner Reserven ermöglicht. Die Regel sieht zudem eine Gegenprüfung vor, um sicherzustellen, dass der Gebührensatz angemessen an die Marktkonditionen für langfristige Kredite angeglichen ist. Im April 2016 einigte sich das Exekutivdirektorium darauf, den Aufschlag für die Gebühr bis Ende April 2018 bei 100 Basispunkten zu belassen. Die Marge wird 2018 einer erneuten Überprüfung unterworfen.

Der IWF erhebt auch Aufschläge auf die Verwendung hoher Kreditsummen in den Kredittranchen und unter Erweiterten Vereinbarungen. Nach dem Inkrafttreten der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung revidierte das Exekutivdirektorium die quotenbasierten Schwellenwerte, ab denen Aufschläge erhoben werden, um den Folgen der Quotenverdoppelung entgegenzuwirken. Sogenannte volumenbasierte Aufschläge von 200 Basispunkten

werden auf Kredite erhoben, die über 187,5 Prozent der Quote eines Mitglieds liegen. Zudem werden zeitbasierte Aufschläge von 100 Basispunkten auf Kredite über dem gleichen Schwellenwert erhoben, die mehr als 36 Monate in den Kredittranchen oder 51 Monate unter der Extended Fund Facility ausstehen.

Neben den Grundgebühren und Aufschlägen erhebt der IWF auch Servicegebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Auf jede Kreditziehung aus dem Konto für allgemeine Ressourcen (GRA) wird eine Servicegebühr von 0,5 Prozent erhoben. Auf Vereinbarungen aus dem GRA, wie etwa Standby, Vereinbarungen zur Extended oder Flexible Credit Line und zur Precautionary and Liquidity Line, wird für die in jedem 12-Monatszeitraum verfügbaren Beträge eine rückerstattungsfähige Bereitstellungsgebühr erhoben. Bereitstellungsgebühren betragen 15 Basispunkte auf zugesicherte Beträge bis zu 115 Prozent der Quote, 30 Basispunkte zwischen 115 und 575 Prozent und 60 Basispunkte über 575 Prozent. Die Gebühren werden im Verhältnis zu den erfolgten Ziehungen erstattet, wenn der Kredit in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren auf überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Vergütung und Zinsen

Was die Ausgabenseite anbelangt, zahlt der IWF seinen Mitgliedern Zinsen (Vergütung) auf ihre Gläubigerpositionen im GRA (sogenannte vergütete Reservetranchenpositionen). Das

Tabelle 3.3

Rückstände gegenüber dem IWF von Ländern mit Verbindlichkeiten, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art, Stand 30. April 2017 (Millionen SZR)

	Insgesamt	Nach Art	
		Allgemeine Abteilung (einschließlich Strukturanpassungsfazität)	Treuhandfonds
Somalia	237,9	229,6	8,4
Sudan	966,8	884,1	82,7
Insgesamt	1.204,7	1.113,6 ??	91,1
Quelle: IWF, Abteilung Finanzen.	1.285,7 ??	1.116,2 ??	90,7 ???

IWF-Übereinkommen schreibt vor, dass der Vergütungssatz nicht über dem SZR-Zinssatz und nicht unter 80 Prozent des SZR-Zinssatzes liegen darf. Der Grundvergütungssatz entspricht derzeit dem SZR-Zinssatz, der auf einem gewichteten Durchschnitt repräsentativer Zinssätze auf kurzfristige Schuldinstrumente an den Geldmärkten der Währungen im SZR-Korb basiert, vorbehaltlich einer Untergrenze von 5 Basispunkten. Der IWF zahlt auch Zinsen zum SZR-Satz auf ausstehende Kreditnahmen unter den bilateralen Darlehen und Wechselkaufvereinbarungen sowie den erweiterten Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow, NAB).

Lastenteilung

Die Gebühren- und Vergütungssätze werden nach einem Lastenteilungsmechanismus angepasst, der die Kosten überfälliger Verbindlichkeiten gegenüber dem GRA gleichmäßig zwischen Schuldner- und Gläubiger-Mitgliedern verteilt. Einkommensverlust aufgrund von Zinsen, die sechs oder mehr Monate überfällig sind, wird im Rahmen der Lastenteilung durch Erhöhung des Gebührensatzes und Senkung des Vergütungssatzes ausgeglichen. Die auf diese Weise eingezogenen Beträge werden bei Begleichung der unbezahlten Gebühren zurückerstattet.

Im GJ 2017 betrug die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze durchschnittlich 1,187 bzw. 0,182 Prozent.

Nettoertrag

Im GJ2017 betrug der Nettoertrag des IWF 1,9 Mrd. SZR (2,7 Mrd. US\$), was in erster Linie auf Einkünfte aus der hohen Kreditvergabetätigkeit, auf Einkünfte aus den im Investment Account gehaltenen Investitionen sowie Gewinne aus einer Bewertungsänderung der leistungsorientierten Verpflichtung des Fonds zurückzuführen war. Nach Maßgabe der International

Financial Reporting Standards (in ihrer gültigen Fassung IAS 19, Employee Benefits) enthält der Nettoertrag für das Geschäftsjahr einen Gewinn von 1 Mrd. SZR aus der unmittelbaren Anerkennung der Effekte und Erträge aus Kapitalanlagen aus Altersvorsorgeplänen sowie Änderungen bei versicherungsmathematischen Annahmen, die zur Berechnung der leistungsorientierten Verpflichtungen des Fonds aus Pensionsplänen.

Rückstände gegenüber dem IWF

Überfällige Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF fielen von 1.285,7 Mio. SZR per Ende April 2016 auf 1.204,7 Mio. SZR Ende April 2017 (Tabelle 3.3). Ende April 2017 hatten zwei Mitglieder – Somalia und Sudan – langfristige Rückstände gegenüber dem IWF (d. h. mehr als sechs Monate überfällig). Beide Länder haben Rückstände, die bis auf die Mitte der 1980er-Jahre zurückreichen und etwa 20 bzw. 80 Prozent der gesamten Rückstände ausmachen.

Simbabwe, das seit Februar 2001 Rückstände gegenüber dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) aufweist, beglich im Oktober 2016 alle offenen Verbindlichkeiten. Ein Drittel aller Rückstände bestand aus überfälligen Tilgungszahlungen und die anderen zwei Drittel aus überfälligen Gebühren und Zinsen. Gegenwärtig beziehen sich fast alle Zahlungsrückstände auf das GRA, und nur weniger als 8 Prozent auf den Treuhandfonds. Aufgrund der im August/September 2009 erfolgten SZR-Zuteilungen wurden alle langfristigen Fälle in der SZR-Abteilung pünktlich bedient.

Unter der verstärkten kooperativen IWF-Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen für langfristige Rückstände ergriffen. Ende des Geschäftsjahres waren Somalia und Sudan weiterhin nicht berechtigt, Mittel aus dem GRA zu nutzen.

PERSONALPOLITIK UND ORGANISATION

Um wirkungsvolle Arbeit in der Weltwirtschaft leisten zu können, muss der IWF eine ebenso hochqualifizierte wie vielfältige internationale Belegschaft anwerben und an sich binden. Im GJ 2017 begann der IWF mit der Entwicklung seiner mittelfristigen Personalstrategie und konzentrierte sich weiterhin auf die Schulung und Entwicklung von Führungskräften.

Die Belegschaft

Mit Stand vom 30. April 2017 beschäftigte der IWF 2.280 Fach- und Führungskräfte sowie 488 Verwaltungsmitarbeitern. Eine Übersicht der leitenden Mitarbeiter befindet sich auf Seite 100 und das Organigramm des IWF ist auf Seite 75 verfügbar.

Die Rekrutierung von insgesamt 218 neuen Stabsmitarbeitern 2016 war etwas höher als die entsprechende Zahl von 182 Neuanstellungen im Jahr 2015. 2016 wurden 14 Manager, 157 Fachkräfte und 47 Verwaltungsmitarbeiter neu eingestellt. Der IWF braucht Wirtschaftswissenschaftler mit weitreichender Erfahrung in Analyse und Politikgestaltung. 2016 wurden 20 Absolventen führender Universitäten im Rahmen des Economist Programms des Fonds und 80 erfahrene Ökonomen im mittleren Karrierealter neu eingestellt. Etwas weniger als die Hälfte dieser Neueinstellungen im mittleren Karrierealter waren Makroökonomien, der Rest Fachleute für den Finanzsektor und Fiskalpolitik.

2016 wurden 517 Vertragsbedienstete eingestellt. Insgesamt 13 Ökonomen aus fünf Ländern nahmen am Externally Financed Appointee Programm teil. Im Rahmen dieses Programms können bis zu 15 Regierungsmitarbeiter aus Mitgliedsländern zwei Jahre Arbeitserfahrung beim IWF sammeln. Die Kosten werden von den Mitgliedsländern über einen Treuhandfonds mehrerer Partner getragen. (Detaillierte Angaben zur Verteilung von IWF-Mitarbeitern nach Nationalität, Geschlecht und Länderkategorie finden sich in den Web-Tabellen 3.1–3.3; die IWF-Gehaltsstruktur ist aus Web-Tabelle 3.4 ersichtlich)

Vielfalt und Inklusion

Der IWF bemüht sich, die Vielfalt seiner Belegschaft in Bezug auf Herkunft, Geschlecht und Ausbildung zu gewährleisten. Per 30. April 2017 waren 143 der insgesamt 189 Mitgliedsländer in der Belegschaft des IWF vertreten. Auf Staatsangehörige unterrepräsentierter Regionen – wie beispielsweise Afrika südlich der Sahara, Ostasien, Naher Osten und Nordafrika – entfielen 29 Prozent der gesamten externen Neueinstellungen von Fachkräften im

Jahr 2016 aus. Zusätzliche Informationen und Angaben zu den laufenden Anstrengungen des Fonds zur Verbesserung von Vielfalt und Inklusion finden sich im 2016 IMF Diversity and Inclusion Annual Report.

Ernennungen und Veränderungen in der Geschäftsführung

Anfang des GJ 2017 erklärte der Stellvertretende Geschäftsführer

Kasten 3.2: Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Portrait



ANTOINETTE SAYEH war von Juli 2008 bis Ende August 2016 Direktorin der Abteilung Afrika beim IWF. Als Finanzministerin Liberias in der Postkonfliktperiode war sie für die Begleichung der langjährigen multilateralen Zahlungsrückstände des Landes, den Heavily Indebted Poor Countries

Decision Point und den Pariser Club verantwortlich und trug wesentlich zur Stärkung der öffentlichen Finanzen bei. Frau Sayeh hat einen Ph.D. in internationalen Wirtschaftsbeziehungen von der Fletcher School der Tufts University.

ABEBE AEMRO SELASSIE übernahm die Position des Direktors der Abteilung Afrika im September 2016. Selassie hatte zuvor als leitender Vor-Ort-Vertreter der Abteilung Afrika in Uganda und als Missionschef für Südafrika gewirkt und die Arbeit am *Regionalen Wirtschafts-ausblick* geleitet. Er blickt auf umfangreiche operative und Politikerfah-



rung in der Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Prüfung und der Abteilung Europa zurück. Er hatte zuvor für die Economist Intelligence Unit gearbeitet sowie als Chefvolkswirt für die äthiopische Regierung im Büro des Präsidenten. Er hat einen Master-Abschluss in Wirtschaftsgeschichte der London School of Economics.



MASOOD AHMED ging im Oktober 2016 in den Ruhestand, nachdem er acht Jahre lang als Direktor der Abteilung Naher Osten und Zentralasien gewirkt hatte, wo er die Beziehungen des IWF mit einer Region in einer Phase des politischen

rende Direktor Min Zhu seine Absicht, den IWF mit Ablauf seiner Amtszeit Ende Juli zu verlassen. Die Geschäftsführende Direktorin pries seine herausragende Arbeit für den Fonds in den vergangenen fünf Jahren und davor als Sonderberater der Geschäftsführenden Direktorin. „Seine bodenständige Art, sein großartiger Sinn für Humor und seine warmherzige Persönlichkeit ergänzen seinen formidablen Intellekt und seine Leidenschaft für die Volkswirtschaft, und machten ihn bei vielfältigen

Problemstellungen zu einer maßgeblichen Führungsperson“, sagte sie. In ihrer Mitteilung ließ die Geschäftsführende Direktorin auch verlauten, dass die Suche nach einem geeigneten Nachfolger im Gang sei.

Im Juli 2016 gab die Geschäftsführende Direktorin bekannt, dass sie **Herrn Tao Zhang**, den Stellvertretenden Gouverneur der Chinesischen Zentralbank (PBOC), mit Wirkung zum 22. August als Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktor des IWF er-

Übergangs und starker Turbulenzen während des Syrienkonflikts begleitete. Er trat dem IWF 2000 als Stellvertretender Direktor der Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Prüfung bei und wirkte von 2006 bis 2008 als Direktor der Abteilung Kommunikation. Ahmed verfügt über einen Postgraduierten-Abschluss in Volkswirtschaft der London School of Economics.



JIHAD AZOUR übernahm die Position des Direktors der Abteilung Naher Osten und Zentralasien im März 2017. Azour hatte zuvor von 2005 bis 2008 das Amt des libanesischen Finanzministers inne und koordinierte während seiner Amtszeit die Umsetzung wichtiger Reforminitiativen auf nationaler Ebene und im Finanzministerium. Er war Vorsitzender der G8-MENA Ministerial Group von 2006 bis 2008 und stand an der Spitze der III. Internationalen Pariser Konferenz für den Libanon, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Mobilisierung internationaler Finanzunterstützung für den Wiederaufbau des Libanons war. Azour hat einen Doktor in internationalen Finanzen und einen Postgraduierten-Abschluss in internationaler Ökonomie und Finanzwesen des Institut d'Études Politiques de Paris.



JOSÉ VIÑALS wirkte sieben Jahre lang als Volkswirtschaftlicher Berater und Direktor der Abteilung Geld- und Kapitalmärkte, wo er unermüdlich daran arbeitete, den IWF zu einer echten Makrofinanzinstitution zu machen. Vor seinem Eintritt beim IWF 2009 hatte Viñals eine erfolgreiche Karriere bei

der spanischen Notenbank, wo er das Amt des Stellvertretenden Gouverneurs bekleidete. Er hat einen Doktor in Volkswirtschaft der Universität Harvard.



TOBIAS ADRIAN trat dem IWF im Januar 2017 als Volkswirtschaftlicher Berater und Direktor der Abteilung Geld- und Kapitalmärkte bei. Er bringt umfassende operative und Politikerfahrung aus seinen verschiedenen Positionen bei der Federal Reserve Bank of New York mit, wo er Senior Vice President und Associate Director of Research war. Adrian promovierte am Massachusetts Institute of Technology.



MOISÉS SCHWARTZ wirkte von 2010 bis 2017 als Direktor des Unabhängigen Evaluierungsbüros. Schwartz war zuvor Präsident der Nationalen Kommission für Pensionsersparnisse in Mexiko. Er bekleidete das Amt eines Exekutivdirektors beim IWF und war davor Stabschef des mexikanischen Finanzministers und

Generaldirektor für Internationale Finanzangelegenheiten im Finanzministerium. Schwartz hat einen Doktor in Volkswirtschaft der University of California, Los Angeles.



CHARLES COLLYNS wurde mit Februar 2017 zum Direktor des Unabhängigen Evaluierungsbüros ernannt. Davor hatte Collyns seit August 2013 die Position des Geschäftsführenden Direktors und Chefökonom des Institute for International Finance bekleidet und als Assistant Secretary for International Finance im US-Finanzministerium gewirkt. Beim IWF war

er Stellvertretender Direktor der Abteilung Forschung und der Abteilung Westliche Hemisphäre. Collyns hat einen M. Phil. und D. Phil. in Volkswirtschaft der Universität Oxford.

nannt habe. Zhang hatte bereits vier Jahre lang als Chinas Exekutivdirektor beim IWF gedient. Davor bekleidete er mehrere Positionen bei der chinesischen Notenbank, wo er unter anderem Direktor der Rechtsabteilung und Direktor der Abteilung Finanzerhebungen und Statistik war. Zusätzlich arbeitete er für die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank. „Herr Zhang bringt eine überzeugende Kombination von internationaler Wirtschaftsexpertise, Politikerfahrung im öffentlichen Sektor sowie diplomatischen Fähigkeiten mit“, so Christine Lagarde. „Zudem verfügt er über umfangreiche Erfahrung mit internationalen Finanzinstitutionen, exzellente Kommunikations- und Verhandlungskompetenz sowie hervorragenden Kenntnissen über die Grundsatzpolitik und Verfahrensweisen des IWF.“

Struktur und Bezüge der Geschäftsführung

Das Exekutivdirektorium überprüft von Zeit zu Zeit die Gehälter des IWF-Managements. Der Gouverneursrat bewilligt das Gehalt der Geschäftsführenden Direktorin. Jährliche Gehaltsanpassungen erfolgen auf der Basis des Verbraucherpreisindex von Washington, D.C. Mit Stand vom 1. Juli 2016 war die Gehaltsstruktur des Managements wie folgt:

Geschäftsführende Direktorin:	\$500.600
Erster Stellvertretender Geschäftsführender Direktor:	\$435.280
Stellvertretende Geschäftsführende Direktoren:	\$414.570

Veränderungen unter den leitenden Stabsmitarbeitern

Am 15. September 2016 ernannte die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde Abebe Aemro Selassie zum Direktor der Abteilung Afrika des IWF, nachdem seine Vorgängerin Antoinette Sayeh in den Ruhestand gegangen war (siehe „Ausscheidende und neue leitende Mitarbeiter im Portrait“ in Kasten 3.2).

Am 28. November 2016 gab Christine Lagarde die Berufung von Tobias Adrian zum Finanzberater und Direktor der Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte bekannt. Er tritt die Nachfolge von José Viñals an, der den IWF verließ.

Am 1. Dezember 2016 gab Christine Lagarde die Ernennung von Jihad Azour zum Direktor der Abteilung Naher Osten und Zentralasien bekannt. Er folgt auf Masood Ahmed, der in den Ruhestand ging.

Am 14. Oktober 2016 wählte das Exekutivdirektorium Charles

Collins zum Direktor des Unabhängigen Evaluierungsbüros. Er tritt die Nachfolge von Moisés Schwartz an, dessen Amtszeit auslief.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Risikomanagement beim Fonds

Aufgrund seiner im IWF-Übereinkommen festgelegten Aufgabe ist der IWF einer Reihe finanzieller und anderer Risiken ausgesetzt. Im Februar 2016 billigte das Exekutivdirektorium ein Statement zur Risikoakzeptanz, das den Grad an Risiko angibt, den der IWF im Rahmen seiner Tätigkeit zu akzeptieren bereit ist und den er über einen längeren Zeitraum erfolgreich steuern kann. Das Statement wird regelmäßig überprüft, um etwaigen Änderungen des Exekutivdirektoriums und der Geschäftsführung an den bestehenden Grundsätzen und Verfahrensweisen Rechnung zu tragen.

Der IWF hat drei Verteidigungslinien für das aktive Risikomanagement. Erstens die Abteilungen, die für das Alltagsgeschäft zuständig sind, und interne Kontrollsysteme einrichten und warten, um Risiken, die diesem Geschäft innewohnen, aufzuspüren und zu steuern. Auf bestimmten Gebieten sorgen abteilungsübergreifende Ausschüsse für zusätzliche Risikoaufsicht. Die zweite Linie ist eine unabhängige Risk Management Unit, die für die Ausarbeitung und Pflege des Regelwerks zum Risikomanagement, die Bewertung des Gesamtrisikos und die Meldung des allgemeinen Risikoprofils des IWF an die Geschäftsführung und das Direktorium zuständig ist. Im Mittelpunkt stehen dabei Bereiche, in denen zusätzliche Abhilfemaßnahmen notwendig sind.

Die turnusmäßige Risikobewertung der Risk Management Unit fließt in den Strategie- und Haushaltsplanungszyklus des Fonds ein. Ein Risikoausschuss des Fonds unter Vorsitz des Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors bewertet und priorisiert Maßnahmen zur Risikominderung und stellt die Integration der Risikofunktion in der ganzen Institution sicher. Das Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection, OIA) – die dritte Verteidigungslinie – stellt die Wirksamkeit von Governance, Risikomanagement und internen Kontrollen sicher. Die letztendliche Verantwortung für die Pflege wirksamer Risikomanagement- und -abhilfemaßnahmen liegt bei Geschäftsführung und Exekutivdirektorium.

Der IWF überwacht und steuert aktiv vier weit gefasste Kategorien von Risiken: strategische Risiken, Risiken für die Kernfunktionen des IWF, funktionsübergreifende Risiken sowie Reputationsrisiken:

- Die *strategische* Zielsetzung wird von der Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin vorgegeben, in die die laufende Analyse auftauchender Problemstellungen für das internationale Währungssystem einfließt. Das Management strategischer

Risiken erfordert die Errichtung eines klaren strategischen Rahmenwerks, das von der mittelfristigen Haushaltsplanung unterstützt wird, sowie eine entsprechende Reaktion auf das sich wandelnde externe Umfeld.

■ Risiken im Zusammenhang mit den Kernfunktionen beziehen sich auf die Anpassung von Überwachung, Kreditvergabe und Kapazitätsentwicklung an die strategische Zielsetzung des IWF und seinen zugrunde liegenden Zielen bei gleichzeitigem Schutz seines Finanzierungsmodells. Beim Management von Kreditvergeberisiken – bei Programmen, die nicht ihre beabsichtigten Ziele erreichen – wendet der IWF ein vielschichtiges Rahmenwerk

an, das in erster Linie auf Zugangslimits, Programmgestaltung und Auszahlungsbedingungen beruht (*siehe Kasten 3.3*). Ein angemessenes Niveau an Risikorücklagen und der de facto bevorzugte Gläubigerstatus des Fonds sind ein integraler Bestandteil dieses Rahmenwerks.

■ Risiken in Bezug auf *funktionsübergreifende Aktiva* betreffen die Fähigkeit des Personals, der Technologie, der Sachwerte und anderer unterstützender Funktionen, den Fonds bei der Umsetzung seiner strategischen Zielsetzung zu unterstützen und etwaige Störungen in der wirksamen Ausübung seiner Kernfunk-

Kasten 3.3 Risikomanagement mit Sicherungsbewertungen

Wenn der IWF einem Mitgliedsland Finanzhilfe gewährt, wird eine Bewertung der Sicherungen durchgeführt. Damit soll in angemessenem Umfang festgestellt werden, ob die Zentralbank des Landes in der Lage ist, die Mittel des IWF adäquat zu verwalten und verlässliche Finanzdaten zu dem vom IWF gestützten Programm bereitstellen kann. Sicherungsbewertungen sind diagnostische Untersuchungen der Governance- und Kontrollregelwerke von Zentralbanken und ergänzen die übrigen vom IWF eingesetzten Sicherungsmaßnahmen, wie Zugangsbegrenzung, Konditionalität, Programmgestaltung, Maßnahmen, um fehlerhaften Datenmeldungen zu begegnen, sowie Überwachung in der Folgezeit eines Programms. Sie umfassen eine Bewertung der Geschäfte der Zentralbank in fünf Bereichen: externer Prüfungsmechanismus, rechtliche Struktur und Autonomie, Finanzberichtsweisen, interner Prüfungsmechanismus und internes Kontrollsystem.

Per Ende April 2017 wurden 297 Bewertungen von 96 Notenbanken durchgeführt; 13 dieser Bewertungen wurden im GJ 2017 abgeschlossen. Darüber hinaus führt der IWF weitere Maßnahmen zur Sicherung durch, solange seine Kreditmittel ausstehen; so überwacht er etwa die Umsetzung von Empfehlungen sowie andere Entwicklungen im Sicherungsregelwerk der Zentralbanken. Ungefähr 60 Zentralbanken unterliegen derzeit der Sicherungsüberwachung.

Das Exekutivdirektorium des IWF überprüft die Sicherungsrichtlinie alle fünf Jahre. Die letzte derartige Überprüfung, die 2015 stattfand, bestätigte die Wirksamkeit der Richtlinie und ihren positiven Beitrag zum übergeordneten Risikomanage-

mentrahmenwerk des IWF. Die Überprüfung bestätigte ebenfalls, dass der Sicherungsprozess den Notenbanken dabei geholfen hat, ihre Kontroll-, Prüf- und Meldepraktiken zu verbessern.

Das Sicherungsrahmenwerk wurde von Zeit zu Zeit nachgebessert, um den im Feld gemachten Erfahrungen und den Entwicklungen in der Industrie Rechnung zu tragen. Obwohl keine wesentlichen Änderungen vorgenommen wurden, bestand ein neues, in 2015 eingeführtes Element darin, dass in Fällen mit direkter Haushaltsfinanzierung ein risikobasierter Ansatz angewandt wird, um fiskalische Sicherungsbewertungen von Finanzministerien durchzuführen. Die Prüfungen gelten nur für Vereinbarungen, bei denen ein Mitglied außergewöhnlichen Zugang zu Fondsmitteln beantragt und ein wesentlicher Anteil der Mittel, d. h. mindestens 25 Prozent, zur Finanzierung des Staatshaushalts herangezogen wird. Bislang sind noch keine derartigen Fälle eingetreten.

Zudem wurden im GJ 2017 regionale Seminare zum Thema Sicherung am Regionalen Ausbildungszentrum in Singapur und mit der Joint Partnership for Africa in Pretoria, Südafrika, durchgeführt. Die Seminare vermitteln bewährte internationale Praktiken auf dem Gebiet der Sicherung und bieten Notenbankbeamten eine Plattform für den Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus wurde ein hochrangiges Forum über Governance in Dubai abgehalten. Die Teilnehmer waren hochrangige Beamte von Notenbanken und ihre externen Prüfer. Das Forum beleuchtete unterschiedliche Ansätze und verschiedene Meilensteine der teilnehmenden Notenbanken bei der Stärkung der Aufsicht und zeigte Faktoren auf, die zu guter Governance beitragen, wie beispielsweise die interne Revision, das Risikomanagement und Rechnungsprüfungsausschüsse

tionen zu vermeiden. Als funktionsübergreifende Risiken gelten auch Einkommens- und Investitionsrisiken.

- *Reputationsrisiko* bezieht sich auf die Möglichkeit, dass Interessenvertreter den IWF in einem negativen Licht sehen, was sich negativ auf dessen Glaubwürdigkeit und politische Zugkraft auswirken könnte.

Prüfungsverfahren

Die Prüfungsverfahren des IWF umfassen eine externe Prüfungsgesellschaft, eine interne Revisionsfunktion und einen unabhängigen externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee, EAC), der gemäß der Satzung des IWF die allgemeine Aufsicht über die Jahresprüfung führt.

EXTERNER RECHNUNGSPRÜFUNGS-AUSSCHUSS

Die drei Mitglieder des EAC werden vom Exekutivdirektorium ausgewählt und von der Geschäftsführenden Direktorin bestellt. Die Mitglieder versehen ihren Dienst gestaffelt für jeweils drei Jahre und sind vom IWF unabhängig. Sie sind Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer und müssen die notwendigen Sachkenntnisse und Qualifikationen besitzen, um die Aufsicht über die jährliche Prüfung durchführen zu können. In der Regel bringen die Mitglieder des EAC umfangreiche Erfahrung in internationalen Wirtschaftsprüfungsfirmen, im öffentlichen Sektor oder im Hochschulbereich mit.

Das EAC bestimmt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Es tritt jedes Jahr, zumeist im Januar oder Februar, in Washington, D.C. zusammen, um die Planung für die jährliche Rechnungsprüfung zu beaufsichtigen, im Juni nach Abschluss der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Revisoren halten das ganze Jahr über Rücksprache mit den Mitgliedern des EAC. Die Mitglieder des EAC im Jahr 2017 waren Mary Barth, Professorin für Rechnungswesen an der Stanford University, Kamlesh Vikamsey, Wirtschaftsprüfer und Teilhaber einer Wirtschaftsprüfungsfirma in Indien, und Kathy Hodge, Wirtschaftsprüferin und Partnerin bei einer internationalen Wirtschaftsprüfungsfirma in Antigua und Barbuda.

EXTERNE PRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Die externe Prüfungsgesellschaft wird vom Exekutivdirektorium in Rücksprache mit dem EAC gewählt und von der Geschäftsfüh-

renden Direktorin bestellt. Sie ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Abgabe des Prüfungsgutachtens über die Finanzausweise des IWF, einschließlich der gemäß Artikel V Abschnitt 2 Buchstabe b des IWF-Übereinkommens verwalteten Konten und des Angestelltenpensionsplans. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung informiert der EAC das Exekutivdirektorium über die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung und übermittelt den Bericht der externen Prüfungsgesellschaft über die Geschäftsführende Direktorin und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat zur Kenntnisnahme.

Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt, der um bis zu fünf weitere Jahre verlängert werden kann. PricewaterhouseCoopers wurde im November 2014 als externe Prüfungsgesellschaft des IWF bestellt. Die externe Prüfungsgesellschaft darf gewisse Beratungsdienstleistungen bereitstellen, ausgenommen unzulässiger Dienstleistungen und vorbehaltlich zuverlässiger Schutzmaßnahmen, die die Unabhängigkeit der Prüfungsgesellschaft gewährleisten. Die besagten Schutzmaßnahmen umfassen die Beaufsichtigung durch das EAC des IWF und die Zustimmung des Exekutivdirektoriums bei Beratungshonoraren über einer bestimmten Höhe.

BÜRO FÜR INTERNE REVISION UND INSPEKTION

Das Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection, OIA) nimmt eine unabhängige Sicherungs- und Beratungsfunktion wahr, die dem Schutz und der Stärkung des IWF dienen soll. Das OIA hat ein doppeltes Mandat: 1) Es bewertet die Wirksamkeit der Governance, des Risikomanagements und der internen Kontrollen des IWF und 2) berät und fördert Maßnahmen zur Verbesserung von Geschäftsprozessen des Fonds, indem es bewährte Praktiken und die Entwicklung kosteneffizienter Kontrollmechanismen vorschlägt. Zur Wahrung seiner Unabhängigkeit berichtet das OIA an die Geschäftsleitung und untersteht funktional dem Externen Rechnungsprüfungsausschuss.

Im GJ 2017 umfasste die Arbeit des OIA die Zahlungen der Quotenerhöhung unter der Vierzehnten Allgemeinen Überprüfung der Quoten, die Strategie des IWF bezüglich des Identitäts- und Zugangsmanagements (zur Steuerung des Zugangs von Personen zu Informationen), die Kontrollen des IWF, um Risiken im Zusammenhang mit Drittanbietern zu managen, sowie eine unabhängige Einschätzung des Prototyps des Economic Data Registry des Fonds.

Darüber hinaus legte das OIA den Achten Periodischen Überwachungsbericht (Periodic Monitoring Report, PMR) zum Status der Implementierungspläne in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten Empfehlungen durch das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office, IEO) vor. Das war der dritte derartige Bericht des OIA. Der Bericht beurteilte die im vergangenen Jahr erzielten Fortschritte in Bezug auf die in den vier Management Implementation Plans enthaltenen Maßnahmen basierend auf den jüngsten IEO-Evaluierungen zusätzlich zu weiteren vier Maßnahmen, bei denen individuelle Aktionen des Managements im Siebten PMR als „laufend“ beschrieben wurden. Der Evaluierungsausschuss des Exekutivdirektoriums überprüfte den Achten PMR im März 2017, bevor ihn das Exekutivdirektorium im April 2017 bewilligte.

Das Exekutivdirektorium wird zweimal jährlich über die Arbeit des OIA in einem Tätigkeitsbericht unterrichtet, der Informationen zu den Prüfergebnissen und den Status von Prüfeempfehlungen enthält. Das jüngste informelle Briefing des Direktoriums zu diesen Themen erfolgte im Januar 2017.

INDEPENDENT EVALUATION OFFICE

Das Independent Evaluation Office (IEO) wurde im Jahr 2000 eingerichtet, um unabhängige und objektive Bewertungen der Politik und Tätigkeit des IWF durchzuführen. Gemäß seinem Mandat ist das IEO völlig unabhängig von Geschäftsführung und Stab des IWF und handelt eigenständig gegenüber dem Exekutivdirektorium des Fonds. Seine Aufgabe besteht darin, die Lernkultur innerhalb des IWF zu verbessern, die Glaubwürdigkeit des IWF nach außen zu stärken und die institutionelle Governance- und Aufsichtsfunktionen des Exekutivdirektoriums zu unterstützen.

Direktoriumsüberprüfungen der Berichte und Empfehlungen des IEO

DER IWF UND DIE KRISEN IN GRIECHENLAND, IRLAND UND PORTUGAL

Im Juli 2016 überprüfte das Exekutivdirektorium einen Bericht des IEO über den IWF und die Krisen in Griechenland, Irland und Portugal. Die Exekutivdirektoren hießen den Bericht willkommen und lobten die beigefügte Erklärung der Geschäftsführenden Direktorin. Sie fanden, dass die Ergebnisse des Berichts wertvolle Erkenntnisse und Lehren für den Umgang mit Krisen in Mitgliedsländern von Währungsunionen lieferten. Zudem unterstrichen die Direktoren, dass die Arbeit des IEO wesentlich

dazu beitrage, die Lernkultur im IWF zu fördern und die Glaubwürdigkeit des Fonds nach außen zu stärken und die Aufsichtspflichten des Exekutivdirektoriums zu unterstützen.

Die Direktoren teilten den Grundtenor der Haupteckdaten des IEO an und drückten ihre breite Unterstützung für dessen Empfehlungen mit einigen Vorbehalten aus. Die Direktoren räumten ein, dass der Fonds zwar aus den Erfahrungen der drei Krisenprogramme der Eurozone lernen muss, es aber wichtig sei, den damals vorherrschenden schwierigen und beispiellosen Umständen Rechnung zu tragen. Zu den größten Herausforderungen zählten der abrupte Verlust des Marktzugangs, die Notwendigkeit, massive Ungleichgewichte ohne Anpassung des nominalen Wechselkurses zu beseitigen, sowie das Fehlen von Schutzwällen im Euroraum. Zudem merkten die Direktoren an, dass die Ungewissheit und Ansteckungsgefahr vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise akut waren. Sie wiesen darauf hin, dass die Arbeit des IWF in diesen Krisenfällen in diesem breiteren Kontext bewertet werden muss, da der Fonds hier absolutes Neuland betreten hatte.

Vor diesem Hintergrund kamen die Direktoren zu dem Schluss, dass es im Rahmen der vom Fonds unterstützten Programme gelungen sei, die zum Bau von europäischen Schutzwällen notwendige Zeit zu gewinnen, ein Ausbreiten der Krise zu verhindern und sowohl Wachstum als auch Marktzugang in Irland und Portugal wiederherzustellen. Sie merkten an, dass die politische Ökonomie der griechischen Krise einzigartig und komplex gewesen sei. Die Direktoren bewerteten die beispiellose Aktion der Troika insgesamt als wirksam und hoben insbesondere hervor, wie sich das Engagement des Fonds im Laufe der Zeit verändert hat. Gleichwohl hat vielleicht die Tatsache, mit den europäischen Partnern sich abstimmen und einigen zu müssen, die Flexibilität des IWF als Krisenmanager beeinträchtigt und für Kritik gesorgt, dass sein Entscheidungsfindungsprozess nicht transparent genug sei.

Die Geschäftsführung und der Stab trugen der Diskussion bei der Formulierung des Umsetzungsplanes, einschließlich der Ansätze zur Überwachung von Fortschritten, nach Maßgabe bewährter Praktiken Rechnung.

DIE MULTILATERALE ÜBERWACHUNG DURCH DEN IWF

Im März 2017 gab das IEO eine Aktualisierung der 2006 erfolgten Evaluierung der multilateralen Überwachung durch den IWF heraus. Das IEO konstatierte wesentliche Fortschritte bei der Erreichung der in der Evaluierung von 2006 gesteckten Ziele, da die

globale Finanzkrise als Katalysator für viele Reformen diente. Die besagten Fortschritte umfassten die Integrated Surveillance Decision von 2012, neue Aktivitäten zur Schließung von Lücken in Vorkrisenanalysen unter anderem in Bezug auf Schwachstellen und Spillover-Effekten in fortgeschrittenen Volkswirtschaften sowie eine besser strukturierte Debatte über makrofinanzielle Risiken durch die Frühwarnübung. Gleichzeitig wurde jedoch die Aufgabe erschwert, die Kohärenz zwischen der gestiegenen Zahl an sich überschneidenden Produkten zu gewährleisten.

Das Arbeitsprogramm des IEO

Zusätzlich zur Durchführung der oben angeführten Projekte setzte das IEO seine Arbeit im Zusammenhang mit der Evaluierung des Umgangs mit dem Thema Sozialschutz durch den IWF fort und leitete im GJ 2017 zwei weitere Evaluierungen ein. Bei der Einschätzung, wie der IWF mit dem Thema Sozialschutz umgeht, wird beleuchtet, wie der IWF der steigenden Aufmerksamkeit Rechnung trägt, die dem Sozialschutz und den zunehmenden Bedenken gewidmet wird, einem Absinken des Wohlbefindens gefährdeter Gruppen vorzubeugen bzw. dasselbe abzufedern. Mit Blick auf die vergangenen zehn Jahre konzentriert sich die Evaluierung auf die Rolle und Vorgehensweise des IWF zum Thema Sozialschutz auf institutioneller Ebene, die operative Arbeit des IWF hinsichtlich Sozialschutz auf Länderebene (im Kontext der volkswirtschaftlichen Überwachung, Kreditvergabe und technischen Hilfe) und die Zusammenarbeit des IWF mit anderen Institutionen, die eine direktere Rolle bei der Konzipierung, Finanzierung und Bewertung von sozialpolitischen Schutzmaßnahmen, Strategien und Programmen spielen. Das IEO legte diese Bewertung im Juli 2017 dem Exekutivdirektorium zur Diskussion vor.

Eine Evaluierung der Arbeit des IWF mit fragilen Staaten analysiert, welche Rolle der Fonds in Ländern in der Konfliktfolgezeit und prekären Situationen durch Politikberatung, Programmgestaltung (mit und ohne Finanzierung) und Kapazitätsaufbau spielt. Die Evaluierung beleuchtet in erster Linie das allgemeine Rahmenwerk des IWF-Engagements, die Frage, wie der Fonds mit externen Stakeholdern interagiert, sowie die Rolle des Exekutivdirektoriums und interne personalbezogene Themen. Das Exekutivdirektorium erörterte im November 2016 den Entwurf eines Themenpapiers für diese Evaluierung. Das IEO wird dem Exekutivdirektorium voraussichtlich gegen Ende des GJ 2018 einen Bericht vorlegen.

Eine vor Kurzem begonnene Evaluierung der Finanzüberwachung durch den IWF befindet sich im Anfangsstadium. Der

Bericht befasst sich mit den Anstrengungen des Fonds zur Stärkung der Finanzüberwachung seit dem Beginn der globalen Finanzkrise. Er untersucht die Relevanz, Qualität und Wirksamkeit von Produkten und Aktivitäten der Überwachung durch den IWF sowohl auf bilateraler als auch multilateraler Ebene. Zudem leitete das IEO zwei Aktualisierungen von Evaluierungen ein, die im GJ 2018 geplant sind: „IMF Exchange Rate Policy Advice, 1999–2005: Revisiting the 2007 IEO Evaluation“ (IWF-Beratung zur Wechselkurspolitik, 1999–2005: eine Neuauflage der 2007 erfolgten IEO-Evaluierung) und „Structural Conditionality in IMF-Supported Programs: Revisiting the 2007 IEO Evaluation“ (Strukturelle Konditionalität in Programmen mit IWF-Unterstützung: Eine Neuauflage der 2007 erfolgten IEO-Evaluierung).

Mit Blick auf die Zukunft erwägt das IEO in Absprache mit verschiedenen Stakeholdern Themen für weitere Evaluierungen. Eine Liste möglicher Themen, die als Konsultationsgrundlage dienen sollen, wird Anfang des GJ 2018 erstellt und dem Bewertungsausschuss des Exekutivdirektoriums vorgelegt. Informationen und Dokumentationen über die abgeschlossenen, laufenden und künftigen Evaluierungen des IEO finden sich auf www.ieo-imf.org.

Die Implementierung der vom Exekutivdirektorium gebilligten Empfehlungen

Im November 2016 billigte das Exekutivdirektorium den Managementimplementierungsplan (MIP) für die Evaluierung von „Behind the Scenes with Data at the IMF“ (Hinter den Kulissen mit Daten beim IWF). Die Diskussion konzentrierte sich auf das Timing und die Vorgehensweisen für die Formulierung einer Langzeitstrategie im Zusammenhang mit Daten und Statistiken, wie von der Evaluierung vorgeschlagen. Der MIP sieht vor, dass diese Strategie von einer Arbeitsgruppe nach erfolgter umfassender Konsultation im gesamten IWF entworfen und dem Exekutivdirektorium bis spätestens Ende 2017 vorgelegt werden soll.

Der MIP für die Evaluierung „The IMF and the Crises in Greece, Ireland, and Portugal“ (Der IWF und die Krisen in Griechenland, Irland und Portugal) wurde vom Exekutivdirektorium im Februar 2017 gebilligt. Dieser Plan unterstrich die laufenden Bemühungen des IWF, die analytischen Grundlagen seiner Arbeit zu stärken, um den Spielraum für politische Intervention in der technische Analyse des IWF zu minimieren und ein Direktoriumspapier zur Programmgestaltung in Ländern der Währungsunion und zur Kooperation mit regionalen Finanzierungsvereinbarungen zu erstellen. Der Bericht erwähnte ebenfalls die Erstel-

lung eines Protokolls zum Informationsaustausch zwischen dem IEO und dem IWF-Stab.

Im April 2017 billigte das Exekutivdirektorium den Achten Periodischen Überwachungsbericht (Periodic Monitoring Report, PMR) zum Status der Implementierungspläne in Reaktion auf die vom Direktorium befürworteten Empfehlungen durch das Unabhängige Evaluierungsbüro (Independent Evaluation Office, IEO). Der Bericht befand, dass die Durchführung von empfohlenen und gebilligten Handlungsschritten seit dem letzten Bericht uneinheitlich gewesen sei, wobei sich bei jüngeren MIPs schnellere Fortschritte zeigten, während älteren Pläne von langsameren Fortschritten begleitet waren. Generell fand das Exekutivdirektorium, dass das Engagement von Management und Stab hinsichtlich der zeitgerechten Implementierung noch ausstehender Handlungsschritte unvermindert sei.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND EINBINDUNG EXTERNER STAKEHOLDER

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der IWF zwei Ziele: erstens, externen Stimmen Gehör zu schenken, um ihre Bedenken und Sichtweisen besser zu verstehen und dadurch die Relevanz und Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung durch den IWF zu verbessern; zweitens, der Außenwelt zu einem tieferen Verständnis der Ziele und der Arbeit des IWF zu verhelfen. Die Abteilung Kommunikation des IWF trägt die Hauptverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit des IWF und seine Beziehungen zu externen Stakeholdern.

Die Kommunikationsstrategie hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Vorgehensweise des IWF gewandelt, und zwar von mehr Transparenz hin zu einem proaktiveren Engagement mit den Medien und anderen Stakeholdern. Dies soll dazu dienen, die Grundsatzpolitik und Tätigkeit des IWF zu erläutern, den Fonds in die Lage zu versetzen, an der intellektuellen Debatte über wichtige Wirtschaftsthemen teilzunehmen und zu derselben beizutragen, sowie das wechselseitige Lernen und den Dialog unter der globalen Mitgliedschaft des IWF zu fördern.

So wie die meisten modernen Organisationen setzt der IWF die Kommunikation jetzt auch als strategisches Mittel zur Stärkung seiner Effizienz ein. Strategisches Engagement durch neue Technologien wie soziale Medien, Videos, Blogs und Podcasts gewinnt in der Kommunikationsstrategie des IWF zunehmend an Bedeutung. In der heutigen Welt, die einem stetigen Wandel un-

terliegt, wendet sich der Fonds gleichzeitig an neue Gruppen von Einflussnehmern, einschließlich zivilgesellschaftlicher Organisationen und Netzwerken des Privatsektors.

Der IWF pflegt auch den Kontakt zu Parlamentariern, einer Gruppe, die eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Entscheidungsfindungsprozess ihrer jeweiligen Länder spielt. Dies geschieht hauptsächlich über das Parlamentarische Netzwerk der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, aber auch durch gezielte Arbeit in den Ländern und Regionen.

Die jährliche Zweitageskonferenz des Parlamentarischen Netzwerks wurde während der Frühjahrsversammlung von IWF und Weltbank abgehalten und von etwa 170 Parlamentsmitgliedern (MPs) aus allen Regionen besucht. Die Geschäftsführende Direktorin Christine Lagarde und der Präsident der Weltbank Jim Yong Kim hielten ein Town Hall Meeting mit den MPs ab. Darüber hinaus kam zum Austausch zwischen IWF-Mitarbeitern und MPs über eine Reihe von Themen, wie beispielsweise Korruption, Wachstumsaussichten in Afrika südlich der Sahara, Ungleichheit und Beschäftigung.

In Vorbereitung der Jahresversammlungen 2018, die in Indonesien stattfinden werden, organisierte das Parlamentarische Netzwerk ebenfalls ein zweitägiges Seminar in Singapur für MPs aus Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Vietnam. Das Seminar befasste sich neben länderspezifischen Themen auch mit den wirtschaftlichen Risiken für den Verband Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN) und der Frage, wie legislative Reformen Investitionen ankurbeln können.

Über 40 MPs aus zehn Ländern – Algerien, Bahrain, Dschibuti, Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko und Tunesien – trafen sich in Tunis, um die neue Ortsgruppe des Parlamentarischen Netzwerks für den Nahen Osten und Nordafrika ins Leben zu rufen. Es wurden auch Podiumsdiskussionen zu Themen wie regionale Wirtschafts- und Governance-Reformprioritäten, die Rolle regionaler Netzwerke, Jugendarbeitslosigkeit und fragile Staaten durchgeführt.

Zudem organisierte das Parlamentarische Netzwerk auf regionaler Ebene einen dreitägigen Feldbesuch in Nairobi mit etwa 20 MPs aus Belgien, Benin, Burundi, Kamerun, Kanada, Frankreich, Liberia, Madagaskar, Pakistan, Schweden, Senegal, Tansania, Tunesien, der Türkei und Uganda, wo man sich mit Vertretern aus Regierung, Zivilgesellschaft, dem Diplomatischen Korps und dem Privatsektor traf, um Themen wie Korruption, Wachstum,

Schaffung von Arbeitsplätzen, Geschlechterfragen, technische Hilfe des IWF und Kapazitätsentwicklung zu behandeln.

Der IWF brachte ebenfalls MPs aus Albanien, dem Kosovo, Moldawien, Serbien und der Ukraine für ein Spezialseminar am Joint Vienna Institute zusammen. Das Seminar, das in mehreren Sprachen abgehalten wurde, umfasste Präsentationen über länderspezifische Themen, Governance, Fiskalpolitik und Institutionen sowie die Autonomie von Notenbanken.

Das **Civil Society** Fellowship Program des IWF, das vor zehn Jahren gegründet wurde, sponsorte die Teilnahme von 50 Vertretern von zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 36 einkommensschwachen Entwicklungsländern an den Frühjahrs- und Jahrestagungen von IWF und Weltbank. Im Rahmen der Versammlungen fand das Civil Society Policy Forum statt, an dem mehr als 90 Podiumsgespräche zu Themen wie Ungleichheit, Geschlechterfragen, Verschuldung, das Management von öffentlichen Finanzen, internationale Besteuerung, Nahrungs- und Energiesubventionen und Korruption durchgeführt wurden. An vielen dieser Gespräche, die von Zivilgesellschaften organisiert wurden, nahmen IWF-Vertreter teil. Während der 2016 Jahresversammlung führten ActionAid und das Bretton Woods Projekt gemeinsam mit dem IWF ein Flagship Seminar über Geschlechterfragen mit einer Grundsatzrede des Ersten Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors David Lipton durch – eine erstmals in dieser Form durchgeführte Veranstaltung.

Neben den Frühjahrs- und Jahrestagungen hatte der IWF Kontakt mit Vertretern der Zivilgesellschaft durch bilaterale Treffen, Briefings, Workshops und Online-Beratungen über Themen wie Schuldentragfähigkeit in einkommensschwachen Entwicklungsländern, Governance, Ungleichheit und soziale Absicherungsmaßnahmen. Außerhalb des IWF-Hauptquartiers ergänzten regionale Veranstaltungen in Kenia und Jordanien die laufenden Tätigkeiten mit der lokalen Zivilgesellschaft im Rahmen IWF-Stabsmissionen. Auch die Geschäftsführende Direktorin traf sich mit Vertretern von ugandischen Organisationen der Zivilgesellschaft während ihres Besuchs, wo die Themen Governance, Fiskalpolitik und internationale Besteuerung erörtert wurden.

Es ist sehr wichtig, die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Beschäftigung zu verstehen und ihnen zu begegnen. Deshalb setzte der IWF sein laufendes Engagement mit **Arbeitsorganisationen** auf globaler, regionaler und nationaler Ebene fort.

In seinem Hauptquartier richtete der IWF sein zweijährliches hochrangiges Treffen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund aus. 70 Gewerkschaftsvertreter aus 30 Ländern trafen sich mit der Geschäftsführenden Direktorin und IWF-Mitarbeitern, um über Politiktools zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum, Arbeitsmarktpolitik, Einkommens- und Geschlechterungleichheit, Klimawandel und Energie zu sprechen.

Der IWF legt weiterhin großen Wert auf seinen Dialog mit der **Jugend** als Impulsgeber von heute und Entscheidungsträger von



morgen. Bei ihren Länderbesuchen treffen sich Mitglieder der IWF-Geschäftsleitung und leitende Mitarbeiter oft mit Studenten, jungen Unternehmern und jungen Führungskräften, um sich über Themen auszutauschen, die für die Jugend der jeweiligen Länder von Bedeutung sind. Im Rahmen des Youth Fellowship Program lädt der IWF auch junge Führungskräfte zur Teilnahme an den Frühjahrs- und Jahrestagungen ein, wo sie an verschiedenen Veranstaltungen und Seminaren teilnehmen und mit politischen Entscheidungsträgern und IWF-Mitarbeitern zusammen treffen können. 130 Hochschulstudenten aus dem Großraum Washington, DC nahmen an der Frühlingstagung 2017 teil.

Mit dem IMF Youth Dialogue während der Jahrestagungen bietet der IWF darüber hinaus jungen globalen Führungspersonlichkeiten eine Plattform an, über die sie Ideen und Erfahrungen zu Themen austauschen können, die ihnen wichtig sind. Das Thema des IMF Youth Dialogue 2016 war die Auswirkung von Korruption in ihrem jeweiligen Land und Wege und Mittel zu deren Bekämpfung. Darüber hinaus lud der IWF Phiona Mutesi, eine junge Schachmeisterin aus Uganda und die Protagonistin des Films „Königin von Katwe“ ein, die über ihre Kindheit in einem Armenviertel von Katwe berichtete.

Engagement durch soziale Unternehmensverantwortung

Durch seine Programme für soziale Unternehmensverantwortung bekennt sich der IWF zu seiner Verantwortung als Orga-

nisation, sich für das Wohlergehen und die Nachhaltigkeit der Gemeinschaft und des breiter gefassten Umfelds einzusetzen, in dem er tätig ist. Dank seiner anhaltenden Bemühungen zur Reduzierung seiner CO₂-Emissionen arbeitet der Fonds nun CO₂-neutral. Hinzu kommt, dass der IWF CO₂-Kompensationszahlungen tätigt, die seinem Gesamt-CO₂-Ausstoß entsprechen oder darüber liegen. Diese Kompensationszahlungen unterstützen umweltfreundliche Projekte in acht Ländern. Durch den Einkauf von kompostierbarem Material hat der IWF im letzten Jahr eine achtprozentige Reduzierung seiner Abfälle erzielt. Zudem bemüht sich der Fonds um nachhaltige Einkaufspraktiken mit Schwerpunkt auf zwei Beschaffungsgebieten – Bürobedarf und Elektronik. |Das sind nur einige Beispiele dafür, wie der IWF zum verantwortungsbewussten Umgang mit Umweltressourcen beiträgt.

Ehrenamtliche Betätigung

Eine weitere wichtige Säule der sozialen Unternehmensverantwortung des IWF sind seine ehrenamtlichen Programme. Während des vergangenen Jahres wurden philanthropische Aktivitäten von IWF-Mitarbeitern zusätzlich durch die Lancierung des sogenannten Min Zhu Volunteer Program unterstützt. Es handelt sich dabei um eine Initiative, die die Freiwilligenaktivitäten von Mitarbeitern im lokalen Gemeinwesen von Washington, D.C. rund um das IWF-Hauptquartier koordiniert. Das Programm wurde zu Ehren des ehemaligen Stellvertretenden Geschäftsfüh-



renden Direktors Min Zhu benannt, der bei seinen Mitarbeitern für sein Engagement für das Gemeinwesen bekannt war.

Das Programm wurde am 12. Januar von der Geschäftsführenden Direktorin anlässlich des alljährlichen Freiwilligenprogramms, das an das Erbe von Dr. Martin Luther King Jr. erinnert, bekannt gegeben. Über 400 Mitarbeiter und Pensionäre des IWF versammelten sich für diese Veranstaltung und stellten Sanitärkits zusammen, die die internationale Wohltätigkeitsorganisation World Vision an bedürftige Menschen verteilt, die Opfer von Naturkatastrophen geworden sind, darunter auch Opfer des Hurrikans „Matthew“ auf Haiti.

Das Min-Zhu-Freiwilligenprogramm besteht aus zwei Hauptkomponenten: Die Betreuung von Schulkindern in unterversorgten Communities, z. B. durch Unterricht in Finanzkompetenz und Nachhilfe beim Verfassen von Aufsätzen, und die Unterstützung von obdachlosen Menschen, beispielsweise durch Zubereitung und Lieferung von Mahlzeiten an Obdachlosenheime im Umfeld Washington. Jährliche Sammelaktionen von Wintermänteln, Spielzeug und Lebensmittel sind ebenfalls geplant. Eine Gruppe von IWF-Mitarbeitern, die als der Klub der IWF-Freiwilligen (IMF Volunteers Club) bekannt ist, koordiniert die Aktivitäten und fördert so das ehrenamtliche Engagement im ganzen Fonds.

Das Min-Zhu-Freiwilligenprogramm findet unter dem Dach von „IMF Giving Together“ statt, einer Initiative, die Spendenaktionen der Institution und seiner Mitarbeiter koordiniert. Sie umfasst eine alljährliche Spendenkampagne, humanitäre Spendenaufrufe, Zuschüsse zu lokalen und internationalen Wohltätigkeitsorganisationen und das Management wohltätiger Spenden während ihrer Besuche in Mitgliedsländern.

Im Rahmen der „Giving Together“-Kampagne 2017 spendeten IWF-Mitarbeiter insgesamt 2,5 Mio. US\$, einschließlich eines entsprechenden 50-Prozent Beitrags des IWF. Die Mitarbeiterbeteiligung betrug 33 Prozent, was die Zielsetzung der Kampagne von 25 Prozent deutlich übertraf.

Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum

Als Außenposten des IWF in der Region Asien und Pazifik, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft ständig wächst, überwacht das Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum (Regional Office for Asia and the Pacific, OAP) wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen, um der volkswirtschaftlichen Überwachung des IWF eine stärker regional geprägte Perspektive zu verleihen. Es sieht seine Aufgabe darin, die Region mit der Rolle des IWF und

seinen Grundsätzen vertraut zu machen sowie den Fonds über regionale Perspektiven zu wichtigen Fragen zu unterrichten. In dieser Kapazität wirkt das OAP an der bilateralen Überwachung mit (aktuell zu Japan und Nepal) und hat seine Mitwirkung an der regionalen Überwachung intensiviert.

Mitarbeiter des OAP nehmen aktiv an verschiedenen Foren in Asien teil, einschließlich des Verbands Südostasiatischer Staaten plus China, Japan und Korea (ASEAN+3); der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), des Executives' Meeting of East Asia Pacific Central Banks (EMEAP) und des Pacific Island Countries Central Bank Governors Meeting. Das OAP trägt zur regionalen Kapazitätsentwicklung durch das Japan-IMF Scholarship Program for Asia, das Japan-IMF Macroeconomic Seminar for Asia sowie andere Seminare zur Kapazitätsentwicklung bei. Ein Beispiel für die letztgenannte Kategorie ist ein Seminar zum Thema Sozialausgaben für inklusives Wachstum, das in Colombo, Sri Lanka, zusammen mit der Notenbank und der IWF-Abteilung Fiskalpolitik im Juli 2016 abgehalten wurde.

Zudem leistet das Büro Öffentlichkeits- und Rekrutierungsarbeit sowohl in Japan als auch in der übrigen Region und tauscht sich mit politischen Entscheidungsträgern Asiens über aktuelle Themen aus, die für die Arbeit des IWF von zentraler Bedeutung sind. In Tokio abgehaltene Politikkonferenzen umfassten eine gemeinsame Veranstaltung mit der Japanese International Cooperation Agency zum Thema fiskalpolitische Risiken, fiskalpolitischer Spielraum und die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Februar 2017) sowie eine weitere Veranstaltung mit der Hitotsubashi University über das internationale Währungssystem (März 2017). Gemeinsam mit den australischen Behörden organisierte das OAP ebenfalls eine Konferenz über Investitionen, Handel und Kapitalmarktentwicklung in der Region, die im Dezember 2016 in Sydney stattfand.

Regionalbüro in Paris und Brüssel

Das Europabüro des IWF (IMF Europe Office) in Paris und Brüssel dient als Bindeglied zu den Institutionen der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedsländern sowie zu internationalen Organisationen und zur Zivilgesellschaft in Europa. Institutionen wie die Europäische Kommission, die EZB, der Europäische Stabilitätsmechanismus und das Europaparlament sowie der Wirtschafts- und Finanzausschuss und die Eurogroup Working Group erörtern gemeinsam mit dem Europabüro politische Fragen über den Euroraum und die EU sowie die gemeinsamen Länderprogramme von EU und IWF.

Es unterstützt auch die Tätigkeit des IWF in Europa, etwa bei der volkswirtschaftlichen Überwachung, IWF-gestützten Programmen und technischer Hilfe, und hilft bei der Koordination der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit in der Region. Im Allgemeinen fördert es den Dialog über globale Wirtschaftsfragen mit Institutionen der EU, internationalen Organisationen und Regierungen und der Zivilgesellschaft in Europa. Es kommt häufig mit Vertretern von Industrieverbänden, Gewerkschaften, Denkfabriken, der Finanzmärkte und Medien zusammen.

Das Büro organisierte mehrere gemeinsame Workshops und Veranstaltungen, einschließlich einer gemeinsamen Konferenz mit dem Europa-Büro der Weltbank zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Flüchtlingskrise und eine jährliche Konferenz mit der IWF-Abteilung Fiskalpolitik zur Fiskalpolitik in Europa. Mindestens zweimal pro Jahr lädt das Büro zu Arbeitssessen zu übergeordneten Politikthemen in Paris, Brüssel, London und Berlin ein, um die Ansichten des IWF zu den größten Herausforderungen für die europäische Wirtschaft zu erörtern. IWF-Mitarbeiter hielten Vorträge bei internationalen Konferenzen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Spanien und dem Vereinigten Königreich.

Im Rahmen seiner Aufgabe, die Kapazitätsentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit des IWF zu unterstützen, war das Büro Mitorganisator eines Workshops für Parlamentarier aus verschiedenen EU-Ländern am Joint Vienna Institute, und Stabsmitarbeiter hielten auf anderen Veranstaltungen des Instituts Vorträge. Die Öffentlichkeitsarbeit des Büros umfasst einen Newsletter nach außen mit regelmäßigen Meldungen zu IWF-Veranstaltungen sowie Publikationen für wichtige europäische Stakeholder und einen aktiven Feed auf Twitter. Schließlich unterstützt das Büro auch die Anwerbung potenzieller Mitarbeiter, indem es an Universitäten in verschiedenen europäischen Ländern Bewerbungsgespräche mit Kandidaten führt.

Öffentlichkeitsarbeit durch Vertreter vor Ort

Der IWF verfügt in 85 Ländern über Vertreter vor Ort, die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit leisten, um das Verständnis über die Arbeit des IWF und makroökonomische Fragen zu vertiefen; dies erfolgt oftmals in Zusammenarbeit mit örtlichen Universitäten, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen.

In Madagaskar half beispielsweise Patrick Imam, der IWF-Vertreter vor Ort, anlässlich der Artikel-IV-Konsultationen mit der Organisation eines öffentlichen Seminars über analytische Arbeit von makrokritischer Bedeutung – Mobilisierung von Investi-

tionen, Stärkung der Widerstandskraft gegen Naturkatastrophen und Korruptionsbekämpfung. Das Seminar fand breiten Anklang und wurde beispielsweise von Regierungsvertretern, Parlamentariern, Beamten des öffentlichen Dienstes, Nichtregierungsorganisationen und Journalisten besucht. Es gab viele positive Reaktionen und eine breite Berichterstattung in der Presse. Außerdem wurde gebeten, ein vergleichbares Seminar während der nächsten Artikel-IV-Konsultation durchzuführen.

In Indonesien organisierte das Büro des Vertreters vor Ort in Jakarta als Teil eines allgemeinen Programms über Indonesien (Voyage to Indonesia) im Vorlauf zu den auf Bali stattfindenden Jahrestagungen 2018 von IWF und Weltbank mehrere Events zusammen mit den indonesischen Behörden. Die Events umfassten Präsentationen über den IWF, die Jahrestagungen sowie die indonesische Wirtschaft und richteten sich an Studenten und Fakultätsmitglieder von Universitäten und akademischen Round Tables, Parlamentarier, Zivilgesellschaftsorganisationen und die Business Community. Zusätzliche Veranstaltungen sind für das GJ 2018 geplant.

Um einen Konsens über das umfassende Wirtschaftsprogramm der Mongolei zu erzielen, das vom IWF unterstützt wird, leistete Neil Saker, der IWF-Vertreter vor Ort, umfassende Öffentlichkeitsarbeit durch Medieninterviews und öffentliche Präsentationen, die Organisation von Meetings sowie die Aufrechterhaltung enger Verbindungen mit der Zivilgesellschaft, der Business Community, den Gewerkschaften, internationalen Investoren und Diplomaten. Eines der Programmseminare wurde weltweit auf allen Bloomberg Terminals ausgestrahlt. Saker hat eine enge Beziehung zu einer lokalen Schule für Kinder mit spezifischen Bedürfnissen aufgebaut, und der IWF spendete dort Bücher als eine willkommene Geste der Unterstützung anlässlich des Besuchs des Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktors Mitsuhiro Furusawa im Jahr 2016.

Bas Bakker ist der leitende IWF-Vertreter vor Ort für Zentral- und Osteuropa und ist in Warschau, Polen, ansässig. Er leitet das Büro in Minsk, Belarus. Bakker spricht bei vielen Regionalveranstaltungen, einschließlich des Wirtschaftsforums in Krynica, Polen, der größten Konferenz der Region mit über 3.000 Teilnehmern und dem alljährlichen Euromoney Forum für Zentral- und Osteuropa in Wien, das 1.100 Delegierte und Vortragende, von Finanzministern und Notenbankgouverneuren bis hin zu Investoren, Wirtschaftsführern und Leitern von Finanzinstitutionen zusammenführt.

Im Jahr 2016 nahm das IWF-Büro in Armenien am öffentlichen Konsultationsprozess der Behörden vor der Verabschiedung von wesentlichen legislativen Maßnahmen teil. Die Vertreterin vor Ort Teresa Daban Sanchez nahm regelmäßig an den Sitzungen des Steuerrates teil – es handelt sich dabei um öffentlich-private Plattformen für Vertreter der Regierung und der Wirtschaft, um Steuerthemen zu erörtern –, um das Profil des Fonds zu fördern und um sicherzustellen, dass die Gesetzgebung Maßnahmen der technischen Hilfe der technischen Hilfe des IWF berücksichtigt.

Im Dezember 2016 organisierte Vertreter vor Ort Nooman Rebei eine Präsentation des *Regionalen Wirtschaftsausblicks* in Nouadhibou, Mauretanien, wobei es sich um die erste derartige Veranstaltung außerhalb der Hauptstadt Nouakchott handelte. Die Veranstaltung zog eine Rekordanzahl von Teilnehmern aus der Wirtschaft, einschließlich wichtiger Fischerei- und Bergbauunternehmen und Banker an, zusätzlich zu Mitgliedern der Zivilgesellschaft, die an den globalen und regionalen Perspektiven des IWF interessiert waren.

In einer Zeit, in der Brasilien von einem massiven Konjunkturereinbruch und großer politischer Unsicherheit geprägt war, intensivierte der Vertreter vor Ort Fabian Bornhorst seine Öffentlichkeitsarbeit, um eine größere Zuhörerschaft zu erreichen. Das Büro für Brasilien trat zusehends in Kontakt mit Regionalregierungen, Denkfabriken, der Zivilgesellschaft und Medien. Er präsentierte die Einschätzungen des IWF zur lokalen und regionalen Wirtschaft und nahm an verschiedenen Seminaren teil, um die Rolle des Fonds im Zusammenhang mit der Förderung von Fiskaltransparenz zu erläutern.

QUOTEN UND GOVERNANCE

IWF-Quoten

Quotensubskriptionen sind von zentraler Bedeutung für die Finanzressourcen des IWF. Jedem Mitgliedsland des IWF wird eine Quote zugeteilt, die in etwa seiner relativen Position in der Weltwirtschaft entspricht. Die Quote eines Landes bestimmt seine maximale finanzielle Verpflichtung an den IWF, und sein Stimmrecht beeinflusst seinen Zugang zu Finanzmitteln des IWF.

Wenn ein Land dem IWF beitrifft, bekommt es eine anfängliche Quote im gleichen Umfang wie die Quoten bestehender Mitglieder von annähernd vergleichbarer Wirtschaftsgröße und ähnlichen Merkmalen. Der IWF verwendet eine Quotenformel, um die relative Position eines Mitglieds einschätzen zu können.

Die gegenwärtige Quotenformel ist ein gewichteter Durchschnitt von BIP (50 Prozent Gewicht), Offenheit (30 Prozent), wirtschaftliche Variabilität (15 Prozent) und internationale Reserven (5 Prozent). Zu diesem Zweck wird das BIP anhand einer Mischung aus BIP zu Marktwechselkursen (60 Prozent) und BIP auf Basis der Kaufkraftparität (40 Prozent) gemessen. Die Formel enthält auch einen „Kompressionsfaktor“, der die Dispersion in kalkulierten Quotenanteilen unter Mitgliedern reduziert.

Quoten sind in SZR, der Rechnungseinheit des IWF, denominated. Die Vereinigten Staaten sind das größte IWF-Mitglied, mit einer gegenwärtigen Quote (per 30. April 2017) von 83 Mrd. SZR (ca. 114 Mrd. US\$), und das kleinste Mitglied ist Tuvalu, mit einer Quote von 2,5 Mio. SZR (ca. 3,4 Mio. US\$).

Die Bedingungen für die Implementierung der Quotenerhöhungen, die unter der Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung vereinbart wurden, wurden per 26. Januar 2016 erfüllt. Als Folge erhöhen sich die Quoten der 189 IWF-Mitglieder auf einen Gesamtumfang von 477 Mrd. SZR (ca. 654 Mrd. US\$) von ehemals ca. 238,5 Mrd. SZR (ca. 327 Mrd. US\$). Per 30. April 2017 hatten 179 der 189 Mitglieder ihre Quotenzahlungen geleistet, was über 99 Prozent der gesamten Quotenerhöhungen gleichkommt, und die Gesamtquoten lagen bei 475 Mrd. SZR (ca. 652 Mrd. US\$).

Die Fünfzehnte Allgemeine Quotenüberprüfung

Im September 2016 legte das Exekutivdirektorium dem Gouverneursrat des IWF einen Bericht über die Fortschritte der Fünfzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung vor. In seinem Bericht bestätigte das Exekutivdirektorium, dass angesichts wesentlicher Divergenzen der Ansichten betreffend wichtige Themen der Fünfzehnten Überprüfung, der Bedarf für weitere Überlegungen, wie diese Arbeit fortzusetzen sei, besteht. Das Exekutivdirektorium legte das Versprechen ab, dem Gouverneursrat in Kürze über den Ausgang dieser Diskussionen zu berichten.

Im Oktober 2016 bestätigte der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (IMFC) sein Engagement für einen starken, quotenbasierten und ausreichend dotierten IWF, um dessen Rolle im Zentrum des globalen Finanzsicherheitsnetzes zu bewahren. Zudem bestätigte der IMFC seine Verpflichtung zum Abschluss der Fünfzehnten Überprüfung und zur Einigung über eine neue Quotenformel als Basis einer Neuausrichtung der Quotenanteile, um einen Quotenanstieg für dynamische Volkswirtschaften, entsprechend ihrer relativen Position in der Welt, zu erzielen, und dadurch wahrscheinlich den Anteil der aufstrebenden Marktwirtschaften und Entwicklungsländer insgesamt

Tabelle 3.4

Währungsbeträge im SZR-Korb

US-Dollar	0,58252
Euro	0,38671
Chinesischer Renminbi	1,0174
Japanischer Yen	11,900
Britisches Pfund Sterling	0,085946

zu steigern, während man die Stimmen und die Vertretung der ärmsten Mitglieder insgesamt beschützt.

Der IMFC unterstützte eine Anpassung des Zeitplans für die Fertigstellung der Fünfzehnten Überprüfung zufolge der obigen Zielsetzungen bis zu den Frühjahrsversammlungen 2019, und bis spätestens zu den Jahresversammlungen 2019, unter der Voraussetzung der Billigung durch den Gouverneursrat.

Im November 2016 stellte das Exekutivdirektorium einen Arbeitsplan fertig und schlug vor, dass der Gouverneursrat eine Resolution verabschiede, mit 1) einem Hinweis auf den Bericht des Exekutivdirektoriums und dem Ausdruck des Bedauerns, dass der Zeitplan für die Beendigung der Fünfzehnten Überprüfung nicht länger in Reichweite sei; 2) der Aufforderung an das Exekutivdirektorium, unverzüglich an der Fünfzehnten Überprüfung zu arbeiten in Übereinstimmung mit seinem bestehenden Verständnis und unter der Leitung des IMFC; und 3) dem Ersuchen, dass das Exekutivdirektorium halbjährlich dem Gouverneursrat über die bei der Fünfzehnten Überprüfung erzielten Fortschritte Bericht erstatte, wobei ein erster derartiger Bericht bis zu den 2017 Jahresversammlungen fällig ist; und 4) der Aufforderung, dass die verbleibenden Mitglieder, die noch nicht ihren Quotenaufstockungen im Nachgang zur Vierzehnten Allgemeinen Quotenüberprüfung zugestimmt haben, dies unverzüglich tun, sowie einer Aufforderung an Mitglieder, die ihrer Quotenaufstockung zugestimmt haben, unverzüglich ihre Quotenzahlungen zu leisten. Der Gouverneursrat verabschiedete die Resolution Anfang Dezember 2016.

Geschlechtervielfalt im Exekutivdirektorium

Im Juli 2016 erließ das Exekutivdirektorium seinen ersten Bericht über Geschlechtervielfalt an den Gouverneursrat, in dem er Mitgliedsländer auffordert, bei der Nominierung von Kandidaten für die Positionen von Exekutivdirektoren und ihrer Mitarbeiter, die Wichtigkeit der Geschlechtervielfalt im Auge zu behalten. Das Direktorium folgte einem Statement in dem Kommuniqué des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses vom April

2016, in dem es die Wichtigkeit der Geschlechtervielfalt im Direktorium nochmals unterstrich.

Die Exekutivdirektoren vermerkten, dass eine Verbesserung der Geschlechtervielfalt zu einem effizienteren IWF führen würde, und wiesen auf die wachsende Evidenz hin, dass Organisationen, die von Gremien mit größerer Vielfalt geleitet werden, erfolgreicher sind. Die Direktoren unterstrichen zudem, dass Vielfalt und Inklusion von Mitarbeitern die Qualität der Arbeit des IWF sowie das Engagement mit seinen Mitgliedsländern fördere. Das Exekutivdirektorium unterstützte Maßnahmen von Mitgliedsländern zur Stärkung von wirtschaftlicher und geschlechtsbezogener Inklusion, wo diese von makrokritischer Bedeutung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum sind.

SONDERZIEHUNGSRECHT**Der neue SZR-Korb beinhaltet die chinesische Währung**

Das Sonderziehungsrecht (SZR) ist eine internationale Währungsreserve, die 1969 vom IWF ins Leben gerufen wurde, um die offiziellen Währungsreserven seiner Mitgliedsländer zu ergänzen. Mitgliedsländer des IWF, die Teilnehmer der Abteilung Sonderziehungsrechte sind (gegenwärtig alle Mitglieder), dürfen SZRs gegen frei verwendbare Währungen eintauschen. Gleichzeitig dient das SZR als Rechnungseinheit des IWF.

Der Wert des SZR beruht auf einem Korb fünf wichtiger Währungen. Die Zusammensetzung des Währungskorbs wird in einem fünfjährigen Turnus vom Exekutivdirektorium überprüft. Durch einen im November 2015 gefassten Beschluss des Exekutivdirektoriums wurde bestimmt, dass die chinesische Währung, der Renminbi, ab 1. Oktober 2016 eine frei verwendbare Währung ist. Er wurde neben dem US-Dollar, dem Euro, dem japanischen Yen und dem britischen Pfund Sterling als fünfte Währung dem SZR-Währungskorb hinzugefügt.

Die Aufnahme des Renminbi in den Währungskorb spiegelt die Fortschritte bei der Umsetzung der Reformen der chinesischen Geld-, Währungs- und Finanzsysteme wider und anerkennt zugleich die von China erzielten Fortschritte bei der Liberalisierung und Infrastrukturverbesserung seiner Finanzmärkte. Dieser Meilenstein reflektiert ebenfalls die fortlaufende Entwicklung der Weltwirtschaft.

Die Gewichtung jeder im Korb befindlichen Währung reflektiert deren relative Bedeutung innerhalb der weltweiten Handels- und Finanzsysteme. Das Exekutivdirektorium beschloss eben-

falls im November 2015 die folgende Gewichtung jeder Währung: 41,73 % für den US-Dollar, 30,93 % für den Euro, 10,92 % für den chinesischen Renminbi, 8,33 % für den japanischen Yen und 8,09 % für das britische Pfund Sterling.

Am 30. September 2016 beschloss das Exekutivdirektorium, dass der Wert des SZR per 1 Oktober 2016 der Summe der Werte der in Tabelle 3.4 aufgeführten Währungsmengen entspricht.

TRANSPARENZ

Die Transparenz in der Wirtschaftspolitik und die Verfügbarkeit verlässlicher Daten über wirtschaftliche und finanzielle Entwicklungen sind von ausschlaggebender Bedeutung für eine fundierte Entscheidungsfindung und für das reibungslose Funktionieren einer Volkswirtschaft. Der IWF verfügt über Politikrichtlinien, die sicherstellen, dass wichtige und zutreffende Informationen – sowohl über seine eigene Rolle in der Weltwirtschaft als auch über die Volkswirtschaften seiner Mitgliedsländer – in Echtzeit an seine weltweite Zuhörerschaft weitergegeben werden.

Transparenz trägt dazu bei, dass Volkswirtschaften besser funktionieren und weniger anfällig gegenüber Krisen sind. Mehr Offenheit aufseiten der Mitgliedsländer fördert eine allgemeinere öffentliche Diskussion und Prüfung von politischen Maßnahmen, erhöht die Rechenschaftspflicht der politischen Entscheidungsträger und die Glaubwürdigkeit der Politiken und fördert effiziente und geregelte Abläufe auf den Finanzmärkten. Mehr Offenheit und Klarheit aufseiten des IWF über seine eigene Politik und die Beratung, die er für seine Mitgliedsländer leistet, führen zu einem besseren Verständnis der Rolle und Arbeitsweise des IWF und stärken so die Zugkraft der politischen Beratung des Fonds und machen es leichter, die Institution zur Rechenschaft zu ziehen. Untersuchungen von außen dienen darüber hinaus der Qualität der Überwachung und IWF-gestützten Programme.

Der Transparenzansatz des IWF basiert auf dem allgemeinen Grundsatz, dass er nach Möglichkeit Dokumente und Informationen zeitnah zur Verfügung stellt, es sei denn, überzeugende und spezielle Gründe sprechen gegen eine derartige Offenlegung. Der Grundsatz respektiert die Freiwilligkeit der Veröffentlichung von Dokumenten über die Mitgliedsländer. Die Dokumente sind auf der Website des IWF auf www.imf.org verfügbar.

Die Veröffentlichung von Länderdokumenten, die für die Erörterung durch das Exekutivdirektorium des IWF („Direktoriumsdokumente“) erstellt werden, ist in der Regel „freiwillig, aber vorausgesetzt“, was bedeutet, dass die Veröffentlichung dieser Dokumente zwar freiwillig ist, grundsätzlich aber befürwortet wird. Legt ein Mitglied keinen Einspruch gegen die Veröffentlichung eines Direktoriumsdocuments ein, wird dies normalerweise als Zustimmung gewertet. Die Veröffentlichung von Politikpapieren wird vorbehaltlich der Zustimmung durch das Direktorium erwartet, während die Veröffentlichung von Mehrländerdokumenten je nach Art des Dokuments der Genehmigung des Direktoriums bzw. der betroffenen Mitgliedsländer bedarf.

Die Bestrebungen des IWF, das Verständnis seiner Operationen zu fördern und die Öffentlichkeit stärker einzubinden, orientieren sich an den folgenden vier allgemeinen Grundsätzen: 1) Transparenz der Überwachung und von IWF-gestützten Programmen, 2) Transparenz seiner Finanzgeschäfte, 3) externe und interne Prüfung und Evaluierung und 4) Kommunikation nach außen. Die Transparenzpolitik des Fonds wird alle fünf Jahre überprüft; die letzte derartige Überprüfung fand 2013 statt. Siehe auch die Abschnitte „Rechenschaftspflicht“ und „Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung externer Stakeholder“.

IWF-Exekutivdirektoren

(Stand 30. April 2017)



Hintere Reihe (von links nach rechts): **Hervé de Villeroché, Stephen Field, Anthony De Lannoy, Alexandre Tombini, Daouda Sembene, Carlo Cottarelli, Miroslaw Panek**

Mittlere Reihe: **Masaaki Kaizuka, Carlos Hurtado, Thomas Östros, Heenam Choi, Jafar Mojarrad, Steffen Meyer, Jorge Estrella, Maxwell M. Mkwezalamba, Subir Gokarn**

Vordere Reihe: **Juda Agung, Sunil Sabharwal, Michaela Erbenova, Aleksei Mozhin, Hazem Beblawi, Jin Zhongxia, Nancy Horsman, Hesham Alogeel**







Geschäftsführungsteam

(Von links nach rechts):

David Lipton,
Erster Stellvertretender
Geschäftsführender Direktor

Carla Grasso,
Stellvertretende Geschäfts-
führende Direktorin und
Chief Administrative Officer

Christine Lagarde,
Geschäftsführende
Direktorin

**Mitsuhiro
Furusawa,**
Stellvertretender
Geschäftsführender
Direktor

Tao Zhang,
Stellvertretender
Geschäftsführender
Direktor

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER (Stand 30. April 2017)

Unbesetzt <i>Sunil Sabharwal</i>	Vereinigte Staaten
Masaaki Kaizuka <i>Tetsuya Hiroshima</i>	Japan
JIN Zhongxia <i>SUN Ping</i>	China
Anthony De Lannoy <i>Richard Doornbosch</i> <i>Vladyslav Rashkovan</i>	Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Israel, Kroatien, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Rumänien, Ukraine, Zypern,
Steffen Meyer <i>Klaus Gebhard Merk</i>	Deutschland
Carlos Hurtado <i>Jorge Dajani Gonzalez</i> <i>José Alejandro Rojas Ramirez</i>	Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Spanien, Bolivarische Republik Venezuela
Marzunisham Omar <i>Thomas Benjamin Marcelo</i>	Brunei Darussalam, Republik Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Nepal, Philippinen, Singapur, Thailand, Tonga, Vietnam
Carlo Cottarelli <i>Michail Psalidopoulos</i>	Albanien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, San Marino
Hervé de Villeroché <i>Schwan Badirou Gafari</i>	Frankreich
Stephen Field <i>Vicky White</i>	United Kingdom
Heenam Choi <i>Christine Barron</i> <i>Grant Johnston</i>	Australien, Kiribati, Republik Korea, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mongolei, Nauru, Neuseeland, Palau, Papua-Neuguinea, Salomonen,
Nancy Horsman <i>Michael J. McGrath</i>	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Grenada, Irland, Jamaika, Kanada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen

Thomas Östros Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden
Kimmo Virolainen

Michaela Erbenova Belarus, Kosovo, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische
 Republik, Türkei, Ungarn
Christian Just
Taşkin Temiz

Alexandre Tombini Brasilien, Dominikanische Republik, Ecuador, Guyana, Haiti, Kap Verde,
 Nicaragua, Panama, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago
Bruno Saraiva
Pedro Fachada

Subir Gokarn Bangladesch, Bhutan, Indien, Sri Lanka
Rupasingha Gunaratne

Maxwell M. Mkwezalamba Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Gambia, Kenia, Lesotho,
 Liberia, Malawi, Mosambik, Namibia, Nigeria, Sambia, Sierra Leone,
 Simbabwe, Somalia, Südafrika, Sudan, Republik Südsudan, Swasiland,
 Tansania, Uganda
Dumisani H. Mahlinza
Fundi Tshazibana

Hazem Beblawi Ägypten, Bahrain, Irak, Republik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait,
 Libanon, Libyen, Malediven, Oman, Arabische Republik Syrien,
 Vereinigte Arabische Emirate
Sami Geadah

Miroslaw Panek Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisische Republik, Polen, Schweiz,
 Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan
Paul Inderbinen

Aleksei Mozhin Russische Föderation
Lev Palei

Jafar Mojarrad Islamische Republik Afghanistan, Algerien, Ghana, Islamische Republik Iran,
 Marokko, Pakistan, Tunesien
Mohammed Dairi

Hesham Alogeel Saudi-Arabien
Ryadh M. Alkhareif

Daouda Sembene Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Dschibuti, Gabun,
 Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Komoren, Demokratische Republik Kongo,
 Republik Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Ruanda,
 São Tomé und Príncipe, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik
Mohamed-Lemine Raghani
Herimandimby A.
Razafindramanana

Jorge Estrella Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay
Gabriel Lopetegui

LEITENDE MITARBEITER (Stand 30. April 2017)**AREA DEPARTMENTS**

Abebe Selassie	Direktor, Abteilung Afrika
Chang Yong Rhee	Direktor, Abteilung Asien und Pazifikraum
Poul Thomsen	Direktor, Abteilung Europa
Jihad Azour	Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien
Alejandro Werner	Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

FACHABTEILUNGEN

Gerard T. Rice	Direktor, Abteilung Kommunikation
Andrew J. Tweedie	Direktor, Abteilung Finanzen
Vitor Gaspar	Direktor, Abteilung Fiskalpolitik
Sharmini A. Coorey	Direktorin, Institut für Kapazitätsentwicklung
Sean Hagan	Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht
Tobias Adrian	Finanzberater und Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte
Maurice Obstfeld	Volkswirtschaftlicher Berater und Direktor, Abteilung Forschung
Louis Marc Ducharme	Direktor, Abteilung Statistik
Siddharth Tiwari	Direktor, Abteilung Strategie, Grundsatzpolitik und Prüfung

INFORMATION UND LIAISON

Chikahisa Sumi	Direktor, Regionalbüro für Asien und den Pazifikraum
Christopher Lane	Sonderbeauftragter bei den Vereinten Nationen
Jeffrey Franks	Direktor, Europa-Büros / leitender Vor-Ort-Vertreter bei der Europäischen Union

UNTERSTÜTZENDE DIENSTLEISTUNGEN

Chris Hemus	Direktor, Abteilung Unternehmensdienste und Gebäudeeinrichtungen
Kalpana Kochhar	Direktorin, Abteilung Personalwesen
Susan Swart	Chief Information Officer und Direktorin, Abteilung Informationstechnologie
Jianhai Lin	Sekretär des Fonds, Abteilung Sekretariat

BÜROS

Clare Brady	Direktorin, Büro für interne Revision und Inspektion
Daniel A. Citrin	Direktor, Büro für Haushalt und Planung
Derek Bills	Direktor, Büro für Investition
Charles Collins	Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

Anmerkungen

ÜBERSICHT

Die Global Policy Agenda der Geschäftsführenden Direktorin:

April 2017: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2017/04/18/md-spring-global-policy-agenda-a-more-inclusive-and-resilient-global-economy>

Oktober 2016: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/np/pp/eng/2016/_100616.ashx

Schlaglichter

G20 Leaders' Communique Hangzhou Summit: http://www.g20chn.com/xwzxEnglish/sum_ann/201609/t20160906_3397.html

„Making Trade an Engine of Growth for All: The Case for Trade and for Policies to Facilitate Adjustment“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/04/08/making-trade-an-engine-of-growth-for-all>

Factsheet—The IMF and the World Trade Organization: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/imfwto.htm>

Factsheet—Integrated Surveillance Decision: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/isd.htm>

Communiqué of the Thirty-Fifth Meeting of the IMFC: <http://www.imf.org/en/news/articles/2017/04/22/sm2017-communicue-of-the-thirty-fifth-meeting-of-the-imfc>

Factsheet—International Monetary and Financial Committee: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/groups.htm#IC>

World Economic Outlook: http://www.imf.org/~media/Websites/IMF/imported-flagship-issues/external/pubs/ft/weo/2016/02/pdf/_c2pdf.ashx

„Gone with the Headwinds: Global Productivity“: <https://www.imf.org/~media/Files/Publications/SDN/2017/sdn1704.ashx>

„Stuck in a Rut“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2017/03/adler.htm>

„Why Productivity Growth Is Faltering in Aging Europe and Japan“: <https://blog-imfdirect.imf.org/2016/12/09/why-productivity-growth-is-faltering-in-aging-europe-and-japan/>

„Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf>

„Fiscal Policy and Income Inequality“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/012314.pdf>

„Redistribution, Inequality, and Growth“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf>

„Macro-Structural Policies and Income Inequality in Low-Income Developing Countries“: <https://www.imf.org/~media/Files/Publications/SDN/2017/sdn1701.ashx>

„The Distributional Effects of Fiscal Consolidation“: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp13151.pdf>

„Inequality and Labor Market Institutions“: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1514.pdf>

„Openness and Inequality: Distributional Impacts of Capital Account Liberalization“: <https://blog-imfdirect.imf.org/2015/11/24/openness-and-inequality-distributional-impacts-of-capital-account-liberalization/>

2015 Article IV Consultation—Pressemitteilung, Stabsbericht und Erklärung der Geschäftsführenden Direktorin für Bolivien: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15334.pdf>

2016 Article IV Consultation— Pressemitteilung, Staff Report; and Statement by the Executive Director for Bolivia: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2016/cr16387.pdf>

„Preserving Bolivia's Impressive Reduction in Poverty and Inequality“: <http://www.imf.org/external/np/blog/dialogo/011316.pdf>

„Explaining Inequality and Poverty Reduction in Bolivia“: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15265.pdf>

2016 Article IV Consultation— Pressemitteilung; Stabsbericht und Erklärung der Geschäftsführenden Direktorin für die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien: http://www.imf.org/~media/Websites/IMF/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/scr/2016/_cr16322.ashx

Malawi: Selected Issues: http://www.imf.org/~media/Websites/IMF/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/scr/2015/_cr15346.ashx

IMF Managing Director Christine Lagarde Announces Specific Actions on Women's Economic Empowerment: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/09/22/pr16420-lagarde-announces-specific-actions-on-womens-economic-empowerment>

Jordan: Request for an Extended Arrangement under the Extended Fund Facility— Pressemitteilung, Stabsbericht und Erklärung der Geschäftsführenden Direktorin für Jordanien: <http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=44267.0>

Arab Republic of Egypt: Request for Extended Arrangement under the Extended Fund Facility— Pressemitteilung, Stabsbericht und Erklärung der Geschäftsführenden Direktorin für die Arabische Republik Ägypten: <http://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2017/01/18/Arab-Republic-of-Egypt-Request-for-Extended-Arrangement-Under-the-Extended-Fund-Facility-44534>

Niger: 2016 Article IV Consultation and Request for a Three-Year Arrangement under the Extended Credit Facility— Pressemitteilung, Stabsbericht und Erklärung der Geschäftsführenden Direktorin für Niger: <http://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2017/02/24/Niger-2016-Article-IV-Consultation-and-Request-for-a-Three-Year-Arrangement-Under-the-44704>

„Gender Budgeting in G7 Countries“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2017/05/12/pp041917gender-budgeting-in-g7-countries>

Indizes für Gender Budgeting und Geschlechtergerechtigkeit: <http://www.imf.org/external/datamapper/datasets/GD>

Women, Work, and Economic Growth: Leveling the Playing Field: <https://www.bookstore.imf.org/books/title/women-work-and-economic-growth>

Fiscal Policies and Gender Equality Conference: <http://www.imf.org/en/news/events/conference-on-fiscal-policies-gender-equality>

Konferenz „Gender and Macroeconomics“: <http://www.imf.org/en/news/events/gender-and-macroeconomics>

Women, Work, and the Economy: Macroeconomic Gains from Gender Equity: <https://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=40915.0>

HÖHEPUNKTE AUS DEN REGIONEN

Regional Economic Outlook: Sub-Saharan Africa Restarting the Growth Engine: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/REO/AFR/2017/May/pdf/sreo0517.ashx>

„A Rebalancing Act for China and Africa: The Effects of China’s Rebalancing on Sub-Saharan Africa’s Trade and Growth“: <http://www.imf.org/en/publications/departmental-papers-policy-papers/issues/2017/04/07/a-rebalancing-act-for-china-and-africa-the-effects-of-chinas-rebalancing-on-sub-saharan-44711>

Online-Kursangebot des IWF: <http://www.imf.org/external/np/ins/english/learning.htm>

Daten des IWF: <http://data.imf.org/?sk=388DFA60-1D26-4ADE-B505-A05A558D9A42>

Pressemitteilung: IMF Executive Board Approves €330.9 Million Extended Arrangement for Albania: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr1481>

„If Not Now, When? Energy Price Reform in Arab Countries“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2017/06/13/if-not-now-when-energy-price-reform-in-arab-countries>

„The Economic Impact of Conflicts and the Refugee Crisis in the Middle East and North Africa“: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/sdn/2016/_sdn1608.ashx

DIE ARBEIT DES IWF (DIE „GROSSEN DREI“)

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ÜBERWACHUNG

Bilaterale Überwachung

„Approaches to Macrofinancial Surveillance in Article IV Reports“: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/PP/pp020217approaches-to-macrofinancial-surveillance-in-article-iv-reports.ashx>

Dokumente zu den Triennial Surveillance Reviews: <http://www.imf.org/en/Publications/SPROLLs/Triennial-Surveillance-Reviews>

2014 Triennial Surveillance Review—Managing Director’s Action Plan for Strengthening Surveillance: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2016/12/31/2014-triennial-surveillance-review-managing-directors-action-plan-for-strengthening-pp4924>

Multilaterale Überwachung

Factsheet—IMF-FSB Early Warning Exercise: <http://www.imf.org/en/about/factsheets/sheets/2016/08/01/16/29/imf-fsb-early-warning-exercise>

World Economic Outlook: <http://www.imf.org/en/publications/weo>

Anmerkungen

Global Financial Stability Report: <http://www.imf.org/en/publications/gfsr>

Fiscal Monitor: <http://www.imf.org/en/publications/fm>

Financial Stability Board: <http://www.fsb.org/>

IMF External Sector Reports: <http://www.imf.org/en/Publications/SPROLLs/External-Sector-Reports>

2016 External Sector Report: http://www.imf.org/~media/Websites/IMF/imported-full-text-pdf/external/np/pp/eng/2016/_072716.ashx

2016 External Sector Report—Individual Economy Assessments: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/072716a.pdf>

„Macroeconomic Developments and Prospects in Low-Income Developing Countries—2016“: <https://www.imf.org/~media/Files/Publications/PP/PP5086-Macroeconomic-Developments-and-Prospects-in-Low-Income-Developing-Countries-2016.ashx>

IMF Executive Board Discusses Macroeconomic Prospects and Challenges in LIDCs: <http://www.imf.org/en/news/articles/2017/01/11/pr1707-imf-executive-board-discusses-macroeconomic-prospects-and-challenges-in-lidcs>

„Financing for Development: Enhancing the Financial Safety Net for Developing Countries—Further Considerations“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/102416.pdf>

IMF Executive Board Provides Further Guidance to Enhance the Financial Safety Net for Developing Countries: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/11/29/pr16530-imf-provides-further-guidance-to-enhance-the-financial-safety-net-for-developing-countries>

Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) Pledges Linked to the Distribution of the Remaining SDR 1,750 Million Windfall Profits from Gold Sales: <http://www.imf.org/external/np/fin/prgt/second.htm>

„Assessing Fiscal Space: An Initial Consistent Set of Considerations“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/111816.pdf>

„A Greater Role for Fiscal Policy“: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/fiscal-monitor/2017/April/pdf/fmc1.ashx?la=en>

„Elements of Effective Macroprudential Policies: Lessons from International Experience“: <http://www.imf.org/external/np/g20/pdf/2016/083116.pdf>

„Macroprudential Policy Tools and Frameworks—Progress Report to G20“: http://www.fsb.org/2011/10/r_111027b/

World Economic Outlook: http://www.imf.org/~media/Websites/IMF/imported-flagship-issues/external/pubs/ft/weo/2016/01/pdf/_c3pdf.ashx

Lebanon: 2016 Article IV Consultation— Pressemitteilung, Stabsbericht und Erklärung der Geschäftsführenden Direktorin für Libanon:

<http://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2017/01/24/Lebanon-2016-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-Statement-by-the-44572>

Lebanon: Selected Issues: <http://www.imf.org/~media/files/publications/cr/2017/cr1720.ashx>

„Emigration and Its Economic Impact on Eastern Europe“: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/sdn/2016/_sdn1607.ashx

„The Economic Impact of Conflicts and the Refugee Crisis in the Middle East and North Africa“: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/sdn/2016/_sdn1608.ashx

Spillover Notes: <http://www.imf.org/en/Publications/SPROLLs/Spillover-Notes>

„The Impact of Migration on Income Levels in Advanced Economies“: <http://www.imf.org/~media/files/publications/spillovernotes/spillovernote8.ashx>

„Sub-Saharan African Migration: Patterns and Spillovers“: <http://www.imf.org/~media/files/publications/spillovernotes/spillovernote9.ashx>

„The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges“: <http://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2016/12/31/The-Refugee-Surge-in-Europe-Economic-Challenges-43609>

Addressing the Debate over the Economic Impact of Migration Remarks for the Conference on „Can Migration Work for All in Europe? “: http://www.imf.org/en/news/articles/2017/01/09/fdmd_europen_migration_keynote_speech_bruegel

2011 Triennial Surveillance Review: <http://www.imf.org/external/np/spr/triennial/2011/>

„Trade Integration in Latin America and the Caribbean“: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/CR/2017/cr1766.ashx>

„Trade Integration in Latin America and the Caribbean“: <http://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2017/03/10/Cluster-Report-Trade-Integration-in-Latin-America-and-the-Caribbean-44735>

Politikberatung

„Small States' Resilience to Natural Disasters and Climate Change—Role for the IMF“: <http://www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=5079>

„Enhancing Macroeconomic Resilience to Natural Disasters and Climate Change in the Small States of the Pacific“:

<http://www.imf.org/en/publications/wp/issues/2016/12/31/enhancing-macroeconomic-resilience-to-natural-disasters-and-climate-change-in-the-small-43010>

IMF Executive Board Discusses Small States' Resilience to Natural Disasters and Climate Change and the Role of the Fund: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/12/12/pr16550-imf-discusses-small-states-resilience-to-natural-disasters-and-climate-change-and-imf-role>

Factsheet— IMF Rapid Credit Facility (RCF): <http://www.imf.org/en/about/factsheets/sheets/2016/08/02/21/08/rapid-credit-facility>

Factsheet—The IMF's Rapid Financing Instrument (RFI): <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/rfi.htm>

Statement der Geschäftsführenden Direktorin Christine Lagarde nach Abschluss eines Besuchs der Zentralafrikanischen Republik: <http://www.imf.org/en/News/Articles/2017/01/25/PR1722-Central-African-Republic-Statement-by-IMF-Lagarde-at-the-Conclusion-of-a-Visit>

„Standing with the Central African Republic“: <http://www.imf.org/en/News/Articles/2017/01/25/SP012517-Standing-with-Central-African-Republic>

Factsheet—The IMF and the Sustainable Development Goals: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sdg.htm>

IMF Executive Board Adopts Decisions to Strengthen the Financial Stability in Countries with Islamic Banking: <http://www.imf.org/en/news/articles/2017/02/21/pr1753-imf-board-to-strengthen-the-financial-stability-in-countries-with-islamic-banking>

„Ensuring Financial Stability in Countries with Islamic Banking“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2017/02/21/pp-ensuring-financial-stability-in-countries-with-islamic-banking>

IFSB-17: Core Principles for Islamic Finance Regulation (Banking Segment): [http://www.ifsb.org/standard/IFSB17-%20Core%20Principles%20for%20Islamic%20Finance%20Regulation%20\(Banking%20Segment\)-April%202015_final.pdf](http://www.ifsb.org/standard/IFSB17-%20Core%20Principles%20for%20Islamic%20Finance%20Regulation%20(Banking%20Segment)-April%202015_final.pdf)

Standards and Codes: The Role of the IMF: <http://www.imf.org/en/about/factsheets/sheets/2016/08/01/16/25/standards-and-codes>

Public Information Notice: IMF Executive Board Discusses the Liberalization and Management of Capital Flows— An Institutional View: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/28/04/53/pn12137>

Capital Flows—Review of Experience with the Institutional View: <https://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/01/13/PP5081-Capital-Flows-Review-of-Experience-with-the-Institutional-View>

IMF Executive Board Discusses Review of Experience with the Institutional View on the Liberalization and Management of Capital Flows: <http://www.imf.org/en/News/Articles/2016/12/20/PR16573-Review-of-Experience-with-the-Institutional-View-on-Capital-Flows>

„Managing Government Compensation and Employment— Institutions, Policies, and Reform Challenges“: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/np/pp/eng/2016/_040816a.ashx

„Case Studies on Managing Government Compensation and Employment—Institutions, Policies, and Reform Challenges“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2016/12/31/case-studies-on-managing-government-compensation-and-employment-institutions-policies-and-pp5043>

Anmerkungen

„Priorities for Structural Reforms in G20 Countries“: http://www.imf.org/~media/Websites/IMF/imported-full-text-pdf/external/np/pp/eng/2016/_072216a.ashx

IMF Executive Board Discusses Strengthening the Contractual Framework in Sovereign Debt Restructuring: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14459.htm>

„Second Progress Report on Inclusion of Enhanced Contractual Provisions in International Sovereign Bond Contracts“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2017/01/13/pp5085-inclusion-of-enhanced-contractual-provisions-in-intl-sovereign-bond-contracts>

„Recent Trends in Correspondent Banking Relationships: Further Considerations“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/04/21/recent-trends-in-correspondent-banking-relationships-further-considerations>

„The Withdrawal of Correspondent Banking Relationships: A Case for Policy Action“: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/sdn/2016/_sdn1606.ashx

„Withdrawal of Correspondent Banking Relationships (CBRs) in the Arab Region: Recent Trends and Thoughts for Policy Debate“: <http://www.imf.org/~media/files/miscellaneous/amfimbwreport090516.ashx?la=ar>

„Challenges in Correspondent Banking in the Small States of the Pacific“: <http://www.imf.org/~media/files/publications/wp/2017/wp1790.ashx>

Global and Regional Challenges to Caribbean Economic Development—2016 High Level Caribbean Forum on Shifting Tides: Challenges and Opportunities: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/11/02/sp110216-global-and-regional-challenges-to-caribbean-economic-development>

Financial Sector Assessment Program (FSAP): <http://www.imf.org/external/np/fsap/fssa.aspx>

„Macroeconomic Management When Policy Space Is Constrained: A Comprehensive, Consistent, and Coordinated Approach to Economic Policy“: http://www.imf.org/~media/Websites/IMF/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/sdn/2016/_sdn1609.ashx

Daten

IMF Releases the 2016 Financial Access Survey, a Key Tool to Foster Financial Inclusion: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/10/03/pr16441-imf-releases-the-2016-financial-access-survey>

Access to Macroeconomic & Financial Data: <http://data.imf.org/?sk=E5DCAB7E-A5CA-4892-A6EA-598B5463A34C>

Factsheet—Standards and Codes: The Role of the IMF: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/sc.htm>

Fiscal Transparency: <http://www.imf.org/external/np/fad/trans/index.htm>

The Fiscal Transparency Code: <http://blog-pfm.imf.org/files/ft-code.pdf>

Guatemala: Fiscal Transparency Evaluation: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/scr/2016/_cr16372.ashx

Kenya: Fiscal Transparency Evaluation: http://www.imf.org/~media/websites/imf/imported-full-text-pdf/external/pubs/ft/scr/2016/_cr16221.ashx

IMF Publishes Fiscal Transparency Evaluation for Tunisia: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/11/08/pr16495-tunisia-imf-publishes-fiscal-transparency-evaluation>

United Kingdom: Fiscal Transparency Evaluation: <http://www.imf.org/en/publications/cr/issues/2016/12/31/united-kingdom-fiscal-transparency-evaluation-44395>

KREDITVERGABE

Nicht konzessionäre Mittelvergabe

„Strengthening the Framework for Post-Program Monitoring“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2016/060616.pdf>

Strengthening the Framework for Post Program Monitoring, Press Release No. 16/354: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/07/22/16/30/pr16354-strengthening-the-framework-for-post-program-monitoring>

IMF Managing Director Approves Staff-Monitored Program for Somalia: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr16248>

KAPAZITÄTSENTWICKLUNG

„The G-20 Compact with Africa: A Joint AfDB, IMF and WBG Report“: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/EN/Standardartikel/Topics/Featured/G20/2017-03-30-g20-compact-with-africa-report.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Revenue Mobilization Trust Fund: <http://www.imf.org/external/np/ins/english/rmtf.htm>

Anti-Money Laundering/Combating the Financing of Terrorism (AML/CFT): <https://www.imf.org/external/np/leg/amlcft/eng>

Managing Natural Resource Wealth Trust Fund: <http://www.imf.org/en/Capacity%20Development/trust-fund/MNRW-TTF>

Debt Management Facility (DMF): <http://www.worldbank.org/en/topic/debt/brief/debt-management-facility>

Financial Sector Reform Strengthening (FIRST) Initiative: <https://www.firstinitiative.org>

TADAT: <http://www.tadat.org>

Africa Training Institute: <http://www.imfati.org>

AFRITAC Centre: <http://afritaccentre.org>

East AFRITAC: <http://www.eastafritag.org>

Regional Technical Assistance Center in Southern Africa: <http://www.southafritag.org>

AFRITAC Ouest: <http://www.afritaouest.org>

Second African Regional Technical Assistance Centre in West Africa: <http://www.afritagwest2.org>

Caribbean Regional Technical Assistance Centre: <http://cartac.org>

Central America, Panama, and Dominican Republic Regional Technical Assistance Center: <http://www.captac-dr.org>

Joint Vienna Institute: <http://www.jvi.org>

International Monetary Fund Middle East Center for Economics and Finance: <http://cef.imf.org>

Middle East Regional Technical Assistance Center: <http://www.imfmetac.org>

Pacific Financial Technical Assistance Centre: <https://www.pftac.org>

IMF–Singapore Regional Training Institute: <http://www.imfsti.org>

SARTTAC—South Asia Regional Training and Technical Assistance Center: <https://www.sarttac.org>

„IMF Policies and Practices on Capacity Development“: <https://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/082614.pdf>

2018 Quinquennial Review of the Fund’s Capacity Development Strategy—Concept Note: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/PP/pp2018-review-of-the-funds-cd-strategy-concept-note.ashx>

2018 Quinquennial Review of the Funds Capacity Development Strategy: Concept Note: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/03/21/2018-quinquennial-review-of-the-funds-capacity-development-strategy-concept-note>

SARTTAC—South Asia Regional Training and Technical Assistance Center: <https://www.sarttac.org/content/sarttac/en1.html>

„New Common Evaluation Framework for IMF Capacity Development“: <http://www.imf.org/en/Publications/Policy-Papers/Issues/2017/04/27/pp040717new-common-evaluation-framework-for-imf-capacity-development>

FINANZEN, ORGANISATION UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

Einkommensmodell, Gebühren, Vergütung, Lastenteilung und Nettoertrag

„Rules and Regulations for the Investment Account“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2016/12/31/rules-and-regulations-for-the-investment-account-pp4734>

Personalpolitik und Organisation

„Annual Report on Diversity at the IMF“: <http://www.imf.org/external/np/div/index.asp>

Rechenschaftspflicht

The Chairman’s Summing Up—The IMF and the Crises in Greece, Ireland, and Portugal—An Evaluation by the Independent Evaluation Office —Executive Board Meeting 16/69, 19. Juli 2016: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2016/12/31/the-chairmans-summing-up-the-imf-and-the-crises-in-greece-ireland-and-portugal-an-pp5058>

Anmerkungen

„The IMF and the Crises in Greece, Ireland, and Portugal“: <http://www.ieo-imf.org/ieo/pages/EvaluationImages267.aspx>

Independent Evaluation Office: <http://www.ieo-imf.org>

„Behind the Scenes with Data at the IMF“: <http://www.ieo-imf.org/ieo/files/completedevaluations/Statistics%20-%20Full%20Report.pdf>

Implementation Plan in Response to the Executive Board-Endorsed Recommendations for the IEO Evaluation Report—The IMF and the Crises in Greece, Ireland, and Portugal: <http://www.ieo-imf.org/ieo/files/whatsnew/ppmipieoimf-and-the-crises-in-greece-ireland-and-portugal.pdf>

„Eighth Periodic Monitoring Report on the Status of Implementation Plans in Response to Board-Endorsed IEO Recommendations“: <http://www.imf.org/~media/Files/Publications/PP/pp121616implementation-plans-ieo-recommendation.ashx>

Quoten und Governance

„Report of the Executive Board to the Board of Governors on Progress on the Fifteenth General Review of Quotas“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2016/12/31/report-of-the-executive-board-to-the-board-of-governors-on-progress-on-the-fifteenth-pp5066>

„Fifteenth General Review of Quotas—Report of the Executive Board to the Board of Governors“: <http://www.imf.org/en/publications/policy-papers/issues/2016/12/31/fifteenth-general-review-of-quotas-report-of-the-executive-board-to-the-board-of-governors-pp5072>

IMF Executive Board's First Report to the Board of Governors on Gender Diversity in the Executive Board: <http://www.imf.org/en/News/Articles/2016/07/12/19/40/PR16335-IMF-Executive-Boards-First-Report-to-the-Board-of-Governors-on-Gender-Diversity>

Communiqué of the Thirty-Third Meeting of the IMFC, Chaired by Mr. Agustín Carstens, Governor of the Bank of Mexico: <http://www.imf.org/external/np/cm/2016/041616a.htm>

Sonderziehungsrecht

IMF's Executive Board Completes Review of SDR Basket, Includes Chinese Renminbi: <http://www.imf.org/en/news/articles/2015/09/14/01/49/pr15540>

IMF Launches New SDR Basket Including Chinese Renminbi, Determines New Currency Amounts: <http://www.imf.org/en/news/articles/2016/09/30/am16-pr16440-imf-launches-new-sdr-basket-including-chinese-renminbi>

Transparenz

„2013 Review of the Fund's Transparency Policy“: <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2013/051413.pdf>

Akronyme und Abkürzungen

AML/CFT	Anti-money laundering and combating the financing of terrorism (Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung)	IEO	Independent Evaluation Office (Unabhängiges Evaluierungsbüro)
BIP	Bruttoinlandsprodukt	IMFC	International Monetary and Financial Committee (Internationaler Währungs- und Finanzausschuss)
CCRT	Catastrophe Containment and Relief Trust (Treuhandfonds für Katastropheneindämmung und Erleichterung)	LIDC	Low-income developing country (Einkommensschwaches Entwicklungsland)
EAC	External Audit Committee (Externer Rechnungsprüfungsausschuss)	OIA	Office of Internal Audit and Inspection (Büro für interne Revision und Inspektion)
ECF	Extended Credit Facility (Erweiterte Kreditfazilität)	PLL	Precautionary and Liquidity Line (Vorsorgliche und Liquiditätslinie)
EFF	Extended Fund Facility (Erweiterte Fondsfazilität)	PPM	Post-program monitoring
e-GDDS	Enhanced General Data Dissemination System (Erweitertes allgemeines Datenweitergabesystem)	PRGT	Poverty Reduction and Growth Trust (Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum)
EU	Europäische Union	PSI	Policy Support Instrument (Instrument zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik)
FATF	Financial Action Task Force	RCF	Rapid Credit Facility (Schnellkreditfazilität)
FCL	Flexible Credit Line	REO	<i>Regional Economic Outlook</i>
FM	<i>Fiscal Monitor</i>	RFI	Rapid Financing Instrument (Schnellfinanzierungsinstrument)
FSI	Financial Soundness Indicator (Indikator zur Finanzstabilität)	SARTTAC	South Asia Regional Training and Technical Assistance Center (Regionales Zentrum für Ausbildung und technische Hilfe in Südasien)
G20	Gruppe der Zwanzig	SBA	Stand-By Arrangement (Bereitschaftskredit-Vereinbarung)
GFSR	<i>Global Financial Stability Report</i> (Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems)	SCF	Standby Credit Facility (Bereitschaftskredit-Fazilität)
GJ	Geschäftsjahr	SDDS	Special Data Dissemination Standard (Spezieller Datenweitergabestandard)
GPA	Global Policy Agenda	SDGs	Sustainable Development Goals (Nachhaltige Entwicklungsziele)
GRA	General Resources Account (Konto für allgemeine Ressourcen)	SMP	Staff-monitored program
HIPC	Heavily Indebted Poor Country (Hochverschuldetes armes Land)	SZR	Sonderziehungsrecht
ICD	Institute for Capacity Development (Institut für Kapazitätsentwicklung)	UN	Vereinte Nationen
		WEO	<i>World Economic Outlook</i>

Begleitschreiben an den Gouverneursrat

01. August 2017

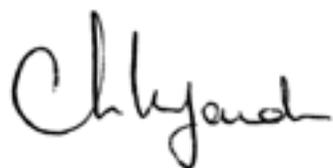
Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII, Abschnitt 7, Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Paragraph 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2017 abgelaufene Geschäftsjahr zu übergeben. Laut Paragraph 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF für das Geschäftsjahr mit Ende zum 30. April 2018 in Teil 3 vorgelegt.

Die geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten für das am 30. April 2017 abgelaufene Geschäftsjahr werden gemeinsam mit den diesbezüglichen Berichten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Anhang VI vorgestellt, der auf der CD-ROM des Berichts sowie auf der Website des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2017/eng eingesehen werden kann.

Die externe Rechnungsprüfung und die Rechnungslegungsprozesse wurden nach Maßgabe von Paragraph 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den externen Rechnungsprüfungsausschuss überprüft, dem derzeit Frau Barth (Vorsitz), Herr Vikamsey und Frau Hodge angehören.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Christine Lagarde

Geschäftsführende Direktorin und Vorsitzende des Exekutivdirektoriums

Dieser Jahresbericht wurde vom Referat für Redaktion und Publikationen in der Abteilung Kommunikation des IWF in Zusammenarbeit mit einer fondsübergreifenden Arbeitsgruppe erstellt. Rhoda Weeks-Brown und Jeremy Hayden betreuten die Arbeit des für den Jahresbericht zuständigen Teams, das unter der Leitung des Evaluierungsausschusses im Exekutivdirektorium stand. Stephen Field und danach Alexandre Tombini waren Vorsitzender des Ausschusses. Jeremy Mark agierte als Hauptverfasser und S. Alexandra Russell war für die Redaktion und Projektleitung verantwortlich. Crystal Herrmann leistete Unterstützung bei der digitalen Gestaltung und Suzanne Alavi, Madjé Amega und Hyoun Woo Park leisteten Redaktions- und Verwaltungsassistenz. Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Sandra Janisch (Terminologie, Revision und Korrektur), Susanne Bunzel-Harris (Übersetzung), Brian De Nicola (Herstellung), Charismarcom.de (Satz).

Bildnachweis:

Stephen Jaffe/© IMF photo: Zentralafrikanische Republik, Michael Papaioannou, Roger Nord, Gaëlle Pierre, Olivier Basdevant, Yongzheng Yang, Roberto Cardarelli, Anita Tuladhar, Mali, Zentralafrikanische Republik, senegalesisches Parlament, Masood Ahmed, Jihad Azour, Tobias Adrian, Charles Collyns, Exekutivdirektoren und Management-Team, Seiten 14, 17, 18, 20, 22, 25, 27, 28, 31 (Mitte), 38, 42, 56 (rechts), 80, 81, 94–95, 96–97
Andere © IMF photo: Flaggen, Geschäftsführende Direktorin und Commodity Prices Team, IWF-Siegel, Antoinette Sayeh, Moisés Schwartz, Exekutivdirektoren, Seiten ii (links), 2, 2–3, 4–5, 19, 78 (rechts), 80, 81, 94–95
Alex Curro/© IMF photo: HQ1, S. 78 (links und Mitte)
Joshua Roberts/© IMF photo: Abebe Aemro Selassie, S. 80
Ryan Rayburn/© IMF photo: José Viñals auf S. 81
Amélie-Benoist/BSIP/Getty Images: Cover (oben links)
Neil Setchfield/Alamy Stock Photo: Cover (oben rechts)
imageBROKER/Alamy Stock Photo: Cover (unten links) und S. 37
Thomas Imo/Getty Images: Cover (unten rechts)
Tommy Trenchard/Alamy Stock Photo: S. ii (rechts) und 60
Bloomberg Finance LP/Getty Images: S. 6

Bruno De Hogues/Getty Images: S. 6–7
Lou Linwei/Alamy Stock Photo: S. 7
DEA/S. Vannini/Getty Images: S. 8
Monirul Bhuiyan/Getty Images: S. 9 (links)
Bloomberg Finance LP/Getty Images: S. 9 (Mitte)
Gunnar Svanberg Skulason/Getty Images: S. 9 (rechts)
Godong/Getty Images: S. 10
Philippe Lissac/Getty Images: S. 12
Randy Plett/Getty images: S. 13
STR/Getty Images: S. 15
Gustavo Muniz/ElOjoTorpe/Getty Images: S. 16
Lindsey Leger: S. 21 (oben und zweites von unten rechts)
Sean Gallup/Getty Images: S. 21 (zweites von oben)
Friedrich Stark/Alamy Stock Photo: S. 21 (zweites von unten links)
Andrew Lichtenstein/Getty Images: S. 21 (unten)
Universal Images Group/Getty Images: S. 23
Don Mamoser/Donyanedomam/Getty Images: S. 24 (oben)
Daljeet Singh: S. 24 (center and bottom) and 31 (unten)
Enrique Marcarian/Getty Images: S. 31 (oben), 32, and 45 (rechts)
Maximilian Stock, Ltd./Getty Images: S. 34 and 72 (rechts)
Prakash Mathema/Getty Images: S. 41
Joerg Boethling/Alamy Stock Photo: S. 45 (links)
LiANGZHEN/Getty Images: S. 46 and 56 (links)
Susana González/Bloomberg Finance LP/Getty Images: S. 48
Westend61/Getty Images: S. 58 and 64 (links)
Ryan Pyle/Photoshelter/Getty Images: S. 62
Bloomberg Finance LP/Getty Images: S. 64
Aldo Pavan/Getty Images: S. 66
Sigrid Gombert/Westend61/Getty Images: S. 72 (links)
Howard Smith: Geschäftsführende Direktorin im Atrium von HQ1, S. 88–89



„Das
Wohlergehen
der Weltwirtschaft
und der internationalen
Staaten-
gemeinschaft hängt
von der kontinuierlichen
Bereitschaft
zur Zusammenarbeit ab.“

Christine Lagarde
Geschäftsführende Direktorin des IWF



International Monetary Fund
700 19th Street NW
Washington, DC 20431 USA

www.imf.org

ISBN-13: 978-1-464307250



9 781484 307250